



Betr.: Wetten dass..?

Die krummen Geschäfte mit
Deutschlands größter Fernsehshow

WERBUNG

Hausmitteilung

14. Januar 2013

Betr.: Antisemitismus, Titel, „Dein SPIEGEL“

Der Name Augstein ist mit dem SPIEGEL verbunden, untrennbar. Rudolf Augstein war Gründer, Chefredakteur und Herausgeber. Und sein Sohn Jakob Augstein ist im SPIEGEL-Verlag in zwei Funktionen tätig: Als Journalist schreibt er eine Kolumne auf SPIEGEL ONLINE, als Miteigentümer vertritt er die Augstein-Erben. Auf die Berichterstattung der Redaktion hat Augstein keinen Einfluss. Wie sehr die Öffentlichkeit dennoch Augstein dem SPIEGEL zurechnet, erfuhren jetzt die SPIEGEL-Leute Susanne Beyer und Erich Follath. Sie hatten Dieter Graumann, den Präsidenten des



Follath, Augstein, Graumann, Beyer

Zentralrats der Juden, zum Streitgespräch mit Jakob Augstein gebeten. Es ging um die Frage, ob Augsteins Kritik an Israel statthaft ist oder – wie das Simon Wiesenthal Center meint – Ausdruck antijüdischer Ressentiments. Zur Begrüßung und nur halb im Scherz sagte Graumann, das sei ja „drei

gegen einen“. Doch das war es nicht. In der Diskussion gingen die SPIEGEL-Redakteure natürlich auf gleiche Distanz zu beiden. Zum einen, weil das der journalistische Standard ist, von Rudolf Augstein für SPIEGEL-Streitgespräche so gesetzt. Zum anderen, weil das Gespräch sonst womöglich vorzeitig beendet worden wäre – so hitzig gingen die Gesprächspartner miteinander um (Seite 122).

Seit Jahrzehnten ist Thomas Gottschalk dafür bekannt, dass er über jedes Thema reden kann. Auch als der SPIEGEL jetzt mit ihm über dubiose Verträge aus seiner „Wetten, dass..?“-Zeit sprechen wollte, sagte er zu – und wenige Stunden später plötzlich ab. In dieser Sache sollte sein Anwalt sprechen. Die SPIEGEL-Redakteure Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch und Jörg Schmitt waren auf Verträge gestoßen, in denen klar geregelt ist, wie lange etwa ein Mercedes in der Sendung gezeigt werden und dass Gottschalk auf der Bühne nicht das schöne Auto verdecken sollte. Schleichwerbung ist der Samstagabend-Show mehrfach vorgeworfen worden, das gebührenfinanzierte ZDF hatte stets Besserung gelobt. Ausgerechnet jetzt, da wieder einmal über die Fernsehgebühren gestritten wird, stellt sich heraus: Geschehen ist wohl zu wenig. „Dass die Markenrechte an ‚Wetten, dass..?‘ in diesem Umfang extern vermarktet wurden, lag auch daran, dass Gottschalk für den Sender damals so wichtig war“, sagte ZDF-Intendant Thomas Bellut dem SPIEGEL-Redakteur Markus Brauck. Der neue Moderator Markus Lanz ist an noch laufende Verträge gebunden, präsentierte die Fahrzeuge bislang aber weniger aufdringlich (Seite 56).

Vokabeln, Geschichtszahlen, Mathe-Formeln: Schüler müssen sich jede Menge merken. „Dein SPIEGEL“, das Nachrichten-Magazin für Kinder, erklärt, wie das Gedächtnis des Menschen funktioniert. Wer Spaß am Lernen hat, klar, merkt sich die Inhalte leichter. Aber auch bei langweiligeren Stoffen gibt es Tricks für junge Leser, wie man das Gelernte nicht so schnell vergisst. Außerdem im Heft: Kindheit im „Dritten Reich“ – wie vor 80 Jahren Adolf Hitler an die Macht kam. Und: was für und was gegen ein Wahlrecht für Kinder spricht.



Titel

Thomas und Christoph Gottschalk machten „Wetten, dass..?“ zur Werbebühne für zahlende Unternehmen 56
Wie es zu Samuel Kochs verhängnisvoller Auto-Wette kam 64

Deutschland

Panorama: Erschossene PKK-Frauen hatten Verbindung nach Deutschland / Union fordert gleiches Gehalt für Männer und Frauen / Braune Zonen in Ostdeutschland 13
Hauptstadt: Misswirtschaft am neuen Flughafen – die Vorwürfe der Architekten 18
Geschichtsschreibung: Müssen Angela Merkels SMS wie Akten archiviert werden? 22
FDP: Philipp Rösler's Gegner verzweifeln, weil er nicht abtreten will 24
Energie: Der Umbau der deutschen Stromnetze stockt, nun könnten sie verstaatlicht werden 30
Duelle: Sahra Wagenknecht und Katja Kipping kämpfen um die Macht bei den Linken 32
Comeback: Christian Wulff schmiedet Zukunftspläne 36
CSU: Wie Markus Söder zum gefährlichsten Herausforderer Horst Seehofers wurde 37
Gesundheit: Interview mit Frank Ulrich Montgomery, Chef der Bundesärztekammer, über korrupte Mediziner 38
Außenpolitik: Berlin blockiert Zugeständnisse an Großbritannien 40
Medizin: Die Festnahme eines Transplantationschirurgen setzt ein Zeichen gegen kriminelle Machenschaften bei der Organspende 42
Terrorismus: Handelte es sich beim Bonner Bombenfund überhaupt um einen Anschlagversuch von Islamisten? 44
Katholiken: Wie sich die Bischöfe und der Kriminologe Pfeiffer zu Lasten der Missbrauchsoffer überwarfen 46
Debatte: Annett Meiritz über die Frauenfeindlichkeit in der Piratenpartei 48
Geheimdienste: Wie ein Historiker die Vita des BND-Chefs Gehlen schönte 52

Medien

Trends: Software-Ärger bei der „Tagesschau“ / Wallraffs Eigentor 55
Konsum: Mode-Bloggerinnen setzen Trends – und lassen sich von der Industrie bezahlen 67

Wirtschaft

Trends: Cromme soll zurücktreten / Zetsche darf länger bleiben / Mehdorns Flucht vor dem Sparprogramm 68
Karrieren: In Vorständen und Aufsichtsräten steigt der Anteil der Frauen 70
Finanzmärkte: Haben Investmentbanken noch eine Zukunft? 73
Dienstleistung: In Föhnbars wird nur gestylt, nicht geschnitten 77

Ausland

Panorama: Junge Europäer aus Krisenstaaten bleiben länger im Elternhaus / Das Castro-Regime will die Jugendmusik Reggaeton verbieten 78
Europa: EU-Hilfen für das Fluchtgeldparadies russischer Milliardäre? 80
Der zyprische Finanzminister Vassos Shiarly über die Schulden und das Geschäftsmodell seines Landes 82
Nordirland: Die Unzufriedenheit der Jungen und die Proteste in Belfast 85



Wowereits Desaster

Seite 18

Wer ist schuld am Berliner Flughafendesaster? Er natürlich nicht, sagt der Regierende Bürgermeister. Doch die Architekten erheben nun schwerste Vorwürfe gegen die Flughafengesellschaft und deren Aufsichtsratschef Klaus Wowereit.

Der Gejagte

Seite 24

Die FDP hat einige Übung darin, ihre Vorsitzenden zu zermürben: Nach Guido Westerwelle soll jetzt offenbar Philipp Rösler aus dem Amt gejagt werden. Aber bislang trotz der Wirtschaftsminister aller üblen Nachrede.

Schlaraffenland des Lernens

Seite 106

Das Internet ermöglicht Elitebildung für alle: Bereits Hunderttausende Studenten nehmen an kostenlosen Online-Kursen von Spitzen-Unis wie Harvard oder Princeton teil. Auch deutsche Professoren stellen Vorlesungen ins Netz.



Die Frauen-Offensive

Seite 70

Die Zahl der Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft wird in diesem Jahr weiter steigen: In den Dax-Konzernen werden so viele Aufsichtsratsmandate neu besetzt wie nie zuvor. Weibliche Kandidaten werden dringend gesucht. Das sei auch im Interesse der Unternehmen, sagt die Regierungsberaterin Daniela Weber-Rey.

Weber-Rey

GARY GERSTER / LAIF



Beziehung voller Missverständnisse S. 86, 122

Das Verständnis deutscher Politiker und Journalisten für Israel nimmt ab, auch weil das Land unter Premier Netanjahu nach rechts gerückt ist. Wie viel Kritik ist angemessen, ab wann wird sie antisemitisch? Eine Debatte.

Milliarden für die Steueroase? Seiten 80, 82

Im Steuerparadies Zypern parken reiche Russen ihre Milliarden, auch sie würden von einem EU-Hilfsprogramm für die Banken des Inselstaats profitieren. Ein Dilemma für die Euro-Retter, die jetzt weitere Reformen fordern.

Ein Biologe spielt Gott Seite 110

Mit Hilfe der synthetischen Biologie will George Church Neandertaler klonen und virusresistente Menschen schaffen. „Die Technik schreitet so rasant voran wie noch nie“, sagt der amerikanische Genforscher im SPIEGEL-Gespräch.

Showdown im Süden Seite 130

In seinem neuen Film „Django Unchained“ mit Leonardo DiCaprio und Jamie Foxx schickt Regisseur Quentin Tarantino zwei Revolverhelden in die amerikanischen Südstaaten und lässt sie mit Plantagenbesitzern und Sklavenhändlern abrechnen. Vor allem konservative Republikaner in den USA sind empört.



Foxx (l.) in „Django Unchained“

SONY PICTURES

Diplomatie: Deutschlands Schwierigkeiten mit Israel	86
Israel: Benjamin Netanjahu – ein Porträt des Mannes, der zum dritten Mal Premier werden könnte	88
Japan: Der neue Kurs der nationalistischen Regierung Abe	91
Kasachstan: Mysteriöser Massenmord in den Bergen	92
Global Village: Warum ein US-Vietnam-Veteran in Thailand seine Schuld abarbeitet	95

Gesellschaft

Szene: Terrorübung unter Studenten / Interview über die Psyche des Porsche-Käufers	96
Eine Meldung und ihre Geschichte – über die Klage einer Theatergruppe gegen Coca-Cola ...	97
Betrug: Wie ein Hilfsarbeiter als falscher Scheich Millionen erschwindelte	98
Ortstermin: In Köln wehren sich verarmte Rentner gegen teure Bahntarife	103

Wissenschaft · Technik

Prisma: Geschichte des Gartenzauns / Tierquälerei in deutschen Nerzfarmen	104
Internet: Der erstaunliche Erfolg der Online-Universitäten	106
Jagd: Kann ein Verbot der Bleimunition die Giftbelastung im Wildbret senken?	108
Biotechnik: SPIEGEL-Gespräch mit dem amerikanischen Genforscher George Church über das Klonen von Neandertalern und die Ausrottung der Virusinfektionen	110
Medizingeschichte: Die verborgenen Krankheiten berühmter Literaten	114

Sport

Szene: Ausdauerathleten haben Rote Bete als Energiequelle entdeckt / Jan Ullrichs neuer Job als Reisebegleiter	115
Fußball: Die absurden Gehälter der Profis des VfL Wolfsburg	116
Eiskunstlauf: Das spektakuläre Comeback des russischen Superstars Jewgenij Pljuschtschenko	119

Kultur

Szene: Wie viel ist der Suhrkamp Verlag wert – die Gesellschafter machen einander Angebote / Eine Berliner Ausstellung mit Fotografien von Margaret Bourke-White	120
Debatte: SPIEGEL-Streitgespräch zwischen dem Journalisten Jakob Augstein und dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, über Antisemitismus in Deutschland	122
Der Antisemitismus-Vorwurf in der Politik	128
Kino: „Django Unchained“, der neue Film von Quentin Tarantino	130
Autoren: Die Britin Hilary Mantel und ihre historischen Romane über Henry VIII. und Thomas Cromwell	132
Bestseller	134
Filmkritik: In seinem Regiedebüt „Quartett“ feiert Dustin Hoffman die Kraft des Alters	135

Briefe	8
Impressum, Leserservice	136
Register	138
Personalien	140
Hohlspiegel/Rückspiegel	142

Titelbild: Fotos dpa, dapd
Umklapper: Foto imago

WERBUNG

WERBUNG



SPiegel-Titel 2/2013

„Falsch ist nicht, dass er sagt, was er denkt. Peer Steinbrücks Fehler ist, dass er denkt, was er sagt.“

JOHANNES BUCKA, MÖSSINGEN (BAD.-WÜRTT.)

aus auffängt.“ Und diese Arbeitnehmer-schaft, so erwartet die SPD, soll Peer Steinbrück ins Kanzleramt wählen. Aus meinem Bekanntenkreis vernehme ich, dass kaum einer der überwiegend treuen SPD-Wähler geneigt ist, diese Erwartung zu erfüllen. Ich werde jedenfalls trotz fast 40-jähriger Mitgliedschaft in der SPD voraussichtlich erstmals weder meine Partei noch deren Kandidaten wählen.

CHRISTOPH BURMESTER, LAUENBURG

Eine solche Diskussion über eine Bemerkung Peer Steinbrücks zum Kanzlergehalt kann es nur in Deutschland geben. Statt anzuerkennen, was ein Kanzler für das Land leistet, egal welche Partei gerade den Regierungschef stellt, wird hier einer, der ausspricht, was Tatsache ist, öffentlich fertiggemacht. Missgunst, wo man hinschaut.

PETER TOMASCH, DARMSTADT

Die Medien fordern Offenheit von Politikern. Gibt es einmal einen dieser seltenen Gattung, so setzt sofort der mediale Herdentrieb mit herabwürdigenden Attacken ein. Dank Ihrer Gratiskampagne kann sich die Union den Wahlkampf sparen.

PETER SCHMITZ, MÜNCHEN

Einen Peer Steinbrück, man mag ihn mögen oder nicht, als Dilettanten zu bezeichnen ist an Arroganz nicht zu überbieten.

CLAUS DÜRKE, KONSTANZ

Wie kann es sein, dass ein Politiker, der agiert, anspricht und kritisiert, hagelnde Kritik einstecken muss, während die Bundeskanzlerin, die seit Jahren abwartet und laviert, fast schon dafür gelobt wird?

MARCO MUSER, HEMSBAACH (BAD.-WÜRTT.)

Bisher hat Steinbrück wirklich alles falsch gemacht, was man falsch machen kann, wie der Artikel trefflich zeigt. Dennoch wäre es zu wünschen, dass er die kommenden Monate übersteht – allein schon damit wir erleben können, wie sich Merkel in einem TV-Duell gegen Steinbrück schlagen würde. Zwölf Punkte Rückstand hin oder her: Mit seiner Eloquenz kann Steinbrück Kanzler werden.

NIKLAS SCHENK, MAINZ

Nr. 2/2013, Um Kopf und Kanzleramt – Warum macht Peer Steinbrück so viel falsch?

Abseilen, so schnell wie möglich

Peer Steinbrück mangelt es an Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Kanzlerkandidatur: Er ist nicht sympathisch, kommt bei Frauen nicht an, und jugendaffin beziehungsweise besonders medienkompatibel wirkt er auch nicht. Ein neuer „Genosse der Bosse“, der sich wie ein Elefant im Porzellanladen verhält, aber im Gegenzug mit seinem Rumgepolter die Herzen der Menschen nicht erreicht. Traurig genug, dass die SPD auf diesen Notkandidaten setzen muss.

VOLKER THOMS, BERLIN

Was nützt vorhandene Intelligenz, wenn der Teller überschwappt?

HARTMUT GIERSEBERG, LÜBECK

Steinbrücks naiver Kinderglaube, die Besten, die am härtesten arbeiten, verdienen am meisten, enthüllt das ganze Elend unserer monetären Kultur: Nur so kann sie noch Wertschätzung ausdrücken, durch Steigerung des Gehalts; alles andere ist Vergangenheit. Er drückt aus, worum es der selbsternannten Elite geht – um nichts sonst. Und doch macht er etwas fundamental falsch: Er nimmt den Ekel nicht wahr, den viele vor diesem Abstieg in die kulturelle Armseligkeit unterschwellig verspüren. Und entsprechend werden sie wählen. Nach menschlichem Ermessen hat er also schon jetzt verloren. Deshalb noch ein Rat an die Grünen: Abseilen, so schnell wie möglich.

PROF. DR. PETER FINKE, BIELEFELD

Leider hat der große Hamburger Helmut Schmidt dem vorlauten, eitlen Beamten Steinbrück vorschnell die Kanzlerkandidaturampel auf Grün gestellt.

ROGER SCHÄRER, HERRLIBERG (SCHWEIZ)

Es reicht. Das pausenlose Feuer des SPIEGEL auf Peer Steinbrück nervt!

HILDEGARD SCHMIDT, WIEFELSTEDE (NIEDERS.)



Kanzlerkandidat Steinbrück

Peer Steinbrück, der zu Beginn seiner Nominierung noch meine volle Zustimmung hatte, hat mit seinem unmöglichen Fauxpas verspielt. Eine solche Person kann nicht Bundeskanzler, davon muss sie ferngehalten werden.

BERND NEUMEIER, KÖLN

Steinbrücks Kanzlerkandidatur ist ein Gottesgeschenk für Merkel und die übrige CDU!

NORMAN SCHMITT, ERKRATH (NRW)

Was von dem Kandidaten zu erwarten ist, kann man in seinem Buch „Zug um Zug“ nachlesen. Dort postuliert Steinbrück: „Nur eine Sozialdemokratie wird erkennbar erfolgreich darin sein können, zum Beispiel das Renteneintrittsalter auf 67 zu erhöhen, weil sie die Gegenwehr aus dem Bereich der organisierten Arbeitnehmerschaft und weit darüber hin-

Diskutieren Sie im Internet

www.spiegel.de/forum und www.facebook.com/DerSpiegel

- **Titel** Ist Schleichwerbung Betrug am Zuschauer?
- **Antisemitismus** Wie weit darf Kritik an Israel gehen?
- **Flughafenbau** Sollte Klaus Wowereit als Regierender Bürgermeister zurücktreten?



WERBUNG

Nr. 1/2013, SPIEGEL-Gespräch mit
der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht

Auf die Barrikaden



WERNER SCHÜERING / DER SPIEGEL

Sozialistin Wagenknecht

Ein Gespräch über wirtschaftliche Zusammenhänge auf hohem Niveau, bei dem sich beide Seiten gut vorbereitet zeigten. Ich halte sehr viel von Frau Wagenknecht, nur leider ist sie offensichtlich in der falschen Partei. Wie sonst ist zu erklären, dass sie ständig versucht, große Erfolge einer Volkswirtschaft mit der planwirtschaftlichen und nicht leistungsbezogenen Gleichmacherei der DDR zu vereinbaren?

DR. CHRISTIAN BINSCH, ROSTOCK

Mit ihrer schlüssigen Argumentation war Frau Wagenknecht den beiden vorurteilsbelasteten Redakteuren total überlegen. So läuft das leider häufig ab, wenn Linke interviewt werden: Es ist den Journalisten lästig, sich mit ihren stichhaltigen Argumenten auseinanderzusetzen.

EUPHEMIA BENNINGHAUS, BERLIN

Wagenknechts Argumente sind ziemlich unausgegoren, weltfremd und konfus und ganz sicher nicht geeignet, junge Menschen zur Selbständigkeit zu motivieren und die Wirtschaft voranzubringen.

ANNE HOFF, NEU-ISENBURG (HESSEN)

Vielen Dank für das entlarvende Interview. „In der DDR wurde leider vieles nicht gelesen und gelehrt, was wichtig war“, sagt Frau Wagenknecht. Wenn die Menschen in der DDR es wenigstens hätten lesen können! Es war verboten, Wichtiges zu drucken, zu lesen und zu verbreiten. Um das zu kontrollieren, unterhielt der Staat ein ganzes Ministerium.

SIEGFRIED WITTENBURG,
LANGEN BRÜTZ (MECKL.-VORP.)

Sahra Wagenknechts Einordnung von Ludwig Erhard als Vorbild linker Ordnungspolitik provoziert. Erhard hat einiges Positives bewirkt. Die Einführung der dynamischen Rente war allerdings ein gesellschaftlich erzwungener Kompromiss. Und das Konzept soziale Marktwirtschaft war nicht seine Idee. Im Gegenteil, in seiner praktischen Politik nahm er Müller-Armack, der das Modell des gebändigten

Kapitalismus prägte, nicht allzu ernst. Insgesamt war Erhard ein konservativer Politiker, der die entfesselten Marktkräfte beschwor. Die neoliberal Angehauchten nutzen ihn zu Recht als Galionsfigur. Wenn er heute handeln würde, ginge nicht nur die Linke auf die Barrikaden. Mit der Parole „Wohlstand für alle“ forderte er nicht die Abschaffung des Kapitalismus. Es ging um die ideologische Legitimation systemischer Ungerechtigkeit.

PROF. RUDOLF HICKEL, BREMEN

Nr. 1/2013, Syrien: Acht Reisen durch
die Hölle des Bürgerkriegs

Ich schäme mich

Meinen größten Respekt vor dieser journalistischen Arbeit. Noch nie hat mich eine Reportage mehr bewegt.

MARKUS WALTER, NEUSS

In Zeiten von Internet und YouTube kann keiner mehr behaupten, er habe nicht gewusst, was sich in Syrien täglich an unvorstellbaren Grausamkeiten abspielt. Ich schäme mich für diese passive Weltgemeinschaft. Das syrische Volk fühlt sich im Stich gelassen, und das zu Recht!

SMILLA HELLER, DORTMUND

Was sind das für heuchlerische sogenannte demokratische Staaten, die stillschweigend zuschauen, wie ein ganzes Land sowie eine alte Kultur mit all ihrer Infrastruktur vernichtet werden.

HENDRIK HÖSEL, TINIZARA (SPANIEN)



MARCEL METTELSIEFFEN / DER SPIEGEL

Bürgerkriegsopfer in Deir al-Sor

Es wird in Syrien so kommen wie in Tunesien, Libyen, Ägypten: Der Westen begeistert sich in Gutmenschenmanier für einen demokratischen Frühling, den es so aber gar nicht gab. Die Drahtzieher bleiben verborgen, und alle sind erstaunt, wenn Islamisten nach dem Sturz der alten Diktatur eine neue errichten.

HELMUT MACIEJ, MÜNCHEN

Syrien-Korrespondent ist derzeit einer der gefährlichsten Jobs der Welt, und trotzdem fährt Christoph Reuter immer wieder dorthin. Die Auszeichnung zum „Reporter des Jahres“ ist mehr als gerechtfertigt.

MATHIAS OTTO, BAD ZWESTEN (HESSEN)

Vermietung ist Enteignung

Offensichtlich ist in Deutschland weit und breit niemand in Sicht, der die Wohnungsfrage lösen kann oder will. Eine Besinnung auf das Sozialgut Wohnung erfordert Konzepte, die das Wirtschaftsgut Wohnung nur sekundär im Fokus haben.

GERHARD ROHDE, MÜNCHEN



Demonstration in Hamburg

Warum kommt keiner auf die Idee, den vor einigen Jahren abgeschafften degressiven Abschreibungssatz von anfänglich fünf Prozent für den Neubau von Wohnimmobilien wieder einzuführen? Das könnte das Angebot von Wohnungen erhöhen und die Mietpreisspirale entschleunigen. Steuerliche Anreize für Investoren sind auch für den Staat immer noch besser als fehlgeleitete Subventionen.

THORSTEN GRÜNKE, HAMBURG

Das Klagen der Politik über den Wohnungsmangel ist selbstverschuldet, insbesondere da es an willigen Investoren nun wirklich nicht mangelt.

THOMAS DEPEWEG, HEIDELBERG

Heute ist doch durch die überdrehte Mieterschutzgesetzgebung und den fehlenden Schutz des privaten Vermieters ein Zustand erreicht, bei dem Privatvermietung einer Enteignung sehr nahekommt.

JÜRGEN RITSCHER, GARDING (SCHL.-HOLST.)

Nr. 51/2012, Ex-Kommissar John Dalli fühlt sich von der Tabakindustrie gemobbt

Ehrgeizige Richtlinie

Die Generalsekretärin und der Leiter des Juristischen Dienstes der EU-Kommission haben nicht unter Einfluss der Tabaklobby persönlich in den Vorbereitungsprozess des Richtlinienvorschlags über Tabakerzeugnisse eingegriffen. Wie bei der Vorbereitung aller Rechtsvorschriften hatte die Kommission zu gewährleisten, dass die notwendige Qualität und rechtliche Unangreifbarkeit sowie der geeignete Zeitpunkt im Jahr 2012 für den Vorschlag zu Tabakerzeugnissen sichergestellt wurden. Zu diesem Zweck hat das General-

sekretariat zweimal im Jahr 2012 die zuständige Dienststelle eingeladen, offene Fragen vor der weiteren Abstimmung und politischen Annahme des Richtlinienentwurfs zu klären. Hinsichtlich der Kontakte und Konsultationen mit der Tabakindustrie sei erwähnt, dass die Kommission durch die EU-Verträge zu derartigen Konsultationen verpflichtet ist und dies in vollster Transparenz, mit sämtlichen interessierten Parteien und im Einklang mit den geltenden Regeln geschieht. Wie geplant präsentierte die Kommission den Entwurf einer ehrgeizigen gesundheitspolitischen Richtlinie über Tabakerzeugnisse noch im Jahr 2012 – unabhängig vom Rücktritt von Herrn Dalli am 16. Oktober. Herr Dalli stimmte mit dem Kommissionspräsidenten überein, dass seine Position politisch untragbar geworden war.

PIA AHRENKILDE HANSEN
SPRECHERIN DER EU-KOMMISSION

Nr. 1/2013, SPIEGEL-Gespräch mit Marianne Fürstin zu Sayn-Wittgenstein-Sayn

Geht's noch?

„Fürstin Wittgenstein“ verrät uns, wie man „Feste feiert“, und macht sich um die gehobene Geselligkeit verdient – auch ohne Heerscharen unbezahlter Dienstboten. Wo sind wir denn? Was ist mit meinem SPIEGEL los?

GERT ROMINGER, HECHINGEN (BAD.-WÜRTT.)

Schade, dass in Ihrer Redaktion die Abschaffung der Adelsprivilegien, verkündet am 11. August 1919 in der deutschen Reichsverfassung, noch nicht angekommen ist. Der Fürstentitel ist ein Erstgeburts-titel. Den durften nur diejenigen, die ihn noch 1919 innehatten, weiterführen – als Bestandteil des Familiennamens.

HANS MENDE, HAMBURG



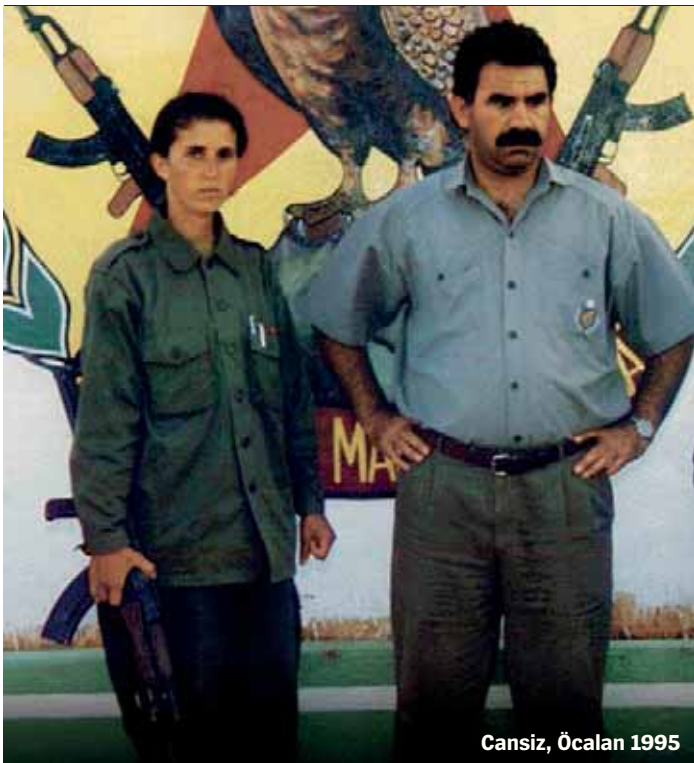
Aristokratin Wittgenstein

Liebe Freunde, geht's noch? Nur mal so zur Info: Mit der Kohle der Meisterin wäre ich auch ein Top-Gastgeber, jeden Mittag, jeden Abend, sozusagen: „Günni is in town.“

GÜNTER VOGEL, JÜLICH

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

WERBUNG



Cansiz, Öcalan 1995



Gedenkstelle für ermordete Kurdinnen in Paris

CHARLES PLATIAU / REUTERS

VERBRECHEN

Spur nach Deutschland

Zwei der drei in Paris erschossenen PKK-Aktivistinnen waren wichtige Funktionärinnen der kurdischen Arbeiterpartei in Deutschland. Gegen Sakine Cansiz und Leyla Söylemez ermittelte der Generalbundesanwalt wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland. Cansiz galt als wichtige Figur im Führungskader der PKK in Norddeutschland und war Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses in Brüssel. Im März 2007 war sie in einem Café im Hamburger Schanzenviertel auf Grundlage eines internationalen Haftbefehls aus der Türkei festgenommen worden. Das Hamburger Oberlandesgericht entschied aber, sie nicht auszuliefern. Die Vorwürfe seien zu vage, hieß es. Etwa zeitgleich begann die Staatsanwaltschaft Hamburg mit Ermittlungen gegen die Kurdin wegen ihrer Rolle in der PKK. 2008 übernahm der Generalbundesanwalt die Ermittlungen. Cansiz war zeitweise eine

enge Vertraute von PKK-Chef Abdullah Öcalan, in der Türkei hatte sie zwölf Jahre im Gefängnis gesessen. 1998 erhielt sie Asyl in Frankreich. In jüngster Zeit soll sie sich im Nordirak aufgehalten haben. Die ebenfalls vergangene Woche in Paris erschossene Leyla Söylemez war in den neunziger Jahren mit ihrer Familie nach Deutschland geflüchtet. Sie lebte in Halle, wo sie Architektur studierte und in der PKK-Jugendbewegung aktiv war. Vor einigen Jahren brach sie ihr Studium ab, angeblich um sich ganz der politischen Arbeit zu widmen. Wer auch immer hinter den Anschlägen steckt: Der Dreifachmord von Paris belastet zaghafte Entspannungsversuche. Erst am 2. Januar hatten zwei kurdischstämmige Abgeordnete des türkischen Parlaments PKK-Führer Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali besuchen dürfen. Einige Wochen zuvor hatte sich sogar der Chef des türkischen Geheimdienstes MIT mit Öcalan getroffen. In beiden Gesprächen ging es um die Wiederaufnahme des festgefrorenen Dialogs zwischen der PKK und der türkischen Regierung. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ließ erst im Dezember durchblicken, dass der seit 1999 inhaftierte Kurdenführer in den Friedensprozess eingebunden werden müsse.

REGIERUNG

Auf eine Tasse Wein

Entgegen seiner bisherigen Darstellung hat SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück Angela Merkel noch nach dem Regierungswechsel vor gut drei Jahren zu einem Vieraugengespräch getroffen. Das Abendessen auf Einladung Merkels fand im November 2009 statt. Wie bereits bei anderen Gelegenheiten hatte sich der ehemalige Bundesfinanzminister vor zwei Wochen in

einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ beklagt, es sei nach dem Ende der Großen Koalition „nie wieder“ zu einem solchen Austausch gekommen. „Es gab keinen Anruf, keine Einladung“, sagte Steinbrück, dabei hätte er es durchaus normal gefunden, „wenn sie in der Krise mal angerufen und gesagt hätte, ich solle doch mal auf eine Tasse Wein“ herüberkommen. „Die Bundeskanz-



Merkel, Steinbrück

HC PLAMBECK

lerin hat da eine andere Erinnerung“, sagt nun ein Regierungssprecher. Über Details der Unterhaltung wolle Merkel sich nicht äußern, da sie über persönliche Gespräche und Begegnungen „grundsätzlich keine Auskunft gibt“. Steinbrück sagt, das Treffen stehe nicht im Widerspruch zu seinen bisherigen Äußerungen. „Ja, an dieses Essen erinnere ich mich, da haben wir die Arbeit der Großen Koalition abgeschlossen.“

BUNDESTAG

Rechtswidrige Bindung

Die Bundestagsverwaltung hat über Jahre hinweg Aufträge vergeben, ohne sie vorher auszuschreiben. Das geht aus einem vertraulichen Prüfbericht der Innenrevision hervor. Die Beamten nennen dort einen Auftrag über Bindungen von Bundestagsdrucksachen, stenografischen Berichten und Bundesgesetzblättern. Die Vergabe der Arbeiten sei „mindestens seit dem Jahr 2001“ und bis zum Jahr 2008 sowohl „ohne schriftliche rahmenvertragliche Grundlage“ als auch „ohne die vom Vergaberecht vorgesehene regelmäßige Neuvergabe der Leistung“ erfolgt. Insgesamt flossen rund 200 000 Euro an die Bonner Buchbinderei Dormagen, die im Februar 2008 noch einmal einen freihändig vergebenen Anschlussauftrag erhielt, der letztendlich rund 34 000 Euro gekostet hat. Die Innenrevisoren kritisieren auch mangelhafte Dokumentationen bei der Lieferung von 20 000 Einwegkopfhörern sowie bei der Bereitstellung eines Internetzugangs zu Test- und Diagnosezwecken. Die Verwaltung führt die versäumte Ausschreibung unter anderem auf eine „zum damaligen Zeitpunkt unklare Zuständigkeitsverteilung und unzureichende Verfahrensabstimmung zwischen den beteiligten Referaten“ zurück.



Altmaier am Windpark „Alpha Ventus“

ENERGIE

Für kleines Geld

Industrieunternehmen, die ihre Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien begrenzen lassen wollen, müssen ab Februar Gebühren für ihre Anträge beim Staat bezahlen. Das sieht eine Verordnung von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) vor. Eine abschreckende Wirkung für Antragsteller dürfte von der neuen Gebühr allerdings kaum ausgehen, da sie nur einen Bruchteil der zu erwartenden Entlastung ausmacht. Ein energieintensives Unternehmen wie eine Papierfabrik mit einem Jahresverbrauch von etwa hundert Gigawattstunden müsste nach der Verordnung etwa 6500 Euro für den Antrag entrichten; die Begrenzung selbst brächte der Firma jedoch ein Plus von 5,1 Millionen Euro. Der grüne Energieexperte Oliver Krischer hält die neue Gebührenordnung für den „albernen Versuch, in der Öffentlichkeit den Anschein einer finanziellen Beteiligung der ansonsten befreiten Industrie zu erwecken“.

HAUPTSTADT

Mit Brunnen und Rossbändiger



Musterfassade des Stadtschlosses

Modern oder historisch? Die Bundesregierung hat sich in die Diskussion um das Erscheinungsbild der Hauptstadt-Mitte eingeschaltet. Es geht darum, wie die Außenanlagen des zukünftigen Berliner Schlosses gestaltet werden sollen. Der Vertreter der Bundesregierung im Stiftungsrat, Bau-Staatssekretär Rainer Bomba, hat sich dabei für die Traditionalisten eingesetzt. Er warnt vor einem „gestalterischen Bruch“ zwischen den das Stadtbild prägenden historischen Fassaden des Schlosses und der Umgebung. Nur ein „harmonisches Ganzes“ könne am Ende überzeugen, schrieb er an die Berliner Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, eine Anhängerin moderner Architektur. Die Befürworter der historischen Rekonstruktion im Preußen-Stil plädieren etwa für die Rückkehr des Neptunbrunnens auf den Schlossplatz. Auch die „Rossbändiger“ sollen dort wieder aufgestellt werden, ein Geschenk des russischen Zaren Nikolaus I.

KOALITIONSAUSSCHUSS

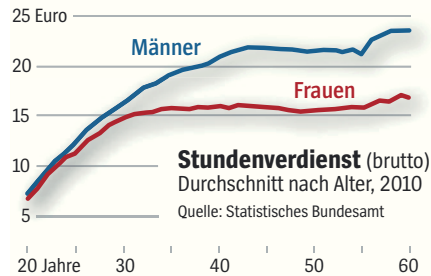
Noch nicht eingeladen

Das für den 31. Januar geplante nächste Treffen des Koalitionsausschusses ist in Gefahr. Zwar drängt die CSU auf Beratungen, vor allem über die steigenden Strompreise. Dennoch konnten bislang keine Einladungen versandt werden. Der Grund, so heißt es in Unionskreisen: Wegen der Führungskrise in der FDP sei zumindest bis zur Wahl in Niedersachsen nicht klar, wer von den Liberalen an dem Treffen teilnimmt. Für die Freien Demokraten sind normalerweise der Parteichef und Vizekanzler Philipp Rösler, Fraktionschef Rainer Brüderle und die stellvertretende FDP-Vorsitzende Birgit Homburger dabei. Zuletzt traf sich der Koalitionsausschuss im vergangenen November.

UNION

Gleiches Gehalt

Die Unionsfraktion im Bundestag will Unternehmen künftig verpflichten, Männer und Frauen für gleiche Tätigkeiten gleich zu bezahlen. Fraktionschef Volker Kauder (CDU) hat Fachpolitiker damit beauftragt, dafür einen Gesetzestext zu formulieren, und steuert damit auf einen Großkonflikt mit der Wirtschaft zu. Offen ist bislang, ob sich die Union für ein eigenes Entgeltgleichheitsgesetz einsetzt. Einen entsprechenden Entwurf der SPD, der Firmen verpflichten würde, ihre Strukturen offenzulegen, hatte die Union noch im vergangenen Sommer als zu bürokratisch abgelehnt. Als denkbar gilt alternativ eine Verschärfung der Rechenschafts- und Dokumentationspflichten von Unternehmen. Zudem



könnte im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden, dass Betriebsräte künftig auch darüber wachen, ob die Unternehmen Männer und Frauen gleich bezahlen. Kauder ist jedoch skeptisch, ob dies ausreicht, um eine Angleichung der Gehälter zu erreichen. Familienministerin Kristina Schröder und die für Arbeit und Soziales zuständige stellvertretende Fraktionschefin Ingrid Fischbach (beide CDU) prüfen derzeit verschiedene Vorschläge.

JUSTIZ

Weniger erben

Viele Menschen hoffen auf ein großes Erbe. Max Strauß hingegen, ältester Sohn des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef, kämpft darum, dass ihm kein solches Erbe nachgesagt wird: Ihm ist es wichtig klarzustellen, dass sein Vater der Familie *nicht* 300 Millionen Mark hinterlassen habe. So wichtig, dass er in einer eidesstattlichen Versicherung ausführt, das Vermögen seiner Eltern habe „sehr viel weniger als zehn Prozent dieses Betrages“ umfasst.

Hintergrund ist ein Verfahren, das jetzt vor dem Landgericht Köln fortgeführt wird: Max Strauß klagt gegen den Münchner Autor Wilhelm Schlötterer und einen im „Stern“ erschienenen Ar-

tikel auf Unterlassung. Schlötterer hatte bei Lesungen aus seinem Buch „Macht und Missbrauch“ behauptet, Strauß' Erbe habe sich auf ebendiese 300 Millionen Mark belaufen. Daraufhin hatte sich Burkhard K., ein früherer Banker des ehemaligen Bankkonzerns Citicorp, gemeldet und berichtet, Max Strauß habe 1992 bei der Citicorp-Filiale in Luxemburg angerufen und gefragt, ob er 300 Millionen Mark von München bar nach Luxemburg bringen könne; es handle sich um das Erbe seines Vaters. Der Zeuge will in dieser Sache zweimal in der Kanzlei von Max Strauß angerufen und mit ihm über den Geldtransfer gesprochen haben. K. machte diese Angaben später auch gegenüber der Bochumer Staatsanwaltschaft, der „Stern“ berichtete im Juni über K.s Aussage.

Diese Berichte passen dem Erben nicht: weil sie unwahr sein sollen und womöglich auch, weil dann erklärt werden müsste, wie die Eltern Strauß auf legalem Weg an so viel Geld gekommen wären. Max Strauß beteuert in einer eidesstattlichen Versicherung, die er für ein vorgelagertes Verfahren abgegeben hat, weder mit K. noch mit anderen Managern der Citicorp über eine Anlage des Erbes seines Vaters gesprochen zu haben. Das Landgericht Köln beschloss, Burkhard K. und die Strauß-Kinder Monika Hohlmeier und Franz Georg Strauß als Zeugen zu hören. Max Strauß möchte sich nach Angaben seines Anwalts gegenüber dem SPIEGEL nicht zu dem Verfahren äußern.



Familie Strauß, Sohn Max (r.) 1980

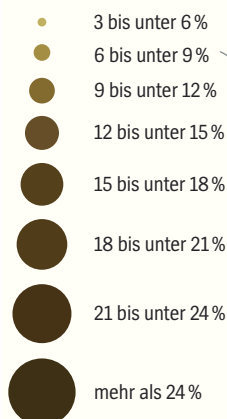
HEINZ GEBHARDT / MÜNCHENFOTO.DE

Braune Zone

In vielen Teilen Ostdeutschlands ist die NPD mehr als eine Randerscheinung. Eine Auswertung der Ergebnisse vergangener Landtagswahlen zeigt, dass die Rechtsextremen in manchen Gegenden den Status einer Volkspartei genießen.

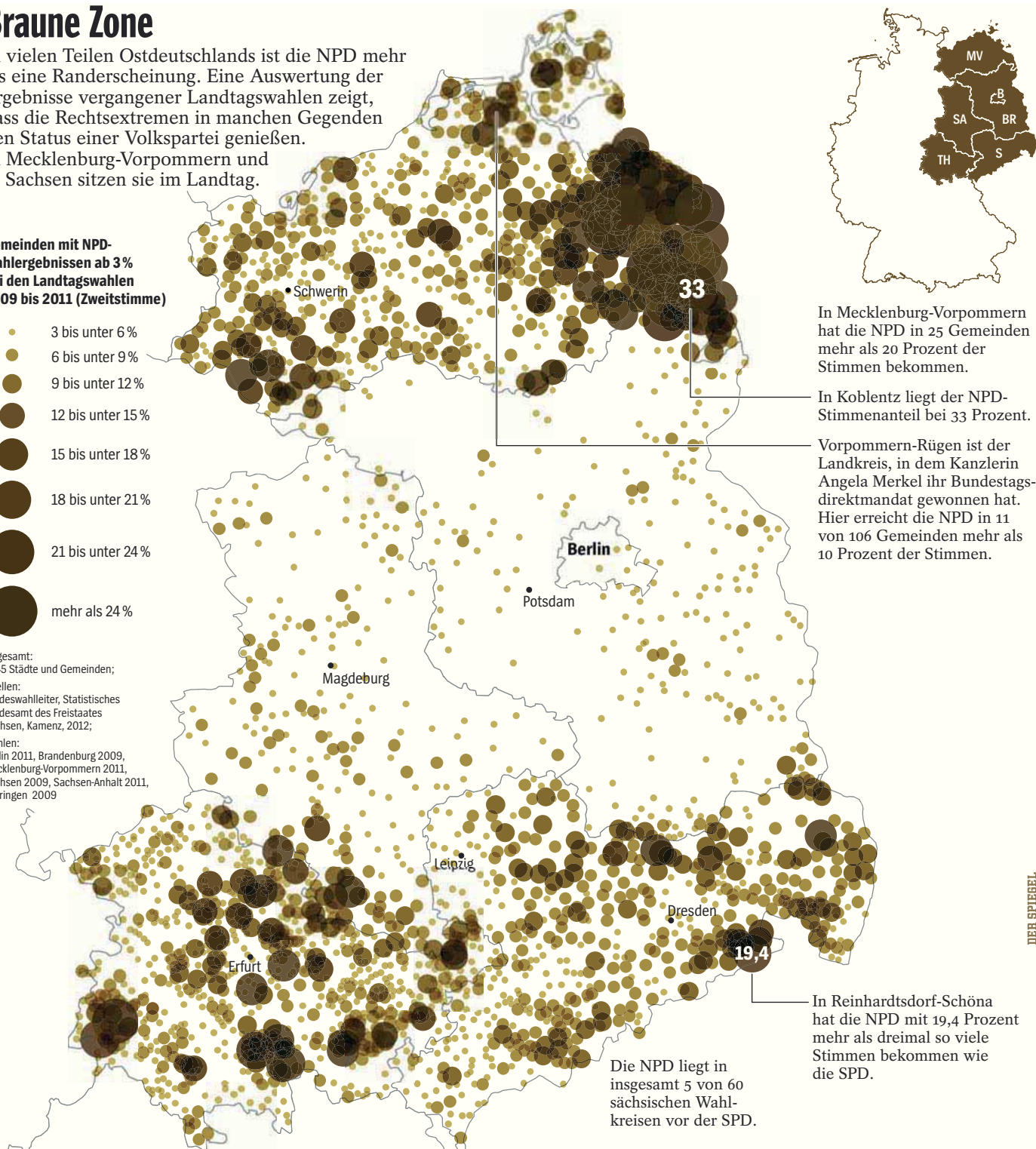
In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen sitzen sie im Landtag.

Gemeinden mit NPD-Wahlergebnissen ab 3% bei den Landtagswahlen 2009 bis 2011 (Zweitstimme)



Insgesamt: 2945 Städte und Gemeinden;
Quellen: Landeswahlleiter, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2012;

Wahlen: Berlin 2011, Brandenburg 2009, Mecklenburg-Vorpommern 2011, Sachsen 2009, Sachsen-Anhalt 2011, Thüringen 2009



DER SPIEGEL

DIPLOMATIE

Versöhnliche Geste

US-Vizepräsident Joe Biden plant einen offiziellen Besuch in der deutschen Hauptstadt. Anfang Februar will

die Nummer zwei der amerikanischen Regierung Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin treffen, entweder vor oder nach seiner Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz. Ursprünglich sollte das Gespräch zwischen Biden und der deutschen Regierungschefin am Rande der Tagung

stattfinden, Merkel wird jedoch nach jetzigem Stand nicht daran teilnehmen. Bidens Visite ist auch als versöhnliche Geste zu verstehen – Präsident Barack Obama hatte Berlin in seiner ersten Amtszeit nicht besucht, was auf deutscher Seite Verwunderung ausgelöst hatte.

WERBUNG



TIMUR EMEK / DAPD

HAUPTSTADT

Die Akte des Architekten

Kaum ist die Flughafeneröffnung erneut geplatzt, folgt die nächste Attacke vor Gericht: Airport-Planer Meinhard von Gerkan bezichtigt die Flughafengesellschaft von Bürgermeister Wowereit der „großangelegten Täuschung“.

Klaus Wowereit machte einfach weiter, als wäre nichts passiert. Er empfing den neuen Generalkonsul der Türkei sowie den Bürgermeister von Turin, er beschäftigte sich mit Friedhofserweiterungsflächen, und er beehrte die lokale Bauindustrie auf ihrem Neujahrsempfang mit seinem Besuch, gutge-launt wie immer. „In Berlin werden starke Impulse gesetzt“, schwärmte der Regierende Bürgermeister über seine Stadt – und sich selbst.

Nur wenige Tage brauchte er, um sich zu fangen; um die Illusion zu hegen, dass seine Macht nicht beschädigt sei.

Kaum aber schien nach der erneut geplatzen Flughafeneröffnung das Schlimmste überstanden, da meldet sich der nächste Gegner zu Wort. Jetzt ist es Airport-Architekt Meinhard von Gerkan, der zum Angriff ansetzt.

Seit 2004 hatte er mit seinem Team den Großflughafen BER geplant, dann wurde er im vorigen Mai gefeuert und verklagt. Auf 99 Seiten nebst umfangreichen Anlagen haben seine Anwälte nun zusammengetragen, wie aus ihrer Sicht die Flughafengesellschaft unter Wowereits Regie das Debakel in Schönefeld verursacht hat.

Die Akte des Architekten gibt erstmals detailliert Einblick in eine lange Zeit abgeschirmte, kleine Staatsfirma, die angetreten war, aus eigener Kraft eines der größten Infrastrukturprojekte Deutschlands zu stemmen – und im Scheitern fast zwei Ministerpräsidenten zu Fall brachte.

Mit Gerkans Klageerwiderung geht nun nach der politischen auch die juristische Aufarbeitung in die nächste Runde: mit potentiell gewaltiger Sprengkraft. Folgt das Landgericht Potsdam, dem der Schriftsatz seit kurzem vorliegt, den Ar-

gumenten, dann hat sich die Arbeit von Wowereits BER-Managern als „großangelegte Täuschung herausgestellt“.

Bislang gilt mangelhaft geplanter Brandschutz als Hauptursache für das Termin- und Kostenchaos – das ist die Position der Flughafengesellschaft. Gerkans Gegenposition ergibt ein völlig anderes Bild: Wie Kinder beim Legospielen schoben die Bauherren demnach Klötzchen hin und her. Mal verrückten sie eine Flug-gastbrücke, dann wünschten sie sich eine Vielflieger-Lounge, wo bereits ein normaler Wartebereich installiert war. Der Bauablauf, heißt es in der Akte, wurde dadurch „regelrecht zerschossen“.

Die Suche nach Schuldigen beschäftigt nicht nur die Justiz; auch politisch ist die Auseinandersetzung mit dem Berliner Misstrauensvotum vom Samstag noch nicht vorbei.

Sozialdemokrat Wowereit

„In Berlin werden starke Impulse gesetzt“

schaft „mit dem ihr zur Verfügung stehenden Personal nicht ansatzweise in der Lage, den Flughafen in Betrieb zu nehmen oder auch nur genehmigen zu lassen.“

Die Angestellten der Staatsfirma seien dafür schlichtweg „nicht ausgebildet“; sie hätten „im Flughafenbau keine Erfahrung“. Tatsächlich ruhen die Bauarbeiten in Schönefeld seit vielen Monaten.

Ein härteres Zeugnis ist kaum denkbar für ein Unternehmen, das Wowereit seit 2001 als Chefkontrolleur beaufsichtigt hat. Berlins Regierender Bürgermeister persönlich stellte als Geschäftsführer Rainer Schwarz ein, der nun für das Debakel verantwortlich gemacht wird. Wowereit vertraute darauf, dass seine Leute das Projekt allein, ohne einen Generalunternehmer wie Hochtief, stemmen könnten; er segnete Zeit- und Kostenpläne ab und trug alle strategischen Entscheidungen mit.

Als Versager jedoch werden von Seiten der Flughafengesellschaft seit Monaten immer wieder die Architekten aus Gerkans Büro gmp genannt. Sie sollen für massive Fehlplanungen verantwortlich sein sowie für ein technisch unausgereiftes Design, insbesondere beim Brandschutz.

Mit diesem Argument erklärte der von Wowereit bis zuletzt protegierte Airport-Chef Rainer Schwarz die nicht abreißen-ende Pannenserie. Deshalb auch wurde die von Gerkan und dem Frankfurter Architekturbüro JSK gebildete Planungsgemeinschaft pg bbi im Mai entlassen.

Eine solche Lesart wollen sich die Architekten nicht länger gefallen lassen. In ihrer Klageerwidierung zeichnen sie das Bild einer chaotisch aufgestellten, chronisch überforderten Flughafengesellschaft.

Nach dem bisherigen Aufsichtsratschef Wowereit (SPD) rückt nun die Rolle von Peter Ramsauer (CSU), der den Bund als Minderheitsgesellschafter vertritt, ins Zentrum.

Bereits am 19. Dezember, drei Wochen vor der offiziellen Terminabsage, ließ sich der Bundesverkehrsminister in seinem Amtssitz von Flughafen-Technikchef Horst Amann persönlich Bericht erstatten. Das Ministerium und Amann bestätigen das Treffen. „Natürlich haben wir über den Stand des Projekts gesprochen, über was denn sonst“, sagt Amann.

Wenige Tage später stellte Ramsauer in einem Zeitungsinterview als erster Verantwortlicher den Eröffnungstermin Oktober 2013 in Frage – und löste damit in Berlin und Brandenburg Verwunderung aus. Wusste der Minister vorab von den Problemen? Warum ging Amann zu einem Minderheitsgesellschafter, statt seinen Aufsichtsratsvorsitzenden zu informieren?

Seit Monaten nutzte der CSU-Mann jede Gelegenheit, um Wowereit zu schaden. Nach dessen öffentlicher Blamage hat er sein Ziel offensichtlich erreicht. Jetzt erwägt er überdies, den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft auf Schadensersatz zu verklagen. Schnell vergessen ist offenbar sein Versprechen, der Erfolg des BER-Projekts liege ab sofort „im gesamtstaatlichen Interesse“.

Eigentlich soll das Management der Staatsfirma zügig neu aufgestellt werden,

stattdessen belasten nun juristische Probleme die Sanierung. Denn auch aus Sicht der Gerkan-Kanzlei CBH gibt es nur einen Schuldigen für das Projekt, das im vergangenen Mai bloß vier Wochen vor der damals geplanten Eröffnung havarierte: die Flughafengesellschaft.

Es sei nicht nur für die Probleme der vergangenen Jahre und das „selbstangereichtete Terminchaos“ verantwortlich, sondern auch gänzlich ungeeignet, den Bau zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. „Selbstverständlich“, schreiben Gerkans Anwälte, sei die Flughafengesellschaft



Probetrieb am BER im Februar 2012: Gedränge beim Check-in



Minister Ramsauer, Schäuble, Architekt Gerkhan: „Selbst angerichtetes Chaos“

schaft: Jahrelang haben die Manager demnach sich selbst und ihren Gesellschaftern vorgemacht, sie könnten das Terminal in Eigenregie pünktlich und günstig fertigstellen. Und Wowereit ließ sie gewähren.

Verheerende Folgen hatte vor allem die Entscheidung, das neue Terminal zum Shopping-Center auszubauen. Zahlreiche Boutiquen, Restaurants und Cafés sollten für zusätzliche Einnahmen sorgen. So hatte es sich Schwarz mit seinem Geschäftsbereich „Non Aviation“ ausgedacht. Wichtiger als das Abfertigen wurde nun offenbar das Abkassieren der Passagiere: Alle Fluggäste waren unmittelbar nach der Sicherheitskontrolle durch einen sogenannten Walk-Through-Shop zu führen – er wurde zum zentralen Angelpunkt des Terminals erklärt.

Die Architekten mussten daraufhin die komplette Abflugebene umplanen. „Profitable Flächen“ waren zu schaffen, und das führte, so ihre Anwälte, „zwingend zu einer Reduktion von Check-in-Schaltern, Verkehrsflächen in der Halle und damit einem Verlust an Abfertigungskapazität“. Im Klartext: Ist das BER-Terminal erst mal fertiggestellt, müssen sich die Passagiere beim Check-in drängeln, damit sie anschließend entspannt shoppen können. Schon vor Jahren wiesen die Planer darum ihre Auftraggeber darauf hin, „dass das Terminal infolge der neuen Anforderungen zu klein und eine Erweiterung der Haupthalle erforderlich sei“.

Doch die Flughafengesellschaft lehnte das Ansinnen ab – inzwischen gibt es

kaum noch Zweifel, dass der neue Flughafen schon zur Eröffnung seine Kapazitätsgrenze erreicht haben wird. Die Entscheidung sollte sich später rächen: Weil Flächen für gesetzlich neu vorgeschriebene Sicherheitsbereiche fehlten, musste das Terminal für fast 200 Millionen Euro doch noch erweitert werden. Auch der Zeitplan geriet deshalb durcheinander.

Das Shopping-Center war nicht der einzige Änderungswunsch der Airport-Manager. Bis Mai 2012 bombardierten sie die Architekten mit 286 Planänderungsanträgen. Die „fortdauernde Behinderung der eigenen Baustelle“ ist für die Architekten eine der zentralen Ursachen für das Debakel. Von Sommer 2010 an musste der Baubetrieb deshalb für neun Monate ruhen.

Zahlreiche weitere Beispiele folgen in den Ausführungen von Gerkans Juristen. Sie legen nahe, dass „Europas modernster Flughafen“ (Eigenwerbung) wohl täglich neue Schlagzeilen produziert hätte, wenn er im vergangenen Juni wie geplant eröffnet worden wäre. So wären alle Parkhäuser geschlossen geblieben, da es keine funktionierende Verbindung zu den Feuerwerken gab. Auch die Notstromversorgung im Terminal hatte noch keine Sachverständigenabnahme.

Möglicherweise hat Gerkans Planungsarbeit, wie die Flughafengesellschaft behauptet, erheblich zum Scheitern in Schönefeld beigetragen. Es wird Jahre dauern, bis Richter das geklärt haben.

Politisch wichtiger ist die Frage, was der bisherige Chefkontrolleur Wowereit und seine Kollegen von diesen Vorgängen wuss-

ten. Entweder sie waren informiert – oder sie haben sich leichtgläubig täuschen lassen. Beides wäre ein vernichtendes Urteil.

Folgt man den Architekten, dann trifft eher die zweite Variante zu, dann haben die Aufsichtsräte naiv Airport-Chef Schwarz vertraut und seine illusorischen Zeit- und Kostenpläne abgenickt.

Spätestens im November 2008, heißt es in der Klageerwiderung, habe sich die Flughafengesellschaft entschlossen, „anstelle einer klaren, erfolgversprechenden Projektstrategie mit Halbwahrheiten und unrealistischen Vorgaben zu arbeiten“. Die Geschäftsführung habe „wider besseres Wissen gegenüber ihrem eigenen Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit“ suggeriert, dass das Terminal „pünktlich und innerhalb des Wunsch-Budgets fertig werden könne“.

Studien ließen damals „erstaunlich exakt“, so die Anwälte, jene Kostenexplosionen und Terminprobleme erkennen, die nun seit Monaten für Aufregung sorgen. Ein Sprecher der Flughafengesellschaft will die Vorwürfe wegen des laufenden Verfahrens nicht kommentieren.

Wesentliche Kontrollmechanismen, so viel ist sicher, haben in der Vergangenheit versagt. Nötig ist nun ein radikaler Neuanfang – aber ist Matthias Platzeck dafür der richtige Mann? Der Potsdamer Ministerpräsident ist seit vielen Jahren stellvertretender Aufsichtsratschef der Flughafengesellschaft; alle wesentlichen Entscheidungen hat er mitgetragen.

Am Mittwoch soll er den Vorsitz von Wowereit übernehmen. Der Flughafen wird dann sein Problem: Wenn er es nicht

Berliner Luftnummer

2006	2010	2012	2013
5. September	7. Mai	8. Mai	7. September
Erster Spatenstich für den neuen Hauptstadtflughafen	Richtfest für den Terminalrohbau	Absage des Eröffnungstermins, u. a. wegen gravierender Brandschutzmängel	Verschiebung auf den 27. Oktober 2013 wegen weiterhin nicht funktionierenden Brandschutzes
	25. Juni	16. Mai	7. Januar
	Erste Verschiebung des Eröffnungstermins vom 30. Oktober 2011 auf den 3. Juni 2012	Neuer Eröffnungstermin geplant für den 17. März 2013	Absage des neuen Eröffnungstermins. Ein weiterer Termin wird nicht genannt.

WERBUNG

in den Griff bekommt, wird er die Quittung bei der Brandenburger Landtagswahl im Herbst 2014 erhalten.

Für Platzeck fiel die Entscheidung am vergangenen Montag bei einem Gesellschaftertreffen im Roten Rathaus. Ein Vertreter des Bundesverkehrsministeriums beantragte erneut, Airport-Chef Schwarz abzulösen. Wowereit stellte sich wie gewohnt dagegen; bislang war ihm Platzeck darin stets gefolgt. Nun wechselte er die Seiten. Brandenburg werde Schwarz nicht länger unterstützen, erklärte er. Kurz darauf bot ihm Wowereit den Vorsitz an.

Platzeck muss jetzt die Vergangenheit abschütteln, so schnell es geht, er muss beweisen, dass es mit ihm einen glaubwürdigen Neuanfang im Aufsichtsrat geben kann – Schäuble hätte lieber einen politikfremden Fachmann als neuen Chefkontrolleur gesehen.

Schon auf der Rückfahrt nach Potsdam stellte der Mann, der während der Oderflut 1997 als Deichgraf bekannt geworden war, auf Katastrophenmanagement um. In seiner Staatskanzlei soll es nun einen Krisenstab geben; seine Fachminister wies er an, ihm die besten Leute zur Verfügung zu stellen. Dem Aufsichtsrat soll eine Expertenrunde zur Seite gestellt werden; auch der Bund soll im Kontrollgremium mehr Verantwortung übernehmen.

Und Wowereit? Als ihn am vorvergangenen Wochenende die fatale Botschaft vom Airport erreichte, tauchte er erst mal ab. Sein Koalitionspartner Frank Henkel (CDU) fragte per SMS an, ob es Neues vom Flughafen gebe – der Bürgermeister antwortete nicht. Auch seine Kronprinzen ließ er im Unklaren: SPD-Landeschef Jan Stöß und der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, erfuhren die Nachricht nicht von ihm.

Seit 2001 ist Wowereit im Amt. Wenn sein Parteifreund Kurt Beck in dieser Woche abtritt, ist er der am längsten regierende Ministerpräsident. Aber auch seine Zeit ist abgelaufen. Sobald sich die Berliner SPD auf einen Nachfolger geeinigt hat, wird Wowereit das Rote Rathaus räumen müssen. Es ist unwahrscheinlich, dass er den neuen Flughafen, das wichtigste Projekt seiner Amtszeit, noch als Bürgermeister eröffnen kann.

Für viele Berliner und ihre Besucher ist das Airport-Debakel dagegen eine gute Nachricht – so können sie weiterhin den zentrumsnahen Flughafen Tegel nutzen, der ebenfalls von Gerkan gebaut wurde. So sehen es auch die Anwälte des Architekten. „Tegel funktioniert“, schreiben sie in ihrem Schlusswort, „der Flughafen Tegel gehört aufgrund seiner klugen Planung, den realisierten kurzen Wegen und seiner ‚Bürgernähe‘ zu den beliebtesten Flughäfen der Welt.“

FRANK HORNIG, ANDREAS WASSERMANN



GESCHICHTSSCHREIBUNG

Regieren mit dem Daumen

Wie privat sind die SMS der Kanzlerin?
Juristen meinen, sie müssen in die Akten.

Ein Klick, ein Blick, ein schmales Lächeln. Fertig. Das ist Kanzlerinnen-Politik.

So war es öffentlich zu sehen, als im März 2011 Angela Merkel bei einem Auftritt auf der Computermesse Cebit in Hannover von der Nachricht überrascht wurde, ihr Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wolle von seinem Amt zurücktreten: ein Druck auf die Handy-Taste mit dem Daumen, die Kanzlerin reicht mit zufriedener Miene das kleine Ding Bildungsministerin Annette Schavan neben ihr, die liest, gibt zurück, beide Damen wenden sich sichtbar erfüllt von Herrschaftswissen wieder dem Gang der Dinge auf der Cebit zu.

Und dann? Die Frage, was eigentlich mit den zahllosen SMS passiert, zwischen der mächtigsten Frau Europas und all den Weisungsempfängern, Rivalen, Freunden und Kollegen, mit denen sie per Daumendruck kommuniziert, treibt mittlerweile Juristen, Bürgerrechtler, sogar die Archivare der Bundesregierung um. Das Kürzel „am“ kennzeichnet die harte Währung im Berliner Politik-Betrieb, per

„short message service“ der Kanzlerin werden politische Karrieren begründet und beendet, Gegner ausgetrickst und Staatsmänner versöhnt. Vermutlich, genau weiß man es eben nicht.

Kann es angehen, dass die Kanzlerin ihre weltbewegende Korrespondenz in der Handtasche verschwinden lässt?

So jedenfalls ist die Praxis im Kanzleramt. Dort nimmt bisher niemand die SMS zu den Akten.

Doch nur wenn die SMS von und an „am“ zu den Akten kommen, können sie für die Nachwelt in Archiven erhalten werden. Nur dann könnten sie, was die Regierung natürlich noch viel weniger will, nach dem „Informationsfreiheitsgesetz“ sogar von Bürgern eingesehen werden, die sich über Regierungshandeln informieren wollen.

Dazu könnte es jedoch bald kommen. Neuere Urteile der Verwaltungsgerichte lassen ahnen, dass die Kanzlerin sich womöglich verpflichtet sehen wird, ihr elektronisches Nähkästchen aufzumachen. Denn das Informationsfreiheitsgesetz verlangt, dass grundsätzlich Infos, Dateien,



SMS-Empfängerin Merkel,
Mitleserin Schavan*

JOHANNES EISELE / APF

alles, was beim öffentlichen Geschäft anfällt, registriert und wohlsortiert bereitgehalten wird.

Jede Nachricht bleibt ja zunächst im Handy gespeichert. Nichts darf willkürlich gar per Daumendruck gelöscht werden. Da passen auch die strengen Sammler vom Bundesarchiv auf, die dafür zuständig sind, das Regierungsgeschäft möglichst vollständig der Nachwelt zu dokumentieren. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, mahnt: „Wenn zum Beispiel mittels einer SMS eine förmliche Weisung an das Bundeskanzleramt oder einen Bundesminister erteilt wird, gehört diese SMS natürlich in die Akten.“

Für Angela Merkels private Korrespondenz gilt das freilich nicht. Aber darüber, was privat und was dienstlich ist, lässt sich oft trefflich streiten. Da machte zum Beispiel im Frühjahr 2010 SPD-Chef Sigmar Gabriel per SMS der „Sehr geehrten Frau Bundeskanzlerin“ einen „personalschlag“: Joachim Gauck solle Bundespräsident werden. Ein Klick, ein Blick,

die Antwort: „Danke fuer die info und herzliche grüße am“.

Der Wortwechsel war im SPIEGEL zu lesen, nachdem Frau Merkel sich dann doch lieber für Christian Wulff entschieden hatte. „Ein einmaliger Vorgang, schlichtweg ungeheuerlich und durch nichts zu erklären oder zu entschuldigen“, hieß es im Kanzleramt – nicht zur Wulff-Wahl, sondern zur Veröffentlichung der SMS. Man habe sich doch auf Diskretion am Telefon auch zwischen Regierung und Opposition stets verlassen können.

Die elektronisch übermittelten SMS-Texte fallen zumindest nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes anders als der Inhalt von Telefongesprächen unter die für Bürger bereitzuhaltenden Unterlagen. Jede „geordnete Datenmenge“, die auf einem „Datenträger verkörpert“ ist, so der Freiburger Staatsrechtsprofessor Friedrich Schoch, Autor des einschlägigen Gesetzes-Kommentars, sei grundsätzlich aktenpflichtig.

Dass der Wunsch der Kanzlerin, die Dinge vertraulich zu halten, ihre Infos nicht vor dem Zugriff von Bürgern und Archivaren schützt, machten die Richter des Berliner Oberverwaltungsgerichts der Regentin erst im vergangenen Jahr deutlich. Es ging um das Geburtstagsfest für den damaligen Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann. Merkel hatte es auf Staatskosten 2008 im Kanzleramt ausgerichtet.

Der Umweltaktivist und Publizist Thilo Bode hatte Auskunft über Bewirtungskosten der Ackermann-Sause, die Gästeliste, die Rede-Texte, schließlich sogar den Terminkalender der Kanzlerin verlangt – vergebens. Erst das Berliner Obergericht gab Bode im März 2012 weitgehend recht. Sogar der Terminkalender der Kanzlerin, entschieden die Richter, falle unter das Informationsfreiheitsgesetz.

Als hätten die Angst vor der eigenen Courage bekommen, retteten die Verwaltungsrichter mit einer aberwitzigen Volte den Kalender der Kanzlerin in diesem Fall vor dem Zugriff Bodes: Eine Herausgabe, auch von Auszügen, könne die „Sicherheit des Bundes“ gefährden.

Ganz überraschend kommt das Transparenz-Urteil allerdings nicht. Ordentlicher Umgang mit schriftlichen Grundlagen einer Entscheidungsfindung habe auch etwas mit Demokratie zu tun, urteilte schon 1988 das Bundesverwaltungsgericht: Eine vollständige Dokumentation sei „Grundlage für die parlamentarische Kontrolle“ des Exekutivhandelns.

Das bringt allerdings einen Teil der Berliner Regierungspolitik in eine rechtliche Grauzone. Die Nebenzimmer-Diplomatie und die Koalitions-Kungelrunden: alles in die Akten?

Für Hans-Peter Uhl, den innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, ist denn der Gedanke an eine Archivierungspflicht für Kurzbriefe via Handy ein

Graus: „SMS ersetzen Telefonate. Wenn die Demokratie mit weniger Sitzungen auskäme, würde die Kanzlerin sicher das persönliche Gespräch bevorzugen.“

Auch beim politischen Gegner schätzt man eher das Diskrete: „Es muss in der Politik Raum für informellen Austausch geben“, sagt Uhls SPD-Kollege Michael Hartmann, „SMS zu archivieren würde diese Möglichkeit unzulässig einengen.“

Für Offenheit nach außen plädiert der Grünen-Querdenker Christian Ströbele: „Warum sollten amtliche SMS geheimer gehalten werden als Briefe?“ Dienstliche SMS der Kanzlerin müssten natürlich „Parlament und auf Verlangen im Rahmen der Gesetze auch der Öffentlichkeit vorgelegt werden“.

Doch nicht nur einzelne Parlamentarier, auch Historiker erzürnt das Regieren aus der Handtasche mittlerweile. „Merkel macht ganz offensichtlich Politik per SMS, insofern ist es selbstverständlich und zwingend, dass diese archiviert werden“, fordert Hans Woller vom Institut für Zeitgeschichte in München. SMS zu den Akten: Das sei, so Woller, „ein Gebot demokratischer Rechenschaftslegung“.

In den Vereinigten Staaten ist man schon weiter: Präsident Barack Obamas BlackBerry kann nicht benutzt werden, ohne dass alles im Archiv des Weißen Hauses registriert wird. Weil die Sitten

„Warum sollten amtliche SMS geheimer gehalten werden als Briefe?“

in der ältesten funktionierenden Demokratie der Neuzeit so streng sind, hatte schon George W. Bush bei Amtsantritt eine Mail an seine „Dear Friends“ geschrieben: Dies sei seine letzte. Ab sofort nichts mehr via Handy.

Beim Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ist das Problem inzwischen auch angekommen. Frau Merkel simse „in einem rechtlichen Grenzbereich“, heißt es dort. Man werde sich mal im Kanzleramt über die „genauen Umstände“ erkundigen.

Da werden die Informationsfreiheits-Experten kaum weiterkommen. Am vergangenen Freitag hatte die Regierung die Fragerei satt: „Aus grundsätzlichen Erwägungen“, so ein Regierungssprecher, gebe man über den Telefongebrauch der Kanzlerin „keine Auskunft“. Selbstverständlich werde aber alles „Relevante“ in „geeigneter Form veraktet“.

Was das bedeutet, wird spätestens geklärt, wenn die nächste Klage beim Oberverwaltungsgericht gelandet ist.

THOMAS DARNSTÄDT, AXEL FROHN,
ANN-KATHRIN NEZIK, KLAUS WIEGREFE

* Am 1. März 2011 in Hannover.

FDP

Im Bambuswald

Eigentlich dürfte es Philipp Rösler als Parteichef nicht mehr geben. Seine Gegner machen ihn seit Wochen verächtlich, um ihn aus dem Amt zu jagen. Dass er nicht weichen will, treibt sie zur Verzweiflung. *Von Jan Fleischhauer*



FDP-Chef Rösler

Für einen Mann, der geköpft werden soll, wirkt Philipp Rösler ziemlich lebendig. Auf dem Spielplan steht seine Hinrichtung, an diesem Wochenende in Stuttgart sollen die letzten Vorbereitungen getroffen werden. Aber noch läuft Rösler im Smoking um seinem Tisch herum und umarmt jeden, der sich ihm in den Weg stellt, auch wenn das bei ihm immer so aussieht, als müsse er dazu Anlauf nehmen. Er sagt: „Ich bin sicher, dass wir einen schönen Abend verleben.“ Dann greift er sich seinen Stuhl, und die Band spielt „Guantanamo“.

Es ist die Ballnacht vor dem Dreikönigstreffen der Liberalen, der Samstag vor dem Showdown. Am Morgen hat die Presse gemeldet, dass Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel den FDP-Parteivorsitzenden herausfordern wolle. In vier Landesverbänden wird angeblich über eine vorzeitige Ablösung nachgedacht. Es gibt Umfragen, wonach nur noch 8 Prozent der FDP-Wähler Rösler für den richtigen Vorsitzenden halten. 76 Prozent wünschen sich Rainer Brüderle, den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag.

Und Rösler?

Verspeist sein Ball-Menü, plaudert mit der Hamburger Fraktionschefin Katja Suding, die man neben ihm platziert hat und die in ihrem roten Designerkleid eine fabelhafte Figur macht. Dann erhebt er sich, weil er den Journalisten, die draußen warten, noch eine Antwort schuldet, warum er nicht ans Aufhören denkt. Trotz Putschgerüchten, der Interviews von Dirk Niebel und der verheerenden Umfragen.

Apropos Umfragen: Wenn er die Zahlen richtig gelesen habe, dann seien unter den tausend Menschen, die man für das Meinungsbild auswählte, vier Prozent FDP-Wähler. Vier Prozent von tausend macht 40 Befragte. „Also 30 von 40 Leuten, mit denen man gesprochen hat, wünschen sich jetzt Rainer Brüderle als Vorsitzenden. Soll mich das besonders beeindrucken?“ Warte nur, denkt sich mancher in so einem Moment.

Die Lage ist bei der FDP inzwischen so, dass sich Medienvertreter wie Katastrophentouristen fühlen, wenn sie zu einer Veranstaltung wie dem Dreikönigstreffen anreisen. Selbst Politikbeobachter, die viel hinter sich haben, blicken mit einer Mischung aus Voyeurismus und Schauer auf die Partei, die in zehn Landesparlamenten sitzt und in vier Landesregierungen und noch immer fünf Minister im Bundeskabinett stellt.

Eigentlich dürfte es Rösler gar nicht mehr geben. Seit Monaten steht er kurz

vor dem Aus, nahezu wöchentlich wird irgendwo sein Rücktritt angekündigt. Die Verächtlichmachungen aus den eigenen Reihen haben ein Ausmaß erreicht, dass es alle verstehen würden, wenn der FDP-Chef längst das Weite gesucht hätte. Jeder Landesvorsitzende kann sich inzwischen ins Fernsehen setzen und seine Scherze treiben, ohne dass es Folgen hat.

Es gibt ein Muster für diese Zermürbung. Die Partei hat das Spiel schon einmal gespielt, vor zwei Jahren. Da hieß der Parteivorsitzende Guido Westerwelle, und wie Rösler konnte auch er jeden Morgen in den Zeitungen lesen, was die eigenen Leute von ihm hielten und wie sehr sie sich ihn wegwünschten. Am Ende war Westerwelle so ausgelaugt, dass ein Anruf genügte, um ihn zur Aufgabe zu bewegen.

Doch diesmal funktioniert das Zermürbungsspiel nicht. Rösler will einfach nicht weichen, und das macht manche Leute in der FDP schier verrückt. Ein Putsch ist schnell herbeigeschrieben, ihn erfolgreich in Szene zu setzen schon sehr viel schwieriger.

Nun soll der Wähler besorgen, was die eigenen Parteifreunde nicht schaffen. Wenn die FDP am kommenden Wochenende aus dem Landtag in Niedersachsen

mand mag Ausweichler, in der FDP nicht und bei der Presse schon gar nicht.

„Glaubwürdigkeit gewinnt man, indem man nicht wie Bambusrohre hin- und herschwingt, sondern steht wie eine Eiche“, hat Brüderle im vergangenen Sommer auf einem Parteitreffen gesagt. „Deswegen ist die Eiche hier heimisch und nicht das Bambusrohr.“ Jeder wusste, wer gemeint war, auch wenn Brüderle anschließend das Offenkundige bestritt, wie es zum Zermürbungsspiel gehört. Der Vorteil an Bambus ist, dass er nicht bricht, wenn man ihn biegt, wie Rösler selber einmal gesagt hat. Anders als im Eichenwald, wo die einzelnen Stämme klar auszumachen sind, büßt man im Bambushain auch schnell die Orientierung ein.

Niebel hat jetzt die Nerven verloren. Er ist in der Partei nicht sehr beliebt, viele finden den ehemaligen Fallschirmjäger in seinem Auftritt eher tumb, aber seine Arbeit als Entwicklungshilfeminister hat ihm über die Partei hinaus Respekt verschafft.

Lange ist Niebel in Deckung geblieben. Hin und wieder ließ er ein paar böartige Bemerkungen fallen, aber das machen alle. Ende November hat er zum ersten Mal den Kopf hinausgestreckt, indem er in einem Interview anregte, Parteivorsitz und Spitzenkandidatur zu trennen. Als

Rösler ein paar kritische Bemerkungen kursieren ließ, zuckte er zurück. Es war von einem Missverständnis die Rede. Über die Pressestelle der FDP ließ Niebel eine Dokumentation verteilen, die seine Unschuld belegen sollte.

Er hätte nur abwarten müssen. Stattdessen trat er in Stuttgart ans Mikrofon und hielt eine etwas konfuse Rede, in der er eine neue „Mannschaftsaufstellung“ forderte. Es war nicht ganz klar, an wen er dabei dachte, aber alle im Saal verstanden, dass er Rösler am liebsten so schnell wie möglich aus dem Amt befördern würde.

Jetzt hat er sich selbst in Gefahr gebracht. Wenn die Wahl in Niedersachsen schief läuft, gilt Niebel als einer der Schuldigen. Er kann nur darauf hoffen, dass die Ablösung Röslers dann sehr schnell erfolgt und der Nachfolger ihn bei der Aufarbeitung verschont. Umgekehrt ist nicht ausgeschlossen, dass Rösler Rache nimmt, wenn die Wahl für die FDP doch gut endet. Ein Parteivorsitzender kann niemanden entlassen, aber er kann dafür sorgen, dass jemand beim nächsten Parteitag durchfällt, wenn er sich wieder um ein Parteiamt bewirbt.

Röslers größte Stärke ist seine Leidenschaft. Er beklagt sich nie, auch nicht im kleinen Kreis, auch nicht nach dem dritten Bier. Selbst für Wolfgang Kubicki,



fliege, sei das Schicksal des Parteivorsitzenden besiegelt, heißt es. Es gibt jetzt in der FDP für die Wahl in Hannover also zwei Hoffnungen: Die eine ist, dass sie dort doch wieder in die Regierung kommt – die andere, dass alles mit einem gewaltigen Rums endet.

Politiker haben unterschiedliche Methoden, mit Angriffen fertig zu werden. Die meisten schlagen zurück, wenn man sie reizt. Anschließend gibt es einen Gewinner und einen Verlierer, das macht die Sache übersichtlich. Rösler hingegen weicht dem Machtkampf aus. Er tritt einen Schritt zur Seite, wenn er einen Angriff kommen sieht. So verringert er die Gefahr, zu Boden zu gehen, aber er wirkt dadurch unentschieden und feige. Nie-



GEORG HILGEMANN / DAVIDS

Ehepaar Rösler: Viele Frauen von Spitzenpolitikern beklagen sich über den Mangel an Zeit und Aufmerksamkeit

den Beleidigungskönig aus dem Norden, findet er noch ein Satz des Verständnisses. Wenn der Pressesprecher vor einem Hintergrundgespräch auf Vertraulichkeit besteht, geschieht das eher pro forma. Alles was Rösler sagt, könnte ohne Probleme so gedruckt werden.

Er schimpft auch nie auf die Presse. Westerwelle war zum Schluss wund. Er habe als Außenminister noch nicht einen schönen Tag erlebt, klagte er, wenn er sich in geselliger Runde dazu ermuntert fühlte. Solche Einblicke in seine Gemütslage würde Rösler nie zulassen, da ist er viel kälter als der als herzlos geltende Außenminister.

Vor zwei Wochen fragte ihn bei einem Pressegespräch eine Journalistin, ob er denn keinen Zorn empfinde, keine Wut. Er hatte zu diesem Zeitpunkt 20 Minuten über die Lage der FDP referiert, immer beherrscht, immer sachlich. Seine Beherrschtheit wirkt manchmal geradezu unmenschlich.

„Oder haben Sie sich diese Gefühle abgewöhnt?“

Man hörte aus der Frage die Fassungslosigkeit darüber hinaus, wie jemand angesichts der Angriffe auf sich so ruhig bleiben kann. Aber Rösler lächelte nur. Auch wenn ihn die Stuhlordnung an einen Sitzkreis erinnere, schlage er die Einladung zur Gruppentherapie aus. Danke der Nachfrage.

Es gibt noch eine andere Seite an Rösler, eine fröhlichere, weniger kontrollierte. Es ist schwer zu sagen, was seine Parteifreunde mehr in den Wahnsinn treibt.

Der fröhliche Rösler sitzt im Regierungsfieger neben der Kanzlerin und sagt zu seinem Nebenmann: „Keine Angst, ich hab geduscht.“ Er sagt „ohne Mampf kein Kampf“, bevor es zum Essen geht, und

wenn er sich auf Toilette verabschiedet: „Ich muss mal für kleine Minister.“ Der fröhliche Rösler hat auch stets einen Fotoapparat dabei. Er macht Aufnahmen im Kreml, auf Dienstreise nach Istanbul, vor dem Büro der Kanzlerin.

Neulich zeigte Rösler auf einer Reise die Handy-Fotos von einem neuen Bild herum, das im Kanzleramt hängt. Man muss sich das plastisch vorstellen: Der Vizekanzler der Bundesrepublik sitzt also vor dem Büro der Kanzlerin und macht Aufnahmen von den Wänden, damit er daheim zeigen kann, wie es bei Angela Merkel am Arbeitsplatz aussieht. Putzig.

Manchmal drängt es Generalsekretär Patrick Döring, seinen Parteivorsitzenden an den Armen zu packen und zu schütteln: „Du bist Vizekanzler der größten Industrienation Europas. Du bist der Vorsitzende einer mittelgroßen deutschen Partei in Regierungsverantwortung. Benimm dich entsprechend.“ Einmal hat er so etwas sogar gesagt. Aber darauf antwortete Rösler nur, er wolle sich nicht verbiegen lassen, was bei einem Menschen, den andere mit einem Bambusrohr vergleichen, ungewollt komisch klingt.

Inzwischen lässt Rösler wenigstens die Spaßchen. Keine Witzeleien mehr über Frösche, die man langsam erhitzen muss. Manche sagen jetzt, dass ihm die Leichtigkeit verlorengegangen sei, aber den Leuten in seiner Umgebung ist weniger Leichtigkeit allemal lieber als Auftritte, für die sie sich schämen müssen.

Man weiß sehr viel über Rösler. Man weiß, dass er Udo Jürgens so sehr mag, dass er mitsingen kann. Man weiß, dass er gern zu McDonald's geht und seine Schwiegeroma „Klärchen“ heißt. Im Dezember war er mit seiner Frau wieder in

der „Bunten“, diesmal, um „ihre große Liebe“ zu erklären.

Andererseits bleibt er den Menschen merkwürdig fremd. Irgendwie nett, sagen die Leute, wenn sie etwas Freundliches über ihn ausdrücken wollen. Nett ist in der Politik nicht gut. Nett ist tödlich. Nett heißt harmlos, und zu jemandem, der harmlos wirkt, sieht man nicht auf.

Es gibt kein Rösler-Lager, keine Rösler-Verbündeten. Es gibt nur Allianzen. Weil keine verbindende Idee oder Aufgabe existiert, halten diese Bündnisse immer nur so lange, wie sie den Beteiligten Nutzen versprechen.

Die Allianz, die Rösler nach oben gebracht hat, einte der Vatermord. Im Winter 2010 waren die drei Nachwuchshoffnungen der FDP – Christian Lindner, Daniel Bahr und Philipp Rösler – unabhängig voneinander zu der Auffassung gelangt, dass es mit Westerwelle an der Spitze nicht weitergehen könne. Bei einem langen Abend in der Küche von Döring fasste man den Entschluss zum Sturz. Wer an die Stelle von Westerwelle treten sollte, blieb offen, aber es war klar, dass es einer der drei sein würde.

Lindner hat später den Eindruck zu erwecken versucht, er selbst habe nie Ambitionen auf das höchste Parteiamt gehabt. Aber das ist wohl nicht ganz die Wahrheit. Man telefonierte in den Wochen nach dem Küchentreffen viel miteinander. Döring hielt man jetzt raus, dafür war Hans-Dietrich Genscher immer im Bilde. Irgendwann stellten die drei jungen Männer überrascht fest, dass jeder von dem Ehrengewinnenden zu einer Kandidatur ermuntert worden war.

Bei einem dieser Gespräche ließ Lindner erkennen, dass er sich ebenfalls durchaus für geeignet halte, die FDP zu führen,

so erinnert es jedenfalls einer der anderen beiden Beteiligten. Am Ende sprachen die Erfahrungen für Rösler: Er war in Niedersachsen Landesvorsitzender und auch schon einmal stellvertretender Regierungschef. Außerdem war er Familienvater, das galt nach der Amtszeit des bekennenden Homosexuellen Westerwelle als Rückkehr zu einer Normalität, wie man sie sich nun für den Übergang wünschte.

In den Zeitungen stand später, bei der Konfrontation mit Westerwelle sei Rösler nur über das Telefon zugeschaltet gewesen, weil er in Hannover die Kinder hüten musste. So entstand der Eindruck, er sei bei der Operation eher Zaungast geblieben. Aber auch das stimmt nur zur Hälfte. Bevor sich Lindner und Bahr zur Wohnung des Parteivorsitzenden aufmachten, rief Rösler bei ihm an und teilte ihm mit, dass er in jedem Fall antreten werde, notfalls in einer Kampfkandidatur. Damit war Westerwelles Widerstand gebrochen. Danach ging es nur noch um die Modalitäten des Wechsels und die Frage, ob der Gestürzte sein Amt als Außenminister behalten dürfe.

Weil Rösler so viel lächelt, denken viele, er könne nicht grausam sein. Aber das ist ein Irrtum. Im Gegensatz zu Lindner, dem man viel mehr Härte zutraut, hat Rösler alle unangenehmen Gespräche geführt. Er hat nach Westerwelle auch Birgit Homburger verabschiedet, obwohl sie mit Tränen in den Augen um ihren Posten als Fraktionsvorsitzende kämpfte. Er hat das entscheidende Gespräch mit Brüderle geführt, als er sich entschlossen hatte, diesem das Amt des Wirtschaftsministers wegzunehmen.

Viele Konflikte liegen in dieser Umbruchzeit begründet. Fast immer, wenn sich heute Leute aus der Spitze über Rösler beklagen, gibt es eine Vorgeschichte, die sie nicht vergessen können.

Um im Nachhinein das Wahlversprechen einzulösen, das Entwicklungshilfeministerium abzuschaffen, wollten es die Neuen an der Parteispitze im April 2011 ins Auswärtige Amt eingliedern. So machte man sich Niebel zum Feind. Niebel hat den dreien bis heute nicht verziehen, dass sie ihn abschieben wollten, auch wenn er am Ende sein Ministerium erfolgreich verteidigte.

Dann wollte Rösler unbedingt auf den Posten von Brüderle. Rösler glaubte, er könne nicht Gesundheitsminister bleiben, weil er damit auf Dauer zu unbeliebt sei. Kurzzeitig hatte er erwogen, Westerwelle das Außenamt streitig zu machen, aber das traute er sich dann doch nicht. Damit blieb nur der Griff nach der Wirtschaft. Das wiederum erboste Brüderle, der mit seiner Berufung in dieses Amt einen persönlichen Traum verwirklicht hatte.

Rösler bleibt stets verbindlich. Er hebt nie die Stimme oder droht. Er ist auf passive Weise autoritär. Unter denen, die ihm abrieten, sich mit Brüderle anzulegen, war Lindner. Auch praktisch sprach viel für den Verbleib im Gesundheitsministerium: Mit Bahr hatte er einen exzellenten Staatssekretär, was ihm erlaubt hätte, sich ganz auf den Parteivorsitz zu konzentrieren.

„Ich danke dir für deine Einschätzung, aber ich habe mich anders entschieden“, sagte er kühl zu Lindner, als die Frage geklärt werden musste. Damit hatte er auch deutlich gemacht, wie er sich die Aufgabenteilung mit seinem Generalsekretär vorstellte: nicht länger als Team, sondern Rösler in der Chefrolle und Lindner als sein Zuarbeiter. Koch und Kellner.

So wie Lindner es sah, hatte sich die Basis der Zusammenarbeit damit entscheidend geändert. Westerwelle hatte er immer als Chef akzeptiert, aber Rösler? In Interviews hat Lindner später gesagt, er fühle sich zu jung für den Posten des Vorsitzenden. Aber alles, was er gegen sich selbst vorbrachte, galt auch für den anderen. Sein Abgang im Dezember 2011 war der Endpunkt dieser Entfremdung.

Röslers Ehrgeiz wird oft unterschätzt. Schon der Wechsel nach Berlin war sein ausdrücklicher Wunsch. In den Berichten über ihn hieß es, er habe mit Rücksicht auf die Familie gezögert, als ihm das Gesundheitsministerium angeboten wurde. In Wirklichkeit musste er nicht lange überlegen.

Seine Frau Wiebke spielt bei der Karriereplanung eine wichtige Rolle. Parteifreunde, die das Ehepaar kennen, sagen, dass Wiebke Rösler ihren

Mann in allem unterstützte, auch in seinem Aufstiegsdrang.

Viele Frauen von Spitzenpolitikern beklagen sich über den Mangel an Zeit und Aufmerksamkeit, den ein hohes Amt mit sich bringt. Das Wochenende besteht aus dem Samstag, der Sonntag gehört schon wieder der Politik. Rösler hat das Glück, eine Frau zu haben, die dieses Leben nicht als Belastung empfindet, sondern die daran Anteil nimmt.

Sie liest seine Reden und schreibt an seinen Texten mit, sie zeigt sich gern an seiner Seite auf den gesellschaftlichen Veranstaltungen, zu denen man als Parteichef eingeladen wird. Nicht wenige in der FDP glauben, dass es Wiebke Rösler ist, die ihren Mann drängt durchzuhalten.

Brüderle ist ein gefährlicher Gegner. Niemand weiß, welche Ambitionen er noch hegt.

Bei denen, die Rösler weghaben wollen, richten sich jetzt alle Hoffnungen auf Brüderle. Er ist der Einzige, auf den sich die Partei sofort als Ersatz einigen könnte. Er hat sich, anders als Niebel, auch nichts zuschulden kommen lassen.

Brüderle ist ein gefährlicher Gegner. In seinen Adern fließt die nötige Menge Reptilienblut, um in diesem Spiel die Nerven zu behalten. Niemand weiß, welche Ambitionen er noch hegt.

In dem Szenario, das seine Anhänger entwerfen, soll ein Sonderparteitag nach der Niedersachsenwahl für Klarheit sorgen. Wahlweise könnte auch der für Anfang Mai vorgesehene Bundesparteitag in Nürnberg vorgezogen werden.

Es gibt das Gerücht, der Fraktionsvorsitzende habe sich unlängst an seinem Ferienort mit Lindner getroffen und geklärt, dass er das Rösler-Erbe als Zwischenvorsitzender verwalten werde, bis der andere so weit sei, die Nachfolge anzutreten. Wer um Bestätigung bittet, erhält selbstverständlich sofort ein Dementi.

Die Situation ist derzeit etwas unübersichtlich. Rösler lässt verbreiten, dass er unter keinen Umständen zurücktreten werde. Und die Regularien, das kann wiederum der Generalsekretär bestätigen, verhindern sowohl ein deutliches Vorziehen des regulären Parteitags wie auch die Wahl eines neuen Vorsitzenden auf einem Sonderparteitag. Das eine scheitert an den Fristen für die Satzungsänderungsanträge, das andere am Grundsatz, nach dem auf außerordentlichen Parteitag nur über Themen abgestimmt wird, nicht aber über Personen.

Es sieht so aus, als ob der Bambuswald in den vergangenen Wochen noch ein Stück dichter geworden sei. ♦



Rösler-Gegner Niebel: Die Nerven verloren

MAURIZIO GAMBARINI / PICTURE ALLIANCE / DPA

WERBUNG

WERBUNG



ANDREAS TEICH / CARO

ENERGIE

Kosmische Katastrophe

Weil der Umbau der deutschen Stromnetze stockt, wächst in der Regierung die Bereitschaft zu einer radikalen Wende: Der Staat soll das Leitungssystem ganz oder teilweise übernehmen.

Wenn es ein Kabinettsmitglied gibt, von dem Philipp Rösler so etwas wie Mitleid erwarten kann, dann ist es Ilse Aigner. Die christsoziale Verbraucherschutzministerin entwickelt beinahe mütterliche Schutzinstinkte für den bedrängten Vizekanzler. Sie möge ihn „als Menschen sehr“, gibt die CSU-Frau zu Protokoll, die innerparteilichen Attacken gegen den FDP-Chef kritisiert sie öffentlich.

Nun scheint auch diese Herzenswärme zu erkalten. Kurz vor Weihnachten schrieb die bayerische Ministerin dem „lieben Philipp“ einen Brief, der sich wie ein Frontalangriff auf den liberalen Wirtschaftsminister liest: Sie forderte von ihm „den Einstieg des Bundes bei den Netzbetreibern“, sprich eine Teilverstaatlichung der deutschen Stromnetze.

Ein „starker staatlicher Partner“ könne beim Anschluss von Offshore-Windparks an das deutsche Stromnetz „für Sicherheit sorgen“, schrieb sie. Schon lange sei der Vorschlag im Raum. Er solle ihn „erneut und umfassend prüfen“, drängelte Aigner. Die Wähler verstünden nicht,

warum sie über höhere Strompreise für Risiken der Energiewende haften sollten, während die Netzbetreiber „eine hohe garantierte Rendite auf ihr Eigenkapital“ einstrichen.

Seitdem herrscht Schweigen zwischen den beiden. Rösler ließ den Brief unbeantwortet. Lediglich in einem Interview antwortete der Minister, er halte von Aigners Idee rein gar nichts.

Doch die CSU-Frau hat einen wunden Punkt getroffen: Viele Experten in Wirtschaft und Politik sind der Auffassung, dass Deutschland besser mit einem nationalen Stromnetz fahren würde, das sich in Teilen oder sogar ganz in staatlichem Besitz befindet – in einer Zeit, da der deutsche Elektrizitätsmarkt wegen der Energiewende komplett auf den Kopf gestellt werden muss.

Es wäre die Korrektur eines historischen Fehlers: des Verkaufs der Stromnetze durch die großen Energiekonzerne. Dabei wurde das Kabelnetz des Landes in verschachtelten Regionen belassen (siehe Grafik). Gut vier Jahre ist es her, dass der Flickenteppich zementiert wur-

de, vor Fukushima und vor dem Atomausstieg.

Aigners Initiative, der sich die CSU vergangene Woche auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth anschloss, bringt weitere Unwucht in den ohnehin schlingernen Regierungskurs bei der Energiewende. Die Ministerin spielt der rot-grünen Opposition in die Hände, die schon lange eine Art deutsche Netz AG fordert. Mit guten Argumenten, denn die Situation ist dramatisch. Soll die Energiewende gelingen, muss das deutsche Stromnetz in Rekordzeit aus- und umgebaut werden.

Anders als in der Vergangenheit soll ein großer Teil des Stroms nicht mehr in Kraftwerken nahe den Ballungszentren erzeugt werden. Stattdessen soll die Elektrizität aus Solaranlagen und Biogasfabriken sowie aus Windparks vor allem in der Nord- und Ostsee kommen. Sie sollen sauberen Ökostrom produzieren, um große Teile der Republik damit zu versorgen. Nur: Auf den Anschluss der Windparks und den Energietransport nach Süden ist das deutsche Stromnetz nicht vorbereitet.

Allein 1550 Kilometer Hochspannungsleitungen, so die aktuell von der Bundesregierung genehmigte Planung, sollen in den nächsten Jahren von den vier Netzbetreibern in Deutschland gebaut werden, darunter mehrere Gleichstromtrassen von Nord nach Süd. Gleichzeitig müssen Dutzende Windparks über neue, milliarden schwere Seekabel mit dem Stromnetz an Land verkoppelt werden. Diese Maßnahmen, klagen der Umwelt- und der Wirtschaftsminister sowie die Industrie, müssen „unverzüglich angegangen“ werden,

wenn das Prestigeprojekt Energiewende in absehbarer Zeit gelingen soll. Doch die Fortschritte sind eher kläglich.

Von den bereits seit Jahren geplanten Strippen sind bislang nicht einmal 250 Kilometer gebaut. Vor allem in der entscheidenden Nordregion stockt es. Netzbetreiber Tennet gelingt es nicht, die benötigten Anschlüsse der von Großkonzernen wie RWE oder E.ON geplanten Windparks herzustellen.

Banken und Versicherungen, die solche Projekte normalerweise finanzieren, ist das Risiko zu hoch. Selbst weitreichende Bürgschaften und Haftungsgarantien des Bundes konnten daran bislang nichts ändern. Und da der niederländischen Betreibergesellschaft offenbar sowohl das richtige Management als auch das notwendige Eigenkapital fehlt, müssen Planung und Inbetriebnahme der milliarden schweren Parks immer wieder verschoben werden.

Selbst im industriefreundlichen Bundeswirtschaftsministerium geht die Geduld mit Tennet zu Ende. Für den 30. Januar hat die Behörde Vertreter des Unternehmens zum Rapport zitiert. Minister aus den nördlichen Bundesländern und der Chef der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, werden kommen. „Dann wollen wir wissen, ob Investoren da sind oder nicht“, heißt es aus der Regierung.

Was geschieht aber, wenn Tennet weiter patzt? Denkbar wäre, dass die Länder von den solventeren Netzbetreibern Amprion und 50Hertz geschluckt werden. „Die Bereitschaft der Gesellschafter ist da“, sagt der Energieexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Klaus Breil.

Warum dann nicht gleich die große Lösung, eine deutsche Netz AG? Anders als in vielen EU-Nachbarländern gehören die wichtigsten Hochspannungskabel in Deutschland Gesellschaften, in denen Versicherungen, Banken, Kapitalfonds oder eben auch ausländische Betreiber wie Tennet das Sagen haben.

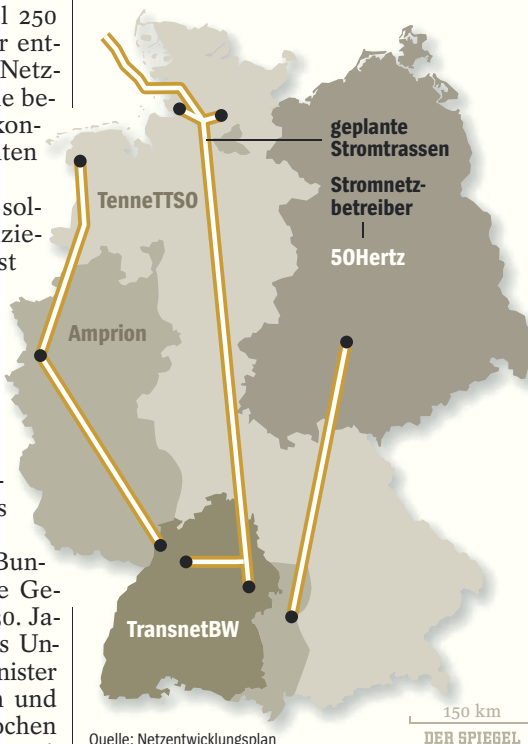
Hochkarätige Manager wie der damalige RWE-Chef Jürgen Großmann hatten die Bundesregierung vor einem Ausverkauf der wertvollen Infrastruktur gewarnt. Damals, so der energiepolitische Sprecher der Grünen, Oliver Krischer, sei die Chance leichtfertig vertan worden, eine deutsche Netz AG zu gründen.

Mit dem Offshore-Geschäft und einzelnen, besonders aufwendigen Trassen, so Krischer, bestehe nun erneut die Chance, den Kern für eine solche Gesellschaft zu schaffen. In diese Netz AG könnten dann Zug um Zug auch andere Firmen ihre Infrastruktur einbringen und im Gegenzug Anteile erhalten.

Die Unterstützung für eine solche Netzgesellschaft ist breit. So fordert etwa der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionschef Norbert Römer eine „Netz AG mit

Lange Leitungen

Wie der Windstrom von Nord nach Süd transportiert werden soll



Bundesumweltminister Altmaier
Pläne für eine Bürgerbeteiligung

öffentlicher Beteiligung“. Und selbst in den Stromkonzernen, die normalerweise strikt gegen staatliche Eingriffe zu Felde ziehen, kann man sich offenbar mit einer öffentlichen Beteiligung anfreunden.

Eine Zusammenlegung, heißt es etwa bei E.ON-Managern, hätte zahlreiche Vorteile. Heute gibt es vier Netzzonen mit unterschiedlichen Leitungspreisen sowie eigenen Leitstationen und Regelwarten. Würden die Gesellschaften zusammenge-

legt, ließen sich der Verwaltungsaufwand verringern und die Stromkosten senken.

Felix Matthes, Stromexperte beim Freiburger Öko-Institut, plädiert für ein entsprechendes Stufenmodell: Erst könnte eine Gesellschaft für die drei neuen Hochspannungstrassen und die Offshore-Anbindung gegründet werden – mit den derzeitigen Netzbetreibern als Mehrheitseignern und der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau als Minderheitsbeteiligter. Schrittweise würde der Bund seinen Anteil ausbauen. Das operative Geschäft, Planung und Betrieb könnte eine neu gegründete Behörde übernehmen.

Auch industrienahen Wissenschaftler gewinnen einer Netz AG Vorteile ab. Stephan Kohler, Chef der Deutschen Energie-Agentur Dena, hält den Zustand für reformbedürftig. Ein landesweit operierender Netzbetreiber müsste aber nicht zwangsläufig dem Bund gehören, sondern privaten Investoren. „Anstoßen müsste so etwas der Staat“, so Kohler.

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Homann, kann sich ebenfalls eine Netzgesellschaft für Gleichstromtrassen vorstellen. „Dies bedeutet nicht, dass der Staat unbedingt daran beteiligt sein muss“, sagt er. „Viel lohnender ist es vielmehr, die Idee einer Bürgerbeteiligung an den Stromnetzen der Zukunft aktiv weiterzuentwickeln.“

Damit schließt sich Homann einer Initiative von Bundesumweltminister Peter Altmaier an, die in seinem Amt scherzhaft den Namen „VEB Stromnetze“ trägt. Demnach sollten die Betreiber Anleihen zur Finanzierung der neuen Trassen herausgeben, die jeder Bürger kaufen kann.

Seine Vorschläge werden derzeit konkretisiert. Man gehe davon aus, dass mindestens zehn Prozent der für den Netzausbau benötigten Summe für Bürgeranleihen zur Verfügung gestellt werden könnten. „Bei einer garantierten Verzinsung von bis zu fünf Prozent dürfte eine solche Anlagemöglichkeit sehr attraktiv sein“, sagt Altmaier, der eine Verstaatlichung von Stromnetzen ablehnt.

Wenn die Leute schon neue Hochspannungsleitungen hinter ihrem Garten knistern haben, dann soll es zumindest in ihrem Portemonnaie klingeln.

Nichts jedenfalls fürchten Altmaier und seine Kabinettskollegen derzeit mehr als den Zorn der Bürger, vor allem den über stetig steigende Stromkosten.

Ein Scheitern der Energiewende malt sich der Minister bereits als Katastrophe kosmischen Ausmaßes aus. Wenn es nicht gelinge, die Verteilernetze des Nordens und Südens zu synchronisieren, dann werde es irgendwo in der Mitte Deutschlands zu einem großen Knall kommen.

Der sei, so orakelt Altmaier, „noch auf dem Mond zu sehen und auf dem Mars zu hören“.

FRANK DOHMEN, GERALD TRAUFTETTER

DUELLE

Süße Katja gegen rote Sahara

In der Linken hat der Machtkampf um die Nachfolge von Lafontaine und Gysi begonnen. Sahara Wagenknecht und Katja Kipping konkurrieren um das Erbe der alten Männer.



Linken-Fraktionsvizin Wagenknecht: „Netzwerken ist nicht mein Ding“

Parteichefin Kipping: „Rotwein für alle“

Ihre Haare und ihre Jacke leuchten rot, es sind die einzigen Farbtupfer an diesem trist-nebligen Donnerstagmittag auf dem Bahnhofsvorplatz in Hannover. Eigentlich war Katja Kipping hier gar nicht vorgesehen. Angekündigt zum Straßenwahlkampf wurde nur die Fraktionspitze der Linken, Gregor Gysi und Sahara Wagenknecht, mit der Aktion „Heiße Suppe gegen soziale Kälte“. Aber die Parteivorsitzende Kipping weiß, wo die Kameras warten. Und da liegt es auf der Hand, dass sie Wagenknecht das Feld jetzt nicht allein überlassen darf.

Die roten Ladys werden sofort umringt. Von Gysi und seinen Durchhalteparolen zur Niedersachsenwahl wenden sich die Menschen in dem Moment ab, als Kipping und Wagenknecht den Platz betreten. Gysi steht beinahe wie ein Statist daneben, der noch Suppe verteilen darf, in Pappbechern mit der Aufschrift „Echt heiß“. Am längsten belagert wird Wagenknecht. Die Hannoveraner bitten sie um Autogramme, sie gibt ein Interview nach dem anderen.

Die Linke weiß um die Öffentlichkeitswirkung ihres neuen Stars. Erstmals in

der Geschichte der Partei wird in der wichtigen letzten Woche vor einer Wahl nicht mit den Köpfen von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi geworben – sondern mit Wagenknecht. Das Fotomotiv hat sie selbst abgesegnet. Sahara, überlebensgroß, 220-mal in ganz Niedersachsen, das neue Pin-up der Linken. Die Plakataktion ist der erste Schritt für einen Generationswechsel und ein Schachzug im Machtkampf um die Rolle als Nummer eins in der Partei.

Das Lager um Wagenknechts Lebensgefährten Lafontaine wollte sie auch im Bundestagswahlkampf als zweite Spitzenkandidatin an der Seite von Gysi durchsetzen. Die Oskar-Truppen sahen darin eine Vorentscheidung, dass sie nach der Wahl Gysi als Fraktionschefin beerbt – was Gysi aber ablehnt.

Jahrelang dominierten Lafontaine und Gysi den Aufstieg und den Fall der Linken. Doch seit dem öffentlich zelebrierten Zerwürfnis der beiden auf dem Parteitag im vergangenen Juni neigt sich die Ära der alten Männer dem Ende zu. Wer ihr Erbe antritt, wird wohl in einem Duell

zweier ungleicher Frauen entschieden: der Partei- und Fraktionsvizin Sahara Wagenknecht, 43, und der neuen Vorsitzenden Katja Kipping, 34. Wagenknecht inszeniert sich als bürgerlich angehauchte Wiedergeburt der Ur-Kommunistin Rosa Luxemburg – vor der man aber keine Angst haben müsse. Kipping spielt die Jeanne d'Arc der Linken-Avantgarde – die im entscheidenden Moment kühl und machtbewusst agiert.

Die Frage, welche der beiden künftig die Linke dominiert, wird für die Partei auch zur Richtungsentscheidung: Weiter im verbissenen Kampf „Wir gegen alle“, der zumindest bis 2009 bei Wahlen erfolgreich war, mit der Fundamentalopposition der Marke Lafontaine/Wagenknecht? Oder verbindet die Linke mit dem Generations- auch einen Politikwechsel? Darauf hofft Gysi mit Kipping: links, sicherlich, aber gleichsam modern und vielseitiger. Wagenknecht will Fraktionsvorsitzende werden und hat für dieses Ziel ihre öffentliche Darstellung angepasst: Auffällig häufig lässt die sonst so gestrenge Analytikerin es in letzter Zeit menscheln. Dann

redet sie in Interviews darüber, wie sie als Kind den Weihnachtsbaum der Großeltern abgefackelt hat oder im idyllischen Saarland „Knoblauchpüree“ für ihren Freund Oskar zubereitet. Mensch Sahra!

Vor wenigen Wochen, fernab von Berlin und den Hauptstadtjournalisten, erzählte sie auf einer Lesung in Heinsberg bei Aachen, warum sie zur Einzelgängerin wurde.

Als Kind wuchs sie zunächst bei den Großeltern in der Nähe von Jena auf, schon im Alter von vier Jahren las Wa-



WERNER SCHÜRING

genknecht erste Bücher: „Ich habe sie regelrecht in mich hineingefressen“, sagte sie in Heinsberg. Sie sei als Kind gern allein gewesen. Das beeinflusse ihre politische Arbeit noch heute: „Netzwerken ist nicht mein Ding“, gibt sie zu. „Das ist der Teil von Politik, wo ich meine Defizite habe.“ Sie wolle die Menschen mit ihren Argumenten überzeugen.

Wagenknecht ist ein Kopfmensch, sie glaubt an die Kraft des geschriebenen und gesprochenen Wortes. „Sahra, du musst auch mal lächeln, wenn die Leute dir zuhören sollen“, hatte Gysi ihr schon vor Jahren geraten. Die Sahra, so erzählte es Gysi einst, sah immer so aus, als würde sie sich selbst nichts gönnen, das mache die Menschen misstrauisch, „weil sie dann glauben, dass wir ihnen auch als Partei nichts gönnen“.

Ernsthaftigkeit und Kampf, Intellekt und Askese, das strahlte Wagenknecht jahrelang aus. Das täusche, lästert ein mächtiger Linker, der ihr schon lange ablehnend verbunden ist: „Sahra geht es weniger um Hammer und Sichel, sondern um Hummer und Picheln.“ Skiferien

macht sie gern im mondänen Zermatt in der Schweiz.

Als sie in dieser Legislaturperiode zur Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion hinter Gysi gewählt wurde, war eine ihrer ersten Maßnahmen, sich einen weiteren Dienstwagen genehmigen zu lassen. Mit ihrer Mandatsträgerabgabe, einem Obolus, den jeder Diätenempfänger in der Linken an die Partei abführt, war sie immer wieder in Verzug. Und auch mit der Transparenz nahm sie es nicht ganz so genau: Erst als die Debatte um die Honorare von Peer Steinbrück begann, bat Wagenknecht mehrere Verlage, ihre Buchhonorare veröffentlichen zu dürfen.

Bei ihren parteiinternen Feinden steht Wagenknecht deshalb – darin Lafontaine sehr ähnlich – in dem Ruf, nur an sich zu denken. Jede Sitzungswoche schickt die Fraktionspressestelle zwei bis drei Presseerklärungen im Namen von Wagenknecht raus – das steht in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu Wagenknechts Präsenz in Sitzungen. Stattdessen düst sie im Dienstwagen durchs Land als Liebling der Talkshows und Feuilletons.

Wagenknecht ist die zurzeit prominenteste Linke und deren beste Werbung, egal ob sie den Besserverdienenden auf Sylt die Notwendigkeit der Vermögenssteuer erklärt oder in Hamburg wie ein exotisches Wesen in der „Patriotischen Gesellschaft“ hofiert wird.

„Qualität setzt sich durch“, lautet ihre Erklärung für den weiten Weg vom dunkelroten Betonkopf zur bewunderten Kapitalismuskritikerin. Der Zeitgeist kam Wagenknecht entgegen: Nach dem Scheitern des Neoliberalismus ist nun Systemkritik en vogue. Mit Wagenknecht erreicht die Linke so auch ein Publikum, das Sozialismus sonst für Teufelszeug hält.

Aber was will sie wirklich?

Für Wagenknecht gab es keinen anderen Weg als den in die PDS. Keine andere Partei bot ein Dach für Wagenknechts Überzeugungen, welche sie noch nach dem Ende der DDR die Mauer als ein „notwendiges Übel“ bezeichnen ließen und die DDR als einen „besseren Staat als die BRD“. Tempi passati?

Von der DDR-Verteidigerin zur hofierten Wirtschaftsweisen, die Ludwig Erhard zitiert – der Ex-Chef der Linken, Lothar Bisky, nimmt ihr diesen Wandel nicht ab: „Im Kern ist sie immer noch dieselbe“, so Bisky gegenüber Vertrauten.

Einiges deutet darauf hin, dass Bisky recht hat. Nach innen signalisiert Wagenknecht, dass sie ihre alten Freunde von der Kommunistischen Plattform nicht vergessen hat. Als Parteivizin sorgt sie gut für die Genossen und setzt im Vorstand finanzielle Förderungen durch.

Ende November war sie der Stargast beim Jahrestreffen der „Gesellschaft zum

Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“, eines Sammelbeckens ehemaliger DDR-Eliten. In fünf Bussen fuhren die treuen Ex-Genossen mit dem gefühlten Durchschnittsalter von 75 Jahren ins brandenburgische Domstiftsgut Mötzow und warteten bei Blasmusik artig eine Stunde lang auf die verspätete Wagenknecht.

Die hielt dort ihren Standardvortrag über die Ursachen der Finanzkrise. Aber wenn sie hier den „Systemwechsel“ betont, wird das ganz anders verstanden als im Westen. Die Genossen sehen darin ein Versprechen, dass die guten alten Zeiten mit ihr auch wieder neue werden könnten – und Wagenknecht genießt den tobenden Applaus für das Reizwort.

Gysi hat ein ähnliches Bild von Wagenknecht wie Bisky. Auch wenn er sie öffentlich lobt, hält er sie für egozentrisch und zu autistisch, um den Laden führen zu können. Und er weiß, dass Wagenknecht das Potential hat, die Partei zu spalten.

Im Realo-Lager erscheinen Gysi und Kipping vielen als das letzte Bollwerk gegen Wagenknecht. Im vergangenen Mai verlangte Lafontaine bereits von Gysi, noch in dieser Legislaturperiode Wagenknecht zur gleichberechtigten Fraktionschefin zu machen. Gysi bekam einen Wutanfall. Es war der Moment, in dem die jahrelange künstliche Allianz zwischen Gysi und Lafontaine zerbrach.

Das Lafontaine-Lager lässt seitdem keine Gelegenheit aus, Wagenknecht hochzuloben und über Kipping heranzuziehen. Intern heißt die Parteivorsitzende dort nur „das Mädchen“, wie einst Angela Merkel in der CDU. Und es kann gut sein, dass – wie in der CDU – zu viele dieses Mädchen unterschätzen.

Ein Samstag im November, es ist der erste Geburtstag von Katja Kippings Tochter Natalja. Kipping ist dennoch nach Brandenburg rausgefahren, nach Beeskow, für eine Podiumsdiskussion mit ihrem Vorgänger Oskar Lafontaine.

Eine lokale Brauerei hat in Beeskow eine Huldigung an die roten Frontfrauen als Limonade abgefüllt. Es gibt zwei Ausgaben ein und derselben Brause: als „Süße Katja“ und „Rote Sahara“. Der Saal ist überfüllt, die Stimmung gespannt, als würden hier schon die „süße Katja“ und die „rote Sahara“ ihren Kampf um die Zukunft führen. Angesprochen auf die schwierige Situation der Partei, setzt Kipping ihr Kameralächeln auf und erzählt, seitdem sie Mutter sei, müsse sie ja öfter mal Märchen erzählen. Dann referiert sie aus dem „Tapferen Schneiderlein“: wie der Schneider auf einem Baum hockt und



Alt-Linke Gysi, Lafontaine: Ende einer künstlichen Allianz

mal dem einen, dann dem anderen schlaffenden Riesen unter dem Baum einen Tannenzapfen an den Kopf wirft. Weil die Riesen glauben, dass der jeweils andere es war, bringen sie sich im Zorn gegenseitig um – und der kleine Schneider klettert gutgelaunt als Riesenbändiger vom Baum.

Während Kipping quietschvergnügt die Märchenstunde gibt, rutscht Lafontaine tiefer in den Sessel, sein Gesicht erstarrt. Er weiß: Kippings Märchen ist die Geschichte des Machtkampfs zwischen Lafontaine und dem Lager um Bartsch und Gysi. Am Ende ging Kipping als Siegerin vom Platz.

Nicht erst seit ihrer Kandidatur für den Parteivorsitz und ihrem kleinen Meisterstück im Machiavellismus vergleichen einige Genossen Kippings Methoden mit denen der Kanzlerin. Die saß auch jahrelang unscheinbar mit den mächtigen Männern ihrer Partei an einem Tisch und sah zu, wie die sich gegenseitig bekämpften. In der tiefsten Krise wendete sie die Methoden der Männer gegen sie – und übernahm den Laden.

Kipping hat bereits einen neuen, moderierenden Ton in die Partei gebracht. Sie versucht, ein Zentrum zu schaffen, damit die Flügelkämpfe nicht mehr so viel zerstören.

Ihr Weg in die PDS war allerdings eher ein Zufall. Kipping wuchs in Dresden auf, die Zeit der Wende fiel „in meine Zeit der Pubertät“, sagt sie, danach engagierte sie sich an der Uni. Aber wer in Dresden irgendwie links war, landete zwangsläufig im Jugendhaus „Roter Baum“, bis heute ist es der Treffpunkt für linke Aktivisten in der Stadt. „Mir wurde irgendwann klar, dass Bewegungen oft nur aufflammten und dann vergehen, ich wollte etwas Nachhaltiges, Langfristiges“, sagt sie. Der „Rote Baum“ war fest in PDS-Hand, SPD und Grüne hatten kaum Parteistrukturen

in der Stadt. Wer linke Parteipolitik machen wollte, der ging zur PDS.

In der Partei der alten Männer fiel Kipping schnell auf, schon optisch: Sie liebt frohe Farben, färbt die Haare, ist stets luftig flatternd gekleidet. Sie muss aber noch beweisen, dass sie gegen den rasanten Mitgliederschwund und die Überalterung der Partei Mittel findet. Bislang hat sie kein Rezept, um aus diesem Zwitter einer ostdeutschen Volkspartei und einer westdeutschen Hartz-IV-Interessenvertretung eine linke Alternative zu machen, die nicht nur enttäuschten Sozialdemokraten eine Heimat bietet, sondern auch für Grünen- und Piraten-Wähler interessant wird.

In ihren politischen Positionen ist Katja Kipping noch gescheit. Sie will „Rotwein für alle“, wirbt für einen Bonvivand-Sozialismus voller gläsernschwenkender Literaturfans mit bedingungslosem Grundeinkommen und, da ist sie nicht scheu, viel Zeit für die schönen Dinge des Lebens, emanzipiert und gleichberechtigt.

In der Parteizentrale, hat Kipping angekündigt, will sie mit dem Betriebsrat verhandeln, dass künftig jedem Mitarbeiter im Monat ein „Lesetag“ zusteht. In der Welt ihrer Konkurrentin gilt das als naiv. Wagenknecht hängt der alten Schule an: entmachten, umverteilen, Klassenkampf, Generalstreik, führen! Wenn Kipping Pressekonzferenzen veranstaltet, um für Konzepte gegen Stress in der Gesellschaft als linkes Thema zu werben, dann hinterlässt das ratlose Gesichter bei ostdeutschen Rentnern und westdeutschen Arbeitslosen – den Kernzielgruppen der Linken.

Kipping hat noch nichts gewonnen. Die Wahl in Niedersachsen ist ihre erste Bewährungsprobe als Vorsitzende, und laut Umfragen sieht es nicht so aus, als ob Kippings Kurs bisher ausreichend Wähler mobilisierte. Fliegt die Linke am Sonntag auch in Hannover aus dem Landtag, könnten altbekannte Schlammschlachten und Schuldzuweisungen folgen – mit unabsehbaren Folgen für die Bundestagswahl im September.

Vom Wahlausgang hängt auch ab, wie gut sich Kipping gegen die populäre Wagenknecht behaupten kann. Ihr kühles Machtkalkül könnte der Vorsitzenden dabei helfen. „Wir brauchen Sahara“, hat sie einem Freund erzählt. Kipping weiß, dass sie und ihre Konkurrentin zwei disparate Lager repräsentieren – und dass die Partei beide Lager zum Überleben braucht. Am Ende könnte es Wagenknecht und Kipping deshalb so ergehen wie ihren Vorgängern: Sie müssen miteinander, obwohl sie nicht miteinander können.

MARKUS DEGGERICH

WERBUNG

COMEBACK

Besuch bei Freunden

Auch wenn sich das Ermittlungsverfahren gegen ihn hinzieht: Christian Wulff schmiedet Pläne – und will offenbar die Integration zu seinem Thema machen.

Was macht jemand, der alles verloren hat? Den Traumjob, die Traumfrau? Dem nur noch sein Ehrensold bleibt, 217 000 Euro, abzüglich des Unterhalts für zwei Ex-Gattinnen und zwei Kinder? Er freut sich über die kleinen Erfolge.

Mitte voriger Woche haben sie sich noch einmal getroffen, Christian Wulff und seine Bettina. Es war ihr erstes längeres Gespräch nach der offiziellen Trennung. So was ist nicht leicht, erst recht wenn man befürchten muss, dass Papa-

en dort verlässlicher als in seiner Heimat. Es gibt noch keinen konkreten Job, aber er kann sich gut vorstellen, Menschen hier und dort näher zusammenzubringen.

Als Regierungschef in Hannover folgte Wulff zwar stets der distanzierten Linie der Union zur Türkei, doch dann ernannte er eine türkischstämmige Frau zur Sozialministerin. Und abgesehen von der Affäre, die zum Rücktritt führte, ist von seiner Zeit als Bundespräsident vor allem ein Satz in Erinnerung: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Warum also nicht daran anknüpfen? Im Oktober 2010 war Wulff auf Staatsbesuch in der Türkei. Er sprach im Parlament, legte den Grundstein für eine Universität. Die türkischen Medien feierten ihn.

Als Bundespräsident a. D. hat Wulff bereits im vergangenen Oktober erste Gehversuche als Integrationsbotschafter unternommen. Er sprach bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am Comer See. Wenig später folgte an der Uni Heidelberg seine erste öffentliche Rede nach dem Rücktritt, wieder zur Integration.

In der Union wird das Engagement zumindest bei Migranten mit Wohlwollen gesehen. „Ich würde mir wünschen, dass

Integration und Dialog der Kulturen wirkt er durch seine Persönlichkeit.“

Im Lager der Migrantenverbände ist die Sympathie für Wulff sowieso ungebrochen: „Wenn er sich für deutsch-türkische Beziehungen einsetzt“, sagt Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, „findet er bei uns viel Unterstützung.“ Zum Durchstarten in eine neue Rolle fehlen Wulff derzeit jedoch noch die passenden Vortragseinladungen. Er selbst, so heißt es aus seinem Umfeld, führe das nicht auf seinen ramponierten Ruf zurück, sondern auf das gegen ihn laufende Ermittlungsverfahren.

Und das wird sich womöglich noch etwas hinziehen. Zwei frühere Mitarbeiter Wulffs müssen noch vernommen werden. Zudem sind die Fahnder auf einen neuen Zeugen gestoßen, der als Hotelgast beobachtet haben könnte, wie Wulff nach seinem Oktoberfest-Besuch 2008 im Bayrischen Hof ausgecheckt hat – und was er dabei mit dem Filmproduzenten David Groenewold besprochen haben könnte, der einen Teil der Logiskosten übernahm. Da der Hotelgast ein Ausländer ist und internationale Rechtshilfeersuchen Monate dauern können, muss Wulff geduldig sein.

Immerhin kann er nach der Trennung von Ehefrau Bettina auf einen treuen Freundeskreis aus alten Zeiten setzen. Sein Gönner Egon Geerkens will ebenso zu ihm halten wie der Unternehmer Groenewold. Täglich simst Wulff mit dem Sänger Heinz Rudolf Kunze, von Norderney ruft die Süßwarenhändlerin Angela Solaro-Meyer an. Und aus Italien schrieb Fabrizio Sepe: „Auf mich kannst du dich verlassen.“ Mit Sepe, Eigentümer des Serengeti-Parks im niedersächsischen Hodenhagen, verbrachten die Wulffs zuletzt fast jedes Jahr einen Urlaub auf Capri.

So sitzt Wulff nun in seiner neuen Dreizimmerwohnung in Hannover-Waldhausen zwischen Umzugskartons und wartet in einer Art Stand-by-Modus. Waldhausen ist die hannoversche Variante eines Luxusviertels: große Häuser aus der Gründerzeit, viel Grün, viele Alarmanlagen – und jetzt der einzige Stadtteil Deutschlands mit einem Ex-Bundespräsidenten und einem Ex-Kanzler. Gerhard Schröder, an dem sich Wulff als Landespolitiker mehr als ein Jahrzehnt lang abgearbeitet hat, wohnt nur einige hundert Meter entfernt. Wulff hat stets bewundert, wie Schröder die Zeit nach der Polit-Karriere gewinnbringend nutzt. Nun könnte der ihm bei Begegnungen am Zeitungskiosk Tipps geben.

Selbst ein Plausch auf der Straße mit der Kanzlergattin a. D. kann sich lohnen. Auch Doris Schröder-Köpf bemüht sich derzeit um eine neue Aufgabe. Siegt die SPD am kommenden Sonntag bei der Landtagswahl, wird sie Integrationsbeauftragte von Niedersachsen.

MICHAEL FRÖHLINGS DORF, MARTIN U. MÜLLER, PETER MÜLLER, MARTIN WOLF



MICHAEL KAPPELER / DPA

Damaliger Präsident Wulff*: Warten im Stand-by-Modus

razzi oder Reporter einem auf den Fersen sind. Doch diesmal gelang es dem Ex-Bundespräsidenten, die Meute abzuschütteln.

Auch ein Jahr nach seinem Rücktritt ist das Leben von Christian Wulff alles andere als normal. Freunde und Bekannte berichten dennoch, er sei „aufgeräumt“, „erstaunlich stabil“, „guter Dinge“. Habe sich nach seinem Rücktritt inzwischen gefangen. Schmiede Pläne für die Zukunft.

Ende des Monats will Wulff zu Bekannten nach Istanbul fliegen. Die Türkei und der arabische Raum sind ihm ans Herz gewachsen. Freundschaften, findet er, sei-

er sich als Altbundespräsident für die deutsch-türkischen Beziehungen und die Integration in Deutschland lebender Türken engagiert“, sagt Serap Güler aus dem CDU-Bundesvorstand. Auch Armin Laschet, Chef der nordrhein-westfälischen Christdemokraten und ehemaliger Integrationsminister, fände es erfreulich, wenn sich Wulff das Thema schnappen würde: „Ein ehemaliger Bundespräsident braucht keine Beauftragung. Beim Thema

* Beim Empfang türkischer Unternehmerinnen in Schloss Bellevue am 24. März 2011.

Politik mit dem Hammer

Im Dezember demütigte Parteichef Horst Seehofer Finanzminister Markus Söder in aller Öffentlichkeit. Dem Rivalen hat die Attacke am Ende genutzt.

Das Mobbing-Opfer sitzt vergnügt in seinem Büro. Die Jacke hat es abgelegt, die breiten Schultern durchgedrückt und die Hände hinter dem Kopf verschränkt. „Ich habe von Edmund Stoiber gelernt, die Dinge so zu nehmen, wie sie sind“, sagt Markus Söder. Er grinst.

Gerade erst ist Bayerns Finanzminister von seinem Chef in aller Öffentlichkeit gedemütigt worden, doch seine Laune könnte kaum besser sein. Im Dezember hatte ihn der Ministerpräsident bei einer Weihnachtsfeier als krankhaften Karrieristen dargestellt, der auf dem Weg nach oben auch vor „Schmutzeleien“ nicht zurückschrecke. Inzwischen ist klar: Horst Seehofers Schlag unter die Gürtellinie war für Söder ein großes Geschenk.

Zum ersten Mal in seiner Karriere wird er nicht mehr nur als christsozialer Kotzbrocken wahrgenommen. In seiner neuen Rolle als Mobbing-Opfer schaffte er es sogar, in der jüngsten Beliebtheitsumfrage des Bayerischen Rundfunks unter CSU-Anhängern zur populären Bundesagrarministerin Ilse Aigner aufzuschließen.

Ausgerechnet Söder. Der hemmungslose Populist und Polit-Raufbold konnte seinen brennenden Ehrgeiz noch nie verbergen. Schon früher, als CSU-Generalsekretär, vibrierte er vor Bedeutung, wenn das Handy bimmelte und sein Chef Edmund Stoiber anrief. Heute reicht ihm die Nähe zur Macht nicht mehr, er will selbst nach ganz oben.

Söder zeigt auf die Skulptur, die in seinem Büro im Leuchtenberg-Palais am Münchner Odeonsplatz an der Wand steht. Es ist das Geburtstagsgeschenk eines Nürnberger Künstlers. Ein Mann mit Fernglas, den Söder so aufgestellt hat, dass er in Richtung Staatskanzlei späht.

Söders Aufstiegsdrang ging den Parteifreunden schon immer gewaltig auf die Nerven. Erst recht, als er anfang, sich so zu inszenieren, als wäre er bereits Herrscher aller Bajuwaren. Wie ein Sonnenkönig ließ er sich für Interviews im Spiegelsaal von Schloss Herrenchiemsee ablichten.

Auch Seehofer ist genervt. Er will sich von Söder nicht unter Druck setzen las-



Minister Söder in Schloss Herrenchiemsee Selbstinszenierung als Sonnenkönig

sen und nach der Landtagswahl im Herbst selbst sein Erbe verteilen. Seine Mobbing-Attacke war der – untaugliche – Versuch, den Konkurrenten in Schach zu halten.

Söder ist so gefährlich für Seehofer, weil er ihm so ähnlich ist. Beide kommen aus ärmlichen Verhältnissen, Seehofers Vater war Lastwagenfahrer, Söders Maurer. Beide haben sich in der CSU zäh nach oben durchgebissen, und beide machen Politik mit dem Vorschlaghammer.

Beide leben nicht immer nach den Moralvorstellungen aus den CSU-Hochglanzbroschüren. Beide haben uneheliche Kinder, sind kampferprobt in den Schlachten mit der Boulevardpresse und kennen wenig Gnade im Umgang mit politischen Gegnern und Parteifreunden.

In der CSU ist Söder zudem der Einzige, der es manchmal wagt, Seehofer die Stirn zu bieten. In der Partei wird zwar gern gegen den Chef geäzt – aber nur, wenn der es nicht mitbekommt.

Söder ist da anders. Drei Tage nachdem Seehofer ihn im Dezember abkanzelte, holte er im bayerischen Landtag zum Gegenangriff aus. „Ruhe bewahren, Haltung zeigen, Pflichten erfüllen“, das sei sein Motto in schlechten Zeiten, sagte er. Jeder im Saal wusste, wem er diese Tugenden absprach – seinem Parteichef. Der Applaus war gewaltig.

Wie Seehofer beherrscht Söder die Kunst, die eigene Meinung geschmeidig der jeweils herrschenden Umfragelage anzupassen. Die Euro-Krise wurde für Söder erst zum Thema, als er zum Finanz-

minister aufstieg. Kaum im Amt, gab er den Weltökonom. Als er merkte, dass die Steuerberatergattin am Starnberger See Angst ums Familienportfolio bekam, forderte er umgehend, die Griechen aus dem Euro zu werfen.

So viel Populismus nötigt Seehofer Respekt ab. Es ist eine Disziplin, in der auch er gern antritt. Plötzlich begann er, Söder als Rivalen ernst zu nehmen – und ihm Steine in den Weg zu legen. So machte Seehofer klar, dass er nach einem Wahlsieg in diesem Herbst bis 2018 Ministerpräsident bleiben will. Und er holte Ilse Aigner als Geheimwaffe nach Bayern.

Denn für die Zeit nach der Wahl hat die Ministerin denselben Posten angepeilt, den auch Söder als Zwischenziel ansteuert: den Fraktionsvorsitz im Landtag. Das Amt ist vielseitig nutzbar. Als Sprungbrett, wenn Seehofer gegen Mitte der Legislatur amtsmüde werden sollte, und als Möglichkeit, den Ministerpräsidenten zu ärgern. Der Fraktionschef ist schließlich nicht der Kabinettsdisziplin unterworfen.

Womöglich aber scheitert Söders Aufstieg nicht an Seehofer oder an Aigner. Womöglich scheitert Söder an Söder. Denn viele Christsoziale sehnen sich nach leiseren Tönen, nicht umsonst ist die Kanzlerin inzwischen auch in Bayern die beliebteste Politikerin. Doch so geschmeidig Söder sonst ist, leise kann er nicht. „Ich bin die letzte Testosteroneinheit in der Politik“, sagte er vor kurzem stolz.

PETER MÜLLER



Ärztchammer-Chef Montgomery

MARC-STEFFEN UNGER

GESUNDHEIT

„Stachel in unserem Fleisch“

Mediziner, die Schmiergeld kassieren, können nicht bestraft werden. Korruptionsexperten wollen das ändern – Ärztefunktionär Frank Ulrich Montgomery hingegen verteidigt seine Zunft.

Montgomery, 60, ist Radiologie-Facharzt und Präsident der Bundesärztekammer.

SPIEGEL: Immer wieder schmieren Pharmaunternehmen Ärzte, damit die ihre Medikamente verordnen. Die Justiz ist machtlos, weil es kein Gesetz dagegen gibt. Warum wehren Sie sich gegen Pläne, ein solche Gesetz zu schaffen?

Montgomery: Wir möchten nur kein Spezialgesetz gegen Ärzte, wie zurzeit diskutiert, sondern ein gerechte Lösung.

SPIEGEL: Der Bundesgerichtshof hat vor einem halben Jahr erklärt, der Gesetzgeber müsse entscheiden, „ob Korruption im Gesundheitswesen strafwürdig ist“.

Montgomery: Wir sind jedenfalls gegen ein Strafgesetz, das nur für Ärzte gilt. Sie werden ja nach dem Berufsrecht verfolgt und – wenn nötig – bestraft. Selbständige können grundsätzlich nicht wegen Bestechlichkeit verurteilt werden. Gegen einen generellen Straftatbestand für Freiberufler hätten wir aber nichts.

SPIEGEL: Das stimmt nicht ganz: Ein Architekt beispielsweise kann ins Gefängnis kommen, wenn er von einem Bauunternehmer Kick-backs kassiert und der Hausbau für den Kunden deshalb teurer wird.

Im Gesundheitswesen hingegen steht zwischen dem Arzt und seinen Kunden noch ein Dritter, der die Rechnungen zahlt, nämlich die Krankenkasse. In dieser Konstruktion ist Bestechung juristisch nicht zu ahnden.

Montgomery: Bei Architekten kenne ich mich nicht aus. Aber Anwälte und Journalisten mit ihren großzügigen Journalistenrabatten können auch nicht wegen Bestechung verurteilt werden.

SPIEGEL: Der Bundesrichter Thomas Fischer schreibt in seinem Standardkommentar zum Strafrecht, dass es im Gesundheitswesen „korruptive Strukturen in erheblichem Umfang“ gibt, denen man aus kriminalpolitischen Gründen „auch strafrechtlich entgegentreten“ müsse.

Montgomery: Ich teile die Auffassung vom „erheblichen Umfang“ nicht. Es gibt einige wenige Ärzte, die sich korruptiv verhalten und die man auch bestrafen muss. Daneben gibt es zurzeit aber eine Debatte, die in großem Umfang populistisch geführt wird und bei der schon der Kugelschreiber, den ein Arzt geschenkt bekommt, im Ruch der Korruption steht.

SPIEGEL: Kugelschreiber sind unstrittig, darüber diskutiert derzeit niemand.

Montgomery: Für die schweren Fälle haben wir jedenfalls das Berufsrecht, aber da brauchen wir Ärzte mehr Ermittlungsrechte. Ich wäre sehr dafür, dass wir eine polizeiähnliche Funktion bekämen, damit wir sehr früh schon selbst durchsuchen und Akten beschlagnahmen können.

SPIEGEL: Sie fordern tatsächlich, dass nicht Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln, sondern die Ärzte selbst?

Montgomery: Wir ermitteln auch gern mit der Staatsanwaltschaft zusammen. Ich möchte jedenfalls, dass wir aus dieser Dunkelziffer-Debatte rauskommen, zu der auch Sie in erheblichem Maße beigetragen haben mit Ihren Berichten über korruptive Ärzte.

SPIEGEL: Woher wissen Sie denn so genau, dass nur wenige Ärzte Schmiergeld annehmen?

Montgomery: Der Beleg ist relativ einfach: Wir haben jetzt in 17 Ärztekammern nachgefragt, wie oft in den vergangenen fünf Jahren Ermittlungen gegen Ärzte eingeleitet wurden. Wir kommen da auf 480 Ratiopharm-Fälle und fast 450 weitere Fälle. Bei der Pharmaindustrie sind fast 300 Fälle aufgelaufen, bei der Ermittlungsstelle der Krankenkasse so gut wie keine – zumindest bekommt man dort keine Zahlen. Das alles zeigt doch, dass das Problem nicht so groß ist, wie von Ihnen behauptet wird.

SPIEGEL: Die Firma Ratiopharm hat jahrelang Ärzten Geld bezahlt, die bevorzugt Ratiopharm-Präparate verordnet haben. Allein in diesem Fall hat die Staatsanwaltschaft Ulm gegen 3000 Ärzte ermittelt.

Montgomery: Von diesen Verfahren sind aber nur einige übrig geblieben.

SPIEGEL: Schon vor drei Jahren hatten Sie in der Sendung „Hart aber fair“ die Ansicht vertreten, wenn Ärzte Schecks annehmen, sei das „ein ganz normales, natürliches Verhalten“.

Montgomery: Das ist eine Fehlinterpretation meiner Äußerung, Schmiergeld ist nie ein natürliches Verhalten. Was ich gemeint habe, ist die Überreichung eines Kugelschreibers und solcher Petitesen ...

SPIEGEL: Mit Verlaub, uns ist bundesweit kein einziges Ermittlungsverfahren bekannt wegen Überreichung eines Kugelschreibers.

Montgomery: Fast alle dieser Verfahren wurden jedenfalls eingestellt, da sind wir uns doch einig, oder?

SPIEGEL: Aber nur, weil sich viele der Meinung des Staatsanwalts Alexander Badle angeschlossen, wonach es keine Strafnorm gibt, die Schmiergeld an niedergelassene Ärzte verbietet. Das Schmiergeldsystem an sich hat selbst Ratiopharm nie bestritten.

Montgomery: Berufsrechtlich sind solche Zahlungen jedenfalls klar verboten. Die Ärztekammern haben 163 Ratiopharm-Ärzte bestraft, nachdem uns die Staatsanwaltschaften Akten zur Verfügung gestellt haben.

SPIEGEL: Künftig wird es aber zu gar keinen Ermittlungsverfahren mehr kommen. Seit dem BGH-Beschluss vor einem halben Jahr wurden bundesweit zahlreiche Ermittlungsverfahren eingestellt. Von den Staatsanwaltschaften bekommen Sie künftig also keine Akten mehr über korrupte Kollegen. Und ohne diese Akten können Sie auch keinen Arzt mehr berufsrechtlich belangen.

Montgomery: Deswegen sage ich ja, dass wir eigene Ermittlungsbefugnisse brauchen, um zusammen mit der Staatsanwaltschaft die Fälle aufzuarbeiten.

SPIEGEL: Diese Zusammenarbeit ist doch eine Illusion: Ein Staatsanwalt wird erst aktiv, wenn er ein Gesetz findet, gegen das verstoßen wurde.

Montgomery: Dann lass uns doch diese Gesetzesvorschrift schaffen, damit die Staatsanwälte uns helfen, das Berufsrecht durchzusetzen! Wir haben doch das gleiche Ziel wie Sie: Diese dauernde Korruptionsdebatte ist ein Stachel in unserem Fleisch, das beschädigt das Renommee meines Berufes, und zwar massiv.

SPIEGEL: Vor kurzem hat Professor Kai Bussmann von der Uni Halle eine Studie

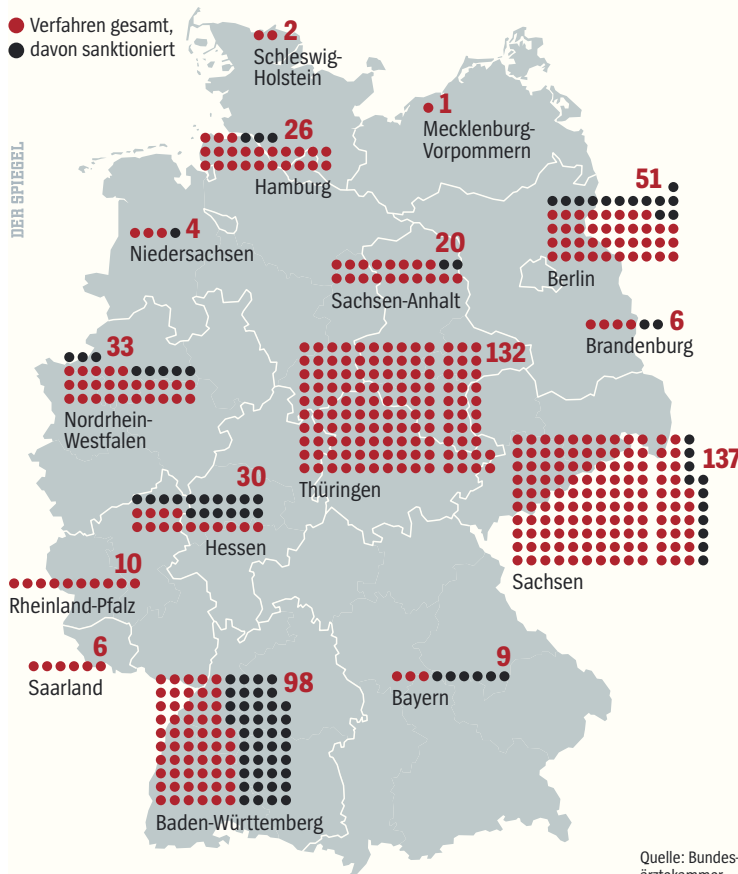
im Auftrag der Krankenkassen vorgestellt. Darin antwortete die Hälfte der Ärzte, es sei zumindest teilweise gängige Praxis, dass Ärzte Belohnungen von einer Klinik erhalten, in die sie Patienten einweisen.

Montgomery: Diese Studie ist ein Auftragswerk der Kassen, mit dem bewiesen werden soll, dass Ärzte korrupt sind. Lesen Sie die Fragen mal ganz genau. Da wurde nicht gefragt: Haben Sie schon mal Fangprämien angenommen?, sondern: Wie bewerten Sie Fangprämien?

SPIEGEL: Solche Fragen sind üblich, weil man jemanden schlecht fragen kann, ob er selbst Schmiergeld kassiert hat.

Korrumpierte Mediziner

Berufsrechtliche Verfahren gegen Ärzte, die Schmiergelder kassiert haben sollen, 2008 bis 2012



Montgomery: Jedenfalls ist die Studie das Geld der Versicherten nicht wert, das die Kassen dafür ausgegeben haben.

SPIEGEL: Jörn Graue, der Vorsitzende des Hamburger Apothekervereins, sagt, er erwarte, dass auch niedergelassene Ärzte von einem Gericht bestraft werden können, anders sei der „Sumpf aus Rückvergütungen, Scheinstudien und Einladungen zu feinen Tagungen ins Ausland wohl kaum trockenzulegen“.

Montgomery: Ich weiß nicht, woher Herr Graue diese Kenntnisse hat. Ich hab eigentlich ein gutes Verhältnis zu ihm, er hat mir bis heute aber keinen einzigen solchen Fall zur Kenntnis gebracht. Und

wir halten mal fest: Derjenige, der korrumpiert, trägt die gleiche Schuld wie derjenige, der korrumpiert wird.

SPIEGEL: Die Firma Novartis zum Beispiel hat im Spreewald einen Ärztetag veranstaltet, mit Ehepartnern, Kindern und mehrstündigen Bootstouren. Nachdem das aufgefliegen war, wurde Novartis von der Selbstkontrolle der Pharmaindustrie mit dem höchstmöglichen Bußgeld belegt. Die Ärztekammer Brandenburg hingegen wollte keine Fragen zu diesem Fall beantworten, obwohl sie dafür auch noch Fortbildungspunkte vergeben hat.

Montgomery: Ich kenne den Fall nicht. Wir in Hamburg würden dafür jedenfalls keine Punkte vergeben.

SPIEGEL: Das Dilemma ist doch, dass Sie bei den Fortbildungen nur die Anmeldungen prüfen. Offiziell findet da natürlich immer ein wissenschaftliches Programm statt, häufig ist das aber fingiert, und die Ärzte vergnügen sich.

Montgomery: Entschuldigen Sie, das ist doch ein Vorurteil, das müssten Sie mir schon belegen.

SPIEGEL: Gern: Ende Januar findet im Salzburger Land wieder der Winterworkshop der Urologen statt. Da kommen mehr als hundert Fachärzte zusammen, gesponsert von verschiedenen Herstellern. Das Hotel verspricht „Erholung pur“, bietet eine 2380 Quadratmeter große Wellness-Oase, und vom Hotel aus kann man direkt den Skicircus Hinterglemm nutzen mit mehr als 200 Pistenkilometern. Teilnehmer sagen, dass die meisten Ärzte nur zum Skifahren kommen, dennoch hat die Bayerische Landesärztekammer dafür in den zurückliegenden Jahren Fortbildungspunkte vergeben.

Montgomery: Wenn das so ist, wäre es zumindest falsch, dafür auch noch Punkte zu vergeben. Wir können aber nicht verhindern, dass die Pharmaindustrie so was anbietet. Daraus aber gleich Korruption abzuleiten, halte ich für falsch.

SPIEGEL: Wieso soll eine Firma denn sonst einen Skiurlaub sponsern, wenn nicht mit der Absicht, den Absatz anzukurbeln?

Montgomery: Jeder Kodex eines Konzerns müsste so eine Veranstaltung jedenfalls verbieten. Aber glauben Sie mir: Das sind Einzelfälle, die meisten Fortbildungen sind heute sauber.

INTERVIEW: MARKUS GRILL

AUSSENPOLITIK

Vergebliche Warnungen

Deutschland will den Briten in der Europa-Debatte nicht entgegenkommen. Kann Premier Cameron sein Land noch in der EU halten?

Gunther Krichbaum ist ein ruhiger Mann, der es in Deutschland nur selten auf die vorderen Seiten der Zeitungen schafft. In Großbritannien dagegen machte der CDU-Politiker in der vergangenen Woche Schlagzeilen. „Einer der engsten Vertrauten Angela Merkels warnt Cameron davor, die EU zu erpressen“, schrieb der „Guardian“. Das Boulevardblatt „Daily Mail“ nannte die Ausführungen des CDU-Politikers eine „Unverschämtheit“. Und der Tory-Abgeordnete Douglas Carswell rief ihm hinterher, die Briten wollten „kein Leben leben, das von Deutschland gelenkt wird“.

Anlass der Aufregung waren Aussagen Krichbaums, der mit Bundestagskollegen zu politischen Gesprächen nach London gereist war. Der Vorsitzende des Europaausschusses hatte vor einer Isolierung Großbritanniens in der EU gewarnt. Das könne nicht im Interesse der Briten sein.

Hintergrund der Äußerungen ist die Ankündigung des britischen Premierministers David Cameron, Großbritannien wolle sich aus einigen Feldern der gemeinsamen Europapolitik zurückziehen. Cameron hatte seine Ankündigung mit einer Andeutung verbunden: Falls die Partner die Zustimmung verweigerten, könnte Großbritannien die von den Deutschen und anderen angestrebte vertiefte Integration der Euro-Zone blockieren. Krichbaum kommentierte, man könne „keine politische Zukunft schaffen, wenn man andere Staaten erpresst“.

Es dürfte Angela Merkel überrascht haben, dass der Abgeordnete im Ausland als Mitglied ihres innersten Machtzirkels gilt. Gestört haben wird es sie nicht. Denn Krichbaums Auftritt in London ist ganz in ihrem Sinne. Seit Wochen sendet die Bundesregierung bei offiziellen Treffen und auf inoffiziellen Kanälen immer dieselbe

Botschaft an Cameron: Wir wollen euch in der EU behalten – aber wir werden nicht euretwegen eine neue EU schaffen.

Dass diese Botschaft gerade jetzt besonders laut ertönt, ist kein Zufall. Cameron will in den nächsten Tagen eine lange erwartete Grundsatzrede zur Europa-Politik halten. Kanzleramt und Auswärtiges Amt befürchten, dass er darin ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens ankündigen und weitere Zugeständnisse an die Europa-Skeptiker in seiner Partei machen wird. Die Deutschen wollen vorher klarstellen, was geht und was nicht.

Bei einem vertraulichen Gespräch zwischen hochrangigen Diplomaten beider Länder in der Stiftung Wissenschaft und Politik kurz vor Weihnachten wurden die Differenzen offen erörtert. Die deutschen Teilnehmer hatten den Eindruck, die Briten würden auf ihrer Linie beharren. „In London glauben sie, sie säßen am längeren Hebel“, sagt ein deutscher Spitzendiplomat. „Den gleichen Fehler haben sie im vorletzten Dezember schon einmal gemacht, als sie den Fiskalpakt blockiert haben.“ Am Ende wurde die Vereinbarung außerhalb der EU-Verträge und ohne die Briten beschlossen.

In Deutschland wächst die Sorge, dass Cameron sein Land nicht in der EU halten kann, obwohl er einen Austritt verhindern möchte. Der Regierungschef will die britische Position in der EU deshalb neu verhandeln, weil die stärker werden- den Europa-Gegner im Land besänftigt werden müssen.

Die werden immer radikaler. „Die Gefahr, dass der EU-Austritt Großbritanniens eine sich selbst erfüllende Prophezeiung wird, ist groß“, sagt Barbara Lipfert von der Stiftung Wissenschaft und Politik. „Der Druck auf Cameron vom rechten Rand seiner Partei ist enorm. Allerdings werden sich auch die pro-europäischen Kräfte lauter zu Wort melden, wenn es wirklich ein Referendum geben sollte.“

Die Deutschen bekamen in der vergangenen Woche unerwartet deutliche Unterstützung. Der für Europa zuständige Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Philip Gordon, machte bei einem Besuch in London klar, was Washington von den Plänen der Briten hält. „Wir wollen eine starke britische Stimme in der EU“, sagte er. Das sei auch für die „special relationship“ zwischen den USA und London das Beste.

Ob deutsche Kompromisslosigkeit und amerikanische Interventionen die Stimmung in Großbritannien beeinflussen können, ist fraglich. Die antieuropäische Presse jedenfalls zeigte sich von den Warnungen der Partner wenig beeindruckt. „Wie können die USA es wagen, uns Ratschläge über unseren Verbleib in der EU zu erteilen?“, fragte der „Express“ und fabulierte über eine mögliche Absprache zwischen Gordon, Cameron und Gunter Krichbaum zu Lasten britischer EU-Gegner. Mit rationalen Argumenten scheint man in der britischen Europa-Debatte derzeit nicht weit zu kommen.



EU-Partner Cameron, Merkel*: Drohung mit dem Veto

Dabei hat die Bundesregierung mehrmals erklärt, dass Cameron wenig Entgegenkommen erwarten könne. Weitere Sonderrechte für die Briten würden auch zu ähnlichen Ansprüchen anderer Länder führen. Das will Berlin auf jeden Fall verhindern. „Europa ist keine Veranstaltung, in der jeder machen kann, was er will“, sagt ein hoher Regierungsbeamter. „Am Ende müssen die Briten entscheiden, ob sie in der Europäischen Union bleiben wollen oder nicht.“

* Im November 2012 vor Camerons Amtssitz in Downing Street 10.

WERBUNG



Transplantation einer Leber

„Die Abschreckung ist riesengroß“

Göttingen, den Ausgangspunkt der Organaffäre. Bisher waren dort 22 verdächtige Fälle bekannt.

Die Untersuchungsleiterin berichtet nun davon, dass es bei rund 40 Prozent aller untersuchten Fälle im Transplantationszentrum Göttingen Manipulationen, falsche Indikationen oder Verstöße gegen Richtlinien gegeben habe – insgesamt mindestens 60 Unregelmäßigkeiten. Auch die These vom Einzeltäter fällt danach in sich zusammen. Die Kommission geht vom „Zusammenwirken mehrerer Akteure“ aus, die aus finanziellen Interessen, Eitelkeiten, Allmachtsgefühlen und einem Helfersyndrom gehandelt hätten.

Einer krebserkrankten Frau Mitte zwanzig, die Metastasen hatte, übertrugen die Göttinger Ärzte zunächst ein Stück Leber ihrer Mutter – das Organ wurde abgestoßen. Anschließend bekam die junge Frau zwei weitere Lebern, obwohl sie dem Tod bereits so nah war, dass die Transplantationen nach Ansicht der Prüfer sinnlos waren. Sie starb kurz darauf. Und das alles nur, um die Zahl der Transplantationen zu steigern?

Lange Zeit tat sich die Staatsanwaltschaft schwer damit, O.s Vorgehen strafrechtlich zu bewerten. Die Ermittler wollten beweisen, dass durch die Bevorzugung der Kranken in Göttingen irgendwo in Europa Patienten geschädigt oder gar zu Tode gekommen seien.

Doch die Berechnung, wer ein Organ zugeteilt bekommt, ist hochkompliziert. Hinzugezogene Experten von Eurotransplant konnten diesen Nachweis nicht führen. Deshalb entschieden sich die Braunschweiger Ermittler für eine abstraktere Argumentation: Irgendwo im Eurotransplant-Verbund wird auf jeden Fall ein schwerkranker Patient benachteiligt, wenn ein Arzt seinen Patienten unrechtmäßig bevorzugt. Er nimmt damit billigend in Kauf, dass dieser andere Patient stirbt.

Während in Göttingen der beschuldigte Mediziner O. in Untersuchungshaft sitzt, prüft die Staatsanwaltschaft München

noch, wie sie mit den Vorfällen im Klinikum rechts der Isar umgehen soll. Dort hatten interne Prüfer im September bei neun Lebertransplantationen aus 2010 und 2011 Unregelmäßigkeiten entdeckt. Auch hier sollen Blutwerte manipuliert, Dialysen vorgetäuscht und Krebspatienten transplantiert worden sein, die möglicherweise kein Organ hätten bekommen dürfen.

Im Fokus steht der Transplantationschirurg Peter B. Er soll im Januar 2010 einer

MEDIZIN

Unerträgliches Zaudern

Jahrelang galten Manipulationen bei der Organvergabe als Kavaliersdelikt. Die Festnahme eines Göttinger Chirurgen gilt als Signal, dass sich das nun ändert.

Bisher war immer alles gut ausgegangen für Aiman O. In Regensburg hatte der Chirurg arabischen Patienten durch falsche Angaben Lebern aus Europa besorgt. Das fiel zwar irgendwann auf, blieb aber folgenlos für ihn und sein Krankenhaus.

Dann stieg Aiman O. zum Chef-Transplanteur an der Uni-Klinik Göttingen auf – und manipulierte dort weiter. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vertauschte der gebürtige Jordanier Blutproben, um für seine Patienten Organe zu bekommen. Erst als ein anonymer Anrufer dies im vergangenen Sommer anzeigte, suspendierte die Klinik den Arzt. Aber lange Zeit schien es, als komme O. glimpflich davon. Der juristische Nachweis, dass er andere geschädigt habe, schien schwer zu führen zu sein.

Am vergangenen Freitag kam die Wende im Fall O. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ließ ihn verhaften: wegen des Verdachts auf versuchten Totschlag in neun und der Körperverletzung in zwei

Fällen. O. wurde behandelt wie ein gewöhnlicher Krimineller. Schwerkranken Menschen waren womöglich gestorben, weil andere Patienten zu Unrecht vor ihnen ein Organ bekamen.

Der Entschluss der Braunschweiger Staatsanwälte, O. in Haft zu nehmen, bringt nun viele Zentren der deutschen Transplantationsmedizin in Bedrängnis. Denn jede Manipulation, jeder Regelverstoß, mit dem Ärzte ihre Patienten bei der zentralen Vergabe von Spenderorganen bevorzugen, wäre nach dieser Rechtsauffassung kriminell.

Fachleute von Eurotransplant, der zentralen Vergabestelle für Organe mehrerer Länder in Mitteleuropa, begrüßen die Festnahme. Die Abschreckungswirkung für zukünftige Manipulationen, so ein leitender Arzt, „ist nun natürlich riesengroß“.

Der Haftbefehl gibt auch den Prüfern der Bundesärztekammer größere Bedeutung. Sie wurden nach der Aufdeckung der ersten Organskandale in Göttingen und Regensburg eingesetzt und sollen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organspende wieder herstellen. Doch nachdem die Kontrolleure ein Viertel der 49 Transplantationszentren abgearbeitet haben, sind sie auf mehr Auffälligkeiten gestoßen, als sie für möglich gehalten hätten.

Im ersten Bericht der Prüfkommision, der noch in diesem Monat veröffentlicht werden soll, geht es um das Universitätsklinikum



Beschuldigter Arzt O.
Allmacht und Eitelkeit?

WERBUNG

Patientin mit einer falschen Blutprobe zu einer Leber verholpen haben. Seine Kollegen ertappten ihn bei der Manipulation, informierten die verantwortlichen Chefärzte und hielten das Geschehen in Gedächtnisprotokollen fest. Diesen zufolge gestand B. gegenüber Vorgesetzten, dass er wissentlich falsche Werte an Eurotransplant übermittelt habe, um für seine Patientin schneller ein Organ zu bekommen.

Der Ärztliche Direktor der Klinik wurde laut Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, über den Vorgang informiert – und beschwichtigte. In einem Brief an drei Chefarztkollegen schrieb er, es habe „kein Fehlverhalten oder bewusste Verfahrensfehler“ gegeben.

Als die Prüfkommision sich im vergangenen Jahr den Fall noch einmal vornahm, behaupteten die Verantwortlichen der Klinik, nichts von bewussten Täuschungen gewusst zu haben. Anders als in den Manipulationsfällen Leipzig oder Göttingen, folgten im Klinikum rechts der Isar bis heute keine persönlichen Konsequenzen. B. ist inzwischen Chefarzt in einem anderen bayerischen Klinikum.

Die Staatsanwaltschaft München will zu dem Verfahren keine Auskunft geben. Es sei „noch nicht sicher, ob sich ein Tatverdacht gegen bestimmte Personen erhärten lässt“, sagt Oberstaatsanwalt Thomas Steinkraus-Koch. Der ärztliche Direktor wollte sich auf SPIEGEL-Anfrage nicht äußern, eine Kliniksprecherin verwies auf die laufende Arbeit der Kommission und der Staatsanwaltschaft. B.s. Anwalt schickte am vergangenen Freitag einen Antrag an die Staatsanwaltschaft, das Ermittlungsverfahren einzustellen, sein Mandant „verwehre sich gegen Zuschreibungen von Manipulation“.

Viele Ärzte im Klinikum rechts der Isar sind über die schleppende Aufklärung frustriert und befürchten, dass ihr Lebertransplantationsprogramm beendet wird. In einem Brief wandten sie sich kurz vor Weihnachten an den bayrischen Wissenschaftsminister und Klinik-Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Heubisch (FDP) sowie an den Klinikvorstand. Diesen forderten sie auf „nach dem unerträglichen Zögern und Zaudern der letzten Monate, heute endlich glaubhafte personelle und strukturelle Änderungen zu beschließen“.

An echter Aufklärung sind aber nicht nur die Menschen hierzulande interessiert. Andere Mitgliedstaaten des Eurotransplant-Verbundes wie Belgien oder die Niederlande beschäftigt inzwischen die Frage, ob in Folge der Manipulationen in Deutschland einer ihrer schwerkranken Bürger verstorben ist. In der Eurotransplant-Gruppe ist die Bundesrepublik der größte Importeur von Organen.

UDO LUDWIG, ANTJE WINDMANN



Polizisten bei der Spurensicherung im Bonner Hauptbahnhof am 10. Dezember

MARIUS BECKER / DPA

TERRORISMUS

Zurück auf Los

Fünf Wochen nach dem Fund einer Bombe in Bonn stehen die Ermittler vor einem Rätsel. War es überhaupt ein Anschlagversuch von Islamisten?

Der Mann mit dem dichten Vollbart und der Bombe in der Tasche muss einen Geruch von Urin wahrgenommen haben, als er den Platz vor dem Bonner Hauptbahnhof passierte; das „Bonner Loch“ war früher ein Brennpunkt der Drogen- und Obdachlosenszene. Kurz danach lief der Attentäter an der Polizeiwache vorbei und wurde um 12.47 Uhr von einer Überwachungskamera der Stadtwerke aufgenommen. Ein paar Schritte nach einem Jesus-Plakat nahm er die Stufen hinauf zum Gleis und tauchte etwa zwei Minuten später in der McDonald's-Filiale an Gleis 1 auf.

Eine Viertelstunde danach war alles vorbei: Beamte der Bundespolizei stellten den Sprengsatz in der Tasche sicher. Bonn war einer Katastrophe entgangen.

Fünf Wochen ist es nun her, dass die Bombe entdeckt wurde – doch noch immer rätseln die Ermittler, wer sie auf dem Bahnhof explodieren lassen wollte. Die ursprüngliche Annahme, dass die Täter aus dem islamistischen Milieu stammen, konnte die Sonderkommission „Tasche“ des Bundeskriminalamtes (BKA) bislang nicht erhärten. Zwar trägt der Aktendeckel bei der Bundesanwaltschaft die Namen von zwei Dschihadisten aus der lokalen Szene. Doch die vermeintlich „belastbaren Hinweise“ auf „Verbindungen in radikal-islamistische Kreise“, von denen die Bundesanwaltschaft Mitte Dezem-

ber sprach, sind trotz intensiver Fahndung dünn. Ob die Beschuldigten mit der Tat zu tun haben, ist unklar.

Vorsorglich schaltete der stellvertretende Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum das neu gegründete Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus ein, um auch dieses Täterfeld zu überprüfen. Selbst ein unpolitisches Motiv, etwa eines Erpressers oder „einer psychisch erkrankten Person“, schließen Kriminalisten nicht mehr aus. Die Ermittlungen, heißt es in einem vertraulichen Papier des BKA, würden „in alle Richtungen geführt“. Der bärtige Mann aus dem Überwachungsvideo ist bis heute nicht identifiziert, die Sicherheitsbehörden sind zurück auf Los.

Dabei schienen sich die Puzzlestücke anfangs zu einem Bild zu fügen. Zwei Hauptschüler hatten sich bei der Polizei gemeldet; einer der beiden berichtete, ein Schwarzer habe ihnen die Tasche abrupt vor die Füße gestellt und sei dann wegelaufen. Experten fertigten ein Phantombild, die Beamten legten dem Siebtklässler auch Fotos von Islamisten vor, darunter: Omar D., 28, geboren in Mogadischu, eine Szene-Größe. Bei der ersten Befragung gab der Jugendliche an, Omar D. „zu 90 Prozent“ wiedererkannt zu haben.

Einen Tag nach dem Bombenfund überraschte ein Spezialeinsatzkommando Omar D. in einem Callshop. Die Beamten durchsuchten seine Wohnung und überprüften seine Handys und Computer, fanden aber keine Hinweise, dass D. etwas mit dem Fund auf dem Bahnsteig zu tun haben könnte. Als die Polizei die Bildmappe ein zweites Mal mit dem Schüler durchging, war sich dieser nur noch zu 50 Prozent sicher, D. erkannt zu haben. „Mein Mandant hat nichts zu verbergen“, sagt sein Rechtsanwalt Mutlu Günel.

Eine Auswertung von Handy-Daten lieferte den Ermittlern den Hinweis auf einen zweiten Islamisten namens Mounir T., 29. Gegen den ehemaligen Maschinen-

baustudenten, der 2009 versucht haben soll, sich Richtung Pakistan abzusetzen, läuft bereits ein Verfahren wegen des Verdachts der Unterstützung der „Islamistischen Bewegung Usbekistans“.

Ein von Mounir T. in der Vergangenheit genutztes Telefon war zur Tatzeit in der Funkzelle am Hauptbahnhof eingeloggt, jedoch ist er schon seit Monaten verschwunden. Aktenkundig wurde T. letztmals im April 2012. Seine Nachbarn im Bonner Stadtteil Tannenbusch sagen, sie hätten ihn seit September oder Oktober nicht mehr gesehen, seinen Opel Omega habe er verkauft, die Fenster seiner Wohnung sind verhängt. Experten vermuten T. in Somalia, wohl zusammen mit seiner stets voll verschleierte Frau, aber bewiesen ist das nicht. Für den Anschlag hätte er wohl unbemerkt nach Deutschland einreisen müssen. Wahrscheinlicher ist, dass sein Handy mittlerweile von jemand anderem benutzt wird und zufällig in das Netz der Fahnder geriet.

Relativ präzise können die Behörden die halbe Stunde rekonstruieren, bevor die Bombe abgelegt wurde – und sie haben auch eine Vermutung, wieso der Täter so scheinbar planlos um den Hauptbahnhof herumstrich. Um 12.49 Uhr hatte er McDonald's betreten und sich umgeschaut, neun Sekunden lang. Dann verließ er das Schnellrestaurant. Sein Weg

führte ihn durch die Haupthalle des Bahnhofs, sieben Treppenstufen hinab zur Straße und wieder in die Fußgängerzone. Dort filmte ihn um 12.52 Uhr die Kamera der Stadtwerke, immer noch mit Tasche.

Um 13.01 Uhr kam er an denselben Aufzeichnungsgeräten wieder vorbei, zurück zum Bahnhof. Dann muss er seine Tasche binnen Sekunden abgestellt haben. Denn zwischen 13.02 und 13.04 Uhr informierte ein Zeuge aus dem Obdachlosenmilieu eine Mitarbeiterin am Info-stand der Bahn über das Fundstück.

Die Beamten glauben, dass der Bombenleger nach einem WC gesucht habe, um den Wecker am Sprengsatz scharf zu stellen. Weil die McDonald's-Filiale am Bahnhof nicht über Toiletten verfügt, sei er zurück Richtung Stadt marschiert. Die kriminaltechnische Untersuchung ergab, dass der Wecker tatsächlich aktiviert war; die vier sichergestellten DNA-Spuren brachten keine Treffer in der Datenbank, ein in der Tasche gefundenes Haar eignete sich nicht für eine Gen-Analyse.

Allerdings hätte die Bombe nicht hochgehen können. Anders als von Ermittlern zunächst angegeben, besaß sie keinen funktionsfähigen Zünder. Das Rohr, in dem der Sprengstoff deponiert war, wies zwar eine Bohrung auf. Sie soll nach letztem Stand der Auswertung jedoch provisorisch verschlossen gewesen sein.

Konnten die Bombenbauer zwar einen hochgefährlichen Sprengsatz herstellen, aber keinen dafür tauglichen Auslöser? Oder handelte es sich, wie mancher Analyst vermutet, um eine Demonstration der Stärke von Islamisten: Seht her, was wir können, diesmal habt ihr noch Glück gehabt? Dagegen spricht, dass es bis heute kein Bekennerschreiben gibt. Die Ermittler neigen zur Annahme, dass der Bombenbastler an seinen unzulänglichen handwerklichen Fähigkeiten scheiterte.

Je länger die Fahnder ohne Ergebnis bleiben, desto mehr wächst ihre Nervosität. Kurz vor Silvester überprüften Polizisten zwei bekannte Islamisten auf dem Bahnhofsvorplatz in Stolberg bei Aachen. Die Beamten vermuteten, die Männer hätten Autos ausgespäht. Vorsorglich hat die Bundespolizei die Überwachung mehrerer Bahnhöfe im Rheinland und im Rhein-Main-Gebiet massiv verstärkt.

Die Bundesanwaltschaft wird bald entscheiden müssen, ob sie einen Teil der Ermittlungen einstellt oder das Verfahren zurückgibt an die Bonner Staatsanwaltschaft – wenn sich ein politischer Hintergrund nicht belegen lässt. Mit dem bärtigen Mann läuft zumindest ein Bombenleger frei herum. In einer BKA-Analyse heißt es, es sei „zu befürchten, dass die Tat eine Wiederholung erfahren könnte“.

JÖRG DIEHL, FIDELIUS SCHMID, HOLGER STARK



Partner Pfeiffer, Ackermann 2011: Bis aus dem Kleinkrieg ein Stellungskrieg wurde

KATHOLIKEN

Fettes Problem

Die Kooperation der Bischöfe mit dem Kriminologen Pfeiffer scheiterte auch an lächerlichen Details. Missbrauchsoffer müssen weiter auf Aufklärung warten.

Wenn ein Streit so groß geworden ist, dass kein Punkt mehr zu klein ist für ein Zerwürfnis – dann ist eine Beziehung wohl nicht mehr zu retten.

So gesehen hätten die Bischöfe und der Wissenschaftler schon im Frühsommer des vorigen Jahres wissen müssen, dass es mit ihnen nichts mehr wird. Es ging mal wieder hoch her, und es ging um eine Nichtigkeit. Die Kirchenvertreter wollten in dem Forschungsbericht über den sexuellen Missbrauch in den Gemeinden, den der Kriminologe Christian Pfeiffer und sein Team schreiben sollten, ihre Meinung kundtun dürfen. Und zwar: im Fettdruck.

Pfeiffer zeigte sich aufgeschlossen, aber eines mochte er nicht akzeptieren. Knapp zwei Wochen nachdem ihm das Ansinnen vorgetragen worden war, verkündete er sein Dogma: „Ein Fettdruck wird jeweils nicht erfolgen.“

So lächerlich der Streitpunkt wirkt, so schwerwiegend sind die Folgen. Weil sich die Bischöfe und Pfeiffer nicht einigen konnten und schließlich in der vorigen Woche trennten, müssen die Opfer warten, die von Kirchenleuten missbraucht worden sind. Es werden keine Forschungsergebnisse und damit auch keine abweichenden Meinungen veröffentlicht – weder im Fettdruck noch in irgendeiner anderen Schriftstärke.

Das Forschungsprojekt, vor anderthalb Jahren mit großen Auftritten und eben solchen Versprechen vorgestellt, ist mit der Aufkündigung der Zusammenarbeit durch die Kirche erst einmal beendet. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, dem Pfeiffer vorsteht, wird – anders als vereinbart – nicht Personalakten aller 27 Bistümer durchforsten, um Missbrauchsfälle aufzuspüren und Hintergründe zu analysieren.

Wer heute zu verstehen versucht, was seit dem Vertragsschluss schiefgelaufen ist, kann den Eindruck gewinnen, dass der ursprüngliche Wille der Kirchenvertreter zur Wahrheitsfindung abnahm, als die Wissenschaftler loslegen wollten. Und dass zwei Kooperationspartner aneinandergerieten, die irgendwann nicht mehr das große Ganze im Blick hatten – sondern sich verrannten, bis aus dem Kleinkrieg ein Stellungskrieg wurde.

Dabei hatte alles gut begonnen, im Juli 2011 hatten sich der Verband der Diözesen Deutschlands und Pfeiffers Forschungsinstitut zusammengetan: Sie schlossen einen „Vertrag zur Durchführung eines Forschungsobjekts über den sexuellen Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“. Acht Seiten nebst Anlagen, eine gute Grundlage, so schien es. Tatsächlich war es der Anfang eines immer heftigeren Streits.

Nach dem Vertragsschluss entdeckten Kirchenvertreter Tücke um Tücke im Detail. „Wir waren unter einem immensen Druck vor drei Jahren, als die Missbrauchsfälle bekannt wurden“, sagt der Trierer Bischof Stephan Ackermann, Missbrauchsbeauftragter der Bischofskonferenz. „Im Nachhinein kann man kritisch sagen: Wir hätten erst alle Vorklärunge treffen müssen, bevor wir eine Kooperation unterschreiben.“ Bistümer äußerten Bedenken hier, Bedenken da, so dass bei Pfeiffer der Eindruck entste-

hen konnte: Die sprechen nur von Transparenz und wollen sie gar nicht.

Er ging schließlich zum Gegenangriff über, wandte sich nicht mehr an den Verband der Diözesen, sondern schrieb jeden Bischof an und forderte ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit. Und er erwähnte, dass nach seiner Kenntnis in manchen Bistümern Akten vernichtet werden, um Aufklärung zu verhindern. Ackermann bestreitet eine solche Aktenvernichtung.

Spätestens seit dem Brandbrief im Oktober war die Kooperation kaum noch zu retten. Vermutlich hatten persönliche Animositäten längst zu viel Gewicht gewonnen. Pfeiffer hatte nach seiner Darstellung seinen Anwalt austauschen müssen, weil der dem Anwalt der Gegenseite blöd gekommen war. Umgekehrt habe er sich von Kirchenseite vorwerfen lassen müssen, seine Forschungsergebnisse am liebsten in Boulevardmedien wie der „Gala“ veröffentlichten zu wollen, so Pfeiffer.

Ein Mediator sollte dafür sorgen, dass man sich zumindest gütlich trennt; ein Vorhaben, das als gescheitert gelten darf. Nun ringen beide Seiten um die Deutungshoheit, geben sich mal aggressiv und vorwurfsvoll, mal nachdenklich und versöhnlich. Ackermann spricht davon, schnell einen neuen Kooperationspartner zu suchen, Pfeiffer bietet an, Vorarbeiten für andere Wissenschaftler zu leisten. Doch das Ergebnis ist ernüchternd.

Drei Jahre ist es her, dass der Jesuit Klaus Mertes mit den Berichten über Missbrauch an seinem Canisius-Kolleg in Berlin die Kirche wachrüttelte. Er ist klug genug, den Streit zwischen Pfeiffer und den Bischöfen nicht zu kommentieren, weil er die Hintergründe nicht kenne. Aber einen Satz, so richtig wie wichtig, sagt er dann doch: „Geschädigt ist das Vertrauen der Opfer und auch der kirchlichen Mitarbeiter vor Ort, die sich seit drei Jahren intensiv und glaubwürdig um Aufklärung und Prävention mühen.“

BARBARA HANS, PETER WENSIEWSKI

WERBUNG

DEBATTE

„Man liest ja so einiges über Sie“

Wie ich die Frauenfeindlichkeit der Piratenpartei kennenlernte

Von Annett Meiritz

Am Tag, als ich im Internet zur Prostituierten gemacht wurde, feierte die deutsche Industrie neue Exportzuwächse, demonstrierten Griechen in Athen gegen den Besuch von Angela Merkel, und Fotos der frisch gekürten „Sexiest Woman Alive“ Mila Kunis gingen um die Welt. Am 8. Oktober 2012 hatte ich für die Nachrichtenlage allerdings keinen Kopf. Stattdessen hing ich am Telefon, um mir vom Hausjuristen erklären zu lassen, wo Tratsch aufhört und Verleumdung beginnt.

Der Grund war ein Dialog zweier Piraten im Kurznachrichtendienst Twitter:

Sag mal @piratsimon hat Dich @annmeiritz jetzt auch geblockt? – Keine Ahnung. Solange mich nicht Journalisten blockieren, sondern nur Prostituierte ist mir das egal cc @annmeiritz ... Menschen prostituieren sich nicht nur für Geld.

Meinen Twitternamen hatten die beiden Piraten in ihre Konversation integriert, sie wollten sichergehen, dass auch ich ihre Einträge lese. Sie wollten mir zeigen, dass sie das Gerücht nun endlich öffentlich gemacht haben.

Ich bin Journalistin bei SPIEGEL ONLINE, seit einem Jahr berichte ich im Berliner Büro über die Piratenpartei. Vergangenen Sommer hörte ich zum ersten Mal von dem Gemunkel, ich würde mir mit Körper einsatz Informationen aus der Partei verschaffen. Der damalige Sprecher der Piratenpartei schrieb in einer Mail, es sei sicherlich nicht leicht, „derartige Gerüchte, auch über die eigene Person“, zu ertragen. Später, bei einem Kaffee, eröffnete er mir zu meiner Überraschung, ich hätte eine Affäre mit einem prominenten Piraten. Das schreibe man sich auf internen Mailing-Listen hin und her. Manch einer vermute sogar Affären mit zwei Piraten. Aber so viel Zeit hätte ich als Journalistin ja nun auch nicht, oder? Er lachte. Ich lachte mit.

Der Pirat, mit dem ich ein Verhältnis unterhalten haben soll, ist einer meiner Informanten, einer von vielen in einer Partei, deren Strömungen und Untergruppen sich über Nacht gründen, formieren und wieder zerlegen. „An der Basis gibt es das Gerücht, wir hätten was miteinander“, schrieb er einmal. Ich fragte zurück, wer diesen Schwachsinn verbreite. „Mitglieder.“ Dann vergaß ich die Sache wieder.

Doch das Gerücht verschwand nicht. Schrieb ich einen Artikel, erschienen Minuten später die ersten Kommentare auf Twitter. „Das ging ja fix“, bemerkte ein Koblenzer Pirat. „Ob

da wer auf der Bettkante souffliert hat?“ Sein Tweet wurde mehrfach favorisiert oder retweetet, unter anderem vom Chef der Jungen Piraten. „Nehmt euch ein Zimmer, ihr beiden“, twitterte ein anderer. Auch in Foren finden sich Spuren des Getuschels.

Das Gerücht blieb nicht im Netz, irgendwann sickerte es in meinen Arbeitsalltag. Kollegen wurden über die angebliche Liaison ausgefragt. „Man liest ja so einiges über Sie“, dieser Satz rutschte einem Vorstandsmitglied der Piraten im Gespräch heraus. Ein Spitzenkandidat für die Bundestagswahl fragte mich nach einem gemeinsamen Fernsehauftritt, ob ich wegen meiner „Nähe“ zur Partei schon mal Probleme bekommen habe.



Redakteurin Meiritz

Das Gerücht blieb nicht im Netz, irgendwann sickerte es in meinen Arbeitsalltag.

Sexismus im politischen Betrieb ist keine Erfindung der Piraten. Die frühere SPIEGEL-Journalistin Ursula Kosser schreibt in ihrem Buch „Hammelsprünge“ über das politische Bonn in den achtziger und neunziger Jahren, das einem testosterongetränkten Exklusivclub zu gleichen schien, in dem manche Hintergründe komplett frauenfrei und Anzüglichkeiten an der Tagesordnung waren. Kosser schildert den Fall einer Journalistin, die ein Päckchen eines Abgeordneten in ihrem Postfach fand. Darin ein Dildo. „Auf gute Zusammenarbeit“, stand auf der Begleitkarte.

Lange dachte ich, dass der Politikbetrieb, wie wir ihn heute in Berlin kennen, nichts mehr mit der Bonner Machowelt zu tun hat. Haben wir nicht eine Bundeskanzlerin? Beschreiben nicht Korrespondentinnen die Euro-Krise? Kümern sie sich nicht längst um die sogenannten harten Themen, die einst als Domäne der Männer gal-

ten? Sitzen sie nicht in der ersten Reihe, wenn Merkel im Regierungsflieger auf Auslandsreisen geht?

Nun aber frage ich mich: Hat sich wirklich so viel geändert?

Gerade die Piraten halten sich ja für besonders progressiv: „Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik“, heißt es in ihrem Grundsatprogramm. Und weiter: „Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist Unrecht.“ Sie fordern einen geschlechtsneutralen Staat, keine Behörde soll mehr nach Mann oder Frau unterscheiden. Für diese Post-Gender-Vision haben die Piraten einen eigenen Begriff erfunden: Eichhörnchen. Eichhörnchen, das können Frauen, Männer, Transsexuelle, Transvestiten, Schwule, Lesben, Asexuelle sein. Wir sind alle gleich, das ist die Bot-



MARK KEPPLER / DAPD

Parteitag der Piraten im November 2012 in Bochum

schaft. Manche Piraten verweiblichen aus Protest gegen Sexismus ihren Vornamen.

Ich habe eine andere Partei kennengelernt. Auf Parteitag habe ich häufig mit Piraten zu tun, die Frauen im Gespräch nicht in die Augen schauen können. Die wenigen Piratinnen sprechen von einem frauenfeindlichen Klima, solange man sie nicht namentlich zitiert. Keiner weiß, wie viele Frauen es wirklich zu den Piraten zieht, da die Partei das Geschlecht ihrer Neuzugänge nicht erhebt. Die wenigen jedenfalls, die da sind, werden selten auf wichtige Posten gewählt – wie ein Blick auf die Kandidatenlisten für den Bundestag zeigt.

In gewisser Weise ist die Frauenfeindlichkeit der Piraten feiger als der offene Chauvinismus der alten Bonner Zirkel. Denn kein Pirat würde mir ins Gesicht sagen, er halte mich für eine Schlampe. Als ich einen der Verleumder mal persönlich konfrontierte, stotterte er irgendwas von „missverstanden“ und stahl sich davon.

Deal with it, ist man geneigt zu sagen, Politik ist nun mal eher Wrestling als Softball. Und natürlich renne ich nicht bei jedem dummen Spruch zur Antidiskriminierungsstelle. Der Punkt ist, dass für weibliche Berichterstatter noch immer andere Regeln gelten als für männliche und dass diese Ungleichbehandlung meine Arbeit behindert. Denn auch wenn die Redaktionen der Republik und die Spitzengremien der Parteien Schritt für Schritt weiblicher werden, ist der politische Apparat doch überwiegend männlich besetzt. Und das kriegen Frauen zu spüren, auch bei der Arbeit mit anderen Parteien.

Dort gibt es ebenfalls unbehagliche Situationen. Schön ist es nicht, wenn mich ein amtierender Bundesminister zur Begrüßung extrafest an die Taille packt. Oder wenn, wie es eine Volontärin erlebte, ein Spitzenpolitiker nach einem Arbeitsessen „Ich vermisse deine Nähe“ simst. Es fühlt sich nicht gut an, wenn mir ein Europaparlamentarier im Vorbeigehen eine Visitenkarte in die Hand drückt, sein Gesicht nah heranschiebt und murmelt: „Sie können sich immer melden. Egal, worum es geht.“ Passiert alles, noch immer, ist nicht vorbei.

Lässt mich das jetzt in brodelnder Entrüstung zurück? Nein, eine irritierte Sekunde später geht's weiter, zumal die meisten Kontakte professionell und höflich sind. Ich stehe drüber, weil ich bislang weder in Ausbildung noch im privaten Umfeld Nachteile wegen meines Geschlechts erfahren habe. Mein Jahr mit den Piraten aber hat mich gelehrt, was blanker Sexismus bedeutet. Während meiner Berichterstattung wurde ich nur deshalb zur Prostituierten gestempelt, weil ich meiner Arbeit nachging.

Das ist es, was mich aufregt. Ich kenne viele männliche Journalisten, für die es selbstverständlich ist, sich mit einem

Politiker zum Abendessen zu treffen. Bei den Piraten reicht es schon, wenn man sich in einem Café mit einem Informanten trifft, um eine Affäre angedichtet zu bekommen. Ich habe keine Lust, darüber nachzudenken, ob ich bei einem Gespräch mit einem Politiker lächle oder nicht, weil das als Flirtversuch missverstanden werden könnte. Oder darüber, ob ich besser im Hosenanzug als im Etuikleid zum Interview erscheinen soll. Grübeln männliche Journalisten darüber nach, wie oft sie lächeln, wenn sie – sagen wir – mit Ursula von der Leyen reden? Oder machen sie sich darüber Gedanken, ob sie zum Sexobjekt werden, wenn sie auf dem Parteitag ein besonders elegantes Sakko tragen? Nein? Prima! Genau das möchte ich auch.

Sexismus gehört immer noch zum politischen Betrieb, bei den Profi-Parteien schwingt er mit, bei den Piraten springt er einem ins Gesicht. „Tittenbonus“ nannte der Berliner Pirat Gerwald Claus-Brunner die Frauenquote, sein Fraktionskollege Alexander Morlang bezeichnete eine ehemalige Partnerin als „Ex-Fickse“. Das alles wird noch befeuert durch die Öffentlichkeit des Internets, in der Beschimpfungen vor einem großen Publikum ausgebreitet werden. Natürlich, die Kommunikation der Piraten kann ich nicht verändern, schon gar nicht den Klatsch auf Parteitag. Aber ich kann die Pöbler wegklicken, und ich kann die Gerichte als das bezeichnen, was sie sind: Lügen. Nach dem Prostituierten-Tweet äußerten führende Piraten ihren Abscheu, andere distanzierten sich öffentlich oder im Gespräch. Das ist eine nette Geste, löst aber nicht das Problem, dass zwischen ausgerufenen Gleichberechtigung und gelebter Gleichbehandlung Welten liegen.

Das muss sich ändern, und zwar in der gesamten Berliner Politikszene. Kontakte sind elementar für unseren Job, für Politiker und Journalisten gleichermaßen. Deshalb stellen wir Frauen uns abends mit an die Hotelbar, setzen uns an den Tisch voller Krawattenträger, lachen über derbe Witze oder reißen selbst welche (manchmal die besseren). Das ist gut so. Niemand wünscht sich ein aseptisches Arbeitsklima, wo jeder harmlose Flirt gleich zur sexuellen Belästigung deklariert wird und Scherze nur politisch korrekt sein dürfen. Aber die Regeln, die für Männer selbstverständlich sind, müssen endlich auch für uns Frauen gelten. Dazu gehört, dass geschicktes Netzwerken als das betrachtet wird, was es ist: Kontaktpflege.

Vielleicht klappt's ja schon auf dem nächsten Parteitag. Vielleicht geht der mal ohne Getuschel und Geraune ab. Vielleicht können wir da einfach unseren Job machen. Das wäre ein Anfang. ♦

WERBUNG

WERBUNG

Gekaufte Geschichte

Die NS-Vergangenheit des BND-Chefs Reinhard Gehlen wurde von einem Historiker retuschiert – im Auftrag des Bundesnachrichtendienstes.

Altkanzler Helmut Kohl hatte schon immer ein Faible für Geschichte. Er studierte das Fach in Frankfurt am Main und Heidelberg, erwarb darin sogar einen Dokortitel und nahm sich noch als Regierungschef die Zeit, in historischen Wälzern zu schmökern.

Zu den von Kohl geschätzten Autoren zählt der Schriftsteller und Historiker Gert Buchheit (1900 bis 1978). Kohl überreichte ihm 1970 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. In der Begründung schlug der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz einen hohen Ton an. Buchheit gehöre „zu den fruchtbarsten und erfolgreichsten Schriftstellern und Historikern der Pfalz“. Sein Name sei „weit über die pfälzischen Grenzen hinaus bekannt“ und sein Lebenswerk gar „für viele im In- und Ausland zu einem geistigen Besitz geworden“.

Doch Buchheit schrieb zumindest einen Teil seiner Werke nicht ohne Hinter-sinn, wie jetzt der Berliner Geschichtswissenschaftler Winfried Meyer aufgedeckt hat*: Der nationalkonservative Autor – Deckname „Gero“ – arbeitete jahrelang als geschichtspolitischer Spindoktor für den Bundesnachrichtendienst (BND) und dessen Präsidenten Reinhard Gehlen (1902 bis 1979). „Gero“ verdrehte in seinen Veröffentlichungen die Vergangenheit, um Gehlen und seinen Dienst möglichst gut aussehen zu lassen.

Er erhielt 500 Mark pro Monat plus Spesen und das vage Versprechen des BND, für freundliche Rezensionen von Buchheits Büchern in den Medien zu sorgen. Im Gegenzug verfasste der Geschichtsklitterer aus der Pfalz tendenziöse Artikel und ein Buch, das die Rolle Gehlens und anderer BND-Mitarbeiter während des „Dritten Reichs“ schönt.

Begonnen hatte Buchheits Wirken als BND-Historiker Mitte der sechziger Jahre. Das Ansehen des Geheimdienstes hatte aufgrund diverser Affären gelitten, Gehlens Ruf als Agentenchef von Welt-niveau beruhte nur noch auf angeblichen



Agent Gehlen in Zürich Ende der vierziger Jahre
Denkmal für den erfolglosen Haufen



Autor Buchheit, Ministerpräsident Kohl 1970
Bundesverdienstkreuz für den „Schriftleiter“

Scoops während des Zweiten Weltkriegs. Doch die DDR-Propaganda zog die Erfolge von einst in Zweifel und warf zudem Gehlen vor, schwer belastete NS-Täter zu beschäftigen – beides zu Recht.

Dem BND kam es daher gelegen, als der stramm rechte Buchheit – in der Nazi-Zeit Verfasser regimetreuer Geschichtstraktate – über einen Mittelsmann Interesse an einer Kooperation signalisierte: Er wünsche sich eine „engere Zusammenarbeit mit dem BND“. Gehlen ließ ausrichten, Buchheit möge sich „der Erfassung und der Abwehr aller Angriffe auf die alte und die neue Firma widmen“. Und das tat Buchheit mit Verve.

Ende 1966 erschien sein Buch „Der deutsche Geheimdienst. Geschichte der militärischen Abwehr“, in dem Buchheit die deutsche Militärsplionage bejubelte und dem schwächlichen und eitlen Gehlen, der selbst bei schlechtem Wetter eine Sonnenbrille trug, ein Denkmal setzte.

Gehlen hatte bis 1945 die Abteilung Fremde Heere Ost geleitet, einen eher erfolglosen Haufen, der das Wirken feindlicher Armeen analysierte. Buchheit stilisierte die Einheit zur Supertruppe, die mit „wissenschaftlicher Exaktheit“ die Schachzüge von Hitlers Gegnern voraussah. Bedauernd schrieb der BND-Lohnhistoriker, „es wäre besser gewesen“, wenn Hitler „mehr“ auf Gehlen gehört hätte als auf den Geheimdienst der SS.

Man fragt sich: besser für wen?

Das von Buchheit und Gehlen erhoffte breite Echo blieb jedoch aus, obwohl ein BND-Mitarbeiter versprochen hatte, er werde Hörfunk und Fernsehen „bearbeiten“ und sich auch bei der „Welt“ oder der „Welt am Sonntag“ für Rezensionen einsetzen. Immerhin erschien in der „Zeit“ eine begeisterte Kritik.

PR-Schreiber Buchheit zählte zudem zu einer privaten Runde, die ansonsten aus Geheimdienst-veteranen bestand und zusammenkam, um Angriffe der DDR-Propaganda auf die Militärsplionage der Nazi-Zeit publizistisch abzuwehren. Neben Buchheit war mindestens noch einer aus dem Kreis BND-Mitarbeiter.

Die Truppe gründete eine „Arbeitsgemeinschaft“ und gab die Fachzeitschrift „Die Nachhut“ heraus, die der BND vor Drucklegung genehmigte. Buchheit wurde „Schriftleiter“. Einige Themen standen allerdings auf einem Index: Man möge, so ein BND-Oberer, von Veröffentlichungen über Sabotageaktionen oder Spionage-einsätze während des Krieges gegen die damaligen Gegner und jetzigen Verbündeten USA, Großbritannien und Frankreich „absehen“.

Ansonsten versorgte die Arbeitsgruppe in den folgenden Jahren Historiker und Journalisten – auch des SPIEGEL – „systematisch mit tendenziösen Auskünften und Erinnerungen“, wie Historiker Meyer schreibt.

Bis in die Ära Willy Brandts dauerte die Zusammenarbeit zwischen dem BND, der Arbeitsgemeinschaft und Buchheit. Ob der Dienst dazu beitrug, dass Helmut Kohl Buchheit das Bundesverdienstkreuz überreichte, ist unklar.

Erst 1971 stellte Pullach die regelmäßigen Zahlungen ein. Zu diesem Zeitpunkt war Gehlen bereits seit drei Jahren im Ruhestand. Die Mär vom Geheimdienst-Ass Gehlen hielt sich jedoch weit über seine Amtszeit hinaus. Buchheits Buch über die militärische Abwehr findet sogar heute noch Leser. Es wurde 2010 wieder aufgelegt – von einem rechtsradikalen Verlag.

KLAUS WIEGREFE

* Winfried Meyer: „Nachhut“-Gefechte“, in: „Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies“ No. 2/2012.

WERBUNG

WERBUNG

Nachrichtensprecherin Susanne Daubner



ARD

Software-Ärger bei der „Tagesschau“

Der Sendestart des neuen „Tagesschau“-Studios wird sich um Monate verzögern – wegen gravierender Probleme mit der Software für die Hintergrundillustration. Die sorgt dafür, dass auf dem neuen 40-Quadratmeter-Screen hinter dem Sprecher Bilder und Grafiken zu sehen sind. Die bislang erfolgte Programmierung sei für den tagesaktuellen Nachrichtenbetrieb in Bezug auf Flexibilität, Handhabung und Übersichtlichkeit

noch nicht zufriedenstellend, erklärte ARD-aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke vergangene Woche der Runde der Chefredakteure. Die beauftragte Firma werde nun nacharbeiten. Das brauche allerdings einige Zeit. Co-Chefredakteur Thomas Hinrichs bestätigte die Software-Probleme: „Wir können erst aus dem neuen Studio senden, wenn alles perfekt ist, und das ist bei einer Komponente noch nicht der Fall.“

PRESSERECHT

Eigentor

Günter Wallraff war nie zimperlich, wenn es darum ging, an Informationen zu gelangen; seine journalistischen Undercover-Operationen sind legendär. Jetzt ist er offenbar Opfer seiner eigenen Methoden geworden: Einer seiner Mitarbeiter, mit dem er mittlerweile im Clinch liegt (SPIEGEL 33/2012), hatte heimlich ein Gespräch mit Wall-

raff aufgenommen. Die Abschrift davon landete bei der Kölner Staatsanwaltschaft und dem Landgericht. Der Medienanwalt Ralf Höcker, der einen von Wallraff beschuldigten Großbäcker vertritt, führte die Abschrift als Beweismittel in ein laufendes Verfahren ein. Ausgerechnet Wallraff zeigte ihn daraufhin wegen der „Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes“ an. Wie die Staatsanwaltschaft bestätigt, wurde die Anzeige vor einigen Wochen durch Wallraffs Anwalt zurückgezogen. Zu den Gründen wollte sich

der Kölner Strafverteidiger Gottfried Reims auf Anfrage nicht äußern. Womöglich ist Wallraff und seinen Juristen aufgefallen, dass er mit der Strafanzeige ein Eigentor schießen könnte. Denn es war Wallraff, der 1984 in einem aufsehenerregenden Verfahren gegen den Springer-Verlag vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten hatte, dass auch rechtswidrig beschaffte Informationen veröffentlicht werden dürfen – wenn es ein berechtigtes öffentliches Interesse daran gibt, das die Nachteile des Rechtsbruchs überwiegt.

REALITY-TV

Steuerliches Nachspiel

Erst kommt der Renovierungstrupp vom Fernsehen – und dann der Brief vom Finanzamt: Bereits mehrere Teilnehmer des RTL-Renovierungsformats „Einsatz in vier Wänden“ mit Tine Wittler bekamen Steuerbescheide ins Haus. Finanzämter gehen offenbar zunehmend davon aus, dass die Verschönerungseinsätze mit Einbauten von Türen, Bädern oder Küchen versteuert werden müssen. Mit dieser neuen



Wittler

AXEL KIRCHHOF / ACTION PRESS

Sichtweise der Berliner Finanzverwaltung sei man erstmals Ende 2012 konfrontiert worden, sagt Marc Lammek, Geschäftsführer der Firma MME, die das Format produziert. Man befinde sich im Gespräch mit der Finanzverwaltung. Die in den Sendungen gezeigten Familien, oft mit prekärem sozialem Hintergrund, können die Forderungen des Finanzamts allerdings oft schwerlich erfüllen. In der Branche heißt es, wenn sich die Berliner Einschätzung der Finanzverwaltung durchsetzen würde, könne dies das Ende des quotenstarken Genres bedeuten.



Das Show-Geschäft

Die beliebteste Sendung, der beliebteste Entertainer: Mit „Wetten, dass..?“ war Thomas Gottschalk der König des Samstagabends. Nun zeigen millionenschwere Geheimverträge, wie Konzerne Zugang zur größten Bühne der deutschen Fernsehunterhaltung erhielten.



Brüder Thomas, Christoph Gottschalk bei einer Audi-Präsentation 2011 in München

Da stand er nun, Markus Lanz, auf der Bühne in Düsseldorf, bei seiner „Wetten, dass..?“-Premiere im Oktober, und entschuldigte sich gleich dafür, dass er überhaupt da war: „Ich hab das alles so nicht gewollt, ganz ehrlich“, sagte er, „wenn’s nach mir ginge, könnte Thomas Gottschalk das noch bis in die Rentenphase seines Lebens machen.“

Wenn es nach Audi gegangen wäre, sicherlich auch.

Keine 30 Sekunden lang stellte sich Lanz an diesem Abend neben den weißen Audi A3, den Hauptgewinn, der vertragsgemäß in der Show an den Zuschauerliebbling mit der spektakulärsten Wettidee übergeben wird. Und es sah tatsächlich so aus, als habe Lanz das alles nicht gewollt: Keinmal streichelte er über den Lack, keinmal tätschelte er den Außenspiegel, keinmal sagte er „Audi“, keinmal „A3“. Stattdessen „Auto“. Auto! Als ob es darum ginge, dass irgendein Wärmflaschen-Aufpuster irgendein Auto gewinnt.

Wie es anders geht, hatte der Mann gezeigt, der „Wetten, dass..?“ in 24 Jahren zum Kultobjekt der deutschen Samstagabendunterhaltung gemacht hatte – und zur perfekten Werbebühne. In seiner Abschiedsshow zehn Monate vorher in Friedrichshafen hatte Thomas Gottschalk den Audi, damals einen Geländewagen Q3, noch ganz anders ins Bild gesetzt.

Handgestoppte 127 Sekunden lang war das Modell aus Ingolstadt zu sehen, Gottschalk lehnte lässig an der Flanke, fuhr mit der Hand über die A-Säule, als wär’s ein alter Kumpel, und natürlich sagte er gleich zweimal „Audi“. Und „Q3“, nein, er sagte sogar „der beliebte Q3“. So wie er in früheren Sendungen vom „schönen Auto“ oder vom „wunderbaren Auto“ geschwärmt hatte, dem „sportlich-kompakten SUV“, „unserem Audi“. So also macht man das – dann freut sich auch der Vertragspartner.

Denn genau darum geht es, um die Erfüllung eines Vertrags zwischen Audi und der Firma Dolce Media (DM), die Gottschalks Bruder Christoph führt: dass der Wagen zur besten Sendezeit spiegelblank in deutsche Wohnzimmer fährt.

Das hat inzwischen wohl auch Markus Lanz geschluckt, notgedrungen: In seiner jüngsten Sendung, im Dezember in Freiburg, hielt die Kamera 102 Sekunden lang aufs heilige Blechle. Und passend zu einem Einspielfilm, der auch schon in seiner ersten Show lief – 15 Sekunden von Audi, ein A3, der über eine sonnige Landstraße wedelte –, fand nun endlich auch Lanz: ein „schickes Auto“, „sehr unaufdringlich, aber sehr effizient und sehr angenehm“.

So etwas ist verbotene Werbung. Nach seinen Werberichtlinien muss das ZDF bei Gewinnspielen ausdrücklich „jeden Werbeeinfluss vermeiden“, der über die



Programmfür Bellut, Schauspielerin Barbara Becker im Publikum der Sendung 2007 auf Mallorca: Mehrfach in Verruf geraten

reine Information hinausgeht, was verlost wird. Der Sender darf so ein Gewinnspiel auch nur aus einem Grund in die Show einbauen: damit der Zuschauer lieber einschaltet. Der Zuschauer, nicht die Audi-Werbeabteilung. Der aktuelle Rundfunkstaatsvertrag verbietet auch „spezielle verkaufsfördernde Hinweise“, das Produkt darf „nicht zu stark herausgestellt werden“. Selbst wenn das ZDF das anders sehen will: Damit sollte das Wort „wunderbar“ genauso tabu sein wie „beliebt“ oder „angenehm“.

Schon gar nicht erlaubt: dass sich die Redaktion in ihre Unabhängigkeit hineinregieren lässt – Sendeplatz, Inhalte, wie der Gewinn präsentiert wird. Und: Das ZDF darf zwar ein Auto gratis vom Hersteller annehmen, sich dafür aber nicht auch noch zusätzlich bezahlen lassen. Genau das ist hier offenbar passiert.

Damit trifft das ZDF ausgerechnet auf dem Höhepunkt der aktuellen Gebühren-debatte ein neuer Werbeskandal. 1,8 Milliarden Euro kassiert der Sender im Jahr, um sein Programm zu machen. Wie kann es da sein, dass er trotzdem noch seine wichtigste Abendshow der Wirtschaft ausliefert, sie für undurchsichtige Geschäfte hergibt? Und wie viel Geld braucht das ZDF eigentlich noch, um das zu machen,

was sein Auftrag ist: unabhängigen Journalismus, unabhängige Unterhaltung?

Unangenehme Fragen sind das, gefährliche Fragen, erst recht, weil die Mainzer schon mehrfach in Verruf geraten waren, mit „Wetten, dass..?“ eine Art Verkaufsmesse deutscher Großunternehmen zu veranstalten. Angeblich wollten sie doch genauer hinschauen, nicht mehr einäugig, stattdessen: Mit dem Zweiten sieht man besser, auch hier. Aber während das ZDF

Was nach Schleichwerbung aussieht und wie Schleichwerbung wirkt, soll trotzdem keine sein.

bei anderen Sendungen Einsicht und Selbstkritik zelebrierte, blieb der große Star Thomas Gottschalk unantastbar, wiesen der Sender und Dolce Media jeden Vorwurf zurück.

Und das selbst heute noch, nach dem Abschied von Gottschalk: Was nach Schleichwerbung aussieht, wie Schleichwerbung wirkt, wie bei Schleichwerbung bezahlt wird, mit Millionen von Audi, soll angeblich genau das nicht sein. Vor allem

sei das Geld niemals dafür geflossen, ein Produkt in „Wetten, dass..?“ zu zeigen; Geld sei immer nur für andere Dinge gezahlt worden. Etwa für Lizenzen, zum Beispiel für das Recht, Bilder aus der Sendung in Autohäusern zu zeigen oder in Firmenzeitschriften abzuwickeln. Und schon gar nicht habe ein Hersteller je Einfluss darauf genommen, was in der Sendung passiert, wie es passiert, wann und wie lange. Das wäre dann nämlich wirklich: Schleichwerbung.

Nun aber liegen dem SPIEGEL die Verträge vor, die DaimlerChrysler – vor Audi langjähriger Auto-Partner von „Wetten, dass..?“ – mit der Dolce Media 2003 abgeschlossen hatte. Hinzu kommt der unterschlagsreife Entwurf eines Vertrags, mit dem BMW im Jahr 2009 Audi ablösen sollte, dann aber doch den Kürzeren zog. Aus diesen Geheimpapieren, und mehr noch aus ihren Anhängen, wird deutlich, zu welch dubiosen Zugeständnissen die Gottschalk-Firma Dolce Media gegenüber Firmen für die Sendung „Wetten, dass..?“ bereit war. Wie sehr sich Dolce Media etwa verpflichtete, Autos in der Sendung in Szene zu setzen, was natürlich nur mit dem ZDF und Moderator Thomas Gottschalk möglich gewesen wäre. Bis hin zum Angebot, Wetten mit Autos zu er-

finden – oder sogenannte Vorfahrtsituationen, bei denen Stargäste vor laufender Kamera aus dem Auto steigen. Aus Autos der Marke, die dafür bezahlt hat.

Die Lizenzen und anderen Rechte, um die es in den Verträgen offiziell ging, waren dabei offenbar nur Nebensache, eine Tarnung. Der wertvolle Auftritt in der beliebtesten deutschen TV-Show war dagegen die Ware, für die in erster Linie gezahlt wurde. Und mit dem Chef des Solaranlagenbauers Solarworld, Frank Asbeck, gibt das jetzt erstmals ein „Wetten, dass..?“-Partner auch zu: dass er mit seinem Geld vor allem die Werbezeit im Fernsehen kaufen wollte, spätabends, wenn bei den Öffentlich-Rechtlichen keine Werbung mehr laufen darf.

Der Vertrag, der die Säule der Samstagabendunterhaltung zur Reklamesäule machen will, trägt das Datum 10. Dezember 2003 und ist gültig bis März 2006. Er zeigt, dass die Sendung statt „Wetten, dass..?“ dann ebenso gut „Werben nach Maß“ heißen könnte. Genau genommen besteht das Vertragswerk aus zwei „Kooperationsverträgen“, abgeschlossen zwischen DaimlerChrysler und der Dolce Media, für die Gottschalks Bruder und Dolce-Geschäftsführer Christoph unterschrieben hat. Dazu aber kommt noch ein Anhang, der es in sich hat.

Kooperationsvertrag Nummer eins wirkt zunächst unverfänglich. Vorn wird aufgezählt, welche Rechte DaimlerChrysler damit einkauft. Etwa dass der Konzern in seinen Autohäusern „einen Zusammenschluss aus einer oder mehreren Sendungen“ zeigen darf – „Wetten, dass..?“-Szenen, in denen Autos mit dem Stern zu sehen waren. Auch Videokassetten kann DaimlerChrysler davon kopieren und verteilen.

Das alles hat natürlich einen Wert, aber eigentlich ist der ziemlich gering, gemessen an dem, was die Stuttgarter dafür im Jahr zahlen sollen: „DaimlerChrysler leistet pro ‚Wetten, dass..?‘-Staffel einen Lizenzbetrag von € 1 250 000,- zzgl. Mehrwertsteuer“, heißt es in Paragraph 3.

Besonders gut lässt sich Thomas Gottschalk bedienen: „Ferner wird DaimlerChrysler Dolce Media für Herrn Gottschalk während der Vertragslaufzeit einen gemeinsam ausgesuchten Mercedes-Benz zur Nutzung in Europa überlassen“ – als Beispiel genannt: der CL 600, der damals laut Listenpreis mindestens 133 516 Euro kostete.

Und schließlich geht es – dies ist schon Teil des zweiten Kooperationsvertrags – um eine Mercedes A-Klasse. Die soll als Hauptgewinn in der Sendung verlost werden.

Recht happig. Können die in Stuttgart nicht rechnen? Doch, das können die.

Zwar heißt es in den Verträgen, Dolce Media Sorge für die Einhaltung des Rund-

funkstaatsvertrags und der ZDF-Werbe-richtlinien. Außerdem liege die letzte redaktionelle Entscheidung immer beim ZDF. Doch der Sinn der Verträge ist ganz offensichtlich ein anderer: die Autos zur Werbung in die Show zu bringen. Da heißt es über die A-Klasse, die verlost wird: „Dolce Media wird für eine kontinuierliche Darstellung des einvernehmlich festgelegten Mercedes-Benz-Wagens in dem vereinbarten Umfang Sorge tragen.“ Und falls der Wagen nicht oft genug, nicht lang genug in der Show zu sehen ist? Dann kann Mercedes eben beim Geld kürzen.

Das gilt auch, wenn in einer Sendung die Konkurrenz mitfährt: „Dolce Media wird sich nach besten Kräften darum bemühen, dass in den ZDF-Sendungen

den Gegenstand einer Wette sein, so kann DaimlerChrysler die zu zahlende Lizenzvergütung reduzieren“ – um bis zu ein Zwölftel pro Sendung.

Warum eigentlich? Opel hin oder her, die A-Klasse sollte immer noch als Hauptgewinn in der Sendung auftauchen, die Vertragsleistung – schöne Ausschnitte für die Autohäuser – war auch dann noch garantiert. Was zählte, war also offenbar die Werbung in der Sendung, nicht die im Autohaus. Was zählte, waren möglichst viele Augenkontakte am Samstagabend, nicht montags in der Videoecke beim Händler. Alle anderen Rechte, für die DaimlerChrysler bezahlen sollte, waren allem Anschein nach Nebensache.

Wohl nur so lässt sich nun der Anhang zum Vertrag lesen, die „Anlage 1“: als



1



2



3

1 Gast Sylvie van der Vaart mit einem Audi A3 bei der ersten „Wetten, dass..?“-Sendung von Markus Lanz im Oktober 2012

2 Thomas Gottschalk bei seiner Abschiedssendung mit Audi Q3 im Dezember 2011

3 Thomas Gottschalk im Audi R8 mit Ingolstädter Kennzeichen 2009

keine Pkw von Mitbewerbern von DaimlerChrysler gezeigt werden; für Wetten in den ZDF-Sendungen, soweit es sich gewissermaßen um „Produktpräsentationen“ von Fahrzeugen anderer Fahrzeughersteller handelt, stellt Dolce Media dies sicher.“

Als Beispiel, wie es eigentlich nicht laufen sollte, aber mal laufen kann, wird eine Wette aus dem Februar 2003 genannt. Damals war ein Kandidat mit seinem Opel auf Spikes eine Rodelbahn heruntergerast. „Sollte trotz aller Bemühungen von Dolce Media der Pkw eines Mitbewerbers aus redaktionellen Grün-

Regieanweisung für Schleichwerbung. In sechs Sendungen, so steht es da, sollte der Hauptgewinn, eine A-Klasse, Sondermodell „Piccadilly“, präsentiert werden, „idealerweise im Zeitfenster zwischen 21.45 Uhr und 22.15 Uhr“.

Weil sich DaimlerChrysler damals als Sponsor des Deutschen Fußball-Bundes vor- und mit der gemeinsamen Kampagne „Wir machen die Stars von morgen“ darstellen wollte, wird „dieser Wagen jeweils von einem prominenten Ex-Fußball-Nationalspieler auf die Bühne gefahren“. Und damit zum Auftakt auch genau das gesagt wird, was gesagt werden soll, wird



Gottschalk-Brüder, Warsteiner-Chef Gustavo Möller-Hergt in der Brauerei 2005: Bierstände bei der Außenwette

„die konkrete Anmoderation in der 1. Sendung der Staffel zwischen den Parteien einvernehmlich festgelegt“.

Schon dies verletzt die redaktionelle Freiheit, dann aber wird es richtig schmutzig. Nicht nur, dass der Konzern „Wert darauf legt, dass der Claim“ (*Wir machen die Stars von morgen* – Red.) „einmal pro Sendung von Herrn Gottschalk verbalisiert wird“. Die Marke mit dem Stern hat auch genaue Vorstellungen, wie ihr Auto ins Bild gerückt werden muss: „Die On-Air-Präsenz der A-Klasse beträgt im Schnitt 45 Sekunden pro Sendung.“

Was folgt, liest sich wie ein Drehbuch: In die Wertung kommen nur die Sendesekunden, „bei denen das Fahrzeug in Gänze oder aber in eindeutig erkenn- und identifizierbaren Teilansichten abgefilmt wird“. Dazu zählen: „Markenzeichen und/oder unverkennbare Produktmerkmale (z. B. Kühlergrill mit Scheinwerfer)“. Der eindeutigen Optik werde auch „durch wechselnde Kamera-Einstellungen Rechnung getragen (Frontansicht, Silhouette, Heckansicht)“. Nicht zu vergessen, dass der „Name des Sondermodells ‚Piccadilly‘ in jeder Sendung genannt werden muss“. Und obwohl ja eigentlich Thomas Gottschalk nicht zur Fettleibigkeit neigt, auch noch diese Vorgabe: „Herr Gott-

schalk wird sich mit dem Gast so am Fahrzeug positionieren, dass der Wagen nicht verdeckt wird.“ Wie bestellt stand Thomas Gottschalk dann zum Beispiel in der Sendung am 28. Februar 2004 in Klagenfurt dort, wo er stehen sollte – neben, nicht vor dem Auto.

Das wäre also ein direkter Eingriff und damit ein klares Merkmal für Schleichwerbung gewesen. Aber topp, die Wette gilt: Selbst das ließ sich noch toppen.

„Herr Gottschalk wird sich so am Fahrzeug positionieren, dass der Wagen nicht verdeckt wird.“

„Ferner werden, wie in der letzten Wette, dass ...-Staffel, Prominente mit S-Klasse bzw. Maybach-Fahrzeugen zur Sendung gebracht“, heißt es da. Wer sich schon mal gewundert hat, warum das ZDF die Ankunft draußen vor der Halle filmte, der erfährt im nächsten Satz den wahren Grund: „Die S-Klassen/Maybach werden ... in mindestens zwei bis drei Sendungen, für jeweils mindestens 10 Sekunden, in die Live-Sendung inte-

griert und gegebenenfalls entsprechend gebrandet.“

Dolce Media will zu Details von Verträgen grundsätzlich nichts sagen, da gebe es „ausdrückliche Verschwiegenheitsklauseln“. Das ZDF stellt klar, Dolce Media sei nicht berechtigt gewesen, für den Sender solche Zusagen zu machen. Es habe zudem keine „unzulässige Einflussnahme“ auf die Sendung gegeben. Und der Stuttgarter Autobauer? Für den war das „aus damaliger Sicht ein ganz normaler Vorgang“, wie Konzernsprecher Jörg Howe sagt. In den Verträgen habe explizit gestanden, dass „Dolce Media aufgrund einer Kooperationsvereinbarung mit dem ZDF“ nicht nur die vereinbarten Leistungen sicherstellen werde, sondern auch gewährleiste, dass der „Rundfunkstaatsvertrag, wettbewerbsrechtliche Vorschriften“ sowie die „Werbe- und Sponsoringrichtlinien des ZDF“ voll eingehalten würden. „Darauf mussten wir uns verlassen.“

Für den Münchner Medien- und Werberechtsexperten Gero Himmelsbach ist nach einer Prüfung der Vertragsunterlagen dagegen klar: „Detaillierte Regelanweisungen in einem Vertrag, wann ein Produkt zu zeigen ist, wie und wie lange, dazu sogar die Absprache, eine Moderation gemeinsam vorher festzulegen, das

alles zeigt: Hier geht es nicht nur um die Überlassung eines Autos als Gewinnpreis, hier geht es um verbotene Schleichwerbung.“ Erst recht, weil auch noch hohe Summen im Spiel seien, die Daimler zahlen sollte. „Dass die Nutzungsrechte so viel Geld wert sein sollen, muss man stark bezweifeln. Das sieht ganz nach einer Scheinkonstruktion aus.“ Selbst bei Mercedes sagt Sprecher Howe: „Aus heutiger Sicht würden wir so einen Vertrag vollkommen anders bewerten als damals.“

Sollte das ZDF vom Inhalt der Vereinbarungen etwa nichts gewusst haben? Kaum zu glauben. Denn ab 2001 waren die Mainzer über ihre Tochter ZDF Enterprises sogar mit 15 Prozent direkt an der Dolce Media beteiligt. Ohne Einfluss auf die ZDF-Show hätte die Dolce gar keine Geschäftsgrundlage für die lukrativen Deals gehabt. Wer, wenn nicht das ZDF, hätte aber Dolce-Mann Christoph Gottschalk zwingen können, den DaimlerChrysler-Vertrag herauszurücken? Trotzdem will das ZDF nur einen Entwurf gekannt haben, angeblich medienrechtlich völlig sauber, von einem Anhang wisse man nichts. In diesem Entwurf habe sogar ausdrücklich gestanden, dass andere Automarken in der Sendung kein Problem seien.

Ganz so gut fühlten sich die Verantwortlichen beim Sender aber wohl doch nicht. Knapp drei Jahre nachdem der Schleichwerbeskandal um die ARD-Fernsehserie „Marienhof“ 2005 aufgefliegen war, zog sich das ZDF aus der Dolce zurück. In der Soap war peinlich platt geworden worden, etwa für den Reiseveranstalter L'tur. Aber schon vorher, so der Sender, habe „das ZDF seine frühere Kooperationspraxis nach einer kritischen Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Gremien geändert“. Mag sein – für die Gottschalks galt das offenbar nicht.

2006 lief der Daimler-Vertrag aus, Christoph Gottschalk soll damals mehr Geld für die nächsten drei Jahre gefordert haben, doch die Stuttgarter wollten nicht mehr. Dafür unterschrieb Audi. Zu welchen Konditionen, ist unbekannt, das Ergebnis nicht: In der Sendung am 10. November 2007 zum Beispiel bejubelte Gottschalk einen Audi A4 so hemmungslos („wunderschön“, „frisch mit dem Goldenen Lenkrad ausgezeichnet“, „das Fahren mit diesem Auto macht immer Spaß“), dass der ORF in Österreich nach Ausstrahlung der Sendung einen Bescheid von der Fernsehaufsicht bekam. Das Ganze sei so klar Werbung gewesen, dass man nicht mal mehr von Schleichwerbung reden könne, und verstoße daher in Österreich eindeutig gegen das Gesetz zur Trennung von Werbung und Programm.

Diese Sendung ging sogar dem damaligen Programmchef Thomas Bellut, heute ZDF-Intendant, zu weit. Er stellte Gottschalk zur Rede, aber der soll abgewiegelt haben: So sei das eben manchmal bei

Live-Sendungen, alles nicht geplant. Ob geplant oder nicht, hätte das ZDF aber durchaus feststellen können: wenn Bellut nur darauf gepocht hätte, sich die unterschriebenen Verträge mit allen Anhängen vorlegen zu lassen. Aber das ZDF begnügte sich nach eigenen Angaben erneut mit den Entwürfen. Erst reichlich spät, im Mai 2011 und im Oktober 2012, will man bei der Dolce Media nachgefragt haben, ob mit dem Audi-Vertrag alles in Ordnung sei. Antwort Dolce: alles in Ordnung.

Während Thomas Gottschalk auf Fragen des SPIEGEL nicht antworten wollte und per Anwalt nur allgemein mitteilen ließ, dass ihm „kein irgendwie geartetes Fehlverhalten vorzuwerfen“ sei, war sein Bruder Christoph auf Safari angeblich nicht erreichbar. Dafür mel-

Gottschalk für den Sender damals so wichtig war.“ Damit aber soll jetzt Schluss sein. Im Sommer läuft der Vertrag mit Audi aus. „Die Vermarktung der Markenrechte und die Akquise von Gewinnspielpreisen aus einer Hand gibt es nach Gottschalk nicht mehr. Es schadet dem Sender, wenn auch nur der Anschein entsteht, dass da nicht sauber agiert würde.“

Darauf hätte Bellut allerdings auch schon früher, als Programmdirektor, kommen können. Wer sich die Firma Dolce Media genauer angeschaut hat, muss stets vermutet haben, dass es hier um Schleichwerbung gehen könnte. Mindestens aber um Aktionen in der Grauzone zwischen „gerade noch erlaubt“ und „schon verboten“. Gegründet 1999 unter



1 Thomas Gottschalk, seitlich platziert neben dem Mercedes-Sondermodell „Piccadilly“, mit Ex-Nationalspieler Hansi Müller im Jahr 2004

2 Christoph Gottschalk mit Mercedes CL 500 im Jahr 2004

dete sich ein Dolce-Mitarbeiter, wies alle Vorwürfe zurück und stellte sich auf den Standpunkt: „Staatsverträge richten sich nach unserer Kenntnis nur an Länder und Rundfunkanstalten. Die Frage, ob ein Vertrag zwischen uns und einem Privatunternehmen einen ‚ZDF-Staatsvertrag‘ verletzt hat, kann also nach unserer Auffassung nicht sinnvoll gestellt werden.“

ZDF-Intendant Bellut hat sie inzwischen für sich trotzdem beantwortet. „Dass die Markenrechte an ‚Wetten, dass..?‘ in diesem Umfang extern vermarktet wurden, lag auch daran, dass

Führung von Christoph Gottschalk, war anfangs auch sein Bruder Thomas beteiligt, erst mit 7,8 Prozent, später, bis 2008, noch mit einem halben Prozent. Ein Engagement, das durchaus seinem Naturell entsprach, denn so nonchalant der große Blonde durch „Wetten, dass..?“ moderierte, so locker-lässig hielt er es mit der werbenden und ihn umwerbenden Wirtschaft. Jahrelang standen bei ihm Haribo-Gummibären auf dem „Wetten, dass..?“-Couchtisch, als wäre nichts dabei – nur dass Gottschalk nebenher einen Millionenvertrag mit Haribo hatte. Und als ihm das ZDF die Bärchen verbot, be-

klagte er sich wie entgeistert über all die Bedenkenträger.

Ihren Geschäftszweck gab die Dolce Media denn auch mit der „Schaffung und Vermittlung von Sonderwerbformen“ an. Was man darunter verstehen sollte, erklärte Christoph Gottschalk in einem internen „Lagebericht 2001“ ziemlich unverblümt: „Der Zuschauer ist zunehmend ‚genervt‘ durch die Werbeeinblendungen, denen sich der Zuschauer durch häufiges ‚Zapping‘ zu entziehen versucht.“ Also mussten sich Firmen etwas einfallen lassen, um „sicherer ihre Kunden“ zu erreichen als mit „herkömmlicher Werbung“.

Was lag da näher, als die Produkte in Sendungen einzuschleusen, eine Werbeform, die sich kaum wegzappen lässt? Dabei wollte die Dolce Media helfen – und daran verdienen. Dank des „Know-hows“ gelingt es immer mehr, auf intelligente Weise unter vollumfänglicher Berücksichtigung der Programmhoheit der Fernsehsender und unter Einhaltung aller Vorschriften Kooperationen abzuschließen, die die TV-Zuschauer nicht als störend empfinden. Einhaltung aller Vorschriften? Ein Ex-Geschäftsführer der Dolce Media wird auf SPIEGEL-Anfrage deutlich: „Das war gelebtes Product-Placement.“ Und ein ZDF-Insider: „Da hat sich eine ganze Truppe mit ‚Wetten, dass...?‘ die Taschen vollgemacht. Das ZDF brauchte Gottschalk, und der hat das mit seinem Bruder ausgenutzt.“

Denn wichtiger als das Know-how sollten für die Dolce wohl die Blutsbande sein: hier Christoph Gottschalk, der Jurist und Medienmanager, dort Thomas Gottschalk, der bekannteste, nach Meinung von Millionen Fans auch beste deutsche Entertainer. Für das ZDF unverzichtbar. Der „Mr. Wetten, dass...?“, der die Show für den Sender zu einer Goldkammer der TV-Unterhaltung gemacht hatte, mit seinen Goldlocken und seinem Goldlächeln. Der woanders sicher noch mehr hätte verdienen können als die zuletzt rund 200 000 Euro pro Sendung, die sich das ZDF gerade so leisten konnte.

Wie es aussieht, löste Bruder Christoph dieses Problem: Die Dolce Media besorgte für „Wetten, dass...?“ Geldgeber aus der Wirtschaft, die in die Sendung wollten, in die größte Show und damit die größte Werbearena auf deutschem Boden. Die Gebrüder Gottschalk profitierten von Millioneinnahmen der Dolce. Christoph als Geschäftsführer und Anteilseigner, Thomas als Teilhaber und weil die Dolce Media ihm seine Persönlichkeitsrechte abkaufte. Das ZDF wiederum konnte so seinen Star halten und nebenbei noch etwas für seine Lizenzen kassieren – wenn auch nur einen niedrigen sechsstelligen Betrag im Jahr, mehr war es nämlich angeblich nicht. Der größte Batzen soll bei den Gottschalks geblieben sein, die mit der Vermarktung Kasse machten.



Moderator Gottschalk, Intendant Schächter 2011: Für das ZDF unverzichtbar

Für diesen Deal hakten sich die Partner unter und schworen sich auf die Formel ein, dass alles streng legal sei und mit Schleichwerbung nichts zu tun habe.

Aus Sicht der zahlenden Klienten ist die Wahrheit natürlich eine andere, und einer sagt das heute auch so: Frank Asbeck, Chef der Solarenergie-Firma Solarworld. Im Mai 2010 gab Solarworld bekannt, dass man als neuer Partner bei „Wetten, dass...?“ einsteige und unter den Zuschauern, die den Wettkönig wählen, jedes Mal einen Carport mit Solardach für 10 000 Euro verlosen lasse.

Rund eine Million Euro zahlte Solarworld für die Staffel 2010/2011, dazu kamen als Dreingabe noch die Dächer für

der Gewinn nämlich vorgestellt werden, den 15-Sekunden-Trailer dafür habe Solarworld selbst gedreht.

Den letzten Schnitt des Spots habe sich das ZDF zwar vorbehalten und ein paar Änderungen verlangt. Danach durfte das Solarworld-Logo nicht mehr als eigenes Bild im Trailer auftauchen. Dafür aber immer noch groß auf dem Dach, das im Film gezeigt wurde, und kleiner auf einer Zapfpistole, mit der ein Elektroauto mit Solarstrom betankt wurde. Laut Asbeck ebenfalls im Leistungspaket der Dolce Media enthalten: ein Ansager des Spots von Thomas Gottschalk, bei dem er jedes Mal den Namen Solarworld nannte.

„Ich bin mit dem Gegenwert sehr zufrieden“, bestätigt Asbeck, „das war ein Super-Sendeplatz, und wir hatten einen tollen Werbeeffect.“ Ein „faïres Geschäft“, sagt Asbeck, für ihn gibt es deshalb nichts zu klagen. Und tatsächlich ist es nicht sein Problem, wenn die Dolce Media bereit war, „Wetten, dass...?“ so zu verkaufen. Und das ZDF dabei auch noch mitspielte.

Solarworld-Chef Asbeck: „Das war ein Super-Sendeplatz, und wir hatten einen tollen Werbeeffect.“

die Gewinnaktion. Die Dolce Media sei damals auf ihn zugekommen. „Im Abendprogramm der Öffentlich-Rechtlichen darf man ja eigentlich nicht werben, aber Christoph Gottschalk hat da einen waserdichten Weg gefunden, wie es eben doch geht – über eine Preisauslobung“, sagt Asbeck heute.

Zwar stand auch in seinem Vertrag etwas von Lizenzrechten, von Eintrittskarten für die Show, das Übliche eben. Asbeck durfte zum Beispiel auf seiner Homepage und in seiner Hauszeitung das „Wetten, dass...?“-Logo nutzen. Doch darauf sei es ihm in Wahrheit nicht groß angekommen. Stattdessen: „Man zahlt für die Sendesekunden“, entscheidend sei, „dass das Solarworld-Dach in der Sendung einem Millionenpublikum gezeigt wird“. Bei einem Preisausschreiben dürfe

Die Frage, was bei „Wetten, dass...?“ alles geht und angeblich sogar erlaubt sein sollte, hatte die Öffentlichkeit immer wieder beschäftigt. 2003 plauderte Christoph Gottschalk offenherzig in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ daher, es sei doch nichts dabei, wenn sein Bruder auf der Wettkouch den Fußballer David Beckham frage, was dessen Frau Posh gerade so mache, und Beckham dann absprachegemäß das Handy eines Sponsors aus der Tasche ziehe.

Aber solange keiner jene Verträge sehen konnte, die Dolce Media mit Firmen wie DaimlerChrysler, der Post oder der Telekom abschloss, blieb die Brücke aus der Wirtschaft in die Sendung stabil. Umso schärfer achtete die Dolce darauf, dass die Verträge geheim blieben. Als der

damalige Dolce-Gesellschafter Theo Lieven im Streit mit Christoph Gottschalk darauf pochte, die Papiere zu sehen, stemmte der sich juristisch dagegen. Am Ende kaufte Gottschalk ihn aus dem Unternehmen heraus.

Nur einmal kam ein Kontrakt ans Licht, 2011, als die „Bild“-Zeitung den mit der Warsteiner-Brauerei zugespielt bekam. Demnach hatte Warsteiner allein 2004 knapp 1,2 Millionen Euro für Sponsoring bei „Wetten, dass..?“ bezahlt und war dann mit Bierständen wiederholt bei den Außenwetten auf dem Schirm gewesen. Die Brauerei dementierte nur die Summe – es sei weniger als eine Million gewesen. Dass Warsteiner im Bild war, sei nur „Zufall“ gewesen, behauptete Christoph Gottschalk damals gegenüber „Bild“, und dass es keine „Zusagen bezogen auf Werbung an Warsteiner gegeben“ habe. Ein ZDF-Sprecher beruhigte in der „Frankfurter Allgemeinen“, es habe sich um einen ganz normalen Catering-Vertrag für die Außenwette gehandelt; „Schleichwerbung heißt, dass gegen Geld ein werblicher Hinweis ins Programm gedrückt wird, genau das hat nicht stattgefunden.“

So wie sich der DaimlerChrysler-Vertrag liest, fand genau das aber doch statt. Und der Entwurf eines weiteren Vertrags legt nun nahe, dass der Sittenverfall noch viel weiter gehen sollte.

Als 2009 der Audi-Vertrag endete, wollten die Ingolstädter nur zu gern weitermachen, aber Christoph Gottschalk verhandelte mit einem anderen, mit BMW. Die Münchner waren bereit, für fünf Millionen Euro pro Jahresstaffel bis zum 30. Juni 2013 einzuschlagen. So steht es im Vertragsentwurf, aufgesetzt von der Dolce Media.

Es ist das bekannte Muster: erneut ein überhöht erscheinender Preis für das, was geboten wird – TV-Bilder, Eintrittskarten und so weiter. Diesmal soll der Partner neben den vielen Millionen und einer ganzen Wagenflotte sogar beiden Gottschalks noch einen BMW der „Premium-Klasse“ zur freien Verfügung stellen.

Doch das Wichtigste steht auf einem anderen Blatt. Genauer gesagt sind es zwei Blätter. „Zusatzvereinbarung“ steht darüber, so wie es beim DaimlerChrysler-Vertrag eine Anlage 1 gegeben hatte. Nur dass dieser Zusatz aus dem Hause Dolce Media noch brisanter ist. Demnach sollten die Modelle der Blau-Weißen nämlich nicht nur als Hauptgewinn in der Sendung auftauchen, wie es bis heute bei Audi üblich ist.

Dies hier ging weiter: „Das ZDF plant, Fahrzeuge der BMW-Group auch über die Gewinnspiel-Kooperation hinaus redaktionell in einzelne ‚Wetten, dass..?‘-Sendungen zu integrieren (z.B. im Rahmen von Wetten oder zur dramaturgischen Inszenierung einer Vorfahrtsitu-

tion).“ Und noch weiter: „Dem ZDF ist bewusst, dass Wetten rund um das Thema Automobil eine große Anziehungskraft haben. Dolce Media und BMW werden deshalb gemeinsam ‚Wetten, dass..?‘-taugliche Wettideen rund um das Thema Automobil entwickeln, wobei die Anknüpfungspunkte Nachhaltigkeit, Ökologie und Ressourcenschonung für das ZDF als auch für BMW von besonderer Relevanz sind.“

Auf den Punkt gebracht: Am Anfang steht das Auto, nicht die Wette.

Der BMW-Vertrag wurde nie unterschrieben, stattdessen verlängerte Dolce Media mit Audi. Zu welchen Konditionen, mit welchem Inhalt, ist unklar. BMW bestätigt die Verhandlungen, will aber „zu Inhalten keine Auskunft geben“ – nur

von Audi zu vermitteln, wenn das ZDF keine Präferenz“ für das Auto eines anderen Herstellers habe.

Markus Lanz, so viel ist immerhin zu hören, will mit solchen Praktiken nichts zu tun haben. Eine SPIEGEL-Anfrage an sein Team wurde vom ZDF beantwortet, dessen Sprecher die höchst unterschiedlichen Anmoderationen des Gewinner-Audis so erklärt: „In der ersten Sendung war die Präsentation des Preises für den Wettkandidaten zu knapp und für die Zuschauer kaum nachvollziehbar.“ Erst die zweite habe den „Richtlinien für die Präsentation der Gewinnspielpreise“ entsprochen.

Eine bemerkenswerte Antwort: Der Audi war in der ersten Sendung doch bereits 15 Sekunden im Spielfilm zu se-



1



2



3

- 1 Hollywood-Star Cameron Diaz und Kollegin Toni Colette 2005 mit Süßigkeiten bei „Wetten, dass..?“**
- 2 Wettkandidat mit Opel nach Rodelbahn-Wette im Jahr 2003**
- 3 Szene aus Solarworld-Spot für „Wetten, dass..?“-Gewinnspiel 2011**

so viel: „Der Entwurf mit den dort enthaltenen Leistungen stammte von der Dolce Media und war unterschriftsreif.“

Auch der aktuelle Audi-Vertrag enthält nach SPIEGEL-Informationen zumindest eine Formel wie der alte Vertrag von Daimler, wonach andere Automarken tunlichst aus der Sendung draußen bleiben sollen. Und das ist womöglich nur eine von mehreren Problemklauseln.

Audi bestreitet eine angebliche Konkurrenz-Ausschlussklausel im Vertrag. Die Dolce Media will die Konkurrenz-klausel nur so verstanden wissen, dass „wir uns berechtigt sehen, die Dienste

hen gewesen. Eines jedenfalls fällt auf: Thomas Gottschalk und sein Bruder fuhrten jeder einen Audi R8, die teure Sportflunder aus Ingolstadt. Lanz hat die Mitfahrgelegenheit bei Audi abgelehnt: Er lasse sich „grundsätzlich keine Fahrzeuge von Unternehmen zur Verfügung stellen“.

MARKUS BRAUCK, JÜRGEN DAHLKAMP,
NILS KLAUWITTER, GUNTHER LATSCH,
JÖRG SCHMITT



Video: Wie viel Schleichwerbung in „Wetten, dass..?“ steckt
spiegel.de/app32013wettendass
oder in der App DER SPIEGEL



Kandidat Koch beim Sprung im Dezember 2010 in Düsseldorf: „Keine seichte oder langweilige Nummer abliefern“

SVEN SIMON / IMAGO

„Je kleiner, je besser“

Die geheimen Sponsorverträge bei „Wetten, dass..?“ werfen neue Fragen zur Tragödie des Samuel Koch auf: Wie kam der Audi A8, gegen den der Wettkandidat vor einem Millionenpublikum prallte, in die Sendung?

Ein Knall. Nacht. Und als er wieder aufwacht, ist sein erstes Leben vorbei, das andere hat begonnen: das eines Querschnittsgelähmten. So hat es Samuel Koch beschrieben, in „Zwei Leben“, seinem Buch. Samuel, der Junge mit den Sprungstelzen, der über Autos fliegen wollte, um sein Leben zum Fliegen zu bringen. Das Opfer einer Tragödie, wohl der größten in der Geschichte des deutschen Unterhaltungsfernsehens: Ein junger Mann wird zum Krüppel, live in „Wetten, dass..?“, und Millionen schauen zu.

Es war ein Unfall, natürlich, was sonst, aber zwei Jahre danach drängen sich nun

neue Fragen auf. Sie haben mit den geheimen Verträgen hinter „Wetten, dass..?“ zu tun, mit denen sich Firmen schon seit vielen Jahren in die Sendung hineingekauft haben. Im Entwurf für einen dieser Verträge heißt es, dass man Wetten ausdenken wolle, rund ums Auto. Weil das Thema Auto so populär sei.

All das ändert nicht notwendigerweise etwas an der Schuldfrage; am Ende hat Samuel Koch alle Bedingungen akzeptiert und trägt damit beides: die Verantwortung und die bitteren Konsequenzen. Aber es könnte den Blickwinkel auf die Koch-Wette verändern. Den Blick auf

bisher unerkannte Merkwürdigkeiten lenken – und einige ganz unbekannte. Es geht darum, ob bei diesem Unfall wirklich alles Zufall war.

Warum also sprang Samuel Koch neben Smart, Mini und Ford Focus ausgerechnet über einen Audi A8? Über die längste Limousine einer Firma, die auch der aktuelle Autopartner von „Wetten, dass..?“ ist?

Im März 2010 stellt eine Hamburger Stuntman-Agentur dem ZDF fünf Wettideen mit Samuel Koch vor – so steht es in der Dokumentation, die eine Task-Force des ZDF nach dem Unfall vorgelegt

hat. Koch will mit Federstelzen an den Füßen springen. Die Agentur bietet an, dass er dabei entweder Teller zertreten kann oder Laternen, Flaschen öffnet oder Kästen aufeinanderstapelt. Oder: in zwei Minuten über zehn fahrende Autos hüpf. Die „Wetten, dass..?“-Redaktion zeigt Interesse – vor allem an der Autowette. Etwa weil „dem ZDF bewusst ist, dass Wetten rund um das Thema Automobil eine große Anziehungskraft haben“, wie es in einem Vertragsentwurf für BMW hieß, jenen Konzern, der zwei Jahre vorher mit Audi um den „Wetten, dass..?“-Kooperationsvertrag konkurriert hatte?

Die Stunt-Agentur will stattdessen lieber an anderen Ideen weiterarbeiten, weniger riskanten Ideen: Sie bessert bei drei Wettvorschlägen nach und reicht sie samt Videos ein – eine Autowette ist nicht dabei. Doch „nach Sichtung dieser Videos wird der Agentur mitgeteilt, dass die Redaktion weiterhin die Auto-Sprung-Wette favorisiere“, heißt es im Task-Force-Bericht. Dabei läuft Samuel auf seinen Sprungstelzen mit einer Geschwindigkeit von 25 Kilometern in der Stunde frontal auf ein herannahendes Auto zu, springt ab und überfliegt es mit einem Salto. Das ZDF fordert Aufnahmen von Probesprüngen über Autos an; im Juli treffen sie in Mainz ein. Doch noch immer liegen offenbar Welten zwischen dem, was Koch sich zutraut, und dem, was das ZDF sich wünscht.

Anfangs, so Koch in seinem Buch „Zwei Leben“, habe er sich die Fahrzeuge, die er überspringen sollte, so vorgestellt: „Fahrrad, Motorrad, Golfcart und schließlich als größter Brocken ein Kleinwagen, wie etwa ein Smart.“ Das sei dem „Wetten, dass..?“-Team zu wenig gewesen, und er selbst habe auch „keine seichte oder langweilige Nummer abliefern wollen“. Koch drängte ins Fernsehen, einer, der ihn damals begleitete, sagt: „Samuel war leicht beeinflussbar und wollte es allen recht machen.“

Am 8. September fordert die Stunt-Agentur beim ZDF für Tests in München Ende des Monats zwei Autos an. In einer Mail, die im Task-Force-Bericht nicht auftaucht, heißt es: „Je kleiner und flacher (ohne Stufenheck), je besser.“ Und: „Polsterung vorne Stoßstange/Heck sollte von Requisite gestellt/befestigt werden.“ Je kleiner, je flacher, schon das ist eine klare Ansage, wie das Auto aussehen soll.

Samuels Stunt-Trainer umreißt sie eine Woche später in einer weiteren Mail aber noch genauer: „Opel Tigra, Ford Puma, VW Scirocco und alle, die ähnlich sind.“ Ähnlich kurz, ähnlich flach, ohne Stufenheck. Zwar schon größer als ein Smart, aber deutlich kleiner als ein VW-Bus, den die Redaktion vorgeschlagen hatte.

Anfang Oktober muss Koch beim Test vor ZDF-Mitarbeitern in München mehrere Versuche abbrechen. Ab und an schafft er es, über die beiden vom Sender gestellten Wagen der Kompaktklasse zu springen, einmal ist sein Kopf dabei aber schon ziemlich nah an der Dachkante. Trotzdem fragt ihn das ZDF-Team bei der nächsten Probe, diesmal im November in Hannover, ob er nicht auch über einen Geländewagen springen könne. Das ZDF bringt ihm einen Audi Q7, den Großen von Audi, den die Ingolstädter für den Shuttle-Service bei „Wetten, dass..?“ gestellt haben.

Koch hat sich inzwischen von der Stunt-Agentur getrennt. Er will es mit

„Dem ZDF ist bewusst, dass Wetten rund um das Automobil eine große Anziehungskraft haben.“

dem Q7 versuchen, zweieinhalb Stunden nimmt er sich Zeit, dann bringt er den Wagen zurück. Es gehe nicht, der Q7 sei „leider zu lang, zu hoch“, schreibt er vier Tage später an die Redaktion. Und dann einen Satz, der aufhorchen lässt: „Ist es ansonsten wichtig, dass alle weiteren Autos möglichst unterschiedlichen Fabrikats sind, oder könnten auch alle z. B. Volkswagen oder gar Audi-Modelle sein?“

Wieso schreibt er das – „oder gar Audi-Modelle“? Will er der Redaktion einen Gefallen tun, weil er weiß, dass Audi der Autopartner von „Wetten, dass..?“ ist? Oder hat ihm jemand in der Zwischenzeit eingeflüstert, dass Audis besonders willkommen wären? In seinem Buch findet sich dazu nichts. Es bleibt Spekulation. Audi will die Mail nicht mal kennen, obwohl sie mit dem Task-Force-Bericht veröffentlicht wurde. Im Übrigen stellt der Konzern klar: „Wir haben zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf die Auswahl der Autos

genommen. Die Auswahl war von Beginn an eine Entscheidung des Kandidaten.“ Auch das ZDF und Dolce Media, die Firma, die den Kooperationsvertrag mit Audi abgeschlossen hat, wollen damit nichts zu tun gehabt haben.

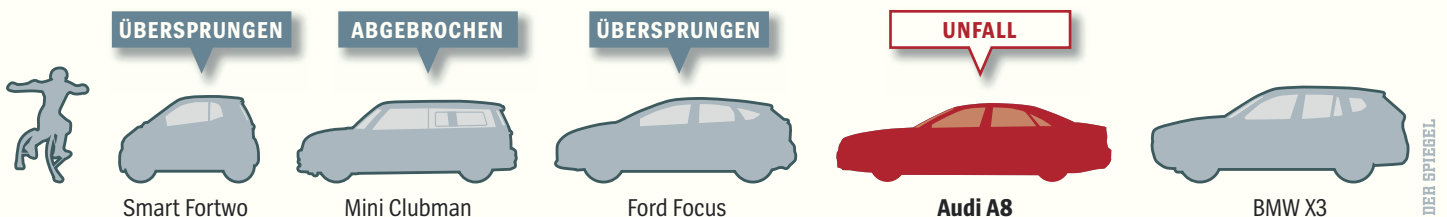
Am 11. November bietet Koch plötzlich auch den Sprung über lange Limousinen an: „BMW 7er/Audi A8/VW Phaeton“. Beim ZDF gibt es eine Clearing-Stelle, die prüft, ob und wie ein Produkt in einer Sendung auftauchen darf. Sie hat keine Bedenken gegen einen Audi, wenn auch andere Marken dabei seien und Audi damit nicht bevorzugt werde.

Danach fällt das ZDF die Entscheidung und stimmt sie mit Koch ab. Der soll während der Show nicht über den kurzen Audi TT oder den Audi A3 springen, die auf anderen Listen von ihm standen, sondern über den Audi A8. Das ist bemerkenswert: Damit klafft später bei der Wette eine Lücke von zwei Fahrzeugklassen, zwischen dem Ford Focus, den Koch schafft, und dem Audi A8, an dem er scheitert. Die logische Steigerung wäre der Audi A4 oder Audi A6 gewesen, auch wenn sie nicht auf Kochs Vorschlagsliste standen. Warum also der große Audi? Der wird dann, anders als die übrigen Wagen, vom ZDF auch nicht bei einer Autovermietung besorgt. Audi liefert den Wagen selbst. Gerade mal neun Tage vor der Sendung.

Audi teilt mit, das ZDF habe diesen Wagen eben angefordert. Das aber ist so nicht ganz richtig: Mit einer bisher unveröffentlichten Mail vom 18. November 2010 hatte das ZDF zwar einen Audi A8 bestellt. Da aber noch mit den Maßen: „5,06 Länge, 1,90 Breite, 1,42 Höhe“. Das wäre ein alter Achter gewesen, in der Sportversion S8, der bis zum Frühjahr 2010 verkauft wurde. Laut ZDF ein Versehen. Den alten Wagen konnte – oder wollte – Audi für die Sendung auf jeden Fall nicht besorgen. Stattdessen nur den neuen A8, eingeführt acht Monate vorher.

„Die Maße des A8 sind: L: 5,14 m, B 1,94 m, H: 1,46 m“, mit diesen Worten meldete Audi dem ZDF die Kennzahlen des aktuellen Modells zurück. „Entspricht also nicht ganz den Vorgaben“, heißt es da weiter, und in der Tat: Damit war der Audi A8 jetzt nicht nur höher als der alte, sondern sogar noch länger als der Audi

Folgeschwere Wette Fahrzeuge, die Samuel Koch überspringen wollte





MAJA HITZ / DAPD

Autor Koch, Entertainer Gottschalk*: „Samuel wollte es allen recht machen“

Q7, den Koch Wochen vorher, als er noch nicht alles abnickte, abgelehnt hatte. Außerdem hatte sich die Audi-Zentrale in Ingolstadt Gedanken gemacht, wie sich der A8 am besten im „Wetten, dass..?“-Scheinwerferlicht präsentieren würde: „Als Farbe haben wir Eissilber gewählt“, heißt es im selben Audi-Schreiben.

Und es gibt noch eine Mail an diesem 18. November, eine Mail, die ebenfalls den Verdacht nahelegt, dass der Audi A8 nicht zufällig in die Sendung geriet. Samuel Koch hatte in den Tagen zuvor offenbar auf eigene Faust Kontakt zu Autofirmen gesucht, die ihm Fahrzeuge für Trainingszwecke bereitstellen sollten – ohne das ZDF darüber zu informieren. Die, so Koch, seien auch bereit, für die Sendung zu liefern.

Die zuständige „Wetten, dass..?“-Redakteurin reagierte säuerlich auf den Alleingang des Kandidaten:

„Lieber Samuel, ich bin sehr erstaunt darüber, dass du Kontakt zu Autofirmen aufgenommen hast, obwohl ich dir gesagt habe, dass wir uns darum kümmern. Außer Audi und Smart sind das Firmen, die für uns keine Rolle spielen. Wenn du von denen Autos bekommen hast, dann wird auch im Gegenzug erwartet, dass die Firmen einen Mehrwert haben, den wir nicht bieten können, weil ihre Autos nicht in dem Portfolio der Sendungsfahrzeuge enthalten sind.“

Laut ZDF bezieht sich die Redakteurin „auf das Fahrzeug-Portfolio, das von der Redaktion am 12.11.2011 auf Basis des Vorschlags des Wettkandidaten ausgewählt wurde“.

Kurz nach dem Desaster hat der Sender bei der Sporthochschule Köln einen Unfallbericht in Auftrag gegeben, der zu dem Schluss kommt, dass der Aufprall

des Wettkandidaten nicht auf den Autotyp zurückzuführen sei. Koch sprang demnach einfach nur falsch ab. Davon abgesehen: Er hatte auch den längeren, höheren A8 akzeptiert. Wollte er es allen recht machen? Was der Sportwissenschaftler Gert-Peter Brüggemann nicht klären konnte, waren die Gründe für den falschen Absprung. An den Stelzen lag es nicht, die waren technisch in Ordnung. Doch was in Samuel Kochs Kopf vorging, kann kein Gutachten rekonstruieren. Ob ihn etwas irritierte, ob er Angst bekam.

Etwas vor dem offenen Schiebedach: Das ZDF hatte, mit Kochs Zustimmung, einen Kameramann durchs Dach filmen lassen – ausgerechnet beim Audi. Zufall oder nicht? Das Loch im Dach könnte,

Polster auf dem Kofferraumdeckel des Audi A8 wurden entfernt, weil sie unschön aussahen.

so mutmaßen Experten, psychologisch eine Wirkung gehabt haben – ein Stück Blech weniger für Koch, um sich notfalls abstützen zu können. Und nur zwei Stunden vor der Sendung, so schreibt Koch in seinem Buch, habe das ZDF gefragt, ob man wie bei der Generalprobe die Polster weglassen könne, die bisher an den Autos befestigt waren, beim A8 hinten auf dem Kofferraumdeckel. Die Begründung, die man ihm gegeben habe: weil die Polster „unschön aussähen“.

Auch die Polster hätten an dem Unfall nichts geändert, hat Brüggemann festgestellt. Doch psychologisch, sagt einer, der mit Koch trainierte, hätten sie eine wichtige Rolle gespielt. Besonders, weil Koch der A8 wegen seiner Länge nicht recht geheuer war, wie sein Vater sagte.

Koch schrieb in seinem Buch, er habe bei Proben den Audi „stets als Sprungobjekt geschätzt“, weil es „das flachste der Autos“ gewesen sei, die er in der Show habe überspringen wollen. Tatsächlich war er das nicht, weil der Mini Clubman in der Sendung eindeutig flacher war als der A8. Vor allem aber steht im Kontrast dazu eine Aussage seines Vaters Christoph kurz nach der Sendung: „Rein von den Ausmaßen brachte Samuel Koch dem Audi A8 aufgrund der Länge gewissen Respekt entgegen“, gibt ihn der ZDF-Task-Force-Bericht wieder. In den Proben hatte Samuel den Audi allerdings immer glatt übersprungen.

Es gibt also eine Reihe von Merkwürdigkeiten in dem Fall, Ungereimtheiten, verdächtige Hinweise, aber Hinweise sind noch keine Beweise; ein Beweis, dass der Audi als Product-Placement in die Sendung geschoben wurde, fehlt.

Der SPIEGEL wollte deshalb mit Samuel Koch darüber sprechen, wie es dazu kam, dass er am Ende in der Düsseldorfer Messehalle einem Audi A8 entgegenlief, um ihn zu überspringen. Koch hat abgelehnt, ebenso das Angebot, Fragen schriftlich zu beantworten. Dazu, so sein Sprecher, „müsste er sich in die damaligen Korrespondenzen einarbeiten, wozu er in den nächsten Wochen wegen seines Studiums und anderer Verpflichtungen keine Zeit finden wird“.

Das ZDF weist jeden Verdacht zurück, die Partnerschaft mit Audi könnte irgendeinen Einfluss auf die Wette gehabt haben, die für Koch im Rollstuhl endete, mit einem Leben als Querschnittsgelähmter. Grundsätzlich würden die Wetten nicht vom ZDF konzipiert, eine Clearing-Stelle wache darüber, dass sie keinen werblichen Charakter hätten. Aus der Gottschalk-Firma heißt es: „Dolce Media war nicht involviert.“ Und schließlich Audi: Man habe nie auf die Sendung eingewirkt. Die Art der Wette, die Umstände, der Weg, den sie von der ersten Idee bis zum Sprung über den A8 nahm, das alles habe nichts mit dem Audi-Vertrag zu tun. Es würden auch keine Wetten für „Wetten, dass..?“ beeinflusst. Und auf die Frage des SPIEGEL, ob Audi neben dem Hauptvertrag auch eine Zusatzvereinbarung hat, in der Art des BMW-Entwurfs, heißt es aus Ingolstadt: „Ein Annex mit dem von Ihnen geschilderten Wortlaut ist uns nicht bekannt. Eine entsprechend Zusage existiert nicht.“

Tatsächlich aber wären sämtliche Verdachtsmomente leicht auszuräumen: Audi und Dolce Media müssten nur den Vertrag offenlegen. Was hätten sie zu verbergen, wenn alles sauber wäre? Doch mit Verweis auf die Vertraulichkeit von Verträgen bleiben diese geheim.

JÜRGEN DAHLKAMP, GUNTHER LATSCH, JÖRG SCHMITT

* Am 23. April 2012 in Berlin bei der Vorstellung von Kochs Autobiografie.

KONSUM

Nahbarer als Models

Mode-Bloggerinnen sind beliebt, viele Frauen wollen ihnen nacheifern. Doch die Einträge sind oft von der Industrie gekauft.

Würde sie ihr Outfit in Bargeld umtauschen, könnte Jessica Weiß davon zwei Wochen nach Thailand fliegen oder ihre Freunde zu einer großen Party einladen. Weiß trägt eine gestreifte Bluse von Stella McCartney, ihre Füße stecken in roten Nike-Turnschuhen, neben ihr steht eine Tasche des französischen Luxuslabels Céline. Allein die kostet 1500 Euro – normalerweise.

Weiß hat für keines der Stücke den vollen Preis bezahlt, die Schuhe sind ein Geschenk des Herstellers, die Bluse gab es als Honorar für ein Fotoshooting. Wenn sie wollte, müsste sie ihre Kleidung kaum noch selbst kaufen, von Modemarken und PR-Agenturen bekommt sie genug Teile umsonst.

Für viele Modeunternehmen sind Frauen wie Jessica Weiß wichtiger als jedes Model. Weiß, 26, ist eine der bekanntesten deutschen Mode-Bloggerinnen. Vor knapp sechs Jahren hat sie „LesMads“ mitgegründet und in der Folgezeit zum erfolgreichsten Mode-Blog des Landes gemacht, mit monatlichen Klickzahlen in Millionenhöhe. Mittlerweile gehört es zum Burda-Verlag.

Jessica Weiß hat inzwischen ein neues Projekt, es heißt „Journelles“ und soll eine Mischung aus Blog und Magazin sein, erwachsener und mit längeren Geschichten. Fast jeden Tag fotografiert sie, was sie trägt, und stellt die Bilder online. 700.000 Abrufe hat ihre Seite nach eigenen Angaben pro Monat, viele Leserinnen kaufen ihre Klamotten nach. Bei der Berliner Fashion Week in dieser Woche ist Weiß zu allen wichtigen Schauen eingeladen, das Label Boss gibt eigens für sie und andere Blogger ein Abendessen.

Die wichtigsten Mode-Blogs wetteifern längst mit den großen Magazin-Ikonen wie „Vogue“ und „Elle“ um den Einfluss auf die Stil- und Markenentscheidungen ihrer Leserinnen. Auch weil sie unverkrampft und nahbar über Mode schreiben, erreichen „Man Repeller“ oder „The Blonde Salad“ jeden Monat Millionen Klicks. Das macht sie zu einer beliebten Werbeplattform.

„Alle Modeunternehmen wollen heute mit Blogs zusammenarbeiten“, sagt Chris



Trendsetterin Weiß: Bluse als Honorar

Häberlein von der Kommunikationsagentur Häberlein & Maurer, die Marken hilft, ihr Image aufzupolieren. Ihre Kunden stecken inzwischen ein Viertel ihres PR-Budgets in Kooperationen mit Blogs. Ein amerikanisches Marktforschungsinstitut schätzt, dass US-Firmen 2012 knapp fünf Milliarden Dollar für Werbung in sozialen Netzwerken ausgegeben haben. „Es ist ein völlig neuer Markt entstanden“, sagt Yuli Ziv, Geschäftsführerin von Style Coalition, einer Firma, die amerikanische Mode-Blogs vermarktet.

Bloggerinnen sind für die Modeindustrie interessant, weil sie für ihre Kunden nicht so unerreichbar sind wie echte Models, aber genauso cool. Die Leserinnen sehen sie als Freundinnen, die besser angezogen sind als sie selbst und denen sie nacheifern. Mode-Bloggerinnen sind so mächtig, dass sie globale Trends lostreten: Bis vor kurzem war das Modehaus Kenzo ziemlich angestaubt. Dann entwarfen zwei Jungdesigner für das Label Pullover mit Tigerköpfen, die Blogger weltweit trugen. Die Pullis waren schnell ausverkauft.

Der deutsche Online-Shop Zalando lud neulich 22 Bloggerinnen ein und knipste sie in seiner hauseigenen Kollektion. Die

Frauen berichteten ihren Leserinnen danach von dem „wirklich, wirklich tollen Tag“ und stellten fleißig Bilder der anprobierten Stücke online. Für Zalando ist das billiger als klassische Werbung, aber trotzdem effektiv – weil der Versandhändler so genau seine Zielgruppe erreicht.

Häufiger jedoch nutzen Firmen Blogs auf weniger subtile Weise als Marketinginstrument: indem sie für Posts bezahlen. Die Bloggerinnen preisen ein Lasergerät zur Haarentfernung oder werben für Gesichtscreme. Für einen gekauften Beitrag bekommen sie 1500 bis 2000 Euro, abzüglich Provision für den Vermittler, sagt Katja Dalhöfer von Glam Media, einem großen Online-Vermarkter. Nicht immer machen die Autorinnen PR deutlich. An bezahlten Posts, die Glam Media vermittelt hat, steht oft lapidar: „Brought to you via Glam“. Ein Hinweis auf den eigentlichen Sponsor fehlt.

Gekaufte Beiträge und Werbung machen 70 Prozent des Blog-Einkommens von Jessica Weiß aus. Zusätzlich verdient sie bei Online-Einkäufen ihrer Leserinnen mit. Wenn diese über einen Link auf ihrer Seite zu einem Online-Shop gelangen und dort einkaufen, wird sie mit fünf bis zwölf Prozent beteiligt.

In Deutschland kann bislang nur eine Handvoll Frauen vom Bloggen leben, in den USA sollen es dagegen schon einige hundert sein. Zu den erfolgreichsten gehört Leandra Medine. Sie macht sich darüber lustig, dass Männer viele Trends merkwürdig finden, für die Frauen schwärmen, Sackkleider oder Haremshosen beispielsweise. „Man Repeller“ hat Medine ihr Blog genannt – Männerverscheucher. Mehr als 2,6 Millionen Klicks zählt ihre Seite pro Monat. Medine hat sich selbst zur Marke gemacht. Unternehmen engagieren sie als Designerin oder buchen sie für Veranstaltungen. Inzwischen beschäftigt sie mehrere Assistentinnen.

Großverdiener der Mode-Blogosphäre ist aber ausgerechnet ein Mann. Der Fotograf Scott Schuman fängt auf seinem Blog den Stil der Straße ein. Rund 13 Millionen Mal rufen Mode-Fans „The Sartorialist“ pro Monat ab. Ein britisches Online-Magazin schätzt, dass Schuman allein durch Werbung auf seiner Seite monatlich 100.000 Dollar einnimmt.

ANN-KATHRIN NEZIK

VOLKSWAGEN

Freigabe für Neumann

VW-Manager Karl-Thomas Neumann kann früher als erwartet zum Konkurrenten Opel wechseln. Der Techniker darf seinen neuen Posten als Vorstandschef des Rüsselsheimer Unternehmens schon am 1. März antreten. Der Volkswagen-Konzern entlässt Neumann, dessen Vertrag in Wolfsburg noch bis zum 30. Juni 2013 läuft, vorzeitig aus seinen Verpflichtungen. Der Opel-Mutterkonzern General Motors hatte sich schon im vergangenen Jahr entschieden, dass Neumann Chef der angeschlagenen Tochter Opel werden soll. Doch VW wollte Neumann bislang nicht vorzeitig ziehen lassen.

DAIMLER

Chance für Zetsche

Der Aufsichtsrat von Daimler gibt Konzernchef Dieter Zetsche eine zweite Chance. Auf ihrer Sitzung am 6. Februar wollen die Kontrolleure den Vertrag des Vorstandsvorsitzenden, der zum 31. Dezember 2013 ausläuft, nicht wie bislang spekuliert um drei Jahre, sondern gleich um fünf Jahre verlängern. Der Automanager hat damit bis Ende 2018 Zeit, den Vorsprung der Konkurrenten BMW und Audi aufzuholen. Beide verkaufen mehr Autos und erwirtschaften eine höhere Rendite als Mercedes-Benz. Im Jahr 2012 hat sich der Abstand zu Mercedes sogar noch erhöht. „Das ist für uns nicht akzeptabel“, sagt Zetsche. Im Kontrollgremium wird seine Arbeit durchaus kritisch beurteilt. Zetsche habe den chinesischen Markt vernachlässigt, und bei Mercedes gebe es Lücken in der Modellpalette, sagen Aufsichtsräte. Die Kontrolleure trauen Zetsche aber zu, Mercedes-Benz wieder an die Konkurrenten heranzuführen.



MARIO VEDDER / DAPD

Zetsche



Cromme

ROLF VENNENBERG / PICTURE ALLIANCE / DPA

AFFÄREN

Manager fordern Cromme-Rücktritt

Top-Manager und Aufsichtsräte der deutschen Wirtschaft haben ThyssenKrupp-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme in einem offenen Brief zum Rücktritt aufgefordert. Die Mehrheit der „verantwortungsbewussten Aufsichtsräte“, heißt es in dem Schreiben, das Cromme am Freitag zugestellt wurde, „erwartet, dass Sie selber über persönliche Konsequenzen nachdenken und Ihr Mandat als Aufsichtsratsvorsitzender der ThyssenKrupp AG niederlegen“. Absender des Briefs ist die Düsseldorfer Vereinigung der Aufsichtsräte in Deutschland (VARD). Anlass sind die diversen ThyssenKrupp-Affären rund um den Bau eines Stahlwerks in Brasilien und Luxus-

reisen für Gewerkschafter und Journalisten. Crommes bisheriger Umgang mit den Skandalen, kritisieren die VARD-Verantwortlichen, werfe ein falsches Bild auf all jene Aufsichtsräte, die in ihrer Funktion „mit großer Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit versuchen, gute Unternehmensführung zu praktizieren“. Die ungewöhnlich scharfe Kritik dürfte Forderungen von Aktionärsvertretern Nachdruck verleihen, Cromme auf der Hauptversammlung des Stahlkonzerns in dieser Woche nicht zu entlasten. Der erst 2012 gegründeten VARD gehören ehemalige Dax-Größen wie Ex-Metro-Chef Hans-Joachim Körber oder Ex-RWE-Chef Dietmar Kuhnt an.

WACHSTUM

Uralte Positionen

Die vor zwei Jahren mit großen Erwartungen vom Bundestag ins Leben gerufene Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ steht vor dem Scheitern. Eigentlich sollte die aus Politikern und Experten bestehende Kommission Vorschläge für ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem vorlegen. Doch in der wichtigsten Arbeitsgruppe, die den analytischen Teil verfassen soll, haben sich Regierung und Opposition zerstritten. Es geht dabei vor allem um die Frage, welche Lehren aus den diversen Krisen der vergangenen Jahre für das künftige Wachstum gezogen werden können. Zwischen den Uralt-Positionen der Parteien, die von „Der Markt richtet’s schon“ (FDP) bis hin „Da muss der Staat ran“ (Die Linke) reichen, gab es trotz zahlreicher Sitzungen keine Annäherung. Nun reden Vertreter von Regierung und Opposition lieber über als miteinander. „Die Koalition hat immer wieder Sitzungen hinausgeschoben, so dass uns immer weniger Zeit zur Debatte bleibt“, klagt die SPD-Politikerin Edelgard Bulmahn. Der CDU-Vertreter Matthias Zimmer erwidert: „Es ist schade, dass die Konsensbereitschaft der Opposition angesichts des nahenden Wahlkampfs so gering ist.“ Enquetekommissionen sollen, so die Idee, Debatten jenseits des politischen Tagesgeschäfts und ohne ideologische Scheuklappen ermöglichen.



Flugbegleiterinnen von Air Berlin

AIR BERLIN

Turbine vertreibt Chef

Der überraschende Rücktritt von Hartmut Mehdorn, 70, als Air-Berlin-Chef Anfang vergangener Woche hatte einen ernsten Hintergrund: Ausschlaggebend für den Zeitpunkt war das geplante neue Sparprogramm der zweitgrößten deutschen Fluglinie unter dem Arbeitstitel „Turbine 13“. Das Management will den gewählten Vertretern des Cockpit-, Kabinen- und Bodenpersonals am Montag dieser Woche erstmals Details der millionenschweren Streichliste vorstellen. Ihr könnten rund ein Zehntel der über

9000 Air-Berlin-Jobs zum Opfer fallen. Parallel dazu sollen neue strategische Weichenstellungen verkündet werden. So will die Fluglinie endlich wieder Gewinne erwirtschaften. In den darauffolgenden Tagen sollen sukzessive auch die Mitarbeiter in der Berliner Firmenzentrale und an den dezentralen Standorten in Düsseldorf, München, Zürich, Wien und Mallorca informiert werden. Wäre Mehdorn länger geblieben, hätte er die schlechten Nachrichten selbst überbringen müssen – und das ein knappes Jahr vor dem offiziellen Auslaufen seines Vertrags. Den undankbaren Job übernimmt nun sein Nachfolger, der Österreicher Wolfgang Prock-Schauer, 56. Er soll das Programm auch umsetzen.

GEWERKSCHAFTEN

„Bestenfalls Business-Klasse“



IG-Metall-Chef Berthold Huber, 62, über die Luxusreisen seines Vorstandskollegen Bertin Eichler, der die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat von ThyssenKrupp vertritt

SPIEGEL: Herr Huber, wussten Sie, dass IG-Metall-Vorstand Bertin Eichler sich von ThyssenKrupp zu Formel-1-Rennen und zu First-Class-Flügen nach China und Kuba einladen ließ?

Huber: Woher sollte ich das wissen? Die Reisen waren von ThyssenKrupp dienstlich veranlasst und nicht von der IG Metall. Ich bin der Vorsitzende der IG Metall, aber nicht

der Oberkontrolleur aller Gewerkschafter.

SPIEGEL: Halten Sie es für angemessen, wenn sich ein Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von einem Konzern so bewirten lässt?

Huber: Ich bin noch nie in meinem Leben Erster Klasse geflogen. Bertin Eichler sieht, dass dies ein Fehler war. Deshalb wird er nicht mehr für den Aufsichtsrat bei ThyssenKrupp kandidieren.

SPIEGEL: Ist Herr Eichler noch als Vorstand der IG Metall tragbar?

Huber: Ich kenne Bertin Eichler seit über 16 Jahren. Herr Eichler ist ein redlicher Mann. Ich stelle die Integrität eines Menschen nicht wegen fünf Flügen in Frage. Wenn er sich nichts

anderes vorwerfen lassen muss, dann bleibt er Vorstand der IG Metall.

SPIEGEL: Das Missmanagement bei ThyssenKrupp wurde vom Aufsichtsrat lange geduldet. Liegt dies auch daran, dass Kontrolleure wie Herr Eichler sich vom Konzern haben kaufen lassen?

Huber: Das weise ich klar zurück. Herr Eichler hat sich wegen fünf Flügen doch nicht in seiner Arbeit als Aufsichtsrat beeinflussen oder gar kaufen lassen.

SPIEGEL: Warum gibt es bei der IG Metall keine Richtlinien darüber, was Aufsichtsräte annehmen dürfen?

Huber: Wir haben Reiserichtlinien für die IG Metall. Wir fliegen auch nach Übersee bestenfalls Business-Klasse. Für Reisen, die auf Veranlassung anderer Unternehmen stattfinden, gibt es keine Vorschriften. Es widerstrebt mir, für alles Regeln aufzustellen. Man kann vernünftiges Verhalten schwer in Paragraphen fassen.

KARRIEREN

Veränderung von oben

In diesem Jahr werden so viele Aufsichtsratsmandate neu besetzt wie nie zuvor:
Die Konzerne suchen dringend Kandidatinnen. Auch die Zahl weiblicher Vorstände wächst – die Diskussion um eine gesetzliche Frauenquote zeigt Wirkung.



Achleitner

DIETER MAYR / WIRTSCHAFTSWOCHEN



Weber-Rey

GABY GERSTER / LAIF



Schulz-Strelow

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL



Leibinger-Kammüller

DIETER MAYR FÜR MANAGER MAGAZIN

Einflussreiche Führungskräfte: „Firmen lösen sich von früher üblichen Besetzungsmustern“

Britte Lammers ist derzeit viel unterwegs, in Frankfurt am Main, München, Düsseldorf oder Hamburg, aber auch im Ausland, immer in besonderer Mission: Die Frau sucht Frauen, möglichst viele und möglichst gute.

Lammers, 49, leitet das Berliner Büro des Headhunters Egon Zehnder International, ihre Auftraggeber sind die großen Konzerne aus der Dax-Liga. Und die haben alle dasselbe Problem: Über Jahre vernachlässigten sie die Förderung von Frauen, jetzt haben sie zu wenig und suchen sie für ihre Führungsetagen, sowohl auf Vorstands- als auch auf Aufsichtsrats-ebene.

Mitte November vergangenen Jahres setzte die EU-Kommissarin Viviane Reding in der EU-Kommission eine Richtlinie durch, nach der bis 2020 alle Verwaltungs- und Aufsichtsräte großer Firmen zu 40 Prozent mit Frauen besetzt werden sollen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wissen auch die deutschen Firmen, dass es ernst wird. Fast verzweifelt bemühen sie sich plötzlich um jene Fachkräfte, die jahrelang kaum eine Rolle gespielt haben.

„Wir spüren den Trend sehr massiv, das ist kein vorsichtiger Trend, das ist einer, der sich seit 24 Monaten systematisch verstärkt hat“, sagt Lammers. „Gerade bei Aufsichtsratspositionen lösen sich Firmen von früher üblichen Besetzungsmustern.“

Üblich war, dass Vorstände in anderen Vorständen gesucht wurden und Aufsichtsräte in anderen Aufsichtsräten. Da es dort aber kaum Frauen gab, blieben die Männer unter sich. Lammers setzt bei ihrer Suche deshalb eine Etage tiefer an. Leiterinnen von Rechts- oder Compliance-Abteilungen seien genauso geeignet wie Partnerinnen in Unternehmensberatungen, Anwältinnen mit Fachgebiet Aufsichtsrats- oder Finanzierungsrecht. Sie alle haben so gute Chancen wie nie zuvor, in die oberste Etage aufzusteigen.

2013 gilt als Superwahljahr bei Aufsichtsräten. Allein bei den Dax-30-Konzernen laufen in diesem Jahr 71 Mandate auf der Kapitaleseite in den Kontrollgremien aus (siehe Grafik), fast ein Drittel der Posten, die den Anteilseignern zustehen. Viele werden wieder an die bisherigen Inhaber gehen, etliche aber auch neu vergeben.

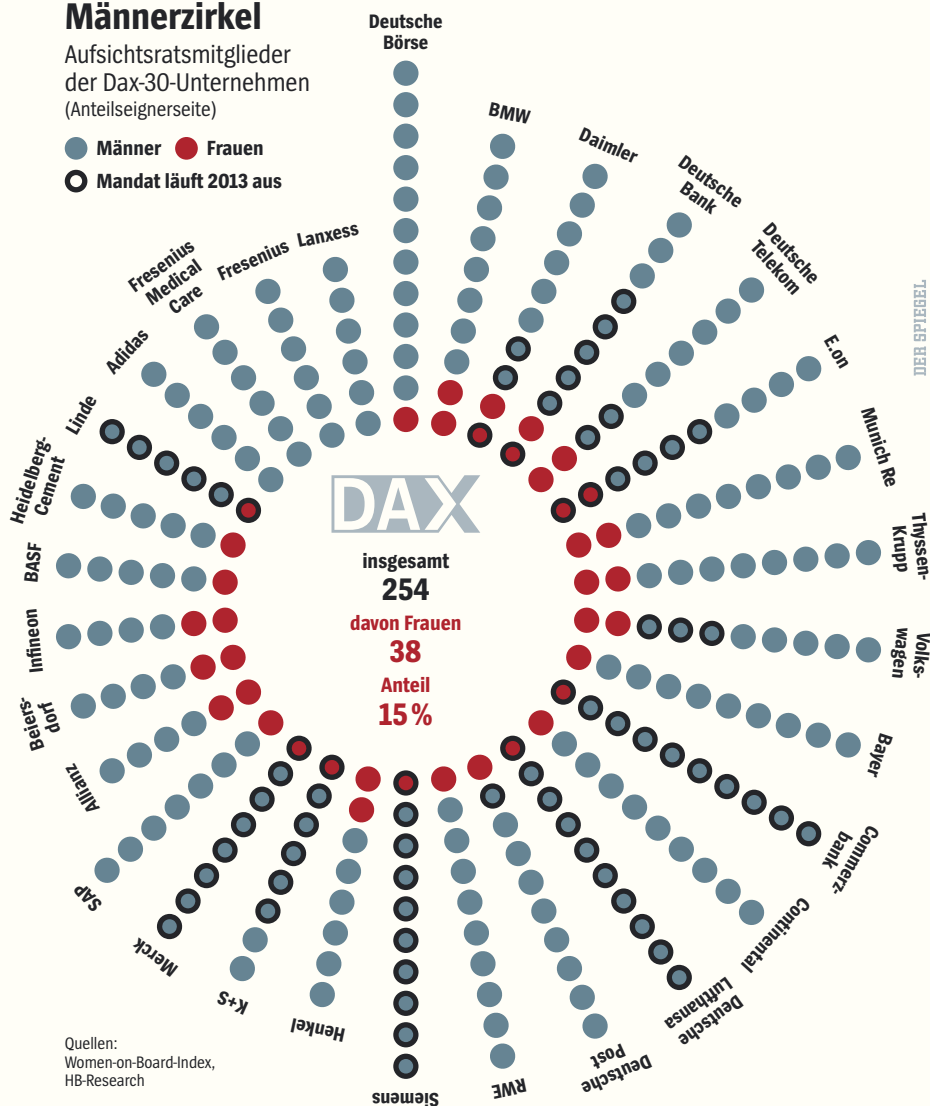
„Wir werden eine Welle weiblicher Unternehmenskontrolleure sehen“, prophezeit der langjährige E.on-Chef Wulf Bernotat. Aufsichtsräte können zwar nicht ins operative Geschäft eines Unternehmens eingreifen, aber sie bestellen das Vorstandspersonal. Je mehr Frauen in die Aufsichtsratsgremien einziehen, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass diese auch mehr Frauen in die Führungsebene der Konzernzentralen berufen.

Wenn kommende Woche die Siemens-Hauptversammlung ihren neuen Auf-

Männerzirkel

Aufsichtsratsmitglieder der Dax-30-Unternehmen
(Anteilseignerseite)

● Männer ● Frauen
○ Mandat läuft 2013 aus



sichtsrat wählt, wird neben der Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller, 53, auch aller Voraussicht nach die türkische Managerin Güler Sabanci, 57, in das Gremium einziehen.

Bereits seit Anfang des Jahres ist Ann-Kristin Achleitner, 46, Direktorin des Center for Entrepreneurial and Financial Studies an der TU München, in den Aufsichtsrat der Münchener Rück nominiert worden. Am 25. April soll sie offiziell von der Hauptversammlung gewählt werden. Sie wäre dann das fünfte weibliche Mitglied in dem 20 Personen starken Gremium.

Ann-Kristin Achleitner sitzt bereits beim Handelskonzern Metro, beim Energieversorger GDF Suez und bei der Linde AG im Kontrollorgan, bei Linde wird sie sogar als kommende Chefin der Runde gehandelt. Und in der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex engagiert sich die Münchnerin ebenfalls. Ihr Lebenslauf liest sich, als stammte er von drei Menschen und deren Karrieren. Kaum eine Frau in Deutschland hat mehr wirtschaftlichen Einfluss als sie, obwohl die frühere

McKinsey-Beraterin nie in einem Unternehmen operative Verantwortung trug.

Fühlt sie sich mächtig? Achleitners Antwort fällt knapp aus. „Nein. Ich fühle mich als berufstätige Frau.“ Für das neueste Mandat bei der Münchener Rück hat sich die Ehefrau des Aufsichtsratschefs der Deutschen Bank, Paul Achleitner, entschieden, weil sie sich in dieser Branche am besten auskennt. „Meine Stärken liegen in den Bereichen Finanzierung und Rechnungswesen.“

Dass Frauen in den Unternehmen bislang so wenig zu sagen hatten, erklärt Achleitner historisch. „Früher waren weniger Frauen erwerbstätig, also gab es auch weniger weibliche Führungskräfte. Die steigende Quote bei arbeitenden Frauen korreliert mit der steigenden Quote bei weiblichen Führungsjobs.“

Dass die Zahl der Frauen in Führungspositionen vor allem in der jüngsten Vergangenheit so stark zugenommen hat, lässt sich allerdings wohl eher mit dem starken gesellschaftlichen Druck und der Angst vor dem Gesetzgeber begründen. Noch im Oktober 2011 hatten von 160

börsennotierten Unternehmen aus dem Dax, dem MDax, SDax und dem TecDax nur 42 Frauen auf der Anteilseignerseite im Aufsichtsrat. Im vergangenen Oktober hat sich die Zahl dieser Unternehmen mehr als verdoppelt.

Gleichwohl ist die Headhunterin Lammers skeptisch, wie ernst es die Unternehmen wirklich meinen. Viele seien „auf eine Steigerung der Zahl weiblicher Führungskräfte fixiert, ohne dass sie sich dabei kulturell verändern“. Frauen, die in einer von Männern geprägten Kultur reüssieren wollten, gelinge das meist nur durch Überanpassung, also gerade durch die Aufgabe spezifischer weiblicher Stärken und Blickwinkel.

Notwendig ist ihrer Ansicht nach das genaue Gegenteil: Frauen oder internationale Mitarbeiter dürften nicht nur formal in die Strukturen eingebunden werden, sondern sie müssten gerade in „ihrer

Vor einiger Zeit hatten sie und ihr damaliger Präsident einen Termin im Wirtschaftsministerium. Weil in der ganzen Stadt Stau war, habe sie den Vorgesetzten – versehen mit einem hellblauen Helm – kurzerhand hinten auf ihren pechschwarzen Motorroller gesetzt und sei mit ihm zum Treffen ins Ministerium gefahren, erzählt sie. Kurz vor der Ankunft habe der sie gebeten, doch bitte eine Ecke vorher anzuhalten, um den Rest zu Fuß gehen zu können. Hinrichs ignorierte den Wunsch.

Doch was bedeutet es für die Männer, wenn Unternehmen Führungspositionen zunehmend mit weiblichen Bewerbern besetzen? Müssen sie um ihre eigenen Karrierechancen fürchten?

Für Monika Schulz-Strelow sind solche Sorgen abwegig. „Haben Männer ihren Karriereaufbau in den vergangenen 40, 50 Jahren als Diskriminierung gegenüber Frauen empfunden?“, fragt Schulz-Stre-

setzte Finanzressort. Helga Jung rückte beim Versicherer Allianz in den Vorstand und leitet das Versicherungsgeschäft in Spanien, Portugal und Lateinamerika sowie die strategischen Beteiligungen und Firmenübernahmen. Auch für Recht und Compliance ist sie zuständig. Der Vorstand der Allianz selbst sprach bei ihrer Ernennung davon, dass dies nicht nur eine „nüchterne Meldung“ sei, sondern „eine Zäsur markiert“.

Die absoluten Zahlen sind noch bescheiden, vor allem im Vergleich zu einem Land wie Norwegen, in dem 2005 eine Frauenquote in allen Verwaltungsräten von 40 Prozent gesetzlich eingeführt wurde. In Deutschland sitzen nur in 13 der Dax-30-Konzerne Frauen im Vorstand.

Aber der Trend ist eindeutig: Einer Studie von Egon Zehnder International zufolge waren Mitte des vergangenen Jahres 12,8 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien weiblich. Zwei Jahre zuvor waren es noch 8,7 Prozent. Der Anstieg um 47 Prozent in Deutschland liegt deutlich über dem EU-Schnitt. Zwischen Mitte 2011 und Mitte 2012 wurden 41 Prozent aller neuen Führungspositionen in Deutschland mit Frauen besetzt, 10 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt von Europas größten Unternehmen.

Es gibt, neben der politischen Vernunft, durchaus rationale Gründe, warum Unternehmen Führungspositionen verstärkt mit Frauen besetzen: Die Bevölkerung schrumpft, künftig werden weniger Fachkräfte zur Verfügung stehen. Mehr als die Hälfte der Absolventen europäischer Hochschulen sind weiblich. Es wäre eine Verschwendung von Talenten, sie bei wichtigen Personalentscheidungen nicht zu berücksichtigen.

Daniela Weber-Rey findet solche Argumente gar nicht so wichtig. Für sie steht das Unternehmensinteresse im Mittelpunkt, weniger das der Frauen und ihrer vermeintlich anderen Sichtweise. „Ich habe keinen reinen weiblichen Blickwinkel, sondern einen professionellen“, sagt Weber-Rey. „Es gibt aber genügend qualifizierte Frauen, auch außerhalb des Netzwerks der Dax-Vorstände, die eine wirkliche Bereicherung für die Aufsichtsräte wären.“ Die Juristin ist Partnerin bei Clifford Chance, einer international tätigen Kanzlei, die sich auf Firmenübernahmen spezialisiert hat. Zudem sitzt sie bei der französischen Bank BNP Paribas im Verwaltungsrat und ist wie Ann-Katrin Achleitner Mitglied der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex.

Auch Achleitner sagt, dass es nicht um Frauen allein gehe. „Aufsichtsräte ohne Männer wären genauso unausgewogen“, sagt sie. „Es geht um Diversität. Es müssen Wissenschaftler vertreten sein, Praktiker, internationale Gesichter, Männer und eben auch Frauen – das ganze Spektrum.“

JANKO TIETZ



Geschäftsführerin Hinrichs: Mit dem Roller zum Minister

Frauenanteil

... in den Führungsgremien großer Unternehmen, in Prozent



... an den Neuzugängen in Führungsgremien von Mai 2011 bis Mai 2012



* Durchschnitt 17 europäischer Länder; Quelle: Egon Zehnder International

Nonkonformität zur Geltung kommen und nicht zu Klonen der Meinungsführer oder vorherrschenden Gruppe im Unternehmen mutieren“, sagt Lammers.

Ulrike Hinrichs hat das geschafft. Seit knapp zwei Jahren ist sie Geschäftsführerin des Bundesverbands Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK), einer von Männern beherrschten Branche. Beim letzten „Deutschen Eigenkapitaltag“, dem jährlichen Branchentreff, hat Hinrichs unter 300 Männern 5 Frauen gezählt.

Die 43-Jährige, die früher Fernsehjournalistin war und danach Sprecherin des damaligen Verbraucherschutzministers Horst Seehofer (CSU), ging ziemlich unkonventionell ans Werk. Abteilungen, die bis zu ihrer Ankunft nur Referatstatus hatten, wertete sie auf und beförderte zuallererst eine Kollegin zur Abteilungsleiterin. Als Dienstwagen wählte sie keinen standesgemäßen Mercedes, sondern einen Renault Laguna, was innerhalb des Verbands einiges Kopfschütteln verursachte.

low, und diese Frage ist nicht provokant gemeint, eher pikiert.

Schulz-Strelow ist Präsidentin des Vereins fidAR in Berlin. Der Verein wurde Ende 2006 von Frauen in Führungspositionen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik mit dem Ziel gegründet, den Frauenanteil in den deutschen Aufsichtsräten signifikant und nachhaltig zu erhöhen.

„Noch reden viele Unternehmensführer eher plakativ von Frauenförderung“, sagt Schulz-Strelow. „Aber ebenso viele haben den Top-down-Ansatz begriffen. Sie leben, was sie ankündigen. Veränderung kommt von oben und nur durch Druck.“

Tatsächlich hat sich in den Unternehmen etwas verändert, nicht nur in den Aufsichtsräten. Die Zahl der Frauen, die auch im operativen Geschäft verantwortliche Positionen innehaben, wächst.

So leitet Andrea Fuder neuerdings als Vorstandsmitglied den Einkauf der VW-Tochter Scania. Simone Menne übernahm bei der Lufthansa im vergangenen Sommer das traditionell mit Herren be-

Endzeitstimmung

Jahrzehntelang galten sie als menschliche Geldmaschinen, jetzt werden Investmentbanker zu Zehntausenden auf die Straße gesetzt. Die Branche steckt in der tiefsten Krise ihrer Geschichte – und sucht verzweifelt nach einer neuen Identität.



Finanzdistrikt in London: Spielplatz für das schnelle Geld und die fixe Karriere

JERRY LAMPEN / REUTERS

Die Selbstmörder wählten einen Ort mit Symbolkraft. Im Abstand von nur wenigen Wochen gingen vergangenen Herbst eine Geschäftsfrau und ein Banker eigens zum Edel-Restaurant Coq d'Argent, einem Hotspot der Londoner Finanzszene, gelegen im obersten Stock eines Shopping-Komplexes, um ihrem Leben ein Ende zu setzen.

Die Frau stellte ihre Handtasche ab und sprang von der heimeligen Dachterrasse des Bistros. Der Anlagespezialist stürzte sich zur Mittagszeit ins Atrium des Gebäudes.

Die „City“, wie die Finanzmetropole sich selbst lässig nennt, zeigte sich geschockt. Die Suizide sind der krasseste Ausdruck einer Endzeitstimmung, der ganz London verfallen zu sein scheint. Kliniken verzeichnen ein erhöhtes Aufkommen an Alkoholpatienten, Sterne-Restaurants kämpfen um jeden Kunden.

Die Krise trifft den Finanzplatz mitten ins Herz: 2012 fingen die Banken an, ihr Investmentbanking zusammenzustutzen – jenen Bereich, der jahrelang als Spielplatz für das schnelle Geld und die fixe Karriere galt und Zehntausenden ein teils exorbitantes Auskommen sicherte.

Zum Tag des Grauens wurde für den Finanzdistrikt der 30. Oktober, als die Schweizer UBS den Abbau von 10000 Jobs in der Sparte verkündete. Die Londoner Niederlassung des Hauses stellte an einem einzigen Morgen Scharen von Bankern frei: Viele wurden schon am Eingang von Sicherheitskräften abgefangen,

den Coffee to go noch in der Hand, und wenig später mit einem Schreiben voller Anweisungen auf die Straße gesetzt.

Er verspüre nur noch Hass, sagt ein 51-Jähriger, den es getroffen hat. Denn Hoffnung auf einen neuen Job gibt es kaum. Auch die Konkurrenz baut ab, so viel es geht: Morgan Stanley will in den kommenden Wochen 1600 Mitarbeiter entlassen, Lloyds streicht weltweit sogar 15 000 Jobs, die Deutsche Bank trennt sich gerade von 1500 Investmentbankern.

Eine Ära scheint zu Ende zu gehen: die Ära einer Industrie, die sinnvolle Geschäfte vorgaukelte, sich aber in erster Linie selbst die Taschen füllte, mit immer waghalsigeren Geschäften, immer verrückteren Deals und Produkten. Das Geschäft schrumpfte jetzt auf ein gesundes Maß zusammen, versprechen hochrangige Manager – es sei eine Art Katharsis.

Statt Überheblichkeit wird nun Demut zur Schau getragen. Die Investmentbanker sind auf der Suche nach einer neuen Identität. Man müsse „die Art und Weise ändern, wie wir unser Geschäft betreiben“, schrieb der neue Chef der britischen Großbank Barclays, Antony Jenkins, den Mitarbeitern. Der frühere Investmentbankingchef und neue Co-CEO der Deutschen Bank, Anshu Jain, versprach einen „Kulturwandel“.

„Die Party ist vorbei“: Diesen Satz bekamen SPIEGEL-Redakteure bei ihren Recherchen in Frankfurt am Main, London und New York immer wieder zu hören. Sie trafen aktive und ehemalige Invest-

mentbanker auf der ganzen Welt und sprachen mit ihnen über ihren plötzlichen Fall, ihre Überzeugungen und ihr Selbstverständnis. Sie erfuhren, wie die Branche seit den neunziger Jahren immer mächtiger wurde und wie sie sich weiter vom Rest der Welt abkoppelte – im Glauben, mit Formeln und Finanzmodellen jedes Risiko wegrechnen zu können.

Nach den Skandalen der jüngsten Vergangenheit zeigten sich viele Insider erschüttert und nachdenklich. Aber kaum einer will selbst Fehler gemacht haben. Sie handelten alle in der Logik einer Kultur, die so perverse Anreizsysteme entwickelt hat, dass man sie wohl nicht binnen weniger Jahre gesundregulieren kann.

„Es gibt zwei Typen von Investmentbankern, die Normalen und die Bekloppten.“

Wie die meisten Interviewpartner will Peter Burger auf keinen Fall erkannt werden und besteht deshalb auf einem Pseudonym. Und wie die meisten Gesprächspartner entspricht er nicht dem Klischee vom geleckten Investmentbanker: Burger trägt einen Igelschnitt und einen Anzug von der Stange – den er, wie er lachend sagt, nur für das Interview rausgekrant hat.

Jetzt sitzt er in einem Frankfurter Steakhaus, lässt sich zum halbprohen Fleisch ein Bier schmecken und spricht über seine Branche. „Es gibt zwei Typen von Investmentbankern, die Normalen

und die Bekloppten“, sagt er. „Die Bekloppten haben den Schuss noch nicht gehört. Die gehen weiter Autos für sechsstelligen Summen kaufen.“

Burger lässt keinen Zweifel daran, dass er sich selbst nicht zu den „Bekloppten“ zählt – dabei kauft und verkauft er für seine Kunden Wertpapiere und zählt damit zu den am meisten verschrien Vertretern seiner Spezies: den Händlern.

Ein Unternehmensberater aus der Branche entwirft im Gespräch eine Art Typologie: „Im Handel gibt es tatsächlich den Typ Pokerspieler: mit Tattoo unterm Hemd, hoher Belastbarkeit und kurzer Aufmerksamkeitsspanne, der auf moralbefreites, kurzfristiges Gewinnmaximieren aus ist.“ Dann gebe es noch die Vertriebsgenies, die Kunden sinnige und unsinnige Wertpapiere aufschwätzen.

Und schließlich die Superhirne: Mathematiker oder Atomphysiker, die auch wegen der intellektuellen Herausforderung Investmentbanker wurden. Diese Leute verdienen am meisten, weil sie die Formeln für strukturierte Produkte erdachten, die sich bis zur Krise millionenfach mit hohem Gewinn verkaufen ließen.

Mit dem traditionellen Investmentbanking hat all das aber wenig zu tun, sagen sogenannte M&A-Berater und IPO-Spezialisten. Sie hecken Fusionen und Übernahmen aus, planen Börsengänge und verkörpern einen ganz anderen Schlag von Bankern: breites Anforderungsprofil, mehrere Sprachen, oft Jahre in Unternehmensberatungen gedrillt. Die Trader in den Handelsräumen sind ihnen so fremd wie dem Professor der Autohändler.

Gräben gibt es nicht nur zwischen Händlern und Beratern, sondern auch zwischen Deutschen und Angelsachsen. In London oder New York steigen Leute oft schon mit 22 Jahren ins Investmentbanking ein, durchlaufen drei bis fünf Hierarchiestufen und können es bis Anfang dreißig zum Managing Director gebracht haben, der Ebene unter dem Vorstand. Sie kassieren dann in guten Zeiten ein siebenstelliges Gehalt.

„In London sind die Leute alle so wie hier die Bekloppten“, findet der eher bo-

denständige Bürger. „Kalte Einzelkämpfer, extrem unangenehm.“ Mehr Geld sei dort im Spiel, und man halte sich für den Nabel der Welt.

„Die Investmentbanker sind so anders als die schwerblütigen deutschen Banker.“

Frank Meier, auch sein Name wurde geändert, erinnert sich noch ziemlich gut daran, wie er vor 20 Jahren erstmals Kontakt mit dieser Welt bekam. Er fand sie faszinierend.

Es sind die neunziger Jahre: Die deutschen Traditionshäuser wollen endlich in dem neuen exotischen Geschäft mitmischen, das so sagenhafte Gewinne verspricht, und werben erstes Personal von amerikanischen Konkurrenten wie Lehman Brothers und Merrill Lynch ab.

Meier ist ein freundlicher, fast altbacken höflicher Mann mit Einstecktuch im Sakko, aber die „high flying Investmentbanker“ hätten ihm als jungem Mann imponiert, sagt er. Weil sie so anders sind als die „schwerblütigen“ deutschen Bankiers, „denen man sich nur von unterhalb der Teppichkante nähern durfte“.

Die Abenteurer aus den USA fahren Aston-Martin-Cabrios statt der notorischen Daimler-Limousinen, klopfen aller Welt auf die Schulter und duzen sich.

Vor allem verdienen sie mit jedem Deal kleine Vermögen. Im Investmentbanking scheint zu dieser Zeit alles möglich zu werden: Weltweit befreien Politiker die Branche im unbedingten Glauben an die Selbstregulierungskräfte der Märkte von lästigen Auflagen. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher macht 1986 im sogenannten Big Bang den Anfang, die USA ziehen Schritt für Schritt nach und heben 1999 schließlich sogar den Glass-Steagall-Act auf, der Investmentbanken wegen ihrer hohen Risiken das Geschäft mit Privatkunden untersagte, um deren Spargelder zu schützen.

Der derart entfesselte Finanzmarkt wuchs in sagenhaftem Tempo an. Und die Investmentbanken wurden zu Gigan-

ten mit Niederlassungen auf der ganzen Welt. Allein Goldman Sachs steigert seine Bilanzsumme in einem Jahrzehnt von 152 Milliarden auf über eine Billion Dollar. 2006 verdienen die Mitarbeiter im Schnitt 622 000 Dollar.

Kein Wunder, dass die Branche die cleversten Talente anzieht – und die leben ihre Kreativität frei aus. 1998 nimmt ein Team um die JPMorgan-Bankerin Blythe Masters erstmals zweifelhafte Kredite auseinander, verpackt sie in Wertpapiere, die verkauft werden, und lässt so zum Erstauen von deutschen Kollegen wie Meier das Risiko aus den eigenen Büchern verschwinden.

In Deutschland verdienten die schillernden Glücksritter der Branche derweil fast mühelos Millionen bei der Privatisierung von Staatsunternehmen wie der Lufthansa oder bei Firmenübernahmen wie der Fusion der Mobilfunkriesen Mannesmann und Vodafone. Seit der Erfindung von Excel habe man ja alles Mögliche im großen Stil berechnen können, sagt Meier, „da konnten Sie Kosten-synergien modellieren, Szenarien entwerfen“.

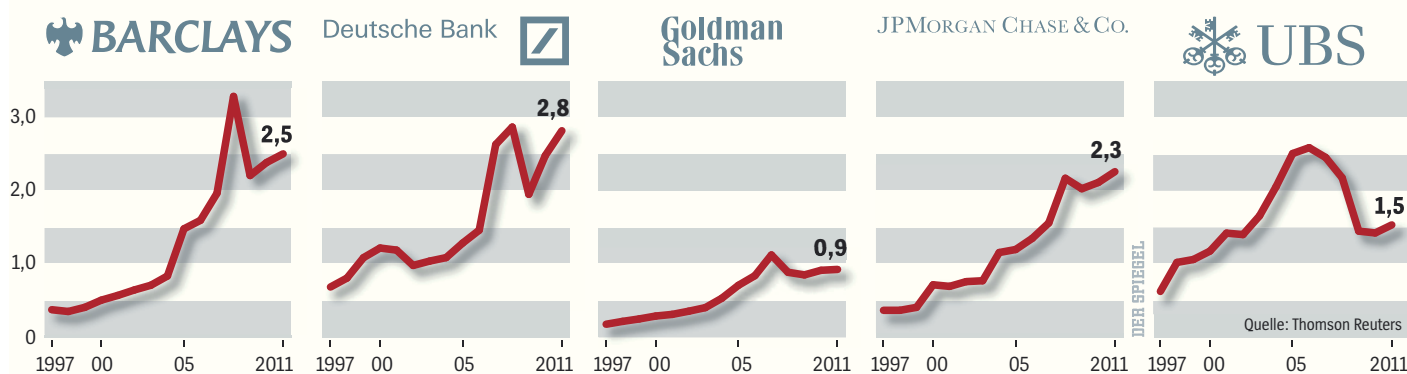
Dass die Banker mit ihren wolkigen Prognosen oft falsch liegen, zeigt sich erst nach und nach. Jede zweite Firmenfusion geht schief, besagen Studien heute. Trotzdem verzehnfacht sich das Volumen solcher Transaktionen von 1990 bis 2007 auf fast vier Billionen Dollar weltweit. Investmentbanker können sehr überzeugend sein, wenn sie auf hohe Gebühren spekulieren.

„Wenn Leute 10 oder 20 Jahre im Investmentbanking sind, beginnen sie, dem Klischee zu entsprechen.“

Den Preis des exzessiven Wachstums kann man an den Kosten der Finanzkrise von 2007/08 ablesen. Bis in die Billionen gehen die Schätzungen. Oder man kann mit Aussteigern wie Rudolf Wötzel sprechen, einst Leiter des M&A-Geschäfts von Lehman Brothers in Deutschland.

Aufgebläht

Bilanzsummen ausgewählter Banken, in Billionen Dollar





Deutsche-Bank-Chef Jain, UBS-Verwaltungsratspräsident Weber: Zur Schau getragene Demut

2007 warf er den Job hin, als er daran kaputtzugehen drohte. Heute betreibt er in der Schweiz eine Hütte für Bergwanderer. Seine Haare sind jetzt länger als früher, er trägt Jeans und ein schwarz-weiß kariertes Hemd. Doch ganz losgelassen hat ihn seine frühere Welt nicht. „Ich bin wieder auf dem Weg ins Tal“, sagt Wötzel. Er will seine Erfahrungen teilen. „Nicht alles ist schlecht im Investmentbanking. Aber die Branche muss sich grundlegend ändern und ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Rolle in der Öffentlichkeit selbstkritisch und konstruktiv darstellen.“

Wötzel findet, dass sich in der Branche eine Monokultur herausgebildet habe. Das beginne schon bei den Rekrutierungsmethoden. „Die Investmentbanken konzentrieren sich bei der Akquise auf wenige Elite-Hochschulen, die ähnliche, stromlinienförmige Typen hervorbringen.“

Man zeigt den Kandidaten in Hochglanzbroschüren die Zuckerseite und rollt ihnen den roten Teppich aus. Doch drinnen sieht es anders aus.

„Das Glamour-Image ist dann nicht haltbar, und es zeigt sich schnell, wie einseitig die Karrieremechanismen sind“, sagt Wötzel. Nach oben kommt, wer die größten Deals und die eindrucksvollsten Spreadsheets abliefern, wer sich am geschicktesten politisch vernetzt. Das prägt. „Wenn Leute 10 oder 20 Jahre im Investmentbanking dabei sind, beginnen sie, dem Klischee zu entsprechen.“

Über Leute wie Wötzel sagen manche, die drinblieben, er habe es halt nicht gepackt, er sei ein Verlierer. Die Sieger gelten drinnen als Outperformer, aber eine realistische Selbstwahrnehmung haben viele am Eingang abgegeben. „Die Folge ist, dass die Bestätigung zu 100 Prozent von außen kommen muss, über Boni und

Beförderungen; intrinsische Motivation bleibt auf der Strecke“, kritisiert Wötzel.

„Der Spaß wird jeden Tag weniger.“

Die Maschine, in der Wötzel arbeitete, machte die Banken reich und erleichterte dem Rest der Welt das Leben auf Pump. Am Ende aber begann sie, sich selbst zu zerstören – und produzierte Skandale wie am Fließband.

Banken manipulierten den Libor-Zins, an dem Geldgeschäfte über Hunderte Billionen Dollar hängen. Sie drehten Kunden zweifelhafte Kreditpapiere an und beteiligten sich an Geldwäsche und Steuerbetrug. Die Händler Kweku Adoboli (UBS), Jérôme Kerviel (Société Générale) und Bruno Iksil (JPMorgan Chase) verzockten allein oder mit ihren Abteilungen Milliarden durch riskante Geschäfte.

Als Monster bezeichnete der frühere Bundespräsident Horst Köhler einmal die Finanzmärkte, die von den Investmentbanken beherrscht wurden. Seit 2008 wollen Politiker das Monster zähmen und die Regie übernehmen.

Für riskante Geschäfte sollen Banken etwa künftig mehr Kapital als Sicherheit zurücklegen, viele Bereiche werden deshalb kaum noch profitabel sein. Banken und Banker sollen in ein engeres Korsett gezwängt werden – doch die wehren sich. Die USA haben die Einführung der neuen Regeln zuletzt wieder in Frage gestellt. Auch über Vorschriften für die teils exorbitanten Bonuszahlungen wird in der ganzen Welt noch heftig gestritten.

„Der Spaß wird jeden Tag weniger“, sagt der Händler Peter Burger, der die Regulierung für ähnlich exzessiv hält wie zuvor die Geschäfte der Banken.

Den Bankern verdirbt besonders die Laune, dass nun massiv an Personalkosten gespart wird. Denn in kaum einer Branche

kosten Mitarbeiter so viel wie in der Investmentbanking-Industrie. „Das ist die einzige Industrie, in der die Arbeit das Kapital ausgebeutet hat“, witzelt ein Berater.

Die Massentlassungen bei der UBS, die – nach dem Start des ehemaligen deutschen Bundesbank-Präsidenten Axel Weber als Verwaltungsratschef – große Teile des Investmentbankings ganz aufgibt, gelten deshalb als Menetekel für die gesamte Branche. Das sei, „als ob Daimler keine Limousinen mehr baut“, sagt der Deutschland-Chef einer großen US-Investmentbank.

„Wir sind größer und besser als je zuvor.“

Die US-Bank Cantor Fitzgerald musste sich schon einmal neu erfinden: Bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verlor sie in New York 658 Mitarbeiter, die ihre Büros im World Trade Center hatten, und damit drei Viertel der Belegschaft.

Heute beschäftigt Cantor Fitzgerald 1600 Angestellte in 30 Filialen rund um die Welt. Sein Haus hat nicht nur die damalige Katastrophe überstanden, sondern auch die aktuelle Finanzkrise. „Wir sind größer und besser als je zuvor“, sagt Shawn Matthews, der Chef des Hauses. Denn Cantor handelt vor allem mit Anleihen – ein Bereich, der boomt wie selten zuvor, weil etwa Unternehmen aus Mangel an Kredit immer mehr Gelder über den Verkauf solcher Schuldverschreibungen aufnehmen.

Sieht so die Investmentbank der Zukunft aus – wie dieses schlichte Büro von Cantor im vierten Stock eines einfachen Glaskastens in Manhattan?

Matthews sagt, seine Branche müsse zurückfinden zu den Strukturen „aus ei-

ner normaleren Zeit“, in die neunziger Jahre, als die Banker anders bezahlt wurden und nicht mit derart hohen Schulden hantiert wurde. Gefährlich sei es doch erst geworden, als Investmentbanken sich gewandelt hätten von Partnerschaften zu an der Börse gehandelten Konzernen – und kein Manager mehr mit seinem eigenen Geld für Fehler geradestehen musste.

Cantor Fitzgerald ist eine reine Privatbank mit beteiligten Partnern, die nur begrenztes Kapital zur Verfügung hat, und Matthews ist sichtlich stolz darauf. „Wir werden nicht von Quartalsberichten unter Druck gesetzt und können langfristig agieren.“ Viele kleine und mittlere Banken werden ganz verschwinden, da ist Matthews sich sicher. Auch, weil das erste Mal seit Jahrzehnten nicht das „nächste große Ding“ schon am Horizont zu sehen ist, mit dem die Investmentbanker die Finanzwelt aufmischen könnten: In den Neunzigern waren es die Derivate und zuletzt die komplizierten Hypothekenprodukte. Nun scheinen den Finanzzauberern erst mal die Ideen ausgegangen zu sein.

„Die neue Wall Street wird trotzdem immer noch großartig sein“, glaubt Matthews. „Ein Ort, an dem man sich ein gutes Leben und eine große Karriere erarbeiten kann, aber nicht mehr diese verrückte Welt voller Illusionen, die durch unbegrenztes Risiko entstanden ist.“

Bis dahin allerdings ist es noch ein weiter Weg.

„Die Investmentbanken werden die Händler los, aber nicht die Bücher.“

Rund 25 000 Jobs werden in den nächsten Jahren noch gestrichen, hat die Unternehmensberatung Roland Berger zusammengezählt. Die gesamte Branche baut derzeit um: „Der Trend geht grundsätzlich hin zum Verkauf einfacherer, industriell angefertigter Produkte“, sagt Berger-Experte Markus Böhme. „Plain Vanilla“ heißen solche schlichten Instrumente im Slang der Szene. Es ist Massenware, für die man in Zukunft sehr viel weniger Personal braucht.

Aber wird die Welt der Investmentbanker jetzt wirklich sicherer?

„Die Investmentbanken werden die Händler los, aber nicht die Bücher“, warnt der 35-jährige Michael, der eigentlich Software-Ingenieur ist und dann zehn Jahre lang als Händler für „exotische“ Produkte in London arbeitete.

Die Bilanz der UBS etwa ist mit Terminabsicherungs- und Wettgeschäften um 560 Milliarden Franken aufgebläht worden in den wilden Jahren. Der Abbau des Portfolios sei etwa so einfach wie die Stilllegung von Tschernobyl, lästert jetzt die Konkurrenz.

Denn nur ein ausgewählter Kreis von Experten versteht, was da mitunter in den Büchern lagert. „Die Formeln sind

einfach, das ist keine besonders hohe Mathematik“, sagt Michael, „aber man muss die Risiken erkennen.“ Die Kunst sei es, alle Eventualitäten zu sehen.

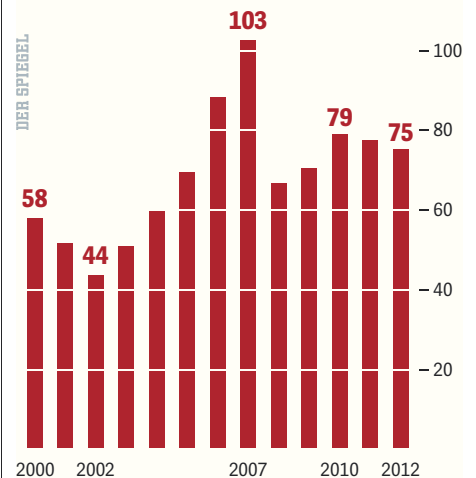
Viele Investmentbanker, die ihren Job verlieren, wandern außerdem zu Hedgefonds ab und betreiben nun in der verborgenen Welt der Schattenbanken ihre Wetten. Andere suchen nach Schlupflöchern und neuen Spielfeldern: Die Investmentbank Goldman Sachs etwa macht trotz anderslautender Beteuerungen längst wieder riskante Geschäfte auf eigene Rechnung – ein entsprechendes Verbot in den USA umgehen die dort tätigen Jongleure einfach, indem sie länger laufende Wetten abschließen, die von dem Gesetz nicht erfasst werden.

Konkurrenten wie JPMorgan setzen derweil massiv auf den Rohstoffmarkt: An der Spitze des Bereichs steht ausge-

Immer noch üppig

Weltweite Gebühreneinnahmen im Investmentbanking, in Milliarden Dollar

Quelle: Thomson Reuters



rechnet die Bankerin Masters, die weltberühmt wurde, weil sie die ersten Kreditderivate miterfand.

In der neuen Lieblingsbranche vieler Investmentbanker ist es nun wie immer: Die Geldinstitute sichern zunächst nur Risiken ab, dann verkaufen sie diese Risiken weiter und erfinden dafür immer neue und immer komplexere Geschäftswege – und irgendwann sind die Finanzvolumina, die sie auf dem Markt bewegen, derart groß, dass ihr Einfluss übermächtig wird. „Wenn Sie mich fragen, ist das das nächste ‚scary thing‘“, sagt ein Banker.

Ist das System also unreformierbar? Der Frankfurter Personalberater Andreas Halin – seit vielen Jahren im Geschäft – beantwortet die Frage mit einem vielsagenden Gleichnis.

„Geld ist wie Salzwasser“, sagt er, „je mehr man trinkt, desto durstiger wird man.“

MARTIN HESSE, THOMAS SCHULZ,
CHRISTOPH SCHEUERMANN, ANNE SEITH



KATHRIN HARMS

„Drybar“-Salon in Berlin: Ziemlich profanes Angebot

Dienstleistungen

Waschen und legen

In Berlin hat die erste Föhnbar Deutschlands aufgemacht – und folgt damit einem US-Trend: Beim Friseur wird nicht geschnitten, sondern nur noch gestylt.

Einmal so „Curly Hair“ haben wie Jennifer Lopez oder perfekte „Beach Waves“ wie Cameron Diaz. Oder den „Sleek Look“ à la Jennifer Aniston nachahmen. Gut aussehen wollen für ein Date, eine Party, ein Vorstellungsgespräch oder einen Geschäftstermin. „Oder einfach, weil es der Seele mal guttut.“

Fragt man Kim Stolic, fallen der Wirtschaftsjuristin sofort Gründe ein, warum ihr Laden am gediegenen Walter-Benjamin-Platz, ganz in der Nähe des Berliner Kurfürstendamms, funktioniert. Obwohl sie etwas ziemlich Profanes anbietet: Haare waschen und föhnen. Waschen und legen hätte man früher gesagt.

In Los Angeles, New York oder London gibt es diese Dienstleistung schon lange, jetzt erreicht der Trend auch andere Großstädte: In Madrid und Zürich wird ebenso gestylt wie in der ersten „Drybar“ Berlins – wo das natürlich etwas anders heißt. „No cuts. No color. But amazing blowouts“ ist das Motto des etwas anderen Friseurgeschäfts, das Stolic gemeinsam mit ihrem Mann seit Ende Juli 2012 nebenberuflich betreibt.

In lockerer Bar-Atmosphäre können Frauen sich sorgfältig frisieren und föhnen lassen, es gibt Kopfmassagen und teure Pflegeprodukte, die Kundinnen bekommen wahlweise Prosecco, Tee oder Latte macchiato gereicht. „Es ist der kleine Lu-

xus zwischendrin, eine kurze Wellness-Pause, nach der man beschwingt und mit ein bisschen Glamour wieder in den Alltag geht“, sagt Stolic.

Das Prinzip ist einfach: mit oder ohne Termin reinkommen und aus dem „Menü“ einen Look auswählen. Etwa 40 Minuten dauert das Ganze, kostet 35 Euro – und im besten Fall geht man mit dem „Glow“-Effekt wieder raus.

„Unsere Kundinnen sind von Mitte 20 bis 83, von der Verkäuferin, die bei uns ihre Extensions föhnen lässt, bis zur Anwältin, die gar keinen Föhn mehr zu Hause hat, ist alles dabei“, sagt Stolic. Es seien Frauen, die sowieso viel Geld für ihr Äußeres ausgeben, mit schwierigen Haaren, aber auch einfach Neugierige, die von dem neuen Trend gehört oder gelesen haben. Die Drybar arbeitet aber auch mit den umliegenden Luxushotels zusammen, von dort kommen viele Touristen, die sich für den Opernbesuch zurechtmachen lassen.

Stolic ist nicht die Einzige, die den Trend erkannt hat. Auch der deutsche Friseur-Papst Udo Walz hat kurz nach ihr im September seine erste „Blow Dry Bar“ eröffnet. Anfang April dieses Jahres soll die zweite folgen, direkt gegenüber dem legendären Berliner Kaufhaus des Westens. Im Friseur-Fachblatt „Friseurwelt“ schreibt man von „vielversprechenden Erfolgen im Föhngeschäft“. Stolic und ihr Mann haben sich deshalb den Namen als Gemeinschaftsmarke innerhalb der EU eintragen lassen.

Auch sie wollen sich schnell vergrößern. Demnächst soll ein zweiter, größerer Laden in Berlin eröffnen, gleichzeitig suchen sie nach passenden Räumen in Hamburg, München und Düsseldorf. Außerdem denken sie über ein Franchise-Konzept nach.

15 Prozent der Kunden sind übrigens Männer. Die kommen, um sich die Augenbrauen zupfen oder den Kopf massieren zu lassen. Weil auch das der Seele mal gutzutun scheint.

SUSANNE AMANN

KUBA

Zensierte Sinnlichkeit

Reggaeton, die Lieblingsmusik der kubanischen Jugend, durchaus vergleichbar mit einem getanzten Liebespiel, macht den alternenden Revolutionären

Sorgen. Zu wummernden Elektrobässen, einer Mischung aus HipHop, Reggae und Latin-Rhythmen, schwingen Mädchen beim Reggaeton ihre Hüften



Kubaner beim Reggaeton

SVEN CREUTZMANN

in eindeutigen Bewegungen, die jeweiligen Partner schmiegen sich eng an den Po der Tänzerin. Viele Refrains und Gesten sind sexuelle Anspielungen – deshalb will die Regierung, so sagt sie, gegen den Reggaeton vorgehen. Die „aggressive, sexuell obszöne Lyrik“ deformiere die „ihnen eigene Sinnlichkeit“ der kubanischen Frauen, sie zeige sie als „groteske Sexualobjekte“, so Orlando Vistel, Leiter des staatlichen Musikinstituts. Dabei geht es wohl vor allem um Politik und Zensur, denn Reggaeton ist die Musik einer Subkultur, die sich in den Vorstädten von Havanna entwickelt hat, dort, wo Jugendliche ohne Zukunftsperspektiven nach einem Ventil suchen: Sie protestieren so auf ihre Weise gegen den herrschenden Mangelsozialismus und die desolaten Lebensverhältnisse der Kubaner. Wohl eher deshalb ist der populäre Sound der Regierung nicht geheuer. Das staatliche Musikinstitut bereitet nun ein Gesetz vor, das im Detail regelt, welche Musik auf öffentlichen Plätzen gespielt werden darf. Reggaeton gehört nicht dazu.

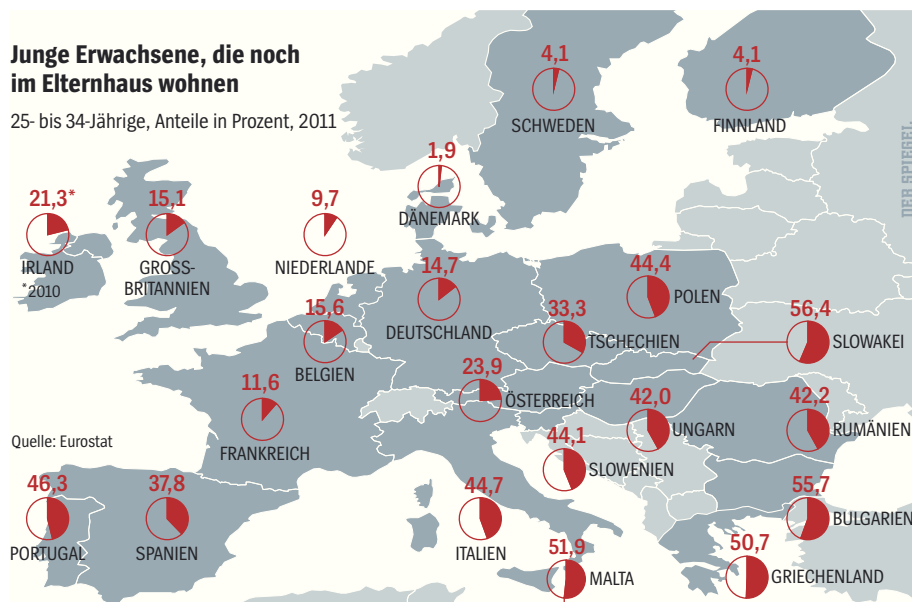
QUERSCHNITT

Atlas der Nesthocker

Je schlimmer die Krise, desto länger leben junge Menschen bei ihren Eltern – so das Ergebnis einer EU-Studie. Mehr als 40 Prozent der Portugiesen, Italiener und Rumänen zwischen 25 und 34 Jahren wohnen noch zu Hause. In der Slowakei, Griechenland und Bulgarien liegt die Nesthocker-Quote bei über 50 Prozent – und ist während der Euro-Krise weiter angestiegen. In katholischen Ländern ist sie besonders hoch. Vor allem in Osteuropa sind Arbeitsverhältnisse für Berufsanfänger selten unbefristet und leicht kündbar.

Junge Erwachsene, die noch im Elternhaus wohnen

25- bis 34-Jährige, Anteile in Prozent, 2011



WIKILEAKS

Belastung für Manning

Mit fragwürdigen Ergebnissen endeten vorige Woche die Voruntersuchungen eines US-Militärgerichts gegen den mutmaßlichen WikiLeaks-Informanten Bradley Manning. Richterin Denise Lind befand zwar, dass der im Mai 2010 inhaftierte Obergefreite im US-Stützpunkt Quantico außergewöhnlich harten Haftbedingungen ausgesetzt war. Sie räumte ihm aber nur eine Haftverkürzung von 112 Tagen ein. Mannings Anwälte hatten gefordert, deshalb alle Anklagepunkte fallenzulassen. Sie boten zudem einen Deal an, wonach Manning in einigen minderschweren Punkten seine Schuld einräumen würde, etwa, geheime Depeschen und Lageberichte an WikiLeaks weitergeleitet zu haben. Die Staatsanwaltschaft wird nun entscheiden, ob sie darauf eingeht oder aber in der auf Juni verschobenen Hauptverhandlung den weitaus gravierenderen Vorwurf der „Unterstützung des Feindes“ in die Klage einbezieht. Wie sie den begründen will, berichtete jetzt die „New York Times“: Osama Bin Laden soll in seinem Versteck in Abbottabad WikiLeaks-Depeschen erhalten haben. Angeblich hatte er Getreue beauftragt, die Dokumente zu beschaffen.



Neubauten in Zoranje

Ausnahme-Siedlung

Auch drei Jahre nach dem Erdbeben, das große Teile Haitis zerstörte, ist der Wiederaufbau kaum vorangekommen. Zwar wurden 7,5 Milliarden Dollar ausgegeben – etwa die Hälfte für Nothilfe, weitere Milliarden für teure Programme wie zur Aids-Vorsorge. Doch nur ein kleiner Teil, 215 Millionen Dollar, floss tatsächlich in den Bau sicheren Wohnraums. Über 350 000

Haitianer leben noch in provisorischen Unterkünften. Eine der wenigen fertiggestellten Siedlungen liegt in Zoranje. In die 400 Häuschen, für die der ehemalige US-Präsident Bill Clinton als Sondergesandter der Uno den Grundstein gelegt hatte, sind Geringverdienende und Beamte eingezogen. Sie zahlen eine subventionierte Miete. Weitere Projekte nach diesem Modell sind im Nordosten und im Süden Haitis geplant.

WINTER / NEW YORK TIMES / LAIF

INDIEN

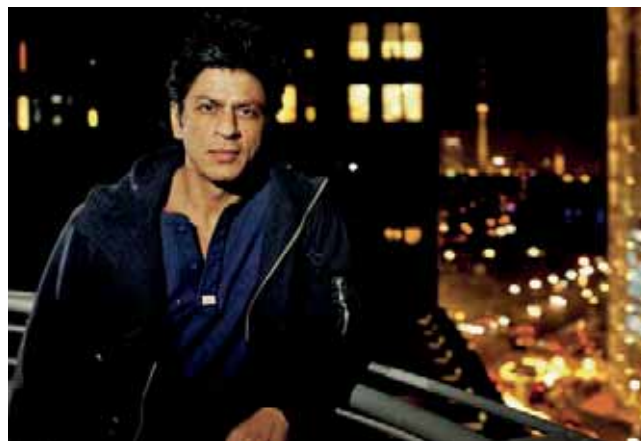
Trauer per Twitter

Das Entsetzen über den Tod der vergewaltigten Studentin in Delhi vereint zahlreiche Bollywood-Stars mit ihren Anhängern. Viele der Schauspieler gaben ihrer Trauer kürzlich über Twitter Ausdruck. So schrieb Amitabh Bachchan, Indiens großer Leinwand-Macho, seinen Fans: „Ihr Körper ist verstorben, aber ihre Seele soll ewig unsere Herzen bewegen.“ An die Medien appellierte der Star mit der großen Hornbrille, sie sollten darauf verzichten, den Namen des Opfers zu erwähnen, und dessen Familie schonen. Filmstar Ajay Devgn erweckte in seinem Tweet den Eindruck, er wolle sich die Peiniger der Studentin am liebsten selbst vornehmen: „Warum

muss erst jemand geopfert werden, um eine Revolution zu beginnen?“, fragte er, „die Bastarde sollten gehängt werden.“ Und der erfolgreichste indische Filmschauspieler, Shah Rukh

Khan, griff angesichts der Tat sogar sein eigenes Geschlecht an: „Es tut mir so leid, dass ich ein Mann bin“, twitterte er. Rapper-Ikone Honey Singh hingegen sieht sich starker

Kritik ausgesetzt. Bis zum Tod der Studentin hatte man sich an seinen obszönen Texten („Ich bin ein Vergewaltiger“) wenig gestört. Doch nun will so etwas in Indien kaum jemand mehr hören, die Einladung zu einem Neujahrskonzert wurde zurückgezogen. Die Polizei einer nordindischen Stadt hat Ermittlungen gegen den Musiker eingeleitet.



Schauspieler Khan

HC PLAMBECK

Sehnsuchtsort der Oligarchen

In der EU wächst der Widerstand gegen das geplante Hilfsprogramm für Zypern, weil es auch russische Fluchtgelder schützen würde. Die Regierung in Nikosia ist zu Zugeständnissen bereit, doch Brüssel fordert weitere Reformen.

Es war ein langer Flug für eine kurze Botschaft. Fast vier Stunden jettete die Kanzlerin vergangenen Freitag an die Südostgrenze Europas, um im zypriischen Limassol ein paar Minuten Wahlkampf für den konservativen Spitzenkandidaten Nikos Anastasiades zu machen. Sie kenne ihn ja schon lange und schätze seinen Veränderungswillen, lobte Angela Merkel. Schließlich benötige das Land dringend „Strukturreformen“.

Kurzes Lächeln für die Kameras, dann ging es wieder zurück ins winterkalte Berlin.

Merkels Reiseziel im östlichen Mittelmeer zählt weniger Einwohner als das Saarland – trotzdem ist der kleine Staat gegenwärtig eine der größten Problemzonen der Weltpolitik. Die Frage, ob die Regierung in Nikosia ihre siechen Banken mit gut 17 Milliarden Euro aus Europas Rettungsschirmen unterstützen darf, spaltet die Euro-Zone, verunsichert die internationalen Börsen und vermehrt die Nöte der schwarz-gelben Regierung. Seit SPD und Grüne ihren Widerstand gegen den Plan angekündigt haben, könnte die Koalition bei einer wichtigen Euro-Entscheidung erstmals ohne Mehrheit dastehen.

Es geht um die Macht in Berlin, die Stimmung an den globalen Finanzmärkten und, vor allem, die Logik der europäischen Rettungspolitik. Spätestens seitdem der SPIEGEL im vergangenen Herbst einen Bericht des Bundesnachrichtendienstes über Geldwäsche in Zypern öffentlich gemacht hat, ist klar: Von einem Hilfsprogramm für das Land würden nicht zuletzt russische Oligarchen profitieren, die auf der Mittelmeerinsel Milliardenvermögen aus dubiosen Quellen deponiert haben. Gäbe Brüssel die geforderten Hilfgelder frei, so die Analyse der Geheimdienstler, würden mit deutschem Steuergeld womöglich die Einlagen russischer Wirtschaftsmagnaten geschützt.

Die Erkenntnis löste überall hektische Aktivitäten aus. In Brüssel verschob die Euro-Gruppe vergangene Woche die Entscheidung über das Rettungsprogramm, weil Geberländer wie Deutschland, Finnland und die Niederlande Bedenken er-



WLADIMIR POTANIN (14,5 Mrd. Dollar)
Ehemaliger Vizepremier und einer der Haupteigentümer des weltgrößten Nickelproduzenten Norilsk Nickel.



ROMAN ABRAMOWITSCH (12,1 Mrd. Dollar)
Der Oligarch ist Besitzer des Londoner Fußballclubs Chelsea und lebt mit der Galeristin Dascha Schukowa zusammen.



ALISCHER USMANOW (18,1 Mrd. Dollar)
Mitbesitzer der Holding Metalloinvest und des Verlagshauses Kommersant. Der Usbeke führt die „Forbes“-Liste der reichsten Russen an.



SULEIMAN KERIMOW (6,5 Mrd. Dollar)
Schlechtbeumundeter Finanzhai aus der unruhigen Nordkaukasus-Republik Dagestan, der eine Boeing 737-700 als Business-Jet fliegt.



ALEXEI MORDASCHOW (15,3 Mrd. Dollar)
Der Deutsch sprechende Stahlbaron hält 26 Prozent am hannoverschen Touristikunternehmen TUI.

ITAR-TASS / CORBIS (L.); GETTY IMAGES (R.)

hoben. In Zypern wiederum bemüht sich die Regierung, Härte im Umgang mit Wirtschaftsflüchtlingen zu demonstrieren, und der Finanzminister des Landes, Vassos Shiarly, beteuert im SPIEGEL-Interview: „Zypern ist keine Steueroase“ (siehe Seite 82).

Die Euro-Retter stecken im Dilemma. Eine Pleite des Landes wollen sie möglichst verhindern. Aber für ein Hilfsprogramm, das vor allem russischen Wirtschaftsflüchtlingen nutzt, bekommen sie keine Mehrheit in den Mitgliedsländern.

Die Lage ist vertrackt, und so machen Europas Regierungschefs erst einmal das,

was sie immer machen, wenn sich die Krise zuspitzt: Sie spielen auf Zeit. Nikosia soll weitere Auflagen im Kampf gegen Steuerflüchtlinge und Wirtschaftskriminelle erfüllen. Zugleich setzt Brüssel darauf, dass der amtierende Präsident Dimitris Christofias bei den Wahlen im Februar abgelöst wird.

Der Wechsel soll Europas Bürgern demonstrieren, dass sich der Mittelmeerraum tatsächlich bessern will. Denn dass sich das Land seit Jahrzehnten als Sehnsuchtsort für ehrliche wie unehrliche Kapitalanleger aus aller Welt versteht, ist unter Experten unumstritten. Wer Geld

in Sicherheit bringen wolle, habe bislang gern einen Jet nach Nikosia bestiegen, weil das Land Mitglied der EU ist, es mit der Finanzaufsicht aber nicht so genau nehme, heißt es bei deutschen Ermittlern.

Nirgendwo ist diese Erkenntnis so verbreitet wie in Russland. Etwa 60 Milliarden Dollar brachten Unternehmer aus Moskau oder St. Petersburg im vergangenen Jahr wieder außer Landes, einen Großteil über Zypern. Dort haben mehrere Dutzend Oligarchen und Finanzhaie Offshore-Firmen gegründet, um ihre Vermögen zu günstigsten Steuersätzen vor der krenlhörigen russischen Rechtsprechung zu schützen.

Die Liste russischer Zypern-Investoren ist nahezu deckungsgleich mit der der reichsten Männer des Landes. Roman Abramowitsch, international bekannt als Eigentümer einiger der größten Privatyachten der Welt und des Londoner Fußballclubs Chelsea, kontrolliert zusammen mit einem Partner über die zyprische Firma Lanebrook seine Evraz-Holding. Der Finanzmagnat und ehemalige Präsidentschaftskandidat Michail Prochorow hatte im Jahr 2008 die Intergeo Management Ltd. auf Zypern registriert, der Bergbauunternehmen in Russland gehören. Der Magnat Wladimir Lissin, geschätzt auf 15,9 Milliarden Dollar, kontrolliert mehr als zwei Drittel seines wichtigsten Unternehmens, des Stahlwerks in Nowolipezk, über die zyprische Firma Fletcher Holding Ltd.

Auf Zypern registriert sind Firmen des Lissin-Konkurrenten Alexei Mordaschow (15,3 Milliarden Dollar), des Nickel-Zaren Wladimir Potanin (14,5 Milliarden) und des Ölbarons Wagit Alekperow (13,5 Milliarden). Ebenso die des dubiosen Finanzhais Suleiman Kerimow (6,5 Milliarden), der 2008 einmal Interesse an einem Drei-Prozent-Aktienpaket der Deutschen Bank hatte, und des Internetzaren und Medwedew-Freundes Alischer Usmanow, der Russlands Reichen-Liste im vergangenen Jahr mit 18,1 Milliarden Dollar anführte. Auch Jelena Baturina (1,1 Milliarden), die Ehefrau des ehemaligen und vom Kreml der Korruption beschuldigten Moskauer Oberbürgermeisters Jurij Luschkow, soll einen Teil ihrer Geschäfte über Zypern abgewickelt haben.

Wie eng die Verflechtung mit dem dortigen Finanzsystem ist, zeigt der Fall des Düngermagnaten Dmitrij Rybolowlew. Der Unternehmer hat vor über zwei Jahren seinen Anteil an der Bank of Cyprus auf knapp zehn Prozent aufgestockt. Damit ist der Russe, dessen Vermögen auf neun Milliarden Dollar geschätzt wird, der größte Einzelaktionär des wichtigsten Geldinstituts des Mittelmeerraums.

Rybolowlew, heute 46, hatte in den neunziger Jahren in der sibirischen Region Perm den größten Kaliproduzenten des Landes aufgebaut. 1996 saß er wegen



MICHAIL PROCHOROW (13,2 Mrd. Dollar)
Bei der Präsidentschaftswahl 2012 kam der sportliche Junggeselle, Politiker und Unternehmer auf fast acht Prozent.



WLADIMIR LISSIN (15,9 Mrd. Dollar)
Medienscheuer Unternehmer, begeisterter Jäger und Vizepräsident des Russischen Olympischen Komitees.



JELENA BATURINA (1,1 Mrd. Dollar)
Die Baulöwin lebt in London, seit sie und ihr Ehemann, der entlassene Oberbürgermeister von Moskau, vom Kreml der Korruption bezichtigt wurden.



DMITRIJ RYBOLOWLEW (9 Mrd. Dollar)
Der studierte Mediziner und Sportfan wurde in der Düngerbranche reich und lieferte sich jüngst einen teuren Scheidungskrieg.



WAGIT ALEKPEROW (13,5 Mrd. Dollar)
Ehemaliger Vize-Ölminister der UdSSR, heute steht er Lukoil vor, dem größten privaten Ölkonzern Russlands.

OBERE REIHE: GETTY IMAGES; DAPD; AG. FOCUS; ZUMA PRESS / ACTION PRESS; MITTLERE REIHE: AG. FOCUS; NASA MODIS / DPA; AFP (V.L.N.R.)

„Wir sind keine Steueroase“

Der zyprische Finanzminister Vassos Shiarly, 64, verteidigt die Bitte seines Landes um europäische Rettungsmilliarden und wehrt sich gegen Vorwürfe, die weltweite Geldwäsche zu fördern.

SPIEGEL: Herr Minister, Zypern hat einen Antrag auf Milliardenhilfen aus dem europäischen Rettungsschirm gestellt, gegen den sich großer Widerstand formiert. Glauben Sie, dass Ihre europäischen Kollegen die Mittel bewilligen?

Shiarly: Ich habe ein sehr gutes Verhältnis zum lieben Gott. Ich habe lange mit ihm gesprochen, doch er hat mir nicht geantwortet. Aber im Ernst: Wir haben alles getan, was in unserer Macht steht, um diese Entscheidung herbeizuführen.

SPIEGEL: Wie haben Sie das genau gemacht?

Shiarly: Wir haben monatelange schwierige Verhandlungen mit der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds hinter uns. Alles, was wir dabei als Voraussetzungen für das Hilfsprogramm verabreden haben, hat unser Parlament bereits beschlossen. Und zwar mit großer parteiübergreifender Einigkeit, was mir angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen jetzt im Februar besonders wichtig ist.

SPIEGEL: Mit den Hilfen würde die Staatsverschuldung Zyperns auf weit über 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts katalpultiert. Das gilt als kritische Grenze, ab der Staaten sich nicht mehr selbst finanzieren können. Brauchen Sie nicht einen Schuldenschnitt wie Griechenland?

Shiarly: Es gibt keine magische Schwelle, ab der ein Staat seine Schulden nicht mehr allein zurückzahlen kann. Das ist von Land zu Land unterschiedlich. Wir gehen davon aus, dass unser Wachstum in den nächsten Jahren wieder anzieht und unser Haushaltsdefizit sinkt.

SPIEGEL: Nach einem Schuldenschnitt müsste Ihr Land viel weniger Zinsen zahlen. Würde das Ihr Leben als Finanzminister nicht wesentlich erleichtern?

Shiarly: Nein, denn die zyprischen Staatsanleihen halten vor allem zyprische Banken. Bei einem Schuldenschnitt gerieten unsere Banken endgültig in Schieflage, und wir müssten sie mit staatlichem

Geld stützen. Da wir uns das leihen müssten, wäre für uns nichts gewonnen.

SPIEGEL: Zypern hat einen aufgeblähten Bankensektor, dessen Bilanzsumme mehr als achtmal so groß ist wie die Wirtschaftskraft des Landes. Wie wollen Sie den gesund schrumpfen?

Shiarly: Die Finanzindustrie ist der Kern unseres Dienstleistungssektors, und sie bleibt wichtig für uns. Die Banken müssen nicht im Inland schrumpfen. Statt-



Minister Shiarly: „Zukunft als seriöses Finanzzentrum“

dessen sollten sie große Teile ihres Auslandsgeschäfts abstoßen. Sie haben viel Geld investiert, etwa in Griechenland, Russland, der Ukraine, selbst in Australien. Wir bauen das bereits ab und werden damit in diesem Jahr ein gutes Stück vorankommen.

SPIEGEL: Der Bundesnachrichtendienst (BND) wirft Ihnen in einem Bericht vor, Zypern sei eine Drehscheibe für Geldwäsche – von der vor allem russische Oligarchen profitierten. Werden Sie sich auch von diesem Geschäft trennen?

Shiarly: Diese Gerüchte begegnen uns immer wieder, aber auch durch Wiederholung werden sie nicht wahr. Als wir 2004 der EU beitraten, haben wir alle geforderten Regelungen und Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche umgesetzt. Bei allen Kontrollen von verschiedenen internationalen Organisationen hat Zypern in den vergangenen Jahren gute Zensuren erhalten.

SPIEGEL: Und wie kommt der BND dazu, Ihnen solche Vorwürfe zu machen?

Shiarly: Niemand hat bisher belegt, dass wir gegen die Regeln verstoßen oder sogar Geldwäsche fördern. Das gilt auch für den Informationsaustausch mit ausländischen Steuer- oder Strafverfolgungsbehörden. Wir haben bislang jede Anfrage beantwortet. Ich habe meine europäischen Kollegen persönlich mehrfach aufgefordert, mir konkrete Fälle zu nennen, in denen wir nicht geholfen haben. Niemand konnte mir einen einzigen Fall

präsentieren. Geldwäsche gibt es überall, bei uns, aber auch in Deutschland. Es geht darum, dass man sie resolut bekämpft.

SPIEGEL: Aber genau das ist der Vorwurf, dass Sie die Geldwäsche eben nicht resolut bekämpfen.

Shiarly: Wir müssen demonstrieren, dass es uns wirklich ernst ist. Wir kennen die kritische Wahrnehmung im Ausland und wollen sie aus der Welt schaffen, indem wir besser und schneller die internationalen Vereinbarungen umsetzen als andere Länder. Wir sehen unsere Zukunft als se-

riöses Finanzzentrum, deshalb wollen wir künftig bei der Finanzmarktregulierung einen Schritt weiter sein als unsere europäischen Partner.

SPIEGEL: Wenn Geldwäsche in Ihrem Land angeblich kein Problem ist, erklären Sie uns doch bitte, warum ausgerechnet das kleine Zypern mit Abstand größter Direktinvestor in Russland ist?

Shiarly: Das ist ganz einfach. Wir haben traditionell sehr gute und enge Beziehungen zu Russland. Es gibt seit langem ein Doppelbesteuerungsabkommen, das Investoren Rechtssicherheit bietet. Zudem haben wir ein einfaches und attraktives Steuersystem. Das bewirkt, dass Russen gern bei uns Geld anlegen, das sie später wieder zu Hause investieren.

SPIEGEL: Fast jeder namhafte Oligarch Russlands hat Firmen in Zypern. Und darunter soll kein Schwarzgeld sein?

Shiarly: Nicht nur die Russen haben Zypern für sich als Finanzplatz entdeckt. Aber man sollte das nicht direkt in Zusammenhang mit illegalen Aktivitäten

THERRY MONASSE / POLARIS / LAIF

stellen. Russen haben auch in anderen Ländern große Vermögen angelegt und geschäftliche Aktivitäten, aber niemand klagt diese Länder an. Es gibt keinen Zweifel, dass die Vorwürfe an uns überzogen sind. Wichtig ist, dass man das Problem ernst nimmt, und das tun wir.

SPIEGEL: Dennoch, was Sie ein attraktives Steuersystem nennen, bezeichnen andere als Steuerdumping. Deutsche Politiker fast aller Parteien machen ihre Zustimmung zu Hilfen davon abhängig, dass Sie Ihren Unternehmensteuersatz von zehn Prozent kräftig erhöhen.

Shiarly: Unser Steuersystem ist einer unserer wenigen Standortvorteile. Das war schon so, als wir der EU beigetreten sind. Damals wurde das intensiv diskutiert, aber niemand warf uns Steuerdumping vor. Wenn es damals keines war, kann es auch heute keines sein.

SPIEGEL: Wo verläuft die Grenze zwischen Steuerwettbewerb und Dumping?

Shiarly: Das kann Ihnen keiner genau sagen. Aber eines versichere ich Ihnen: Zypern ist keine Steueroase. Steueroasen haben zwei Merkmale: einen Steuersatz nahe null, und niemand fragt Sie, woher Ihr Geld kommt. Beides ist bei uns nicht der Fall.

SPIEGEL: In vielen EU-Ländern liegen die entsprechenden Steuertarife aber bei 30 Prozent oder mehr. Da sind 10 Prozent vergleichsweise niedrig.

Shiarly: Wir haben keine nennenswerte Industrie, unsere einzige Chance sind Dienstleistungen, und dafür müssen wir Kapital anlocken. Es profitiert die ganze EU, wenn sich Russen oder Chinesen auf Zypern mit ihren Firmen niederlassen. Im Übrigen zählt nicht der nominelle Steuersatz, sondern die tatsächliche Belastung. Viele Länder mit scheinbar hohen Tarifen bieten ihren Steuerzahlern zahlreiche Schlupflöcher und Ausnahmen. So werden aus 30 Prozent sehr schnell 10 Prozent und weniger. So etwas gibt es bei uns nicht. 10 Prozent sind auf Zypern 10 Prozent.

SPIEGEL: Die EU-Finanzminister wollen erst im März über Ihren Antrag entscheiden. Wie kommen Sie bis dahin finanziell über die Runden?

Shiarly: Alle kurzfristigen Verbindlichkeiten für die kommenden drei Monate sind finanziert. Die Defizite werden im ersten Quartal 2013 gering ausfallen. Sie sind zudem durch heimische Banken und staatliche Unternehmen gedeckt. Angesichts der unsicheren Lage ist eine schnelle Entscheidung der Euro-Gruppe notwendig, um das Vertrauen der Märkte zu stabilisieren.

INTERVIEW: MARKUS DETTMER,
CHRISTIAN REIERMANN



Hafen in Südypern: „Einfallstor für Geldwäscheaktivitäten“

des Verdachts, in die Ermordung eines anderen Unternehmers verwickelt zu sein, elf Monate im Gefängnis. 2008 erwarb Rybolowlew vom amerikanischen Immobilien-Tycoon Donald Trump ein 100-Millionen-Dollar-Anwesen in Palm Beach, Florida. 2011 gönnte sich der Sportfan den traditionsreichen Fußballclub AS Monaco, ihm gehört eine 110-Millionen-Dollar-Yacht, zu seiner exquisiten Gemäldesammlung zählen Bilder von Modigliani, van Gogh und Picasso.

Aber nicht nur Steuerflüchtlinge zieht es auf die Insel. „Ein klassischer Weg, kriminelle russische Gelder zu waschen, geht erst über Briefkastenfirmen etwa in der Karibik und dann über Konten in Zypern“, sagt Mark Pieth, Schweizer Strafrechtler und Vorsitzender der OECD-Arbeitsgruppe gegen Bestechung. Als Beispiel gilt die Affäre um den russischen Anwalt Sergej Magnizki, der 2009 im Alter von 37 Jahren in einem Moskauer Gefängnis unter dubiosen Umständen zu Tode gefoltert wurde – offenbar, weil er einen großangelegten Korruptionsfall aufgedeckt hatte, den das Regime vertuschen wollte.

Insgesamt 230 Millionen Dollar sollen russische Beamte im Rahmen der Affäre beiseitegeschafft haben, 30 Millionen sind dabei angeblich über zyprische Banken ins Ausland geflossen. Davon jedenfalls ist Magnizkis früherer Arbeitgeber, der Finanzinvestor Bill Browder, überzeugt, der mit einem halben Dutzend Mitarbeitern seit Jahren akribisch den Mord und seine Hintergründe untersucht. Die Schweiz hat auf Basis seiner Recherchen Bankkonten gesperrt, und die USA ver-

bieten russischen Beamten, die in den Fall verwickelt sind, jüngst die Einreise, wogegen die Putin-Regierung heftig protestierte. Doch die für Geldwäsche zuständigen zyprischen Behörden hätten nach einer entsprechenden Strafanzeige im Juli 2012 erst einmal „monatlang nichts von sich hören“ lassen, sagt Browder.

Zyprische Ermittler weisen den Vorwurf zurück. Bereits im Herbst habe der Generalstaatsanwalt ein Verfahren eingeleitet, das noch immer laufe. Allerdings seien die Ermittlungen komplex.

Dass Zypern ein „Einfallstor für Geldwäscheaktivitäten in der EU“ sei, hatte jedoch auch der BND in seinem Zypern-Bericht vom vergangenen Herbst festgestellt. In dem Land seien anonyme Konteneröffnungen „relativ einfach möglich“ und die Kontrollpflichten unzureichend. Anwälte und Treuhänder hätten sich dort auf Finanzdienstleistungen spezialisiert, die auch „zur Verschleierung illegal erwirtschafteter Gelder genutzt werden“. Pikanterweise beruhen die BND-Erkenntnisse nicht zuletzt auf Informationen russischer Behörden.

Zudem beklagen deutsche Ermittler die enormen Hürden bei der Rechtshilfe. „Die stellen so hohe Anforderungen an die Anfragen und wollen so viel wissen, dass wir gleich sämtliche Erkenntnisse auf den Tisch legen könnten“, sagt Sebastian Fiedler, der Geldwäscheexperte des Bundes Deutscher Kriminalbeamter.

Zypern hat an den internationalen Finanzdienstleistungsexporten lediglich einen Anteil von einem Prozent. Doch auf dem Financial Secrecy Index, einer Art internationaler Hitparade der Geldwä-

scheaparadiese und Steueroasen, rangiert das Land im oberen Drittel. Der Schweizer Geldwäscheexperte Mark Pieth sagt: „Die Kontrollen und die Bankenaufsicht sind sehr schlecht dort. Formal werden viele Auflagen eingehalten, aber in der Praxis sieht es anders aus.“

Die zyprische Regierung hingegen betont, mit dem Eintritt in die EU 2004 habe das Land alle Verordnungen und Gesetze zur Bekämpfung der Geldwäsche verabschiedet und neue Behörden ins Leben gerufen. Unabhängige Prüfinstitute und internationale Organisationen haben Zypern immer wieder entsprechende Zeugnisse ausgestellt, und auch die bislang geforderten Maßnahmen der Troika hat das Parlament verabschiedet.

Entscheidend aber ist, dass das Land die vielen Vorschriften auch konsequent umsetzt und bereit ist, die entsprechenden Folgen zu tragen. „Wenn Zypern Geldwäsche konsequent sanktioniert, steht das Geschäftsmodell des ganzen Landes als steuerlich attraktiver Holding-Standort in Frage“, sagt der Steuerexperte einer großen Frankfurter Kanzlei.

Europas Rettungspolitiker sind deshalb entschlossen, den Druck auf die Regierung in Nikosia zu verstärken. Viele ausländische Anleger in Zypern verschleiern ihre Identität, heißt es in den internen Papieren der Euro-Finanzminister, etwa ein Drittel der Anleger sind den zyprischen Behörden nicht bekannt. Außerdem stört die Euro-Retter, dass Zypern die Anleger mit allzu niedrigen Steuersätzen lockt. Bislang müssen Firmen auf der Insel nur zehn Prozent ihrer Gewinne an den Staat abführen.

Das zuständige EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen fordert nun weitere Zugeständnisse der zyprischen Regierung. „Das vorliegende Memorandum ist ein Entwurf, es gibt bisher keine politische Zustimmung der Euro-Gruppe“, sagt Asmussen. Um die zu erreichen, müsse die Erklärung an entscheidender Stelle nachgebessert werden. „Mein Eindruck ist, dass eine verbesserte Transparenz des Finanzsektors für die Zustimmung zum Programm in den Partnerländern entscheidend sein wird“. Von diplomatischen Floskeln bereinigt heißt die Botschaft: Zypern soll die Geldwäsche beherzter bekämpfen, aber auch seine Unternehmensteuern erhöhen.

Im Zweifel gebe es eben kein Hilfsprogramm, geben deutsche Regierungsvertreter zu verstehen und wählen für ihre Botschaft den zynischen Jargon der internationalen Rettungspolitik. Zypern, sagen sie, sei nur „von überschaubarer Systemrelevanz“.

MARKUS DETTMER, MARTIN HESSE,
CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN,
MATTHIAS SCHEPP, FIDELIUS SCHMID,
CHRISTOPH SCHULT, ANNE SEITH,
ANDREAS ULRICH

Hinter Plexiglas

Die Ausschreitungen in Belfast zeigen, wie brüchig der Frieden ist. In den Arbeitervierteln wächst eine Generation heran, die sich unverstanden fühlt.

Raymond Lavery will gerade anfangen, über die verfahrenene Lage zu reden, als drei Meter entfernt ein Knall die Luft zerreißt, vermutlich ein Böller. Die Explosion ist so laut, dass jeder normale Mensch in Deckung ginge. Lavery zuckt nicht einmal zusammen.

Er steht im Osten von Belfast vor einer der vielen Mauern, die Katholiken und Protestanten trennen. Lavery, 52, kümmert sich als Mitarbeiter des „Inner East“-Jugendprojekts um Jungen und Mädchen auf der protestantischen Seite der Mauern. Sein Büro liegt in der Nähe jener Straßenzüge, in denen seit Wochen Holzpaletten, Mülltonnen und Autos brennen. Lavery sagt: „Die Flagge war nur der Anlass.“

Am 3. Dezember hatte der Stadtrat von Belfast beschlossen, die britische Flagge abzunehmen, die über dem Rathaus wehte. Künftig soll sie nur noch zu besonderen Anlässen an 18 Tagen im Jahr gehisst werden. Die Protestanten sahen in dem Beschluss eine weitere Niederlage gegen die immer mächtiger werdenden Katholiken. Wenig später marschierten über tausend Protestanten vor das Rathaus, darunter Lavery. „Unsere Flagge hat 106 Jahre lang geweht. Warum nehmen die sie ausgerechnet jetzt ab?“, fragt er.

Er läuft an Häusern vorbei, deren Fenster längst nicht mehr aus echtem Glas, sondern aus Plexiglas sind, dem eigentlichen Symbol des ewigen Konflikts. Wer in Belfast wissen will, ob er sich in einer ungemütlichen Gegend befindet, muss nur auf die Fensterscheiben achten.

Lavery wuchs im Osten auf, er ist den Krieg gewohnt. Bis in die achtziger Jahre kämpfte er auf der Seite der Protestanten, er wurde zweimal angeschossen und saß zwei Jahre im Gefängnis. Auf seinen Rücken hat er sich die Gesichter historischer Figuren der Ulster Volunteer Force stechen lassen, einer paramilitärischen Gruppierung, die bis zum offiziellen Ende ihres Kampfes vor sechs Jahren die Katholiken attackierte. Nach der Entlassung aus

dem Gefängnis wurde Lavery Sozialarbeiter.

Seit 17 Jahren leitet er das Jugendprojekt. Die meisten seiner Klienten sind zwischen 12 und 25 Jahre alt und stammen aus Familien, die nicht ein Problem haben, sondern gleich ein halbes Dutzend. „Viele von ihnen werden niemals in ihrem Leben einen Job finden“, sagt er. Vor allem junge Leute aus Arbeiterfamilien seien zunehmend frustriert, weil sie noch weniger Chancen hätten als ihre Väter. Aber erst mit dem Flaggenbeschluss sei die Frustration der Jungen in Wut und Gewalt umgeschlagen.

Lavery würde sie gern davon abhalten, Steine und Brandbomben auf Häuser und Polizeiwagen zu schleudern. Aber im Moment kann er der Anziehungskraft der Straße nichts entgegensetzen. „Die Krawalle sind aufregender“, sagt er. Die Sozialarbeiter laufen jetzt mit bei den Pro-

testen, auch wenn sie die Feuer genauso wenig löschen können wie die protestantischen Parteien DUP und UUP.

Lange konnten die ihre Anhänger auf Frieden ein schwören, seit einiger Zeit aber verlieren sie vor allem in den Arbeitervierteln die Unterstützer. Nicht ausgeschlossen ist, dass die alten protestantisch-loyalistischen Paramilitärs die Jüngeren aufhetzen. Vergangene Woche sagte der nordirische Polizeichef, Mitglieder der Ulster Volunteer Force koordinierten die Proteste. Lavery hält das für Unsinn und gibt stattdessen der Polizei einen Teil der Schuld: Er habe selbst beobachtet, wie ein Polizist einen friedlichen Demonstranten mit dem Schlagstock verprügelte.

Vor dem Büro der konfessionsübergreifenden Allianz-Partei an der Upper Newtownards Road steht ein Dutzend Demonstranten im Nieselregen, es sind vor allem junge Männer. Sie machen die

Partei für das Flaggendesaster mitverantwortlich, weil sie sich auf die Seite der Katholiken geschlagen hat.

Karl ist 16, seine Freunde nennen ihn Kay-Dee. Er besucht eine Berufsschule, später will er Sport studieren, vorausgesetzt, er schafft es an die Universität. Im Moment sieht es nicht danach aus. Seine Mutter arbeitet in einem Schönheitssalon, seinen Vater kennt er nicht. Er finde es furchtbar, sagt Kay-Dee, dass die Fahne nicht mehr über dem Rathaus wehe: „Jeder braucht etwas, an das er glauben kann.“

Woran glaubt er?

„Ans Königreich.“

Neben ihm zittert Aaron in der Kälte. Aaron ist 17, etwas korpulenter und der Einzige daheim, der Geld verdient, als Lehrling in einer Verpackungsfabrik. Bislang hat er keine Demonstration verpasst, seine Kurzfilme stellt er auf YouTube. Aaron sagt, er befürchte, dass die Katholiken in Nordirland so mächtig werden könnten, dass bald kein Platz mehr für Protestanten wie ihn bleibe: „Eines Tages nehmen sie uns alles.“

Kay-Dee und Aaron kennen die großen Unruhen nur aus Erzählungen. Aber sie sind in dem Bewusstsein aufgewachsen, dass sie für ihre britische Identität bestraft würden. Ihre Zukunft ist so grau wie der Himmel über Belfast. Die britische Flagge gab ihnen bisher vor allem eines: das Gefühl von Zugehörigkeit. Abends, wenn wieder die Barrikaden brennen, sieht man Jungs im Alter von Kay-Dee mit Steinen, Golfbällen und Brandsätzen. Bilder wie aus alten Zeiten, nur die Gewalttäter sind jünger, manchmal sogar erst zehn Jahre alt.

CHRISTOPH SCHEUERMANN



Ausgebranntes Auto: „Eines Tages nehmen sie uns alles“



Sozialarbeiter Lavery: „Die Flagge war nur der Anlass“

DIPLOMATIE

Im Sprachkorsett

Selten war das Verhältnis zwischen Berlin und Jerusalem so angespannt wie heute.
Wo sind die Grenzen deutscher Kritik an Israel?

Misstraut Angela Merkel dem Volk, das sie regiert? Sind ihr die Deutschen unheimlich? Ende Oktober 2011 steht die Kanzlerin auf einer Bühne in der Akademie des Jüdischen Museums in Berlin neben Daniel Barenboim. Das Festkonzert ist verklungen, soeben hat Merkel vom Direktor des Museums den „Preis für Verständigung und Toleranz“ verliehen bekommen, es ist eine von vielen Auszeichnungen, die sie von jüdischen Institutionen erhalten hat.

Zuletzt bekam sie den Heinz-Galinski-Preis der Jüdischen Gemeinde Berlins, den Preis „Licht für die Völker“ des American Jewish Committee und die Ehrendoktorwürde der Universität Tel Aviv. Merkel spricht ein paar freundliche Worte, sie sagt, dass der Preis Ehre und Verpflichtung zugleich sei. Dann zitiert sie eine Studie, wonach 60 Prozent der Europäer – auch die Deutschen – der Meinung sind, dass von Israel die größte Bedrohung für den Weltfrieden ausgeht.

Wer Merkels Logik folgt, kann zu dem Ergebnis kommen: Zwei Drittel der Deutschen hegen antisemitische Ressentiments. Ist das wirklich ihre Meinung? Oder will sie, wie sie in ihrer Rede sagt, nur vor einem Erstarken des Antisemitismus warnen?

Merkels Rede führt mitten ins Minenfeld des Verhältnisses von Juden und Deutschen, von Deutschland und Israel. Natürlich ist es abwegig, Israel zum größten Aggressor der Welt zu stempeln. Aber ist das schon Antisemitismus? Wo endet sachliche Kritik, wo beginnt Diffamierung? Der Streit über die Kolumnen von Jakob Augstein hat diese Debatte neu entflammt. Das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles hatte den Journalisten auf eine Liste der schlimmsten Antisemiten der Welt gesetzt.

Es sind zwei Diskurswelten entstanden in den vergangenen Jahren, die der Politik und die der Bürger. Die meisten Politiker halten sich bei ihren Reden aus nackter Angst am Geländer offizieller Sprachstanzen fest. Gerade den Bundestagsabgeordneten ist noch der Fall von Philipp Jenninger in Erinnerung, der in einer Gedenkrede zur Pogromnacht missverständlich über die NS-Zeit sprach. Binnen 24 Stunden war er sein Amt als Bundestagspräsident los. Die Bürger wiederum sind ermüdet vom Sprachkorsett der deutsch-israelischen Freundschaft.

Natürlich braucht jede Gesellschaft Tabus. In Deutschland gehört das Leugnen des Holocaust genauso dazu wie das Rütteln am Existenzrecht Israels. Aber muss nicht jede Zeit auch ihre eigene Sprache finden? Der Zweite Weltkrieg ist seit sechs Jahrzehnten vorbei, die Generation der Täter stirbt aus. Deutschland ist inzwischen einer der engsten Verbündeten Israels, das belegen schon die milliarden-schweren Waffenlieferungen aus der Bun-

Kanzlerin Merkel in der Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem 2007

URIEL SINAI / GETTY IMAGES

desrepublik. Berechtigt das nicht zu offenen Worten, wenn nötig gar zu scharfer Kritik?

Die Kanzlerin ist nicht dieser Meinung, so viel ist klar. Wie kein anderer Regierungschef hat sie Deutschland an die Seite Israels geführt, manche halten das Bemühen um die Aussöhnung mit den Juden für die einzig wirkliche Überzeugung der Kanzlerin. „Das ist für sie ein persönliches Anliegen“, sagt Deidre Berger, die das Berliner Büro des American Jewish Committee leitet. Schimon Stein, der ehemalige Botschafter Israels, war sogar privat in Merkels Wochenendhaus in der Uckermark eingeladen.

2008 erklärte Merkel vor der Knesset die Sicherheit Israels zum „Teil der deutschen Staatsräson“, aber spektakulär war erst der Satz, der darauf folgte: „Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“ Merkel, so musste man die Kanzlerin verstehen, sicherte Israel für den Notfall auch militärische Hilfe zu.

„Ein deutscher Politiker muss ein Vertrauensverhältnis zu Israel aufbauen, damit die Kritik in Jerusalem nicht missverstanden wird“, sagt der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz. Das hat die Kanzlerin getan. Trotzdem monierte sie die israelische Siedlungspolitik allenfalls leise. Die Wirkung blieb aus. Im Kanzleramt ist man frustriert, weil die Argumente bei Premierminister Benjamin Netanjahu keinerlei Widerhall finden.

Merkels bedingungslose Solidarität mit Israel hat sich nicht ausgezahlt, aber sie hat eine Distanz entstehen lassen zu vielen Bürgern, die der Kanzlerin dabei nicht folgen wollen. Wie groß der Graben ist, zeigte sich zuletzt bei der Debatte um das Gedicht von Günter Grass, in dem er Israel zum Aggressor im Nahen Osten machte und das Land zur Gefahr für den Weltfrieden ausrief. Kein Politiker von Rang sprang Grass bei. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte, er sei „entsetzt“ über das Gedicht, selbst Sigmar Gabriel erklärte: „Manches ist überzogen und in Teilen hysterisch.“ Umso stürmischer war die Unterstützung der Bürger. In den Parteizentralen stapelten sich die Briefe, die sich über die Zurechtweisung von Grass empörten.

Was bedeutet das? Sind die Deutschen ein Volk von Antisemiten, lauert an jeder Ecke, wie gerade der Autor Tuvia Tenenbom in seinem Buch „Allein unter Deutschen“ schreibt, die Fratze des Judenhasses?

Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Untersuchungen über Antisemitismus in der Bundesrepublik, über kaum etwas wurde so viel geforscht wie über das Ressentiment der Deutschen gegen die Juden. Die letzte große Studie erschien im Auftrag des Bundesinnenministeriums, sie umfasst 204 Seiten.

Die Frage ist nur, wie man eine Haltung misst, ein Gefühl. Was ist die Einheit für Hass? Ist Antisemit, wer sagt, die Juden hätten zu viel Einfluss in Deutschland? Oder wer zustimmt, dass die Juden sich um niemanden als um sich und ihre Gruppe kümmern?

Deutschland, so viel lässt sich sagen, liegt bei solchen Fragen eher im europäischen Mittelfeld, in Polen und Ungarn sind Ressentiments gegen Juden weiter verbreitet als in Deutschland. Insgesamt, so die Studie des Innenministeriums, bestehe bei 20 Prozent der Deutschen ein latenter Antisemitismus.

Man mag diese Zahl anzweifeln, die Forscher räumen ja ein, dass es auf diesem Feld keine klaren Messergebnisse geben kann. Sicher jedoch ist, dass der Antisemitismus der Deutschen eine Versuchung für die Politik ist; wer schnell Stimmen für seine Partei gewinnen will,

bedroht wie nie zuvor. Die Empfindlichkeit wächst. Gleichzeitig gibt es aus deutscher Sicht viele Gründe, die israelische Politik kritisch zu begleiten. Das Land hat sich verändert. Die demografische Entwicklung durch die Zuwanderung aus Osteuropa und Afrika hat einen politischen Rechtsruck bewirkt. Auf absehbare Zeit werden die Hardliner das Sagen haben.

Die Siedlungspolitik wird bald die Idee eines Palästinenserstaats unmöglich machen. Als Hans-Ulrich Klose, der Doyen der SPD-Außenpolitik, kürzlich einen politischen Kongress in Israel besuchte, traf er kaum noch einen Politiker, der sich für die Zweistaatenlösung einsetzte. Die aber hält Deutschland für den einzig gangbaren Weg zum Frieden im Nahen Osten. „Es war ernüchternd“, so Klose.

Was tun? Er halte es nach wie vor für richtig, wenn sich die Bundesregierung mit öffentlichen Ermahnungen zurückhal-

Alte Reflexe

Umfrage in ausgewählten Ländern, Zustimmung in Prozent

„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“



„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man Juden nicht mag.“



„Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.“



GfE-Europe-Projekt 2008, 1000 Befragte pro Land ab 16 Jahren

der spielt auf dem Klavier des antijüdischen Ressentiments.

Es ist ein gefährliches Spiel. Martin Hohmann hat das erlebt, als er im Zusammenhang mit Juden den Begriff „Tätervolk“ benutzte und deshalb von Merkel aus der Unionsbundestagsfraktion ausgeschlossen wurde. Auch die Geschichte von Jürgen W. Möllemann ging nicht gut aus, am Ende stürzte er sich in den Tod.

Zuvor aber trieb er ein Spiel, das nicht nur viele Wähler faszinierte, sondern auch seine Partei. So äußerte er in einem Interview Verständnis für palästinensische Selbstmordattentäter. Dem damaligen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, Michel Friedman, warf er eine „intolerante, gehässige Art“ vor.

FDP-Chef Guido Westerwelle ließ Möllemann lange gewähren. Erst als Hans-Dietrich Genscher und der Parteivorstand intervenierten, zog er die Notbremse und brach mit Möllemann. In Israel hat man das bis heute nicht vergessen. Dort steht der deutsche Außenminister wegen der Möllemann-Affäre noch immer unter besonderer Beobachtung.

Heute fühlt sich Israel durch Iran und die Entwicklungen in der arabischen Welt

te, sagt Klose. „Warum sollte sich ausgerechnet Deutschland zum Kritiker Israels aufschwingen?“

Manche jüngeren Politiker sehen das anders. Sie sind immer weniger bereit, sich an die alte Etikette zu halten. Deutschland habe eine historische Verantwortung, sagt Julia Klöckner, die 40-jährige Chefin der rheinland-pfälzischen CDU. „Aber das ist kein Blankoscheck für außenpolitische Kritiklosigkeit.“

Die Deutschen müssten unverkrampfter mit Israel umgehen, sagt Klöckner. „Wer inflationär die Keule des Antisemitismus-Vorwurfs auspackt, ist dann nicht mehr glaubwürdig, wenn es wirklich darauf ankommt.“

Unverkrampft. Antisemitismus-Keule. Darf man das sagen? Es könnte sein, dass Klöckner viel Ärger bekommen wird. Oder ganz viel Zuspruch.

CHRISTIANE HOFFMANN, RENÉ PFISTER

Lesen Sie auch auf Seite 122:

SPIEGEL-Streitgespräch zwischen dem Publizisten Jakob Augstein und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann

ISRAEL

Der Herr des Rings

Benjamin Netanjahu ist beliebt, weil er nichts ändern will. Ein Premier wie sein Volk, das keine Kompromisse mehr wagt, müde der Kritik von außen. Wird er wiedergewählt, könnte seine Regierung noch weiter nach rechts rücken.

Wenn Benjamin Netanjahu sein Land erklären will, erzählt er von diesem Ring. Es ist ein goldener Siegelring, der in einer Vitrine in seinem Büro liegt, ausgegraben nahe der Klagemauer in Jerusalem. 2800 Jahre alt soll er sein und einem jüdischen Beamten gehört haben. Auf dem Ring steht in hebräischer Schrift dessen Name: Netanjahu. „Das ist mein Familienname“, sagt Netanjahu dann. Sein Vorname sei noch tausend Jahre älter: Benjamin, der Sohn Jakobs. „Vor fast 4000 Jahren streifte dieser Benjamin durch die Hügel von Judäa. Die Verbindung zwischen dem jüdischen Volk und Israel kann man nicht leugnen.“ Der Siegelring ist Netanjahus Begründung dafür, dass Jerusalem unteilbar ist und Israel einen Anspruch auf dieses Land hat, in welchen Grenzen auch immer.

Fast wortgleich erzählt er es so, vor Abgeordneten in Washington, vor der Uno und gegenüber Journalisten.

Dabei wurde sein Vater als Benzion Mileikowski in Warschau geboren, erst in Israel gab er sich später den Namen Netanjahu, mit wenig Bescheidenheit. Denn Netanjahu, das heißt: von Gott gegeben.

Aber bei Benjamin Netanjahu wird aus einem Ring ein Recht, aus biblischem Anspruch heutige Politik. So ist es oft, wenn er redet. „Mythomaniac“ nennt ihn der Philosoph Aischai Margalit: ein Mann, getrieben von dem Gefühl, eine historische Mission zu erfüllen.

In seinem Wahlwerbespot tritt Netanjahu mit Kippa auf, man sieht die Klagemauer; er benutzt das Wort „jüdisch“ so oft, dass man kaum mitzählen kann. In einem anderen Video sind zwei seiner Reden zusammengeschnitten, eine vor dem US-Kongress, eine vor der Uno. „Vor 3000 Jahren regierte König David über den jüdischen Staat, in unserer ewigen Hauptstadt Jerusalem“, sagt da der Premier. „Das jüdische Volk ist heimgekehrt, wir werden uns nie wieder vertreiben lassen.“ So geht es weiter. Kein Programm, keinen Plan verkündet er, nur Gefühl.

Auch genau deshalb hat Netanjahu gute Chancen, in der kommenden Woche zum dritten Mal Premier zu werden. Das ist

bisher nur David Ben-Gurion gelungen, dem Gründervater. 81 Prozent der Israelis glauben, dass Netanjahu wiedergewählt wird, 64 Prozent halten ihn für den besten Kandidaten. Ausgerechnet jetzt, da der Nahe Osten in Aufruhr ist, Iran wohl weiter an seiner Bombe baut und die Hamas auch im Westjordanland stärker wird, könnte in Jerusalem jener Mann weitere vier Jahre regieren, der nicht Zukunft, sondern Vergangenheit verspricht.

Sein Erfolg sagt viel über den Gefühlszustand Israels aus. Denn der Premier ist der kleinste gemeinsame Nenner dieser verspäteten Nation, süchtig nach ständiger Selbstbestätigung, müde der unaufhörlichen Kritik von außen.

Es ist fast unmöglich, Benjamin Netanjahu zu sprechen, wer sich ihm nähern will, muss seine Berater und Mitarbeiter treffen. Vor allem ehemalige gibt es viele, und es ist kein Zufall, dass einige von ihnen jetzt seine Rivalen sind.

Israel Bachar war einer von ihnen, vier Jahre lang Netanjahus Chefstrategie, ein kühler Zahlenmann, der Netanjahus politische Wiederaufstehung organisierte. Und der jetzt die Schas-Partei berät, Netanjahus religiöse Konkurrenz.

Damals, nach seiner ersten desaströsen Amtszeit und der Abwahl 1999, galt Netanjahu als erledigt, als zu verhasst, um je wieder Premier zu werden. Doch nach Intifada und Libanon-Krieg sehnten sich die Israelis zurück nach „Mister Security“, und er schaffte ein für dieses Land so typisches Comeback. Bereits vor der Wahl 2009 schmiedeten Netanjahu und sein Strategie diese rechte Allianz mit dem Populisten Avigdor Lieberman von „Israel Beitenu“ und den Religiösen der Schas-Partei, die seither die Politik beherrscht. Zwar hatte Zippi Livni moderate Kadima-Partei bei der Wahl die meisten Stimmen bekommen, aber ihr fehlten die Koalitionspartner. So wurde Netanjahu Premier.

Sein Wahlsieg war auch der Beginn des Stillstands, denn seitdem ist da die Angst vor dem Koalitionsbruch, vor einer Wiederholung von 1999. Keinen Schritt macht er ohne Umfrage. „Netanjahu wird nichts unternehmen gegen die öffentliche Mei-

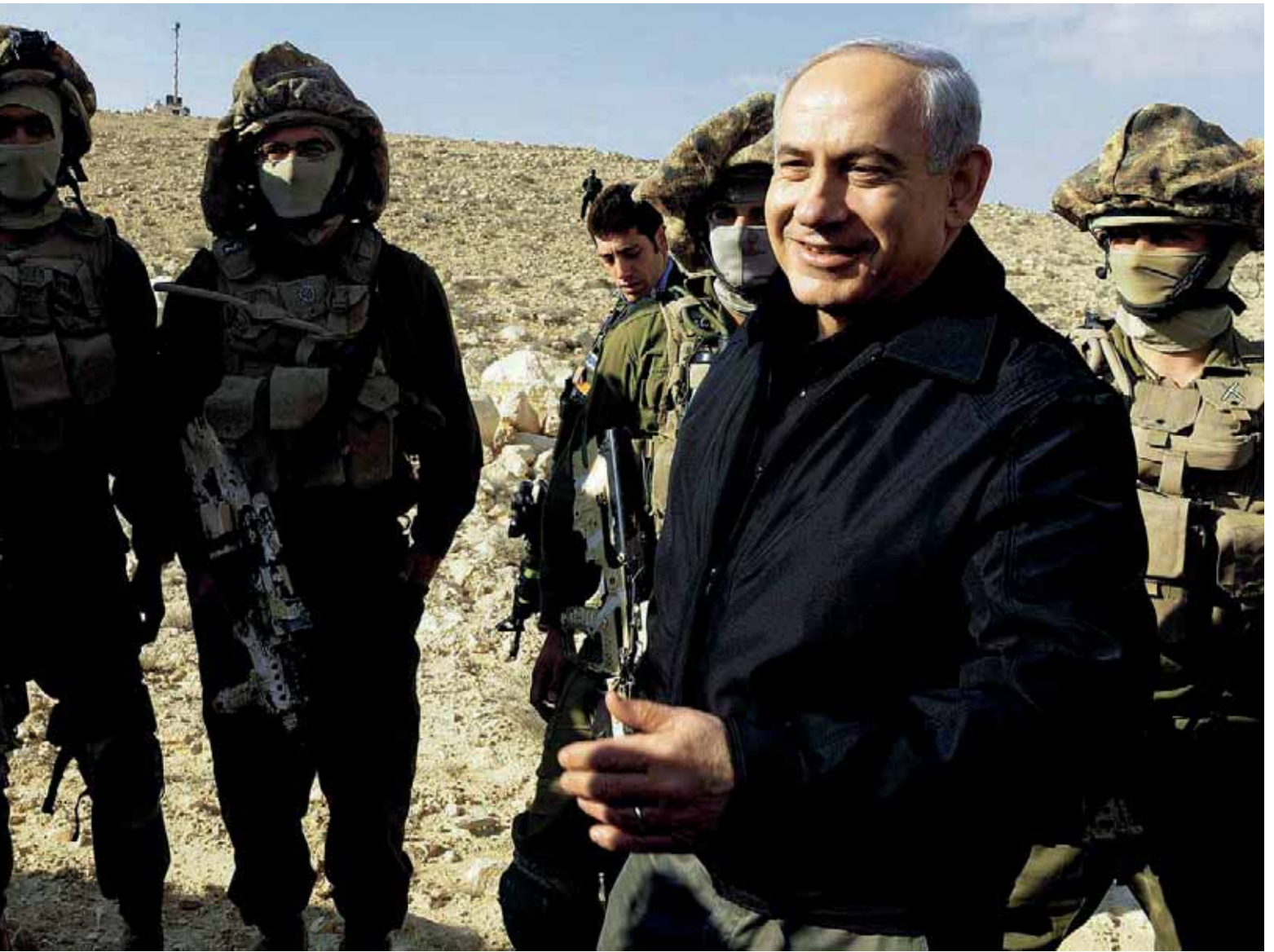


Wahlkämpfer Netanjahu an der Grenze zu Ägypten:

nung“, sagt Bachar. „Überprüf das“, sagt der Premier oft, er meint: Überprüf das in den Umfragen.

Israel Bachar war der, der Positionen vermaß, bis sich eine Mehrheit fand. So ist Netanjahu zu einem Premier geworden, wie sein Volk ihn will, millimetergenau auf die öffentliche Meinung eingepegelt. Und die lässt sich so zusammenfassen: Zwei Drittel aller Israelis wollen eine Vereinbarung mit den Palästinensern, gleichzeitig aber fürchten sie das Risiko. Die meisten halten den Konflikt für nicht lösbar, wollen aber auch nicht mit der kognitiven Dissonanz leben, Demokratie und Besatzungsmacht zugleich zu sein. So blenden sie Konflikt und Kritik lieber gleich ganz aus.

Deswegen passt ihnen Netanjahus Politik der Bequemlichkeit. Eine Politik, die nicht an Chancen glaubt, sondern lieber die Risiken betont. So ist der verständliche Wunsch nach Sicherheit zum kollektiven Mantra geworden, ein wenig vielleicht auch zur Ausrede. Seine Wähler fragen ihn nicht, warum es noch immer keinen palästinensischen Staat gibt. Es



Kein Schritt ohne Umfrage, so hat er sich millimetergenau auf sein Volk eingependelt

reicht, Verhandlungen angeboten zu haben, schuld am Scheitern sind andere.

Es entstand dieser Konsens-Premier, der sich als Hardliner gibt, aber auch ein Zauderer ist, der sich unter öffentlichem Druck biegt. Er ließ tausend Gefangene frei für einen entführten Soldaten, obwohl er ein ganzes Buch der These gewidmet hatte, dass der Staat sich nicht erpressen lassen dürfe. Er schloss Waffenstillstand mit der Hamas, dabei wollte er nie mit Terroristen verhandeln. Er hielt eine Rede für die Zweistaatenlösung und baute weiter demonstrativ Siedlungen. Wenn Ideologie und Gesetzestreue sich nicht vereinbaren ließen, wurden auch mal illegale Siedlerhäuser in Stücke gesägt, um sie anderswo wieder aufzubauen.

Seine Vorsicht hat auch Vorteile: Netanjahu hat trotz aller Drohungen keinen Krieg geführt, abgesehen von der Gaza-Luftoffensive; und er hat eine relativ moderate Siedlungspolitik verfolgt, zwar mit vielen Neubauten in Ostjerusalem, aber kaum welchen tief im Westjordanland.

Ruhe und Stabilität, das verkauft er als seine Erfolge, aber sie sind ein Geschenk

seiner Vorgänger. Er hat dieses Geschenk aufgebraucht, ohne Neues zu schaffen.

Stattdessen hat er durch sein Lavieren die reaktionären Kräfte gestärkt, Israel isoliert und die Chance für einen Kompromiss mit den Palästinensern untergraben. Die Spannungen zwischen Armen und Reichen, zwischen Säkularen und Religiösen sind gewachsen. Als seine Regierung sich im Mai mit der Kadima zusammentat, hätte er eine Mehrheit für weitreichende Reformen gehabt. Aber er tat nichts, zwei Monate später zerbrach die Koalition. Weil es dem Machttaktiker Netanjahu wichtiger war, die Opposition zu zermalmern, als Veränderungen zu wagen.

„Nur wenn es um unsere Existenz geht, wird er einen Kompromiss mit den Palästinensern suchen“, sagt Israel Bachar, der einstige Chefstrategie. Alles andere seien Manöver, auch die Rede vom Sommer 2009, in der er zwei Staaten versprach.

Mit seiner schmerzfreien Politik hat Netanjahu jenes Umfragehoch erreicht, das seit fast drei Jahren anhält – und das in einem Land, das seine Anführer so lust-

voll zerreibt wie kaum ein anderes. Gerade deswegen ist das auch kein Zufall.

Als einziger Premier hat Netanjahu seine eigene Zeitung. „Israel Hajom“, genannt „Bibiton“, zusammengesetzt aus „Bibi“ für Benjamin und „Iton“, Hebräisch für Zeitung. Eine kostenlose Premierspostille, ein viele Millionen Dollar teures Geschenk seines Gönners, des jüdischen US-Milliardärs Sheldon Adelson. Noch dazu macht das Blatt den anderen, kritischeren Tageszeitungen das Überleben schwer. Sehr wichtig sei „Israel Hajom“ gewesen, sagt Israel Bachar mit Nachdruck. „Netanjahu wollte ein Organ, das seine Position verkündet.“

Außerdem hat der Premier die Staatsmedien mit seinen Leuten besetzt, Journalisten die Arbeit mit einem Verleumdungsgesetz schwerer gemacht und unabhängige Organisationen mit neuen Spendenregeln ausgebremst. So hat er die Medien gezähmt, die Opposition geschwächt und Israel zu einem Land gemacht, dessen Führung Kritik immer weniger schätzt.

Der Premier ist überzeugt, dass er sein Land lediglich besser erklären müsse, da-

mit es verstanden wird. Ein Glaube, der in Israel sogar ein eigenes Ministerium hat, für öffentliche Diplomatie. Er tritt auf wie der oberste Pressesprecher der Nation, seine Überzeugung lautet: Die ganze Welt ist gegen uns. Wobei Israel meist ein Leuchtturm der Menschenrechte ist, umgeben von finsternem Mittelalter. Seine Reden sind wie ein Kaminfeuer, an dem sich seine Bürger wärmen können.

Er beherrscht nur das Pathos. Trifft er krebskranke Kinder, dann sagt er, sie sollten die Hoffnung bewahren, denn „das ist die Geschichte unseres Volkes, das ist, was uns Kraft gibt“. Und nachdem eine ganze Siedlerfamilie brutal getötet wurde: „Sie morden, und wir bauen.“

Netanjahu ist ein Mechaniker der menschlichen Gefühle. „Er ist kein Mensch“, sagt ein früherer Berater. Das ist Jiddisch, es bedeutet: Er ist keiner, mit dem man befreundet sein will. „Netanjahu hat keinen Selbsthumor, er fragt nie,

sen, studierte in Harvard, arbeitete bei Boston Consulting. Noch immer berät ihn der Strategie Arthur Finkelstein von New York aus; 96,8 Prozent seiner Wahlspenden kommen aus dem Ausland. „Er interessiert sich nicht für Soziales oder Bildung, nur für internationale Diplomatie.“

Seine Lebensaufgabe sieht Netanjahu darin, die iranische Atombombe zu verhindern. „Er glaubt wirklich, was wir Juden zu Pessach rezitieren: Es gibt in jeder Generation einen, der die Juden zerstören will“, das sagt ein anderer Mitarbeiter des Premiers. In dieser Generation sei das der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad. Und Netanjahu sehe sich als der Auserwählte, der sein Volk rette; als ein zweiter Winston Churchill, sein großes Vorbild: der Mann, der den Wahnsinn Adolf Hitlers vorhersah.

Der Holocaust bestimme sein Denken wie nichts anderes, das sagen alle, die Netanjahu kennen. Kein Wunder, wenn man

giöse erkaufte, hat er die Extremisten gestärkt. Und jetzt sieht es so aus, als würde Netanjahu die rechten Geister, die er rief, nicht mehr los. In seiner Likud-Partei geben inzwischen Leute wie der Rechtsnationalist Mosche Feiglin den Ton an, der Palästinensern Geld geben will, damit sie das Land verlassen. Der Siedler und Populist Avigdor Lieberman, mit dem Netanjahu ein Wahlbündnis eingegangen ist, wird bereits als sein Nachfolger gehandelt. Und dann ist da Naftali Bennett, sein größter Rivale bei dieser Wahl.

Bennett hat Netanjahu beraten, nach zwei Jahren zerstritten sie sich. Er hat 145 Millionen Dollar mit seiner Hightech-Firma verdient, war Siedlerfunktionär, jetzt strebt er in die Politik. Ein kleiner Mann, 40 Jahre alt und voller Energie. Er hat erst vor wenigen Monaten die nationalreligiöse Partei Jüdisches Heim übernommen und sie zu einem Sprachrohr der Siedler gemacht. Seitdem hat Netanjahus Wahlbündnis in den Umfragen ein Viertel seiner Wähler verloren, und Bennett könnte womöglich drittstärkste Kraft werden.

Dass der Politikanfänger in kurzer Zeit so beliebt werden konnte, hat viel mit Netanjahu zu tun. Denn als sein Berater hat Bennett dessen Schwächen studiert, er weiß, dass der Premier seine Politik so vage wie möglich formuliert, um die Wähler in der Mitte nicht zu verlieren. Bennett sagt daher offen, dass der Konflikt mit den Palästinensern nicht lösbar sei. Er will die Siedlungen ausbauen und hat einen Plan veröffentlicht, nach dem Israel 60 Prozent des Westjordanlands annektieren sollte. Aber er redet auch von Gerechtigkeit, von den sozialen Problemen im Land.

Früher hat er den Premier noch offen kritisiert, er ist einer aus dem Lager der Netanjahu-Enttäuschten. Heute will er sich damit nicht mehr zitieren lassen. Sie könnten ja bald zusammen regieren.

Israel könnte dann ein anderes Land werden, weniger liberal, noch mehr um sich selbst kreisend. Wie das aussehen könnte, kann man bereits jetzt beobachten. Denn Netanjahu muss reagieren, Bennetts markige Sprüche noch übertrumpfen. Vorige Woche besuchte er daher zum ersten Mal in seiner Amtszeit einen Außenposten tief im Westjordanland, das hatte er vorher stets vermieden. „Nur wenn die Allianz von Likud und Israel Beitenu stark ist, können wir manövrieren und navigieren, um die Zukunft der Siedlungen zu gewährleisten“, bekannte er da, umgeben von Siedlerführern.

In einer gemeinsamen Regierung mit dem Rechten Naftali Bennett könnte er seine vorsichtig ausbalancierte Statusquo-Politik kaum aufrechterhalten. Netanjahu müsste tun, was er bisher vermieden hat: Er müsste sich entscheiden.

JULIANE VON MITTELSTAEDT



Rechtsnationaler Bennett: 60 Prozent des Westjordanlands annektieren

wie es einem geht, und er ist sehr paranoid. Er glaubt, dass jeder gegen ihn ist.“ So sehr, dass er schon in seinem Büro Lügendetektoren einsetzen ließ.

Er ist ein öffentlicher Premier und gleichzeitig abgeschottet von der Welt. Seine Auftritte sind durchchoreografiert, Fragen nicht erlaubt. Am liebsten verkündet er seine Politik per Videobotschaft; selten gibt er Interviews.

„Er denkt mehr über sein Image nach als über eine strategische Vision, das ist ein ungesundes Verhältnis“, sagt ein einstiger Vertrauter. Früh am Morgen ruft Netanjahu seine Mitarbeiter an, er will wissen, was die israelischen Medien über ihn sagen. Er selbst liest am liebsten die amerikanische Presse. Kritik von Tom Friedman ärgert ihn mehr als von einheimischen Kolumnisten.

Sein Denken verläuft entlang der Achse Israel–Amerika, so amerikanisch ist Netanjahu, dass viele Amerikaner ihn einst für ihren eigenen Uno-Botschafter hielten. Er ist in Philadelphia aufgewach-

der Sohn eines Historikers ist; erst recht von einem, der sein Leben dem Studium der Judenverfolgung während der spanischen Inquisition widmete.

Seine Amtszeit hat er dafür genutzt, vor Iran zu warnen. Nicht leise, wie andere Premiers vor ihm, sondern so laut wie möglich, indem er mit einem Militärschlag drohte. Er hat erreicht, was er wollte, hat die Welt aufgeschreckt und zu schärferen Sanktionen veranlasst. Doch der Preis war hoch, er hat sich mit dem US-Präsidenten zerstritten und weltweite Kritik provoziert – und trotzdem die Bombe nicht entschärft.

Aber nach Netanjahus Maßstäben war es ein Erfolg, denn er glaubt, dass Worte nicht nur Taten schaffen, sondern schon Taten sind. Die Uno-Rede, bei der er eine rote Linie auf eine Comic-Bombe malte, hält er für eine seiner größten Leistungen.

Aber er hat darüber das Handeln vergessen und damit ein innenpolitisches Vakuum geschaffen, das andere nun füllen.

Weil er sich seinen Koalitionsfrieden mit Zugeständnissen an Siedler und Reli-



Premier Abe (vorn M.), Regierungskollegen: Kriegsverbrecher werden zu Göttern erklärt

JAPAN

Kabinett der Gestrigen

Der neue nationalistische Regierungschef Abe rüstet gegen China auf – mit Worten und mit Waffen.

Bevor der frischgewählte Premier sein Amt antrat, pilgerte er an die Gräber seiner Ahnen in der südwestlichen Präfektur Yamaguchi. Er zündete Räucherstäbchen an, faltete die Hände vor der Brust. Danach verkündete er seinen Anhängern, was er den Toten gelobt hatte: „Diesmal werde ich die Mission entschlossen erfüllen.“

Mit dem feierlichen Versprechen Ende Dezember spielte Shinzo Abe weniger darauf an, dass sein erster Versuch als Regierungschef kläglich gescheitert war – im September 2007 hatte er sein Amt nach Misserfolgen und wegen Krankheit hingeschmissen. Vielmehr wollte der 58-Jährige das politische Erbe von Vater und Großvater beschwören. Denn das ist sein Programm.

Am 16. Dezember hatte er für seine erst vor gut drei Jahren abgewählte Liberaldemokratische Partei (LDP) die Mehrheit im Unterhaus zurückerobert. Jetzt will Abe die vergreisende und verunsicherte asiatische Wirtschaftsmacht zu alter Grö-

ße zurückführen und vor allem vom ungeliebten „Nachkriegs-Regime“ befreien. Damit meint er, was die amerikanischen Besatzer dem Kaiserreich nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg aufgezwungen haben: die pazifistische Verfassung, ein vergleichsweise liberales Erziehungssystem und ein Abe völlig fremdes Geschichtsverständnis, wie es die alliierten Sieger 1948 in Tokio im Kriegsverbrecherprozess in Gerichtsurteile gossen. Danach galt Japan wie Deutschland als Aggressor, der für immer gezähmt werden sollte.

Der Premier will aus Nippon wieder ein „Schönes Land“ machen – so überschrieb er ein Buch, in dem er seine Vision für die Zukunft der Nation zu Papier brachte. Dieses Japan soll sich auf Werte besinnen, wie sie schon seinen Vater, Außenminister Shintaro Abe (1924 bis 1991), antrieben und die auch der von ihm bewunderte Großvater Nobusuke Kishi (1896 bis 1987) vorgelebt hatte.

Kishi war der japanische Albert Speer: In der besetzten Mandschurei trieb er in den dreißiger Jahren die Unterwerfung Chinas voran, später organisierte er die japanische Kriegsmaschinerie. Nach der Kapitulation 1945 wurde Kishi verhaftet, bereits 1957 stieg er wieder zum Premier auf und blockierte Ansätze zur Aussöhnung mit China. Er profilierte sich als antikommunistischer Verbündeter der USA und sicherte seinem Land so neuen Einfluss.

Mit dem neuen Premier Abe wird Japans Vergangenheit plötzlich wieder aktuell: 14 Mitglieder seines 19-köpfigen Kabinetts gehören einer Parlamentariergruppe an, die für Pilgertouren zum Yasu-

kuni-Schrein wirbt. An der Heldengedenkstätte werden auch Japans Hauptkriegsverbrecher als shintoistische Gottheiten verehrt.

„Viele Japaner sehen ihre Nation nicht als Täter, sondern als Opfer des Kriegs“, sagt der Soziologe Kenichi Shimamura. Statt an die eigenen Kriegsverbrechen erinnere sich das Volk lieber an die eigenen Leiden, vor allem nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima.

Und selbst zaghafte Anzeichen für Reue möchten die neuen Machthaber am liebsten tilgen: 1993 entschuldigte sich Tokio offiziell für die Verschleppung von mindestens 200 000 Asiatinnen als Zwangsprostituierte. Abe dagegen zweifelte öffentlich an, dass die sogenannten Trostfrauen vom Militär tatsächlich zum Sex gezwungen wurden.

Nicht nur Nachbarn wie China und Südkorea sehen die Renaissance der Revisionisten mit Argwohn. Auch die Schutzmacht USA fürchtet, dass Abes Kabinett der Gestrigen Spannungen in Ostasien verstärken könnte.

Dabei ist die Lage durch den Streit um die Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer schwierig genug: Vergangenen Dienstag bestellte Tokio den chinesischen Botschafter ein, um zu protestieren. Vier chinesische Schiffe waren über 13 Stunden lang durch Gewässer gekreuzt, die Japan als sein Hoheitsgebiet betrachtet.

Fast täglich liefern sich chinesische Patrouillenboote und die japanische Küstenwache dort mit riskanten Seemanövern Machtspielen. Im Dezember flog ein chinesisches Aufklärungsflugzeug niedrig über die umstrittenen Inseln.

Mit solchen Provokationen schreckt Peking die Menschen in Japan auf. Die erhoffen von Abe vor allem, dass er die marode Wirtschaft saniert. Aber auch aus Angst vor China, das Japan 2010 als zweitgrößte Industriemacht abhängt, gewährten die Wähler dem Nationalisten eine zweite Chance als Premier.

Abe will nun schnell mehr Geld für die Rüstung ausgeben. Von den USA wird er wohl in Kürze Überwachungsdrohnen kaufen. Denn die Chinesen stellten im November auf einer Luftfahrtschau acht neue unbemannte Fluggeräte vor.

Allerdings ist Abe auch ein wendiger Realpolitiker. Als Erstes schickte er vor wenigen Tagen einen Sondergesandten nach Südkorea. Der neugewählten Präsidentin Park Geun Hye ließ er ausrichten, er wolle den Streit um eine weitere Inselgruppe – die von Seoul kontrollierten Dokdo-Inseln, japanisch: Takeshima – nicht anheizen. Im Wahlkampf hatte die LDP noch angekündigt, jährlich einen „Takeshima-Tag“ feiern zu wollen.

Aber erst mal hat Abe genug damit zu tun, sein Land gegen den gefährlicheren Rivalen China zu rüsten.

WIELAND WAGNER

KASACHSTAN

Show mit Mord

An der chinesischen Grenze werden 15 Soldaten massakriert. Die Führung der Grenztruppen wird ausgewechselt, der einzige Überlebende verschwindet lebenslang in Haft. Eine Geschichte über ein Volk, das seiner Regierung nicht mehr glauben mag. *Von Christian Neef*



versucht. Einen Monat später schnitt er sich mit einem Plastiksplinter eine Pulsader auf, Sicherheitsbeamte retteten ihn.

„Man hat alles getan, um mich fertigzumachen, nur die Wahrheit hat man nicht gesucht“, sagte Tschelach Tage vor dem Urteil. Heute schweigt er.

Nicht seine Mutter Swetlana. „Er ist unschuldig“, schreit sie, als Uniformierte ihren Sohn aus dem Saal zerren. „Dieser Prozess ist der Beweis, dass Kasachstan kein Rechtsstaat ist“, ruft Anwalt Serik Sarsenow.

Der Prozess von Taldykorgan, der bislang spektakulärste in der Geschichte des jungen Staates Kasachstan, endet im Tumult. Und mit der Gewissheit: Der Fall wird nicht zu den Akten gelegt. Das Gericht hatte keine Beweise, kein Motiv, keine Zeugen. Der Urteilspruch wird durch die Berufungsinstanzen gehen, von denen sich Anwalt Sarsenow aber nichts verspricht – er will ihn vor den Menschenrechtsausschuss der Uno bringen.

Außerhalb des Gerichts, in den Wohnstuben der Kasachen, auf der Straße und im Internet, verläuft eine andere Front: Da steht das Volk gegen den kasachischen Staat. Ein Volk, das seinen Herrschern alles zutraut, auch die Verschleierung eines Massenmords. Und das sich deswegen zum großen Teil auf die Seite des Soldaten Tschelach schlug. Mächtige Männer würden ihn irgendwann umbringen, „nach einem angeblichen Fluchtversuch, um auch noch den letzten Zeugen dieses Massakers zu beseitigen“, schreibt ein Blogger im Internet.

Dieses Verfahren „ist ein Spiegel unseres Regierungssystems“, sagt Gulschan Jergalijewa, die Grande Dame der kasachischen Oppositionspresse. „Sie provozieren, sie fälschen, sie lügen. Von der ersten Minute an haben sich unsere Machthaber verdächtig verhalten.“

Die Geschichte des Soldaten Tschelach ist die Geschichte eines Landes, das mit Gold, Öl, Gas, Uran gesegnet und fast achtmal so groß wie Deutschland ist, aber nur 17 Millionen Einwohner hat. Das der Alleinherrscher Nursultan Nasarbajew regiert, der sich mit einem bizarren Personenkult feiern lässt und sein Land als Musterstaat im Herzen Asiens verkauft –

Angeklagter Tschelach vor Gericht in Taldykorgan: „Sie haben mich fertiggemacht“

Der Saal im Gericht von Taldykorgan, einem Städtchen 120 Kilometer westlich der Grenze zu China, ist eng und muffig, er hat kaum 30 Plätze.

Im Glaskasten für Angeklagte steht an diesem Dezembertag der 20-jährige Soldat Wladislaw Tschelach, er hört dem Urteilspruch zu. Seinem Urteil. Nur zehn Minuten braucht Richter Erbol Achmettschanow für das Verdikt, aber es ist ein Spruch, der das ganze Land bewegt.

„Mord, Diebstahl, Verrat von Staatsgeheimnissen, Entwendung von Waffen, vorsätzliche Vernichtung von Militäreigentum, Fahnenflucht“ – es sind genug Artikel des Strafgesetzbuchs, nach denen

der Junge in dem schwarzen Armani-Shirt verurteilt wird. Der Spruch fällt nicht überraschend aus: lebenslange Lagerhaft. „Mildernde Umstände gibt es nicht“, sagt Richter Achmettschanow.

Der schmächtige Tschelach soll auf einem einsamen Posten an der chinesischen Grenze 14 Kameraden und einen Jäger umgebracht haben. Vor vier Jahren noch hätte er dafür die Todesstrafe bekommen. Aber Kasachstan hat sie 2009 im Prinzip abgeschafft.

Es ist ein Wunder, dass der junge Mann überhaupt den Urteilspruch erlebt. Im Oktober hat er sich mit einer Trainingshose am Fenster seiner Zelle zu erhängen

PETER LEONARD / DAPD

obwohl sich Regierende und Regierte in tiefem Misstrauen gegenüberstehen. Es ist eine Geschichte, die nichts Gutes verheißt für die Zukunft der fragilen Region nördlich von Afghanistan.

Es ist schon warm am 10. Mai 2012, als sich 14 Soldaten und ein Hauptmann auf den Weg nach Arkankergen machen, einem nur im Sommer besetzten Posten an der chinesischen Grenze, 3000 Meter hoch in den Bergen des Alatau. Der Grenzdienst ist eine Elitetruppe, er gehört zum Geheimdienst KNB.

Am 28. Mai bricht die Verbindung zum Posten ab, zwei Tage später wird ein Suchtrupp losgeschickt. Den Männern bietet sich ein Bild des Grauens.

Arkankergen gibt es nicht mehr. Die Holzhäuser der Soldaten, die Offiziersunterkunft, die Wirtschaftsgebäude – fast alles ist niedergebrannt. In der Asche finden sie die Überreste von 13 Soldaten, ein weiterer Toter liegt am Ufer eines Baches. 150 Meter entfernt stößt der Trupp auf die Leiche eines früheren Fliegermajors, der als Jäger in der Nähe eine Forstwirtschaft betrieb. Die Überreste der 15 sind unkenntlich, nur 13 werden später identifiziert; selbst Fachleute der Berliner Charité, um Hilfe gebeten, stoßen an ihre Grenzen.

Am 4. Juni findet ein anderer Trupp in einer Hütte in den Bergen den 19-jährigen Wladislaw Tschelach. Er ist der einzige Überlebende des Postens Arkankergen. Tschelach ist verwirrt, er hat – laut Staatsanwaltschaft – Zivilkleidung, eine Pistole, ein Notebook und Handys der getöteten Soldaten dabei.

Am 28. Mai um fünf Uhr früh, so erzählt Tschelach, hätten Unbekannte den Posten überrannt. Er, der Diensthabende in jener Nacht, habe Schüsse gehört, sei in die Berge geflüchtet und später zurückgekehrt. Da habe er die Leichen gefunden.

Wer aber soll den Überfall verübt haben? Männer aus dem Nachbarland? Die Angst vor den Chinesen sitzt tief bei den Kasachen. Und Arkankergen liegt in jener Gegend, in der 1969 der Grenzkrieg zwischen der Sowjetunion und China tobte.

Oder haben Drogenkuriere den Posten überrannt? Über den nahen Tarlauly-Pass soll die synthetische Droge „Krokodil“ ins Land kommen – ein Rauschgift, zehnmal stärker als Morphin.

Könnten es auch Islamisten gewesen sein, die in Arkankergen ein Zeichen setzen wollten? In vielen Städten des Südens

sind die Moscheen in der Hand radikaler Imame, im angeblich so ruhigen Kasachstan wurden voriges Jahr im Monatstakt Anschläge verübt. Im Juli starben bei einer Explosion unweit von Almaty acht Menschen, im August wurden die Leichen von elf erstochenen Männern und Frauen gefunden, kurz darauf töteten Sicherheitskräfte neun „Terroristen“, im September starben bei einer „Anti-Terror-Aktion“ nochmals fünf Menschen.

Und nun Arkankergen. Staatschef Nasarbajew spricht auch hier anfangs von einer „terroristischen Aktion“. Er ordnet

schlagen wollte – nur weil ich ihn zum Wachdienst geweckt hatte.“ Er sei außer sich gewesen, erklärt Tschelach. Dann sei er zur Waffenkammer gegangen. Dort habe er sich zwei Kalaschnikows gegriffen, 50 Patronen und eine Makarow-Pistole.

Zuerst habe er mit einem Genickschuss Aganas getötet und dann alle ermordet, die in den Betten lagen. Der Hauptmann habe sich hinter einer Tür versteckt, er habe ihn durch diese Tür erschossen. Zum Schluss sei er zur Forstwirtschaft gelaufen, habe mit einer Salve den Jäger niedergestreckt und dann die Baracken angesteckt. Die Taten habe er im „Zustand der Bewusstseinsstrübung“ ausgeführt.

Der Massenmord an der Grenze wird zum wichtigsten Gesprächsthema in Kasachstan, die Staatsführung will schnell eine Erklärung für den unheimlichen Vorgang liefern. Sie produziert das Video und erklärt Tschelach zum 15fachen Mörder, bevor überhaupt ein Gericht zusammengetreten ist.

Kasachische Experten entdecken viele Ungereimtheiten in Tschelachs Bericht. Er ist in einer Sprache verfasst, wie sie ein verwirrter Mörder kaum benutzen würde, viele Details widersprechen sich. Ein Dutzend Männer, die in Doppelstockbetten liegen, zu erschießen, ohne dass einer zu flüchten versucht, sei kaum möglich.

Es gibt Widersprüche bei den Zeitabläufen, bei den fraglichen Waffen und bei der Munition. Bewohner eines nahen Dorfes haben zur Tatzeit Fremde im Ort gesehen. Weshalb flüchtete Tschelach nicht über die chinesische Grenze? Und wieso hat der Präsident nach dem Massaker den Chef der Grenztruppen abgelöst?

Der Nachrichtensprecher des kasachischen Fernsehsenders Kanal 31 weigert sich, die Mel-

dung über das nach seiner Meinung gefälschte Geständnis zu verlesen, er kündigt. Im Internet sprechen Oppositionelle von einer „Show“.

Tschelach selbst widerruft bald sein Geständnis. Untersuchungsbeamte hätten es ihm diktiert. Sie hätten ihm mit Vergewaltigung gedroht, andererseits eine milde Strafe versprochen, wenn er die Schuld auf sich nehme. Bei einer Gegenüberstellung identifiziert er die Vernehmer.

Tschelach stammt aus Karagandy, Karagandy ist keine schöne Stadt. Sie liegt in der kasachischen Steppe, im Winter zeigen die Thermometer minus 40



Alleinherrscher Nasarbajew: „Die Leute haben furchtbare Angst“



Staatstrauer an – und wechselt die Führung des Grenzdienstes aus.

Es dauert nur sechs Tage, da geben die Behörden bekannt, der einzige Überlebende, der Soldat Tschelach, habe die Morde gestanden. Alle 15.

Es gibt ein Video mit diesem Geständnis, es taucht im Internet auf, noch bevor die ersten Untersuchungen beendet sind. Nur der Geheimdienst kann es lanciert haben.

„In meiner ganzen Dienstzeit hat man mich erniedrigt und beleidigt“, sagt Tschelach da. „Das Fass zum Überlaufen brachten der Soldat Kambar Aganas, als er mich



Grenzposten Arkankergen vor dem Massaker, Soldat Tschelach (vorn, 2. v. l.), Kameraden: Nur 13 Leichen identifiziert

Grad, im Sommer plus 40. Es gab einst an die 100 Kohlebergwerke hier und viele Stahlwerke, die Stalin von Gulag-Häftlingen betreiben ließ. Das bedeutendste Stahlwerk wurde 1995 vom indischen Milliardär Lakshmi Mittal erworben, die meisten Kohleschächte hat er dichtgemacht.

In einer der tristen Vorstadtsiedlungen wuchs Wladislaw Tschelach auf, seine Mutter Swetlana wohnt noch immer hier. Sie ist eine einfache, etwas stämmige Frau, 39 Jahre alt, einst war sie Verkäuferin, dann fuhr sie Taxi. Natürlich glaubt sie nicht an die Schuld ihres Sohnes, welche Mutter würde das tun? Seine Briefe, die sie aus dem Schrank hervorkramt, sprechen ihre eigene Sprache. „Ich habe Glück gehabt, ich verstehe mich mit allen gut. Die Offiziere sind okay“, steht da in der ungelenen Schrift des 19-Jährigen. Kein Wort von „Dedowschtschina“, jenem Brauch in der Armee, nach dem Dienstältere Wehrpflichtige schikanieren.

„Früher wollte er Lokführer werden“, sagt seine Mutter, „aber nach dem Einberufungsgespräch beim Militärkommissariat träumte er von einer Karriere beim Geheimdienst KNB.“ Dass er für dessen Grenztruppe den Gestellungsbefehl bekam, hielt er für einen Fingerzeig.

„Das ist eine fabrizierte Sache“, sagt Großvater Wladimir, 69. „Sie schützen Höhergestellte und verwischen die Spuren.“ Ob die Familie isoliert sei, seit die Nachbarn wüssten, wem der Massenmord angelastet wird? Der alte Tschelach lacht: „Fast stündlich klopfen die Leute bei uns an und bringen Geld: mal 2000 Tenge, mal 5000. Wir hatten schnell 2000 Dollar zusammen. So konnten wir zu Wladislaw ins Gefängnis fahren und Anwälte suchen.“ Als sie keine Fahrkarte nach Almaty bekamen, habe der Bahnhofschef höchstselbst sie ihnen besorgt. „Synok, Söhnchen“, habe er gesagt, „wir alle hier wissen, dass dein Enkel unschuldig ist.“

Wie kann ein großer Teil der Bevölkerung der Meinung sein, der Soldat Wladislaw Tschelach sei unschuldig – ohne Einzelheiten über das Massaker in den Alatau-Bergen zu kennen?

„Die Leute sind bereit, alles zu glauben – nur nicht die offizielle Meinung“,

sagt Sergej Perchalski. Der gelernte Ingenieur arbeitet als Lokaljournalist in Karagandy, er kennt beide Seiten: das Volk und die Macht. Als Treffpunkt schlägt er ein unauffälliges Café im Zentrum vor.

„Nasarbajew verkündet in seinem Gelungsdrang jeden Tag einen neuen Sieg: Er hat den OSZE-Gipfel nach Kasachstan geholt, die Asien-Winterspiele, jetzt die Expo 2017. Aber es sind nicht die Siege der einfachen Leute.“ Die hätten täglich mit Nasarbajews Beamten zu tun, mit seinen Bürgermeistern, Polizisten, seinen Richtern. Und alle seien korrupt.

„10 000 Menschen warten in Karagandy auf eine Wohnung, während Staatsbeamte Wohnraum verschachern. Bauaufträge gehen nur gegen hohe Bestechungssummen weg, und als neulich der Innenminister die Stadt besuchte, musste jeder Polizist vorab 200 Dollar für ein angemessenes Gastgeschenk geben. Inoffiziell natürlich.“

Streitigkeiten trägt die politische Elite gern mit der Waffe aus, auch Oppositionelle werden auf diese Weise aus dem Weg geräumt. Nasarbajews ehemaliger Schwiegersohn soll in mehrere Morde verwickelt sein, ein Ex-Premier flüchtete ins Ausland.

„Sie können sich in Kasachstan alles kaufen“, sagt Perchalski, „die Fahrerlaubnis, einen Schulabschluss, einen Ministerposten oder einen Auftragsmörder. Das Praktische ist: Mit Geld können Sie auch jeden Gesetzesverstoß begleichen. Jeden. Und die Leute wissen das. Die Tschelachs allerdings sind arm, sie können ihren Jungen nicht mal auf diese Weise befreien.“

Serik Sarsenow, 60, der Rechtsanwalt von Tschelach, ist lange im Geschäft, er hat Journalisten verteidigt und in politischen Mordprozessen mitgewirkt. Wie Polizei und Justiz funktionieren, weiß er gut, er war 20 Jahre bei der Kriminalpolizei. Nun also Tschelach.

Sie haben Sarsenow 40 Stunden Zeit gegeben zum Lesen der 53 Aktenbände. Und dann hat das Gericht alle seine Anträge abgelehnt. Er hat Zeugen bestellt, Gutachten gefordert, die Freigabe geheimer Akten beantragt. Alles vergebens. „Dieses System“, sagt Sarsenow, „ist wie ein Krebsgeschwür, das überall Metastasen gebildet hat.“

Wenn Tschelach aber unschuldig sein sollte – was hat sich dann an der chinesischen Grenze abgespielt?

Die Journalistin Gulschan Jergalijewa weiß, was man sich in den politischen Salons von Almaty erzählt. Ihre Zeitung „Swoboda slowa“ („Redefreiheit“) hat der Staat verboten, ihre Website guljan.org wurde im Dezember abgeschaltet, Steuerfahnder haben ihr Haus durchsucht.

„Die letzten Monate waren die bislang schlimmsten in der jüngeren Geschichte Kasachstans“, sagt Jergalijewa. „Es begann mit der Erschießung von 17 streikenden Ölarbeitern – zum ersten Mal feuerte die Polizei aufs eigene Volk. Dann kam der Fall Tschelach.“ Auch die Armee sei von Korruption zerfressen. Und immer gnadenloser werde der Kampf der Clans um die Ölmilliarden.

„Die Leute um Nasarbajew haben furchtbare Angst, dass ihnen das Land aus dem Ruder läuft“, sagt Jergalijewa. Sie verstehen nicht, warum der 72-jährige Präsident, der die reich gewordenen Töchter, Schwiegersöhne und Regierungsbeamten gegeneinander ausspielt, keinen Nachfolger bestimmt. „Sie wollen ihn zwingen, wie Chruschtschow oder Jelzin das Amt zu verlassen – indem sie beweisen, dass Nasarbajew kein Garant mehr für die Stabilität Kasachstans ist. Sie provozieren alle möglichen Zwischenfälle, möglicherweise auch den im Alatau.“

Aber vielleicht war alles einfacher? Vielleicht haben Grenzbeamte in den Bergen irgendwelche Geschäfte zu vertuschen versucht? Oder das Massaker war ein Werk des Geheimdienstes?

Wer die Erklärungen bislang als Verschwörungstheorien abtat, muss sich seit dem 25. Dezember wundern. Da stürzte beim südkasachischen Schymkent eine Militärmaschine ab. Alle 27 Insassen kamen ums Leben. An Bord waren: der Chef der Grenztruppen – jener, der nach dem Mord im Alatau eingesetzt worden war – und seine führenden Stabsoffiziere.

Der Neue hatte versucht, die korrupte Behörde zu reformieren. Die An-72, ein zuverlässiges Flugzeug, war gerade frisch gewartet, sie stürzte brennend zu Boden. Wie nach einer Explosion.



Sühne bei den Nomaden

GLOBAL VILLAGE: Wie ein Vietnam-Veteran in Thailand seine Schuld abarbeitet

Der Sturm peitscht die Andamanensee und wirft die kleine Mannschaft von einer Seite des Holzbootes auf die andere, Regen prasselt wie Trommelfeuer auf das Deck. Tom Crowley duckt sich klitschnass unter die Regenplane.

Er ist auf dem Weg zu den Seenomaden, den Moken. 238 von ihnen hausen am Ufer einer kleinen Insel vor der thailändischen Küste in Pfahlbauten. Die meisten können weder lesen noch schreiben, sie haben keinen Arzt und keine Schule, und der thailändische Staat verweigert vielen von ihnen die Staatsbürgerschaft. „Outlaws sind das, um die sich keiner kümmert“, sagt Crowley.

Darum kommt er jetzt. Der Amerikaner Crowley will von ihnen wissen, welche Medikamente sie brauchen. Er will Eltern dazu bewegen, ihre Kinder auf eine der Festlandsschulen zu schicken. Er schaut nach, ob sie genug zu essen haben.

Die Moken betreiben Dynamitfischerei, in 15 Meter Tiefe zünden sie Sprengstoff, dann sammeln sie die toten Fische ein. Viel bleibt da nicht zum Leben, und nicht selten kehren die Taucher verwundet an die Wasseroberfläche zurück. Häufig fallen sie auch in die Hände der Polizei, die die Staatenlosen dann für Tage in ihren verrotteten Knästen darben lässt. Gut, dass es wenigstens Tom Crowley gibt.

Seine Haare sind weiß, aber er ist noch drahtig. Und immer noch bewegt er sich wie der Soldat, der er einst war und der Menschen in Asien erschossen hat.

Crowley lebt in Bangkok und arbeitet dort für die Hilfsorganisation des legendären Father Joe. Joseph Maier ist ein katholischer Amerikaner, der im schlimmsten Slum der Hauptstadt ein „Mercy Centre“ errichtet hat, wo er Straßenkindern zu einem halbwegs würdigen Leben verhilft. Seit 15 Jahren ist Crowley jetzt schon an Maiers Seite. Er kümmert sich um die Finanzen, davon versteht er viel, und um die Seenomaden.

„Ich wollte endlich einmal Gutes tun“, sagt Crowley und fügt nach kurzem

Schweigen hinzu: „Und ich muss wohl auch meine Schuld abarbeiten.“

Zum ersten Mal betrat Crowley im Herbst 1966 asiatischen Boden. Das war auf der Tan Son Nhut Air Base bei Saigon, Vietnam. Crowley war einer jener Elitesoldaten, die hier den Kommunismus besiegen sollten. Er hatte in den USA den Kampfeinsatz geprobt und war in Panama zum Dschungelkrieger ausgebildet worden. Nun war er einem 40 Mann starken Platoon der 25. Infanteriedivision zugeteilt worden. „Tropic Lightning“ wird diese Division genannt,

ihn. Immerhin kam er danach aus der Gefechtszone.

In Japan wurde er zusammengefliekt. Das Trommelfell war geplatzt, am Arm klafften Wunden, aber Crowley genoss einige Wochen Frieden. „Das war wohl der Moment, in dem ich mich in Asien verliebte“, sagt Crowley, „wir konnten sogar Ski laufen dort.“

Umso größer war wenig später der Schock, als er mit einigen Dutzend anderen zusammengefliekten Kameraden zurück an die Front geflogen wurde. „Es war so still in diesem Flugzeug“, sagt Crowley, „so unheimlich still: Wir alle wussten, was uns in Vietnam erwartete, und waren wie gelähmt.“

Ein Jahr lang kämpfte er weiter, tötete weiter. Und als er zurück in Milwaukee war, schloss er sich der Friedensbewegung an. Es war schwer, „weil wir auf der einen Seite diesen Krieg erlebt hatten und aus tiefstem Herzen verabscheuten, aber gleichzeitig solidarisch mit unseren Kameraden an der Front sein wollten“.

Die Zeit heilte die Wunden, aber die Träume vom Krieg kehrten stets wieder. Wie ein Suchender irrte Crowley fortan durch Asien, wurde als Geschäftsmann

im Kraftwerksbau reich, arbeitete für die US-Botschaft in Südkorea als Berater, lebte in Kuala Lumpur, fand bei einer Malaysierin die große Liebe.

Crowley ist ein frommer Mann. Er fragte sich, was ihn umtrieb. Er hatte auf diesem Kontinent getötet. Er hatte hier viel Geld verdient. Da traf er Father Joe an einem dieser schwülen Tage in Bangkok.

Der Mann erzählte ihm vom Schulprogramm für die Ärmsten aus dem Slum und von den Seenomaden, um die sich niemand kümmerte. Tausende von ihnen ziehen noch immer mit ihren Booten von Küste zu Küste. Doch viele lassen sich auf thailändischen Inseln nieder und sind nun von Hilfe abhängig.

Father Joe brauchte jemanden, der auf sie aufpasst. Da wusste Tom Crowley auf einmal, was er zu tun hatte. Und er blieb länger. Zum ersten Mal in seinem Leben.

THILO THIELKE



Helfer Crowley in Bangkok: Träume vom Krieg

Tropenblitz. Denn im Zweiten Weltkrieg war sie durch schnelle Operationen aufgeflogen. Doch was ihn nun erwartete, darauf hatte kein Ausbilder Crowley vorbereitet.

„Wir wurden an die Front geworfen“, sagt Crowley, „schon in den ersten Tagen fielen etliche meiner Leute.“ Hubschrauber setzten sie im Sumpf ab, sie feuerten ins Dickicht, ohne ihre Feinde zu sehen. Dann sammelten sie die Verwundeten ein, die Verblutenden, dann der Rückzug. Immer und immer wieder: schießen, ducken, Verstümmelte auflesen.

Hat er selbst getötet? „Natürlich“, sagt Crowley. Weiß er, wie viele? „Natürlich nicht. Oft haben wir blind geschossen. Es war entsetzlich.“

Nach vier Monaten voller Luftangriffe und nächtlicher Kampfeinsätze erwischte es auch Crowley. Eine Handgranate explodierte dicht neben ihm, Splitter trafen

Was war da los, Frau Laya?

Danielle Bianca Laya, 20, Studentin auf den Philippinen, über Angst: „Die Pistole an meinem Kopf fühlte sich hart an. Ich dachte, ich werde gleich ohnmächtig. Ich hatte vergessen, dass es nur eine Übung war. Ich studiere Pflege an der Trinity University of Asia in Manila, ich will Krankenschwester werden. Es gibt diese Terrorübung jedes Jahr bei uns. Die Universität sagt, wir sollen auf solche Situationen vorbereitet sein. 300 Studenten haben mitgemacht, es dauerte fünf Stunden. Meine Klasse sollte so tun, als würden wir ein Fest feiern, dann kamen die Geiselnnehmer. Der Terrorist, der mich umklammerte, war mein Klassenkamerad. Ein Sicherheitsteam brauchte eine halbe Stunde, um ihn zu eliminieren. Es gab viele Opfer. Bergungsarbeiter haben uns zu Erste-Hilfe-Stationen geführt. Das Wichtigste ist, dass man ruhig bleibt. Ich habe keine Angst vor einem Attentat. Ich habe aber Angst, eines Tages plötzlich zu sterben und meine Familie sehr traurig zurückzulassen.“



Laya

ROMEO RANOCO / REUTERS

Taugt das Auto noch für die große Pose, Herr Hossiep?

Rüdiger Hossiep, 53, ist Wirtschaftspsychologe und erforscht an der Ruhr-Universität Bochum die Liebe der Deutschen zum Automobil.

SPIEGEL: Die meisten deutschen Autobauer verkauften im Inland voriges Jahr weniger Autos als im Vorjahr. Porsche dagegen machte 9,8 Prozent Zulassungsplus. Wer kauft Porsche?

Hossiep: Betagte Herren, die zeigen wollen, dass sie noch offensiv sind und sich auch horrenden Unterhaltskosten leisten können. Der Porsche-Fahrer legt kaum Strecken zurück, er flitzt mit dem 911er um den Block – oder mit dem Cayenne zum Wochenendhaus.
SPIEGEL: Ihm lasten Klischees an: Er ist Mitte fünfzig, Zahnarzt und geschieden. Stimmt das?

Hossiep: Klischees bilden immer auch die Wirklichkeit ab. In der Anekdote ist der Porsche-Fahrer einer, der eine Luxusmarke kaufen will, aber andere Namen, wie Lamborghini, nicht aussprechen kann. Zudem ist Porsche ein grundsätzliches Produkt, das ewig hält.
SPIEGEL: Wie erklären Sie sich die steigenden Zulassungen?

Hossiep: Eine Generation von Leuten, die vielfach keine Kinder haben, kommt ins Porsche-Alter und möchte ihr Geld risikoarm anlegen.

SPIEGEL: Und die Karrierefrauen?

Hossiep: Auch sie wollen zeigen, was sie erreicht haben. Sie brauchen oft kein Familienauto, weil sie keine Familie haben. Sie kaufen einen Boxster.

SPIEGEL: Taugt das Auto noch für die große Pose?

Hossiep: Der Nachbar soll ein bisschen neidisch sein. Aber wer richtig angeben will, kauft einen Ferrari.

SPIEGEL: Was schätzt der Porsche-Fahrer an seinem Auto?

Hossiep: Porsche hat viele Besonderheiten aus dem Rennsport erhalten. Der Startknopf sitzt links vom Lenkrad, das spart eine Sekunde beim Start. Auch Weiß als Farbe ist gefragt. Traditionell waren deutsche Rennwagen weiß.

SPIEGEL: Welches Auto fahren Sie?

Hossiep: Für die täglichen Fahrten einen alten Saab. Die Marke steht für ein durchdachtes Konzept des Andersseins.



Porsche-Cabrios, Hostessen auf Automobilausstellung

ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Riesenkrach

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE: Wie ein Franzose seine Marionetten gegen Coca-Cola verteidigt

Manche Menschen kämpfen ein Leben lang für einen Traum, sie sind glücklich verliebt in eine große Idee. Sie leben dafür, diesen Traum zu verwirklichen. Manchmal reichen 60 Sekunden, um ihn zu zerstören.

Die Geschichte dieses Traums hat zu tun mit einem französischen Straßentheater und mit seinem Gründer. Jean-Luc Courcoult, 57 Jahre alt, hat als Jugendlicher begonnen, Theater zu spielen. Er war schüchtern. Wenn er sprechen wollte, geriet er ins Stocken. Auf der Bühne sprudelten die Worte aus ihm heraus. Courcoult wurde Komiker. Er sagt, es war eine gute Zeit, er hatte nie Geld, aber das machte nichts.

Courcoult wollte Menschen begeistern. Er wollte seinen Zuschauern eine Welt zurückgeben, die viele von ihnen nach der Kindheit verloren hatten. Er wollte, dass sie wieder lernen, wie man staunt. Das war sein Traum. Er gründete ein Straßentheater, 1979 war das.

Er nannte die Kompanie Royal de Luxe. Der Name sollte klingen wie eine große Marke. Sein Markenzeichen wurden die Riesen, les Géants. Es sind bis zu 9,80 Meter hohe Marionetten, zweieinhalb Tonnen schwer, er spielt Theater mit ihnen auf den Straßen.

Im Winter lagert er sie in einer Fabrik, in der einmal Reis verarbeitet wurde, in einem Industriegebiet in Nantes. Zwei Hallen, eine Werkstatt und einen Dachboden braucht er für ihre Köpfe, für Arme, Beine, Schuhe und Mäntel. Hier sind sie sicher, dachte Monsieur Courcoult. Das war, bevor der Anruf kam.

Die Riesen von Monsieur Courcoult haben Haare aus Pferdeschweif, sie klimpern mit den Lidern, Kräne, Hydraulik und bis zu 125 Menschen werden gebraucht, um sie bei einer Aufführung mit Seilen zu bewegen, die Zuschauer gehen zur Seite, wenn sie kommen.

Wenn die Riesen auftreten, dann streiten sie nicht. Sie altern nicht. Sie sterben nicht. Sie zersägen Eisberge, sie fahren Boot, sie schließen sich in die Arme, sie schauen in die Ferne, sie hören Musik.

Ihre Geschichten sind einfach, sie haben einen Bezug zu der Stadt, durch die sie gehen. Als die Deutschen 2009 in Berlin den Jahrestag des Mauerfalls feierten, tauchten zwei Riesen auf, umarmten sich am Brandenburger Tor, sie feierten ihr Wiedersehen.

Nachts liegen die Riesen schlafend auf den Plätzen der Stadt. Ein Motor sorgt dafür, dass ihr Brustkorb sich beim At-

nate. Courcoult lehnte die Anfrage ab. Er möchte, dass seine Riesen allen gehören. Sie werden finanziert von Firmen, von Städten. Doch Courcoult wollte sie nicht zu Marionetten einer Marke machen.

Kurz vor Weihnachten bekam Courcoult einen Anruf. Ein Freund war dran. Er sagte, es gebe ein Video im Internet. Das Video dauert 60 Sekunden. Es zeigt einen Weihnachtsmann, acht Meter hoch, zwei Tonnen schwer. Er geht durch Straßen, es schneit, er klimpert mit den Lidern, er geht an einem Haus vorbei, in dem eine Familie zusammensitzt und Coca-Cola trinkt. Seine Glieder werden bewegt von Menschen, die an Seilen ziehen. Er sieht aus wie einer der Riesen von Monsieur Courcoult. Das Motto des Videos heißt: For those who don't believe.

Coca-Cola ist ein Unternehmen mit Patent auf einen Schriftzug, mit einer Geheimformel und Anwälten, die die Kurvenform einer Flasche schützen. Sie verfolgen jeden, der Coca-Cola kopiert. Die Anwälte argumentieren, die Theatergruppe habe kein Urheberrecht an großen Marionetten. Man habe rechtzeitig geprüft, ob sich die Theatergruppe an dem Werbeclip beteiligen wolle. Der Clip sei außerdem nicht in Frankreich gelaufen.

Monsieur Courcoult glaubt an das Recht auf geistiges Eigentum. Er dachte, seine Riesen seien sicher, auf den 10000 Quadratmetern in dem Industriegebiet in Nantes, geschützt vor dem Bösen im Menschen.

Courcoult hat drei Anwälte beauftragt, gegen Coca-Cola zu klagen. Es gehe ihm nicht um Geld, sagt er. Er will seine Idee verteidigen, seinen Traum von riesengroßen Menschen, die gut sind und friedlich. Es geht ihm auch um seine eigene Marke.

Die Riesen von Monsieur Courcoult sind sanft. Sie lieben sich. Sie streiten nicht. Monsieur Courcoult bereitet gerade die nächste Produktion vor. Er sagt, es sei möglich, dass dabei ein Riese zum ersten Mal böse werde.

KATRIN KUNTZ



Courcoult, Riesenpuppe

Theater verklagt Coca-Cola
Nantes – Eine französische Theatertruppe, die mit ihren riesigen Marionettenfiguren auch schon in Berlin für Furore gesorgt hat, legt sich mit dem Getränkekonzern Coca-Cola an: Das Straßentheater

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

men hebt und wieder senkt, man hört ein pfeifendes Geräusch.

Die Riesen erinnern die Menschen daran, was Menschlichkeit ausmacht. Wenn Courcoult mit ihnen auftritt, kommen Tausende, sie staunen über die große menschliche Idee. Die Geschichte dieser Riesenmenschen verbreitete sich. Der amerikanische Konzern Coca-Cola hörte davon. Er wollte für einen Werbefilm eine zwölf Meter hohe Marionette von Royal de Luxe haben, einen Santa Claus. Weihnachten ist für Coca-Cola ein wichtiges Fest, es gibt Weihnachts-Trucks, den Coca-Cola-Weihnachts-Song.

Die Manager von Coca-Cola schrieben eine E-Mail nach Nantes. Es gab Telefo-

BETRUG

Gestatten, Scheich Volker

Der Hilfsarbeiter Volker Eckel aus dem Schwarzwald schlüpfte in einen Kaftan, stellte sich als König von Arabien vor und brachte vermögende Schweizer um ihr Geld. Ein einziges Wort öffnete die Türen – „Inshallah“. *Von Ralf Hoppe*

Als die Schuhfachverkäuferin Sabine Preuß den ehemaligen Hilfsarbeiter Volker Eckel kennenlernte, da ahnte sie nichts von jenem Nummernkonto in der Schweiz. Sie wusste auch nichts von der Geschichte mit den 700 Milliarden Dollar, als sie ihn später auf dem Standesamt von Schramberg im Schwarzwald heiratete. Sie sah in ihm, so sagt sie es heute, einfach nur einen warmherzigen Mann, der „perfekt zu mir passte, wie vom Himmel gefallen“. Die Sache mit dem Mord kam erst später heraus, auch das Königshaus von Saudi-Arabien spielte damals noch keine Rolle in ihrem Leben.

Sabine Preuß sehnte sich nach einem Neuanfang. Sie hatte ihren Mann verloren, durch einen Herzinfarkt, sie war Anfang vierzig, hatte zwei Kinder aus ihrer ersten Ehe, Lissi und Manuel. „Mich gibt es nur im Dreierpack“, sagte sie damals zu ihm, als er sich nach ihrer Anzeige auf der Internetseite quickmarkt.de gemeldet hatte, die sie bevorzugte, weil sie umsonst war. „Die Kleinen sind ein Teil von dir, ich liebe sie“, habe Volker ihr damals geantwortet.

Nun, drei Jahre später, sitzt Sabine Eckel auf einem Besucherstuhl in der mit Stahltüren gesicherten Wartezone der Justizvollzugsanstalt Freiburg im Breisgau. Es ist Mittagszeit, kurz vor eins. Gleich wird Sabine Eckel für zwei Stunden ihren Ehemann treffen, einen Mann, der der Welt Rätsel aufgibt, bis zum heutigen Tag, seinen Opfern, den Staatsanwälten, den Gefängnisdirektoren.

Im Gerichtssaal, während des Prozesses, hatte sie erfahren, dass Eckel mit einem Märchen durch die Schweiz gezogen war. Volker Eckels Mutter war angeblich

Prinzessin Lolowah, der irakische Diktator Saddam Hussein war Eckels Vater. Fünf von sechs Prozesstagen hielt sie durch, dann wendete sie sich ab von Eckels Traumwelt. Sie hatte einen ihr fremden Mann vom Zuschauerraum des Gerichtssaals aus beobachtet, einen char-

den überließen den Fall den deutschen Kollegen. Eckel wurde zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Inzwischen hat man ihn nach Freiburg verlegt.

Dort hat Sabine Eckel ihre Handtasche, ihr Handy, ihr Portemonnaie, das Kinderspielzeug und den Buggy in einem Schließfach der Anstalt verstaut, einen Metalldetektor passiert, sich nach Waffen durchsuchen lassen. Sie sind zu viert: Sabine Eckel, Lissi, Sara, die sie von Volker Eckel hat, außerdem die acht Monate alte Samira. Sabine Eckel war mit ihr gerade schwanger geworden, als man ihren Mann verhaftete.

Es ist ein Uhr mittags. Surrend klickt jetzt die Stahltür auf, die Besucher können hindurchgehen, sie betreten den eigentlichen Besucherraum. Sieben Tische. Drei Süßigkeiten- und Getränkeautomaten. Die Fenster sind vergittert. Eine verspiegelte Scheibe.

Volker Eckel wartet an einem der Tische, er strahlt, er zieht seine Kinder zu sich. Er küsst sie. Er lächelt seine Frau an. Er springt auf und holt Limonade für alle. Ein fleischiger Mann, groß, bleich, das Haar zu Stoppeln rasiert. Trainingsanzug, eine Nickelbrille. Man könnte ihn auf den ersten Blick für einen Lehrer halten, Sport und Erdkunde, aber das kann täuschen, wie so vieles im Leben des Volker Eckel.

Die Geschichte der Täuschungen, zumindest das letzte Kapitel, setzt an im Juni des Jahres 2008. Eckel hält sich in

Zürich auf. Im Raum Stuttgart hat er sich in den zurückliegenden Jahren an verschiedenen Betrügereien versucht, Scheckkartenmissbrauch, vorgebliche Immobilienkäufe, Urkundenfälschung, gelegentlich hat er sich als Dr. med. ausgegeben. Hier und da ist er aufgefliegen, zur Fahndung ausgeschrieben.



Betrüger Eckel in Züricher Sportstadion: Endlich in der Ehrenloge

manten Verführer. Eckel hatte in der Schweiz Geschäftsleute und einfache Bürger um ihr Geld gebracht. Sie fielen auf ihn herein, auf Seine Königliche Hoheit Scheich Muhammed al-Gargawi.

Der Prozess fand vor dem Landgericht Rottweil statt; Eckel war in Deutschland verhaftet worden, die Schweizer Behör-

TOTO MARTI / BLICKSPORT

In der Schweiz fühlt Eckel sich sicher. Vor allem ist er hingerissen von Zürich, dieser Banken- und Geldstadt. Eckel marschiert die glitzernde Bahnhofstraße auf und ab, die, gesäumt von Boutiquen, zum See führt. Er steht vor dem Fünfsterne-superiorhotel Baur au Lac, erinnert er sich, und er glaubt das Geld, das alles durchdringt, durchpulst, fast fühlen zu können.

Diese Stadt will er erobern.

Er lässt sich teure Wohnungen zeigen, spielt den Interessierten, den Hochmütigen – aber das führt zu nichts. Wenn er Zürich erobern will, begreift er, muss er schon vorher jemand *sein*. Er muss sich verwandeln, wieder mal. Reich sein, Scheich sein, der Reim gefällt ihm irgendwie. Bei einer dieser Wohnungsbesichtigungen läuft ihm ein Immobilienmakler über den Weg, ein Mann namens Bührli*, er stammt aus der Ostschweiz, aus dem Kanton Thurgau, und ist geschäftlich in Zürich. Auf so einen Mann, gierig und naiv, hat Eckel nur gewartet.

Man kommt ins Gespräch. Es sind anfangs nur Andeutungen, die Eckel macht: Er sei in Zürich inkognito. Er telefoniere später mit einem Halbbruder. Ja, mit seinem Halbbruder, der dem Ministerrat vor-sitze. Wo? In Dubai. Ach so, der Halb-

Volker Eckel wird am 8. Oktober 1965 geboren, in Tamm bei Stuttgart. Er ist das jüngste von fünf Kindern, der Vater ist Bauklempler, die Mutter Hausfrau. Als Volker elf Jahre alt ist, erleidet der Vater einen berufsbedingten Säureunfall und verliert nahezu sein Augenlicht. Die Mutter muss die Familie ernähren.

Volker Eckel erlebt sich keinen Augenblick als das geliebte Nesthäkchen. Geld ist bei den Eckels so knapp wie Zuneigung. Er verlässt die Sonderschule ohne Abschluss, jobbt als Hilfsarbeiter. Er ist 19 Jahre alt, als er endlich einen Ausweg entdeckt: sich zu *verwandeln*.

In der Nähe seines Heimatorts Tamm ist ein Mord begangen worden, Eckel hat davon in der Zeitung gelesen. Er geht zur Polizei und bezichtigt sich der Tat. Eckel wird festgenommen, monatelang verhört, und er genießt diese kostbare Aufmerksamkeit, die man ihm schenkt.

Er ist bedeutend, als potentieller Mörder, es sei ein wunderbares Gefühl gewesen, sagt er.

Knapp ein Jahr seines Lebens verbringt Eckel in Untersuchungshaft, bis sich seine Unschuld erweist. Er darf oder muss das Gefängnis verlassen. Aber nach dieser Macht, über das Leben anderer zu richten, wird sich Volker Eckel von nun an

anlagen. Geld sei vorhanden, erfährt der Makler, es komme aus Dubai, Riad, Arabien. Für Bührli wird während dieser Autofahrt ein Märchen wahr, offenbar sitzt neben ihm der Abgesandte einer bisher unerreichbaren Welt.

Da es in dem Städtchen Müllheim keine Fünfsternehotels gibt, quartiert der Makler den kostbaren Kunden bei sich zu Hause ein. Die Familie des Maklers, anfangs verblüfft, wird auf strikte Freundschaft, die Eckel jedoch geschickt strapaziert.

Mit sicherem Instinkt weiß er, wie er sich benehmen muss, ungnädig, zerstreut, kurzum: königlich.

Eckel war nie ein Verstandesbetrüger. Für ihn war immer alles Gegenwart, Improvisation, er log stets aus dem Moment heraus. Er fürchtete deshalb auch nie, dass sein Plan irgendwann platzen könnte, denn es gab gar keinen Plan.

Alles, was Eckel wollte, war dieses Gefühl: bedeutend zu sein, mächtig. Selten bereitete er sich vor, lieber improvisierte er, spielte er, verlangte mal dies, wollte mal jenes, schließlich hat ein König ein Recht auf Reizbarkeit. Eckel machte sich nicht mal die Mühe, etwas Arabisch zu lernen oder sich den Unterschied zwi-

hiermit bestätige ich Ihnen die Umschreibung Ihres Kontos auf Ihren deutschen Namen Volker

Ihr Konto

IBAN CH896698477336116977X
BC 4777 560597 67XXX
BJPBCH7901STG

weist zum heutigen Tag ein Guthaben von 700.000.000.000 US\$ auf. Da die Gutschrift von der Dubai Holding AG stammt, wurde es zur sofortigen Verfügung freigegeben.

Gefälschte Bankbestätigung (Ausschnitt): Magische Zahl mit elf Nullen

bruder und er benötigten übrigens zwei bis drei Villen, bitte schnell, *inschallah!*

Die arabische Formel, so viel bedeutend wie „so Gott will“, benutzt Eckel gern und im Sinne von „He, geht's nicht schneller?!“ Und tatsächlich hat der Makler es plötzlich sehr eilig, diesen Fremden für sich zu gewinnen.

Unter einem Vorwand lädt er Eckel in den Thurgau ein. Der Thurgau, die Ostschweiz, sei nur auf den ersten Blick Provinz. Tatsächlich gebe es hier sehr gute Investitionsangebote. Eckel tut so, als ließe er, zerstreuter Monarch aus dem Orient, sich alles nur so eben gefallen. Hauptsache, es geht schnell!

Weil Eckel über den Orient nichts weiß, muss er improvisieren. Das allerdings kann er, kann es von Kindheit an.

sehen. Er ist kein Mörder, wird es auch nie sein, dafür ist er zu friedfertig. Also wird er Hochstapler, Lügner.

In den folgenden Jahren wird Eckel sein Gespür für die Sehnsüchte anderer Menschen verfeinern, so wie man ein musikalisches Talent ausarbeitet. Sehnsüchte sind das Material für Eckel – als sei es seine Bestimmung, Menschen auszunutzen, ihr tiefes Bedürfnis, an etwas zu glauben, zu vertrauen.

Im November 2008, auf der nächtlichen Autofahrt von Zürich Richtung Osten, in den Thurgau, lässt sich Eckel von dem Makler Bührli scheinbar aushorchen, tatsächlich erweckt Eckel dessen Gier.

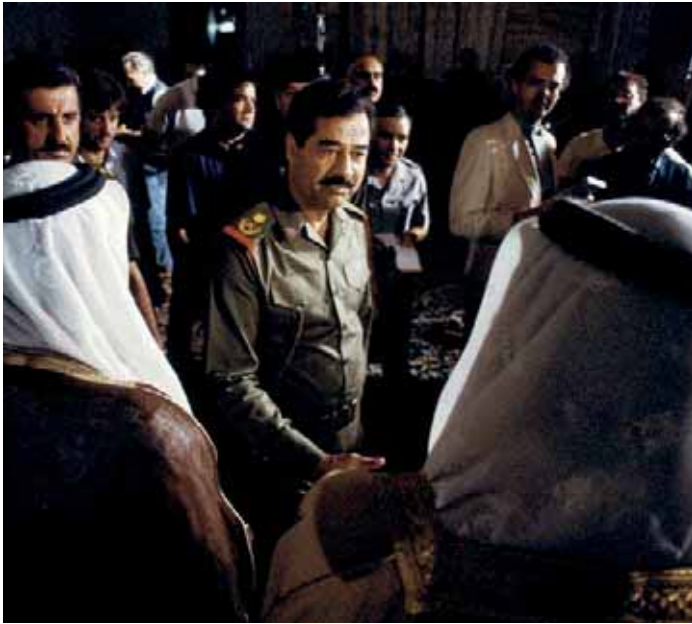
Der Makler erfährt, dass „Volker Eckel“ nicht der wahre Name dieses Mannes sei, es handle sich vielmehr um einen arabischen König, der in der Schweiz gigantische Investitionen tätigen wolle – Einkaufszentren, Fußballstadien, Wohn-

schen Saudi-Arabien und Dubai einzuprägen. Aber diese Schwäche geriet ihm zur Stärke. Gerade weil er so undurchdacht agierte, fiel es seinen Opfern schwer, ihn zu durchschauen.

Im Besucherraum der JVA Freiburg berichtet Eckel seiner Frau Sabine, dass er Geld brauche. Er habe sich versehentlich auf seine Brille gesetzt, die neue Brille koste 120 Euro. Das Geld müsse Sabine Eckel dem Optiker R. in Freiburg überweisen. Sie zuckt zusammen, 120 Euro sind grässlich viel Geld. Aber sie fängt sich schnell. Sie wird den Optiker anrufen, vielleicht kann sie die Schulden in 20-Euro-Raten abtrottern.

Aus ihrem Lohn als Verkäuferin hatte Sabine Eckel, bevor sie ihren jetzigen Mann traf, etwa 9500 Euro gespart, für schlechte Zeiten. Dieses Geld schmolz nach Eckels Festnahme und Verurteilung dahin. Am meisten kosteten die Anwälte,

* Die Namen der Opfer wurden von der Redaktion geändert.



Angebliche Eltern Saddam 1983, Prinzessin Lolowah 2011: Eckel erfand eine Affäre, und er war der Sohn

Eckel war anspruchsvoll. Sabine Eckel lebt jetzt von Hartz IV, mit diversen Zuschlägen hat sie 778 Euro im Monat, zum Verzweifeln wenig. Damit versorgt Sabine Eckel vier Kinder, zwei aus erster Ehe, zwei, die sie von Eckel hat, sie unterhält einen zwölf Jahre alten Peugeot 407, schickt ihrem Mann Briefmarken, damit er ihr täglich schreiben kann. Sie sagt, dass sie ihn noch immer liebt. Aber wird er sich ändern? Er beutert es.

Damals, in der Schweiz, vor vier Jahren, sammelte Eckel ein Team um sich, und der Makler half ihm dabei. Sie casteten Geschäftsleute, Treuhänder, Juristen, gestandene Leute. Er wollte, erklärte Eckel geheimnistuerisch, hier eine Niederlassung der Dubai Holding gründen. Für Details sei es noch zu früh, höchste Verschwiegenheitsstufe sei Pflicht. Übrigens sei er König.

Seine angebliche Mutter, Prinzessin Lolowah, hat Eckel im Netz entdeckt, sein Beitrag besteht darin, ihr die Affäre mit Saddam Hussein anzudichten und sich als Sohn zu erfinden. Als Junge habe er mit den Saddam-Söhnen im Palast Fußball gespielt, schwadroniert er. Natürlich hätten sie als Kinder auch echte Waffen gehabt, schließlich war man bei Hofe. Und wer sich darüber wundere, beweise nur, dass er vom Hofleben nichts verstehe.

Plötzlich eine Palastintrige, Gift. Sein Leben sei in Gefahr gewesen. Die Mutter habe ihn vorsichtshalber nach Deutschland gebracht und bei einer Adoptivfamilie aufwachsen lassen, rund um die Uhr überwacht von Geheimdienstleuten, die man aber kaum bemerkt habe. Nur ab und zu ein Mann mit Hut in einer Eisdiele, das Funkgerät in einer zusammengerollten Zeitschrift versteckt.

Eckels Stab besteht Ende 2008 aus einem knappen Dutzend Leuten. Da ist der Versicherungsmakler Stähli, der seine Firma aufgibt, um 24 Stunden für den Scheich da zu sein. Da ist Claudia Ditz, Zweite Bürgermeisterin einer Kleinstadt, die sich als Privatsekretärin anheuern lässt. Da ist der Bauunternehmer Vogli, der Chauffeur wird. Der Treuhänder Massimo, der die Behördengänge erledigt.

Diese Männer und Frauen sind keine Idioten, sondern kluge, gestandene, zum Teil studierte Leute – dennoch benehmen sie sich idiotisch, sie verlieren ihren gesunden Menschenverstand, als hätten sie ihr Urteilsvermögen an der Garderobe abgegeben.

Eckels Opfer sind keine Idioten, benehmen sich aber, als hätten sie ihren Verstand abgegeben.

Einige von ihnen haben, unter Wahrung der Anonymität, mit dem SPIEGEL gesprochen. Zum Teil, sagen sie, habe sie die Geldgier getrieben. Aber nicht nur. Eckel schüttet ein Märchen über sie aus, und in dem kreuzbraven Leben, das sie führen, gibt es eine unerfüllte Sehnsucht – und Eckel spielt meisterhaft damit. So geraten sie in seinen Sog. Und irgendwann wollen, können sie ihren Traum nicht mehr loslassen.

Eckel ist der Briefkopf einer Schweizer Privatbank – Bankhaus Jungholz in St. Gallen – in die Hände gefallen, den er per Scan und Photoshop in eine Kontobestätigung verwandelt: 700 Milliarden Dollar seien angekommen, jederzeit abholbar, mit freundlichen Grüßen. Diese

Bestätigung zückt er öfter mal, und wer immer das Papier mit der magischen Zahl, den elf Nullen, erblickt, der erschauert.

Später lässt Eckel sich zu einem Notar chauffieren und gibt dort eine eidesstattliche Erklärung ab. Er erkläre die Bereitschaft, das Amt des Staatsoberhauptes von Saudi-Arabien zu übernehmen, im Einvernehmen mit Stiefbruder Ali Hussein und Mutter Miriam. Niemandem fällt auf, dass Eckels Mutter plötzlich Miriam heißt, nicht mehr Lolowah. Das Ganze wird mit notariellem Stempel beurkundet, und Eckel hat ein Papier mehr, das er zücken kann.

Eckel billigt seiner Sekretärin ein hübsches Gehalt von 76 923 Schweizer Franken im Monat zu, erhöht aber bald, weil er recht zufrieden mit ihr ist, auf monatlich 324 615 Franken. Der Chauffeur kriegt 61 538,45 Franken als Monatslohn in den Vertrag geschrieben, bei den höheren Angestellten geht das Gehalt in die Millionen – wohlgemerkt: monatlich. Als Dienstfahrzeug wird ein BMW 750 vorgemerkt, dunkelblau.

Eckel bezieht Büroräume in dem Ort Frauenfeld. Damit seine Leute auf die Orient-Missionen vorbereitet sind, müssen sie Knigge-Kurse absolvieren. Ein marokkanischer Benimm-Coach wird engagiert, im Konferenzraum erklärt er vor der eifrigen Truppe, wie das so läuft mit Prinzen und Scheichs. Eckel selbst nimmt an den Schulungen nicht teil, wozu auch?

Eckel schickt seine Leute zu Architekten, Bauunternehmern, Projektentwicklern, die Pläne in ihren Schubladen haben, Pläne für Wohnungen, Wellness-Anlagen, Einkaufszentren – denen aber noch der Investor fehlt. Ein Präsentationstermin wird vereinbart. Der geheimnisvolle Investor legt Wert darauf, höchstpersönlich zu kommen. Bei den ersten Terminen legt Eckel einen Kaftan an, ein

weißes, knöchellanges Gewand, dazu ein Kopftuch, das von einem schwarzen Kopfring gehalten wird. Später wird er auf das Kostüm verzichten.

Eckel genießt vor allem das *Spiel*, das Hofiertwerden, den Auftritt. So lässt er sich bei diesen Anlässen in zerstreuter Herrscherlaune alle möglichen Projekte präsentieren, die mal 20 Millionen, mal 300 Millionen erfordern. Sodann erteilt er gnädig Zustimmung. Schließlich, meist tags darauf, schickt er einen seiner Untergebenen los, zu den Projektentwicklern, den Architekten, und die Botschaft ist stets dieselbe: Man erinnere an das Geschenk.

Bitte? Welches Geschenk?

Ja, ja, das sei arabische Sitte, heißt es, unumstößlich: Bevor der Scheich den Vertrag unterschreibe, verlange er ein Geschenk. Keinen Ferrari, kein Rennpferd, das besitze er alles schon, bloß einen symbolischen Geldbetrag wolle er. 10 000 Franken? Oder 200 000? Ohne Geschenk kein Geschäft.

Dies ist die Methode Eckel, sie funktioniert fast immer. Einige der Angesprochenen lehnen die arabische Erpressung zwar empört ab. Andere aber denken an den Auftrag und zahlen. Mal sind es 20 000 Schweizer Franken, mal 200 000, die hereinkommen, als Schenkung ordentlich verbucht.

So finanziert Eckel seine laufenden Ausgaben, etwa den Sex. Jeden Dienstag und Freitag beispielsweise, sobald die FKK-Nacht im „Westside“ in Frauenfeld beginnt, einem Club für bedürftige Herren, lädt Eckel seinen Hofstaat dorthin ein, die Sekretärin darf an solchen Abenden früher nach Hause. Der Eintritt kostet 90 Franken. Man bekommt einen weißen Bademantel ausgehändigt, eine Chipkarte, auf der Liebesdienste und Alkoholika gebucht werden. Eckel hält sich an Coca-Cola, die im Eintrittspreis inbegriffen ist. Die anderen probieren aus, wie es sein wird, wenn man dekadent ist; einer aus der Entourage besteht darauf, Champagner aus einem Stöckelschuh zu trinken. Weil es sich jedoch um einen Sauna-Club handelt und die vorwiegend aus Osteuropa stammenden Prostituierten ihre Dienste barfuß oder in Badelatschen versehen, muss erst ein geeigneter Schuh beschafft werden.

Eckel zahlt für die Ausflüge; die versprochenen Monatsgehälter muss er schuldig bleiben. Mal sei das Geld aus

Dubai noch nicht eingetroffen, mal will Eckel ein allerletztes Telefonat mit seinem Stiefbruder führen, so windet er sich Monat um Monat heraus.

Aber warum lassen seine Leute sich hinhalten? Die Betrogenen verstehen sich heute selbst nur noch halb. Eine eigentümliche Aufbruchsstimmung habe sie erfasst. Sie waren Eingeweihte, sie wussten von einem großen Plan. Und irgendwann wollte man die Lüge nicht mehr loslassen, nicht mehr hergeben – im Tausch für eine trübe Wahrheit mit Reihenhäusern, Vorgärten, Hypotheken.

Man hätte Eckel leicht überführen können. Die Bankbestätigungen waren primitiv gefälscht, aus Dubai, Bagdad und Saudi-Arabien machte Eckel ein einziges Karl-May-Gesamtkunstwerk – trotzdem glaubten ihm seine Leute. Sie glaubten

lität sich störend bemerkbar machte, spann Eckel sein Märchen weiter.

Im April 2009 summieren sich die gestundeten Gehälter auf etwa 25 Millionen Franken. Nichts davon ist je gezahlt worden. Die Stimmung hat sich zu diesem Zeitpunkt abgekühlt, verständlich. Eckel ist unter Druck, lange wird er das Spiel nicht mehr spielen können. Eilig organisiert er seinen letzten großen Coup: die Eroberung von Zürich.

Der Grasshopper Club Zürich ist der älteste, traditionsreichste Fußballverein der Stadt, 27facher Schweizer Rekordmeister, Günter Netzer und Stéphane Chapuisat spielten hier einst, Ottmar Hitzfeld war mal Trainer. Aber jedes Jahr muss der Hauptsponsor, ein Gartenbauunternehmer, ein paar Millionen Franken zuschießen. Neidisch blickt man zu Clubs wie Manchester City, Paris Saint-Germain, FC Chelsea, die von Oligarchen oder Scheichs mit Geld geflutet werden.

Volker Eckel schickt seine Leute vor. Er lässt fragen, ob man interessiert sei an einem Finanzier. Wie viel brauche man? 50 Millionen Franken? 60 Millionen? Ob man sich treffen wolle?

Am 20. April des Jahres 2009 ziehen Eckel und seine Entourage in das vornehmste Hotel von Zürich ein, ins Baur au Lac, das er am Anfang nur von außen bestaunen durfte. Eine Deluxe-Suite, drei Doppelzimmer, ein Doppelzimmer zur Einzelnutzung, die Rechnung auf den Club. Eckel erkundigt sich nach dem Rolls-Royce des Hotels. Am Abend wird eine Absichtserklärung unterzeichnet, über 100 Millionen Franken. Zuvor hat Eckel die Boulevard-

zeitung „Blick“ kontaktieren lassen, er will die Journalisten als Zeugen seines Ruhms. Die Reporter haben herausgefunden, dass die Geschichte vom Scheich stinkt; aber sie lassen die Grasshopper-Bosse, unter ihnen der Sportchef Erich Vogel, in die Falle laufen, um sie danach als Deppen präsentieren zu können.

Dann spielt das Grasshopper-Team gegen Vaduz, Eckel sitzt in der Ehrenloge, es ist sein Moment. Auf allen Fotos strahlt er, nie sah er glücklicher aus: Er ist am Ziel. Er hat die Welt überzeugt, er ist Scheich Muhammed.

In den folgenden Tagen wird die Geschichte in den Medien verbreitet, der Verein ist blamiert, Eckel enttarnt. Sein



Berühmte Hochstapler-Figuren*: Herrscher der Märchenwelten

ihm, weil seine Behauptungen so unglaublich waren.

Seine Lüge schien umso einleuchtender, je weiter sie von der Wirklichkeit entfernt war. Eine Halbwahrheit wäre angreifbarer gewesen. Doch Eckel, der darin mit seinen großen Kollegen durchaus mithalten konnte, mit Felix Krull, dem Hauptmann von Köpenick, dem lügnerischen Seher aus „Asterix“, entführte seine Truppe in eine Märchenwelt, in der er Herrscher und Schöpfer war. Er machte es wie Scheherazade: Sobald die Rea-

* Oben: Alain Delon als Tom Ripley in „Nur die Sonne war Zeuge“, 1960, Heinz Rühmann in „Der Hauptmann von Köpenick“, 1956; unten: Horst Buchholz in „Die Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull“, 1957, Comic-Held Asterix mit Schwindler Lügfix.



ROBERT HUBER / DER SPIEGEL

Ehemaliger Grasshopper-Chief Vogel 2012: Schwer blamiert

Imperium löst sich auf, jetzt geht es ganz schnell. Für seine Leute beginnt eine harte Zeit. Sie stehen als Trottell da. Zwei von ihnen erstatten Anzeige, die Polizei beginnt mit Ermittlungen. Wer war Mitwisser? Oder sogar beteiligt? Jeder ist zunächst verdächtig, manche verkriechen sich, manche denken an Selbstmord. Der finanzielle Schaden, den Eckel angerichtet hat, ist schwer zu beziffern. Wenn man alles addiert, das erschwindelte Geld, unbezahlte Rechnungen, versprochene Gehälter, so kommt man nach staatsanwaltlichen Schätzungen auf rund 40 Millionen Schweizer Franken.

Eckel, davon ungerührt, fährt nach Deutschland zurück, schreibt von dort aus, immer noch als König, eine letzte Mail, dann lernt er die Schuhverkäuferin Sabine Preuß kennen, heiratet sie. Am 7. September 2011 erlässt das Amtsgericht Rottweil Haftbefehl gegen ihn, im Mai 2012 folgt das Urteil 1 Kls 20 Js 13174/10. Da ist seine Frau bereits im zweiten Monat schwanger mit Samira.

Im Besuchsraum der JVA Freiburg sitzt jetzt ein Mann, der seiner Frau Sabine vom Neuanfang erzählt. Der berichtet, dass er seinen Hauptschulabschluss nachholen will, der ihr ausmalt, wie schön es eines Tages werden wird.

Herr Eckel, kennen Sie ein arabisches Wort?

„Oje.“ Er wischt sich die Stirn, überlegt lange, dann sagt er: „Inshallah! So in dem Sinn, dass alles arabischmäßig passt und gut wird.“

Herr Eckel, Sie sprachen aber niemals Arabisch, als Sie den Scheich spielten?

„Meine Leute haben mich manchmal darum gebeten. Eure Hoheit, sagen Sie doch mal was. Oder: Wie schreibt man meinen Namen auf Arabisch? Das hab ich immer abgelehnt. Bitte, ich war ja der König. Außerdem gab es Sicherheitsbedenken, in so einem Job ist man ja ständig bedroht, überall sind Terroristen und Entführer, oje.“

Seine Frau betrachtet ihn, müde und zärtlich. Es ist gleich drei Uhr, Ende der Besuchszeit.

Video:

Ein falscher Scheich



Für Smartphones:
Bildcode scannen,
z. B. mit der
App „Scanlife“

spiegel.de/app32013scheich oder in der App **DER SPIEGEL**

MICHAEL MEISSNER



Die armen Alten

ORTSTERMIN: Warum Rentner in Köln zum Hundetarif Bus fahren wollen

Zwei Stunden musste Renate Paulat warten, bis sie endlich aufgerufen wurde, im Saal A119 des Kölner Rathauses, und das Warten fiel ihr schwer. Die Diskussion über die Verkehrsbelastung in der Vorgebirgsstraße inklusive Powerpoint-Präsentation nahm sie noch hin. Beim nächsten Tagesordnungspunkt, dem barrierefreien Zugang zur Kölner Südbrücke, rollte sie mit den Augen, und die Diskussion über die desolate Situation in Porz-Ensen/Westhoven, wo es mit der Renovierung der Schulturnhalle nicht vorangeht, ließ sie resigniert seufzen. Renate Paulat ist eine eher ungeduldige Frau. Und sie hat ja auch nicht mehr so wahnsinnig viel Zeit.

Renate Paulat ist 77 Jahre alt, in wenigen Tagen wird sie 78, und sie geht immer noch arbeiten. Nicht weil sie will, sondern weil sie muss. Ihre Rente ist zu hoch für Hilfen vom Staat und zu niedrig, um mit Anstand davon leben zu können. Nach Abzug von Miete und Nebenkosten bleiben ihr noch 350 Euro im Monat.

Meist arbeitet Renate Paulat als Betreuerin von Männern und Frauen, die so alt sind wie sie, aber hinfalliger, manchmal dement. Zweimal die Woche, jeweils zwei Stunden, für 7,50 Euro die Stunde. Pro Arbeitstag verdient sie also 15 Euro. Von diesen 15 Euro muss sie die Fahrt zu ihren Arbeitsstätten bezahlen, mit Bus und Bahn. Wenn sie Pech hat, sind das 2,60 Euro hin, 2,60 Euro zurück, ein Drittel ihres Lohns.

Aus diesem Grund ist sie nun hier, in der Sitzung des Beschwerdeausschusses. Sie ist der Meinung, sie zahle viel zu viel, wie sie denken sechs weitere Rentner, ungefähr im selben Alter, denen es nicht anders geht. Sie alle fordern ermäßigte Preise in Bussen und Bahnen, sie wollen behandelt werden wie Kinder, oder „mitnetzen wie Hunde, die zahlen auch weniger“, sagt Renate Paulat.

Rund 120 000 Männer und Frauen gibt es mittlerweile in Deutschland, 75 Jahre alt oder älter und immer noch arbeitend. Viele landen im Einzelhandel, räumen

stundenweise Ware ein, andere lassen sich als Wachmänner anstellen oder in einer Putzkolonne, die meisten fügen sich still in ihr Schicksal, schweigen aus Scham, weil sie gegen Ende ihres Lebens nicht viel mehr vorzuweisen haben als eine mickrige Rente.

Renate Paulat sieht keinen Grund, sich zu verstecken. Erst habe sie als Sekretärin gearbeitet, dann auch als Heilpraktikerin, 17 Jahre sei sie selbständig gewesen, mit einem eigenen kleinen Laden, bis sie in Rente ging, mit 65 Jahren. „Ich war nie

in dem nicht nur lebenslang gelernt werden soll, sondern auch lebenslang gearbeitet. Es ist ein Land, in dem Männer und Frauen jenseits der siebzig in Konkurrenz stehen zu den Jungen und den Langzeitarbeitslosen, die als Ein-Euro-Jobber wieder lernen sollen zu arbeiten – und in der Regel verlieren sie den Wettkampf.

„Wir Alten sollen ehrenamtlich arbeiten“, sagt Renate Paulat, sie ist wütend, „dafür sind wir gut genug, aber warum sollten wir uns damit begnügen?“ Um mehr zu erreichen, trat Paulat dem

Kölner Verein Jobs60plus bei, einem Mix aus Stellenbörse und Selbsthilfegruppe, bei dessen Treffen Stellenangebote vermittelt werden und es manchmal auch zum Streit um Stellen kommt.

Ingrid Weiler, die ehemalige Sekretärin, ärgert sich etwa darüber, dass ein anderes Vereinsmitglied sie kürzlich übergang, als in einer Druckerei Aushilfen gesucht wurden. Statt sie anzurufen, machte der Mann die Arbeit lieber selbst und klagte dann beim Vereinstreffen über die ganze Schufferei.

Die Löhne der Rentner liegen in der Regel bei 7,50 Euro die Stunde. Werden 10 Euro pro Stunde geboten, ist das ein Glücksfall. Gesucht werden Kistenschlepper, Aushilfen

im Verkauf, Gartenarbeiter, Krankenträger, Kloreiniger, gern auch sofort. Hans-Werner Löckmann, der Diplomingenieur, fühlt sich bei diesen Angeboten deutlich unterfordert. Es scheint so zu sein, dass man mit dem Beginn der Rente nicht nur seine Arbeit verliert, sondern nach Ansicht vieler Arbeitgeber auch sein Wissen und fast jede Qualifikation.

Als Renate Paulat nach zwei Stunden endlich aufgerufen wird vom Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses, trägt sie ihr Anliegen zusammen mit einer Freundin vor, und der Tag endet mit einem bescheidenen Erfolg. Nach längerer Diskussion bitten die Politiker den Vertreter der Kölner Verkehrs-Betriebe, nach einer Möglichkeit zu suchen, Renate Paulat und den arbeitenden Rentnern entgegenzukommen.



Rentnerin Paulat (M.), Mitstreiter: Nie untätig, trotzdem arm

untätig, ich muss mich nicht schämen.“ Das sagen auch ihre Mitstreiter über sich.

Hans-Werner Löckmann ist Diplomingenieur, besaß eine eigene Firma, sie ging bankrott, die aufgelösten Lebensversicherungen konnten sie nicht retten.

Klaus Mikolajczyk war angestellt, er hat es genau ausgerechnet, 441 Monate lang, bei der damaligen Deutschen Schlafwagengesellschaft, einer Tochter der Deutschen Bundesbahn, und nun sitzt er da mit einer Rente von 720 Euro.

Ingrid Weiler war Sekretärin, unter anderem beim Bundesverband der Deutschen Industrie. Heute arbeitet sie hin und wieder auf Wochenmärkten, mit 76 Jahren, weil das Geld sonst nicht reicht, wenn mal wieder was an den Zähnen gemacht werden muss.

Ingrid Weiler, Renate Paulat und die anderen sind Teil eines neuen Deutschlands,

MATTHIAS JUNG / DER SPIEGEL

UWE BUSE



Feldbegrenzungen in Großbritannien

ULLSTEIN BILD

ARCHÄOLOGIE

Zäune-Boom in der Eisenzeit

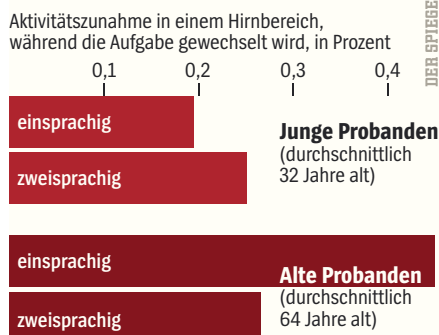
Die Geschichte des Gartenzauns begann etwa 1500 v. Chr. – auf den britischen Inseln. „Damals fingen die Menschen an, ihre Felder abzugrenzen“, berichtet die dänische Forscherin Mette Løvschal von der Universität Aarhus im Interview mit der Wissenschaftsplattform ScienceNordic. Für ihre Untersuchungen wertete Løvschal Grabungsberichte, Luftaufnahmen und Oberflächenuntersuchungen aus. Ab etwa 1000 v. Chr., so das Ergebnis, sei der Brauch der Feldabgrenzung in

Nordeuropa und im Baltikum zu beobachten. In der Eisenzeit, ab 500 v. Chr., zäunten die Menschen dann auch Häuser und Dörfer ein. „In den kommenden Jahrhunderten gab es einen regelrechten Zäune-Boom“, sagt Løvschal. Von nun an habe es Abgrenzungen aller erdenklichen Arten gegeben: Pfostenreihen, Flechtzäune, Palisaden, Wälle und Gräben. Ab 300 v. Chr. wurden die Zäune zum Machtsymbol – je reicher ein Anwesen, desto aufwendiger die Grenzmarkierung.

PSYCHOLOGIE

Hirnjogging durch Zweisprachigkeit

Je älter ein Mensch ist, desto schwerer fällt es ihm, zwischen verschiedenen Aufgaben zu wechseln. Das zeigt sich an einer erhöhten Aktivität bestimmter Hirnregionen. Ältere zweisprachige Probanden wiesen jedoch ähnliche Aktivitätsmuster wie junge Menschen auf.



Wer zweisprachig aufwächst, hat nicht nur Vorteile bei der Verständigung. Auch die Flexibilität des Denkens wird durch Bilingualität offenbar gefördert – vor allem im Alter, wie US-amerikanische Forscher jetzt im Fachblatt „Journal of Neuroscience“ berichten. Die Wissenschaftler untersuchten die Gehirnaktivität von 20 zweisprachigen Senioren (Durchschnittsalter: 64 Jahre) bei der Lösung kognitiver Tests. Dabei zeigte sich: Im Vergleich zu Gleichaltrigen, die einsprachig aufgewachsen waren, konnten die Bilingualen bei den Aufgaben schneller auf neue Anwendungen reagieren. Ihr Gehirn zeigte dabei – anders als das der Einsprachigen – Aktivitätsmuster wie bei deutlich jüngeren Menschen.

TIERE

Räuber hinter Gittern

Deutschlands Pelzfarmer halten ihre Nerze widerrechtlich in zu kleinen Käfigen. Das hat die Tierschutzorganisation Vier Pfoten bei stichprobenartigen Überprüfungen der Anlagen in vier verschiedenen Bundesländern herausgefunden. Obwohl die neue Nutztierhaltungsverordnung, die mindestens 3 Quadratmeter Käfigfläche für Nerze vorsieht, bereits Ende 2011 in Kraft getreten sei, würden die meisten Farmtiere noch immer auf 0,27 Quadratmetern eingepfercht, kritisiert auch Theodor Mantel, Vorsitzender der Bundestierärztekammer: „Die Nerzfarmer haben mit fünf Jahren reichlich Vorlaufzeit gehabt, die Verordnung umzusetzen. Nun ist der



FRED DOT

Nerze in einer Pelzfarm

Vollzug gefordert, bestehendes Recht auch umzusetzen.“ Als Folge der Käfighaltung entwickeln die wendigen Räuber zwanghafte Bewegungen, Apathie und Kannibalismus, bevor sie nach sieben Monaten Lebenszeit durch Gas getötet und anschließend „entpelzt“ werden. Die Aktivisten von Vier Pfoten und die Bundestierärztekammer lehnen die Haltung von Tieren zur Pelzgewinnung grundsätzlich ab. Die Niederlande, bislang Europas zweitgrößter Nerzpelzproduzent, besiegelten bereits im Dezember das Ende ihrer gesamten Pelztierzucht.



Perfektes Schweben

Das neuartige Luftschiff „Pelican“ reguliert seinen Auftrieb ohne Ballast durch Helium-Kompression. Die US-Militärs wollen das System für energiesparende Transportflüge nutzen.

AEROSRAF

VERHÜTUNG

Pille danach per Post

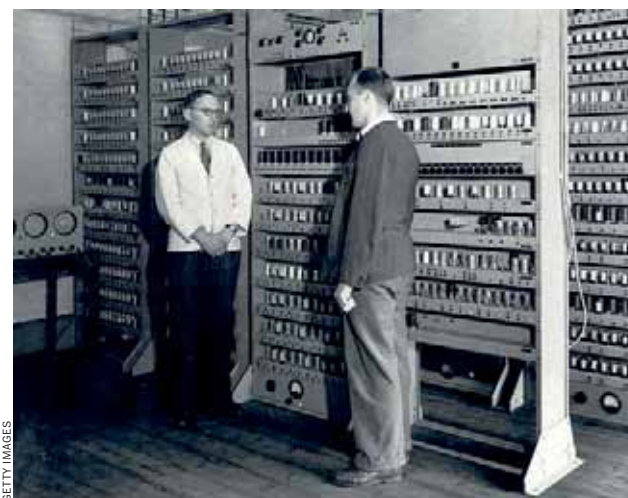
Deutsche Frauen können von dieser Woche an die „Pille danach“ über das Internet bestellen – das Medikament kommt dann über Nacht. Ärzte der englischen Website DrEd.com stellen Patientinnen, die zuvor online einen medizinischen Fragebogen ausgefüllt haben, ein Rezept aus. Bis zum folgenden Vormittag liefert eine deutsche Versandapotheke das Medikament „PiDaNa“ als Expresssendung zur Patientin nach Hause. Möglich macht dies europäisches Recht, wonach Patienten innerhalb der EU ihren Arzt frei wählen können. Kosten soll der Dienst insgesamt 35 Euro. Die Pille danach kann eine Schwangerschaft verhindern, wenn sie spätestens 72 Stunden nach ungeschütztem Sex eingenommen wird. In den meisten europäischen Ländern ist das Mittel rezeptfrei in Apotheken erhältlich. In Deutschland hingegen muss ein Arzt die Pille verschreiben. Schon lange streiten Politiker und Mediziner darüber, ob das Medikament leichter zugänglich sein sollte.

COMPUTER

Rückkehr des Ungetüms

Am National Museum of Computing im englischen Landsitz Bletchley Park haben Freiwillige mit dem Nachbau des legendären Röhrenrechners Edsac aus dem Jahr 1949 begonnen. Der Riesencomputer verfügte über eine für damalige Verhältnisse ungeheure Rechenleistung und verhalf dadurch zwei Chemikern der Universität Cambridge zum Nobelpreis; er war wahrscheinlich auch der erste, auf dem ein Computerspiel programmiert wurde. Verglichen mit heutigen Prozessoren rechnete er allerdings 100 Millionen Mal langsamer. Da von dem Rechnerungetüm, dessen 3000 Röhren auf einer ganzen Batterie von Metallchassis steckten, nur wenige Bauteile übrig geblieben sind, musste zunächst der Bauplan nach alten Fotos, Notizen und Schaltplänen rekonstruiert werden. Jetzt

konnte mit der originalgetreuen Nachbildung begonnen werden. Das Projekt, das rund 250 000 Pfund kosten soll, wird unter anderem von Google finanziert.



GETTY IMAGES

Edsac-Computer 1949



Aufzeichnung einer Online-Vorlesung an der Princeton University: „Echte Nobelpreisträger und nicht Professor Meier von nebenan“

INTERNET

Der virtuelle Hörsaal

Neuartige Internetportale locken mit kostenlosen Kursen und Vorlesungen Hunderttausende Studenten an. Viele Universitäten wollen nun vom Boom des Online-Lernens profitieren.

In letzter Zeit bemerkt Professor Loviscach oft ungewöhnliche Studenten in seiner Vorlesung. Was reizt Charles, den Feuerwehrmann aus Dixon in Illinois, an der höheren Mathematik? Was treibt die Schüler aus Pakistan, die sich seit Monaten tapfer durch seine Formeln beißen? Und welche Pläne hat Sean, der Offizier auf einem U-Boot der US-Marine?

Sie alle verfolgen im Internet die Videoserie, mit der Jörn Loviscach sein Publikum in die Wunderwelt der Differentialgleichungen einführt. Sie gucken die Kurzfilme, sie machen die Übungen, und wenn sie nicht mehr weiterwissen,

suchen sie Rat im angeschlossenen Webforum.

An der Fachhochschule Bielefeld, wo Loviscach normalerweise lehrt, hat er selten mehr als ein paar Dutzend Zuhörer. Im Internet aber laufen dem Mathematiker die Leute zu wie einem Popstar der Wissenschaft: Knapp 16 000 Teilnehmer aus aller Welt haben sich für seinen Kurs angemeldet. Er könnte ein mittleres Fußballstadion füllen.

Der Online-Kurs läuft unter dem Dach der US-Firma Udacity. Sie betreibt im Internet ein Portal mit Vorlesungen für jedermann. Die meisten Angebote stam-

men aus dem Umkreis von Physik, Informatik und Robotik. Und alle sind gratis.

Der Aufwand ist dennoch oft beträchtlich. Loviscach hat sich abenteuerliche Missionen für seine Studenten ausgedacht. Sie dürfen zum Beispiel die Astronauten von „Apollo 13“ retten, indem sie die Flugbahn zurück zum Heimatplaneten berechnen und zum rechten Zeitpunkt das Triebwerk zünden.

Regelmäßige Tests sollen die Teilnehmer munterhalten. Ein Computer bewertet die Lösungen nach einem ausgetüftelten Verfahren – anders wäre so ein Massenandrang kaum zu bewältigen.



OZIER MUHAMMAD / NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

„Die Studenten helfen sich aber auch gegenseitig“, sagt Loviscach. Im begleitenden Forum diskutieren sie über ballistische Kurven und die Rundungsfehler beim Euler-Verfahren. Manche Teilnehmer sind dort, fast wie Assistenten, schier unentwegt im Einsatz.

Einer der Gründer von Udacity ist der aus Deutschland stammende Informatiker Sebastian Thrun, ehemals Professor an der kalifornischen Stanford-Universität, heute Vordenker bei Google. Vor gut einem Jahr hielt Thrun erstmals einen Kurs im Internet ab. Der Titel versprach, wenig spektakulär, eine „Einführung in die Künstliche Intelligenz“. Wer hätte da einen nennenswerten Ansturm befürchtet? Aber am Ende waren 160 000 Studenten aus 190 Ländern versammelt.

Seitdem gilt die Online-Akademie, bislang eher abgetan als weltfremde Schrulle von Techniknarren, als das nächste große Ding. Viele glauben, dass diese Idee die Bildungslandschaft verändern wird. „Wir erleben gerade einen Dammbruch“, sagt Mathematiker Loviscach.

Weitere Portale sind bereits in Betrieb. Neben Udacity bietet auch die Plattform edX, eine Gründung der amerikanischen Eliteuniversitäten Harvard und MIT, Online-Kurse an; sie ist standesgemäß aus-

gestattet mit einem Startkapital von 60 Millionen Dollar.

Die Sozialwissenschaftlerin Vesna Ivanovska hat dort nach ihrem Studium einen Kurs in Biostatistik belegt, „rein aus Neugier“, sagt sie. Die Sache macht ihr Spaß, und sie kommt gut voran, eher besser als zuvor an der Uni. „Die Videos sind gut gemacht“, findet die Fernstudentin. Jede Woche gibt es Hausaufgaben, oft muss sie auch ganze Datensätze analysieren; der stete Lernreiz hilft gegen die Dämonen der Trödelsucht. Ein soziales Umfeld freilich kann so ein virtueller Kurs kaum bieten – nicht anders zu erwarten bei rund 35 000 Teilnehmern.

Ein drittes Portal, Coursera, entstand wie Udacity in Stanford; es ist inzwischen mit Abstand das größte. Mehr als zwei Millionen Nutzer haben sich bereits angemeldet, jede Woche kommen im Schnitt 70 000 neue hinzu. Auch wenn bei den meisten der Bildungseifer schnell wieder ermattet: Mit einem solchen Zuspruch hätte kaum jemand gerechnet.

Über 200 Kurse hat Coursera bereits im Angebot, darunter auch Astrobiologie, Chinesische Geschichte oder die Ökonomie der Fettleibigkeit. Die meisten Beiträge stammen von Hochschulen aus aller Welt, die sich jetzt beeilen, beim Boom

dabei zu sein. 33 Universitäten von Hongkong bis Jerusalem haben mittlerweile Verträge mit Coursera geschlossen. Auch so noble Lehranstalten wie Princeton und Stanford sind vertreten.

Europäische Unis dagegen warten noch mit dem Aufbruch. Eine der wenigen Ausnahmen ist die Eidgenössische Technische Hochschule in Lausanne. Sie fing im vergangenen Herbst mit einem Kurs bei Coursera an; es ging um eine Programmiersprache, denkbar trockener Stoff. Auf Anhieb waren rund 50 000 Studenten beisammen. Jeder fünfte Teilnehmer schaffte am Ende sogar die Abschlussprüfung – nicht schlecht für die notorisch hohen Abbrecherquoten im Schlaraffenland der Online-Bildung.

„Wir wollten erst einmal ausprobieren, ob wir solche Massen bewältigen können“, sagt Karl Aberer, Hochschullehrer in Lausanne. „Es scheint tatsächlich zu funktionieren.“ Nun sollen jedes Jahr bis zu 20 weitere Kurse hinzukommen, auch wenn der Aufwand beträchtlich ist: Einen ganzen Arbeitstag, schätzt Aberer, muss ein Professor investieren, bis eine Stunde Video im Kasten ist.

Jürgen Handke, Sprachwissenschaftler an der Uni Marburg, nutzt die digitale Vorlesung schon lange. Seit 2001 versorgt er seine Studierenden vor Ort mit elektronischem Material zum Selbstlernen. 350 Lerneinheiten zu je 90 Minuten stehen für sie bereit.

Ein Kurs auf Englisch, einmal fertig produziert, kann im Prinzip überall ablaufen. Eine junge deutsche Lehrerin in Südkorea absolviert bei Handke gerade ein Masterstudium – für 3000 Euro im Semester. Eine Universität auf Jamaika hat sein Material in Lizenz übernommen.

So wird die Bildung zu einer global zirkulierenden Handelsware. Auch die großen Portale hoffen dereinst von Lizenzgeschäften zu leben. Coursera bietet demnächst Abschlusszertifikate gegen Gebühr an.

Aber noch ist unklar, ob die Einnahmen je den Aufwand decken werden. Und wenn eines Tages Geld fließt, wollen auch die Universitäten ihren Teil. Die Gründer von Coursera haben schon versichert, sie seien nicht auf schnelle Gewinne aus. Zunächst geht es darum, den neuen Markt zu erobern.

Freilich ist im Internet wenig von Dauer. Die Studenten können sich umstandslos heute hier und morgen dort anmelden. Mit unsteten Schwärmen ist zu rechnen, die jeweils dem neuesten Trend folgen. Am meisten dürften die Elite-Unis profitieren. Gut möglich, dass ihre Kurse sich zu den Blockbustern der akademischen Welt auswachsen – mit einem Publikum, das in die Hunderttausende geht. „Das kann durchaus passieren“, sagt Handke. „Zumal wenn den Studenten dort echte Nobelpreisträger geboten

werden und nicht Professor Meier von nebenan.“

Für die kleineren Mitspieler wird es schwieriger. Sie werden, glaubt Handke, renommierte Online-Kurse zukaufen und in ihren Lehrplan einbauen müssen.

Die deutschen Hochschulen sollten da beizeiten mit eigenen Angeboten mitmischen. „Sie haben gar keine Wahl“, sagt der Forscher. „Die Studenten werden das verlangen. Im Zweifelsfall stimmen sie einfach mit der Maus ab. Sie müssen all die Angebote ja nur anklicken.“

Auch der Bielefelder Online-Pionier Loviscach rechnet mit steigender Nachfrage. Dennoch sieht er wenig Anlass, ins globale Wettrennen einzusteigen: „Das Tempo ist ja absurd.“ Er befürchtet eher „eine McDonaldisierung der Bildung“.

Loviscach lehnt keineswegs die Technik als solche ab. Auf YouTube sind mehr als 2000 Videos zu finden, in denen er Schritt für Schritt die Mathematik erklärt – eine Art Nachhilfe für alle. Aber der Wert des Online-Lernens bleibt für ihn beschränkt: als ergänzendes Angebot zur guten alten Hochschule, wo man einander ständig über den Weg läuft und in Seminaren zusammensitzt. „Die meisten Studenten brauchen das unbedingt“, sagt der Mathematiker. „Im Internet auf sich selbst gestellt, wären sie verloren.“

Für eine elitäre Minderheit mögen herrliche Zeiten anbrechen: Sie bedienen sich frei aus dem Fundus der besten Angebote aus Harvard oder Princeton. Aber der breiten Masse drohen eher Nachteile, vor allem in den USA. Dort ist das Studieren sehr teuer, auch an zweitklassigen Unis. Sie werden ihre Gebühren kaum mehr rechtfertigen können, wenn es fürs gleiche Geld – oder weniger – ein Angebot aus Harvard gibt. Die Unis müssten die Preise senken und ihre Studenten wohl zum Ausgleich mit eingekauften Online-Kursen abpeisen. Wer wenig Geld hat, ist vielleicht eines Tages ganz auf das Internet angewiesen.

In Deutschland, wo der Gebührendruck gewöhnlich entfällt, sind größere Verwerfungen unwahrscheinlich. Hier könnte die Technik, klug eingesetzt, vor allem das Studium vor Ort verbessern.

Jörn Loviscach nutzt die elektronische Vorlesung in Bielefeld für eine neue Art des Lernens. Die Studenten sehen sich zu Hause seine Vorträge an – wann und so oft sie wollen. Wenn sie an die Uni kommen, sind sie dann schon im Stoff. Die gewonnene Zeit wird frei zum Vertiefen: für Übungen und Diskussionen.

Und der Dozent erspart sich damit viel langweilige Routine. Er muss zum Beispiel nicht mehr jedes Semester den gleichen Sermon für die Anfänger an die Tafel malen. Zum hergebrachten Frontalunterricht hat Loviscach eine klare Haltung: „So weit wie möglich zurückdrängen.“

MANFRED DWORSCHAK



Drückjagd-Gesellschaft in Brandenburg: Längeres Leiden der Tiere durch Kupfergeschosse?

JAGD

Glaubenskrieg im Forst

Um die Giftbelastung im Wildbret zu senken, soll Bleimunition verboten werden. Doch die Jäger wollen nicht bleifrei schießen.

Der Damhirsch war tödlich getroffen. Ein Kammerschuss glatt durch die Lunge kann ein Tier innerhalb von Sekunden ins Jenseits befördern, doch in diesem Fall lebte der Hirsch noch lange zehn Minuten. „Es ist schlimm, da tatenlos zusehen zu müssen“, sagt Jäger Wolfgang Bethe, aus dessen Büchse das Projektil bei einer Drückjagd stammte.

Der Veterinär aus Oranienburg fürchtet, dass künftig mehr Weidmänner solche Dramen auslösen werden. Bethe hatte mit neuartiger bleifreier Munition auf den Geweihträger angelegt. Mit einem ausgereiften Jagdgeschoss aus Blei, ist Bethe überzeugt, hätte das Tier ein gnädigeres Ende ereilt.

Die Lieblingsmunition der Jägerschaft könnte bald ausgedient haben. Ab April darf etwa im nordrhein-westfälischen Staatswald nur noch bleifreie Munition verwendet werden. Auch Brandenburg und Schleswig-Holstein verbannen das Schwermetall aus ihren Landesforsten. Schon seit vorigem Jahr wird im Saarland in landeseigenen Wäldern auf Blei verzichtet, seit vergangenem April auf den Flächen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt Naturerbe.

Zwar müssen vorerst nur wenige der rund 352.000 deutschen Grünröcke die Munition wechseln: In NRW etwa gehören nur vier Prozent der Jagdflächen zum Landesbetrieb Wald und Holz. Doch einige Bundesländer wollen das Bleiverbot generell in ihren Jagdgesetzen verankern. Und im April beraten die Agrarminister über einen bundesweiten Bleibann.

Damit könnte ein Glaubenskrieg zwischen Umweltverbänden, Verbraucherschützern und Jägern enden – und zwar mit Hilfe der Wissenschaft: In aufwendigen Studien wird die sogenannte Tötungswirkung der Alternativmunition ebenso untersucht wie die Frage, ob der Bleiersatz aus Zink oder Kupfer von Hindernissen abprallen und so womöglich auch Jäger zur Strecke bringen kann. Und es geht darum, inwiefern



PATRICK FLEURY / PICTURE ALLIANCE / DPA

bleibelastetes Fleisch den Konsumenten schadet.

Der Streit begann vor Jahren in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Immer wieder starben dort Seeadler an Bleivergiftung: Die Greifvögel hatten sich über Wildreste hergemacht und dabei offenbar auch Geschoss-Splitter vertilgt.

Zwar wäre dem Seeadler schon geholfen, wenn kein Schütze Reste im Wald liegen ließe. Doch Umweltschützer und Politiker kamen auf die Idee von der sauberen Jagd. Als bald wurden auch der Jäger und die Seinen als Spezies identifiziert, die besonderer Hege bedarf: 2010 warnte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) vor der hohen Bleibelastung von Wildbret. Die sei angesichts der ein bis zwei Portionen Rehkeule oder Wildschweinrücken, die der Deutsche durchschnittlich pro Jahr verspeist, zwar „toxikologisch unbedeutend“; gefährdet seien jedoch „Vielverzehrter“ wie Jäger, bei denen jährlich mehr als 50-mal Wild auf dem Teller landet, und deren Kinder. Blei kann Organe und das Nervensystem schädigen und die Blutbildung hemmen.

Mehr als die Bleivergiftung fürchtet die Jägerschaft jedoch das Bleiverbot: „Es gibt keinen sachlichen Grund für eine überstürzte Umstellung auf Alternativmunition“, meint Rolf Knäpper, beim

Landesjagdverband NRW zuständig für jagdliches Schießwesen. „Blei macht genau das, was wir wollen.“

Das blaugraue Metall hat eine hohe Dichte, ist also schwer genug, um im Wildkörper viel Energie freizusetzen. Zugleich ist es weicher als Zink oder Kupfer. Während ein Bleiprojektil im Gewebe aufpilze, argumentieren Kritiker wie Knäpper, führe Munition aus formstabilerem Metall zwar zu Verletzungen, töte aber nicht schnell genug. „Ein Geschoss muss auf den ersten 15 Zentimetern möglichst viel Energie abgeben“, sagt auch Jäger Bethe, „alle Patronen sollten nach einheitlichen Standards getestet werden, die erst noch festgelegt werden müssen.“

Das hat der Eberswalder Forstwissenschaftler Carl Gremse erforscht: „Ob sich eine bestimmte Munition für die Jagdpraxis eignet, kann man nicht am Material festmachen“, so sein Fazit. Gremse hat mehr als 11 000 Abschussberichte von Jägern ausgewertet, die mit bleihaltiger und -freier Munition angelegt hatten. Außerdem ließ er unterschiedliche Projektile auf Seifenblöcke feuern, um ihre Durchschlagskraft im Gewebe zu simulieren.

Das Ergebnis widerlegt die Vorurteile der Jäger: Die Tötungswirkung hängt primär von der Konstruktion der Munition ab, nicht vom Material. „Wir haben erstmals Grenzwerte für die Wirksamkeit von Jagdgeschossen berechnet“, sagt er. „Kein Jäger muss mit einem Geschoss schießen, dessen Effekt nicht vorhersagbar ist.“

Mit ähnlicher Akribie ließen Mitarbeiter der Deutschen Versuchs- und Prüf-Anstalt für Jagd- und Sportwaffen ihre Schießmaschine 2500-mal auf Fichtenstämme, Steinplatten und nachgebildete Gebüsche, Waldwege und Wildkörper ballern. Sie wollten wissen, ob bleifreie Munition gefährliche Abpraller verursacht: Die „Ablenkwinkel bleifreier Geschosse unterscheiden sich nicht signifikant von den Ablenk winkeln bleihaltiger Geschosse“, urteilt wissenschaftlich trocken der Berner Ballistiker Beat Kneubuehl.

Aber hilft Kupfermunition überhaupt, den Bleigehalt im Wildfleisch zu senken? „Dazu gibt es noch keine Daten“, räumt Monika Lahrssen-Wiederholt ein, Veterinärin am BfR. In Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erlegen Forstleute deshalb Rehwild und Wildschweine im Dienste der Forschung – die Hälfte mit bleihaltiger, die andere mit bleifreier Ladung.

Mehr als 12 000 Fleischproben sollen zusammenkommen und auf Blei-, Kupfer- und Zinkgehalt untersucht werden. Denn noch ist offen, ob das Blei im Fleisch tatsächlich aus der Jagdmunition stammt. Blei aus der Industrie gelangt auch über das Regenwasser in den Waldboden – ebenso gut könnten die Tiere den Giftstoff beim Äsen aufnehmen.

JULIA KOCH

„Biologie ist Präzisionsarbeit“

Der amerikanische Genforscher George Church über virusresistente Menschen, DNA als Baustoff der Zukunft und die Wiedergeburt des Neandertalers



Genetiker Church: „Wir werden immer besser darin, Zellen zu programmieren“

RICK FRIEDMAN / DER SPIEGEL

Church, 58, ist ein Wegbereiter der synthetischen Biologie, die sich zum Ziel setzt, Gene und Organismen im Labor künstlich herzustellen. In den achtziger Jahren zählte der Genetikprofessor von der Harvard University zu den Initiatoren des Human Genome Project zur Entschlüsselung des menschlichen Erbguts. Heute entwickelt er Schnellverfahren zur Sequenzierung und Synthese von DNA, zudem war er an der Gründung von knapp zwei Dutzend Biotech-Firmen beteiligt. In seinem neuen Buch, dessen Text er auch als Erbgutstrang kodierte und auf winzigen DNA-Chips herausgab, skizziert Church eine zweite, menschengemachte Schöpfungsgeschichte*.

SPIEGEL: Herr Church, Sie kündigen an, schon bald werde es möglich sein, Neandertaler zu erschaffen. Was heißt „bald“? Werden Sie es noch erleben, dass ein Neandertaler-Baby geboren wird?

Church: Das hängt von verdammt vielem ab, aber ich denke trotzdem, die Antwort lautet: „Ja“. Denn die Technik schreitet so rasant voran wie noch nie. Vor allem kostet das Lesen und Schreiben von DNA heute nur noch ein Millionstel dessen, was es noch vor sieben, acht Jahren ge-

kostet hat. Allerdings müssten wir, um die Ausrottung des Neandertalers rückgängig zu machen, das Klonen von Menschen erproben. Technisch dürfte das möglich sein. Wir können lauter Säugtiere klonen, warum also nicht auch den Menschen?

SPIEGEL: Weil es verboten ist?

Church: In Deutschland, das ist richtig. Aber Gesetze können sich ändern. Außerdem ist das Klonen von Menschen nicht überall auf der Welt verboten.

SPIEGEL: Ist es denn überhaupt wünschenswert, den Neandertaler wiederauferstehen zu lassen?

Church: Nur wenn sich ein gesellschaftlicher Konsens darüber herstellen lässt.

* George Church, Ed Regis: „Regenesis: How Synthetic Biology Will Reinvent Nature and Ourselves“. Basic Books, New York; 304 Seiten; 28 Dollar. Das Gespräch führten die Redakteure Philip Bethge und Johann Grolle.

Meine Rolle ist es zu ermitteln, was technisch machbar ist. Alles, was ich tun kann, ist, die Risiken zu vermindern und den Nutzen zu vergrößern.

SPIEGEL: Worin könnte denn ein solcher Nutzen liegen?

Church: Vielleicht denken die Neandertaler völlig anders als wir, zumindest hatten sie ein größeres Gehirn, vielleicht sind sie sogar intelligenter als wir. Unter bestimmten Umständen – etwa wenn wir dereinst einer schrecklichen Pandemie gegenüberstehen oder wenn es darum geht, unseren Planeten zu verlassen – könnte ihre Form des Denkens für uns sehr nützlich sein.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich das denn vor? Da gibt es in irgendeinem Labor einen Neandertaler, dem man Rechenaufgaben stellt, um seine Art des Denkens zu studieren?

Church: Nein, man müsste sicherlich viele von ihnen erschaffen, weil sie schließlich Gesellschaft brauchen. Nur so würden sie eine Form eigener Identität ausbilden. Es könnte eine Art Neo-Neandertal-Kultur entstehen, die auch politisch Bedeutung bekäme.

SPIEGEL: Ist es nicht verwerflich, menschliche Wesen aus bloßer wissenschaftlicher Neugier zu erschaffen?

Church: Neugier mag im Spiel sein, aber das ist nicht der wichtigste Grund. Es ginge ja letztlich darum, die Vielfalt der Gesellschaft zu erhöhen. Wenn irgendetwas schlecht ist, dann ist es ein Mangel an Vielfalt. Diese Grundregel gilt für die Gesellschaft ebenso wie für die Kultur oder für die Evolution. Monokulturen laufen stets Gefahr unterzugehen. Deshalb würde ich die Erschaffung des Neandertalers als eine Form von Risikomanagement betrachten.

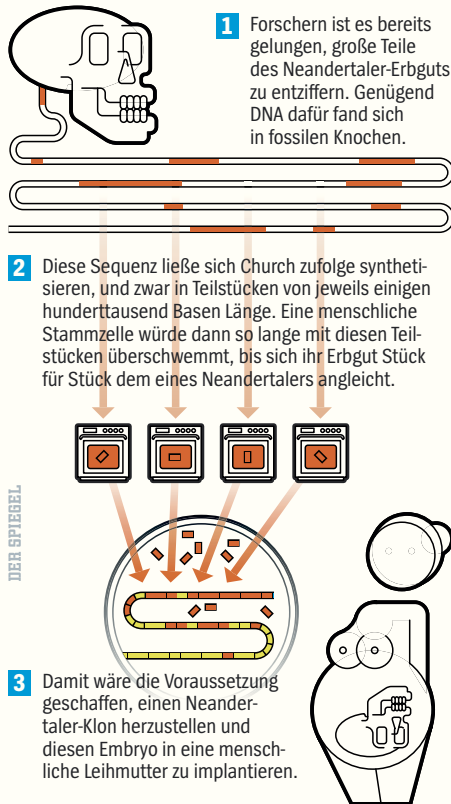
SPIEGEL: Viele Ethiker dürften das anders sehen. Aber jenseits aller Ethik – technisch halten Sie die Wiedergeburt von Neandertalern tatsächlich für machbar?

Church: Nun, der erste Schritt, die Sequenzierung des Neandertaler-Erbguts, ist ja bereits vollzogen. Im nächsten Schritt müssten wir dieses Genom in, sagen wir, 10 000 Einzelstücke aufteilen und diese synthetisieren. Anschließend nehmen wir die Bruchstücke und schleusen sie in eine menschliche Stammzelle ein. Wenn wir das oft genug machen, generieren wir eine Stammzelllinie, die sich Zug um Zug jener eines Neandertalers annähert. Eine halbautomatische Technik dafür haben wir in meinem Labor bereits entwickelt. Im letzten Schritt würden wir dann einen Neandertaler-Klon herstellen.

SPIEGEL: Und als Leihmutter suchen Sie sich einen „besonders abenteuerlustigen weiblichen Menschen“, wie Sie in Ihrem Buch schreiben?

Church: Ganz genau – vorausgesetzt natürlich, dass das Klonen von Menschen von der Gesellschaft akzeptiert würde.

Geklonte Neandertaler



Neandertaler-Rekonstruktion*

„Vielleicht sind sie intelligenter als wir“

SPIEGEL: Könnten Sie bei der Prozedur, die Sie skizzieren, auch auf halbem Wege einhalten und eine Art 50-Prozent-Neandertaler herstellen?

Church: Das könnte man, und vielleicht wird man es auch tun. Vielleicht leihen wir uns am Ende nur ein paar Mutationen des Neandertalers aus. Nehmen wir an, wir stellen fest: Wow, diese fünf Mutationen scheinen entscheidend für die neuronalen Netzwerke zu sein, zum Beispiel für die Hirngröße. Dann könnten wir diese Mutationen nutzen, um unsere neuronale Vielfalt zu mehrten. Für andere Gene würden wir uns vermutlich weniger interessieren; zum Beispiel für jene, die ihre Gesichtsmorphologie bestimmen.

SPIEGEL: Wird es irgendwann möglich sein, noch tiefer in die evolutionäre Vergangenheit hinabzusteigen und Ur- oder Vormenschen wiederauferstehen zu lassen?

Church: Richtig funktioniert das nur, wenn Sie die DNA haben. Und DNA-Fragmente erhalten sich vermutlich höchstens eine Million Jahre.

SPIEGEL: Also keine Vormenschen und keine Dinos aus der Gen-Retorte?

Church: Wohl nicht. Aber Sie könnten etwas herstellen, was ihnen ähnlich sieht. Sie könnten zum Beispiel einen Strauß nehmen, der als Vogel zu den nächsten heute lebenden Verwandten der Dinosaurier zählt, und gucken: „Welche Gene haben sich verändert? Wie, zum Beispiel, haben Dinos ihre Vorderbeine verloren?“ Und dann könnten Sie versuchen, sich in der Evolution rückwärts vorzuarbeiten, bis eine Art Dino herauskommt.

SPIEGEL: Wäre es auch möglich, Lebensformen zu erschaffen, die es nie gab? Hasen mit Flügeln zum Beispiel?

Church: Das ist eine weitere Möglichkeit. Allerdings müssen die Wesen, die Sie erschaffen, aus Ingenieurssicht auch Sinn ergeben. Zum Vogelflug zum Beispiel bedarf es vieler Eigenschaften: leichte Knochen, kräftige Brustmuskeln, Federn und vieles mehr. Flügel allein reichen nicht.

SPIEGEL: Nun sind fliegende Hasen und wiedererschaffene Dinos noch pure Science-Fiction. Auf dem Niveau der Mikroben jedoch erschaffen die Forscher bereits neues Leben: Sie bauen Bakterien, die Impfstoffe absondern, Dieselöl herstellen oder Arsen im Trinkwasser aufspüren. Solche Organismen nennen Sie „neuartige biologische Maschinen“. Ist für Sie jedes Lebewesen eine Maschine?

Church: Im Prinzip schon. Organismen sind mechanisch in dem Sinne, dass sie aus beweglichen Teilen bestehen, die ineinandergreifen – nur dass sie präziser und raffinierter sind als unsere anderen Maschinen.

SPIEGEL: Und wofür werden diese biologischen Maschinen eingesetzt werden?

* Modelliert auf der Basis des Neandertaler-Schädels von La-Chapelle-aux-Saints.

Church: Die Wissenschaft vom synthetischen Leben wird nahezu alle industriellen Bereiche durchdringen, nicht nur die Landwirtschaft und die Medizin. Wir können biologische Moleküle sogar für Dinge verwenden, für die sie in der Evolution nie gedient haben. DNA-Moleküle zum Beispiel eignen sich, um dreidimensionale Gerüste beliebiger Gestalt zu bauen, und das mit atomarer Präzision. Sie entwerfen am Computer, was Sie haben wollen. Und dann drücken Sie auf einen Knopf und stellen es aus DNA her.

SPIEGEL: DNA also als Baustoff der Zukunft?

Church: Genau das. Ist das nicht faszinierend? Biologie ist wie geschaffen für Präzisionsarbeit. Nehmen Sie zum Beispiel Bäume. Die sind extrem kompliziert, zumindest wenn man sie auf molekularer Ebene betrachtet. Und doch sind sie so billig, dass wir sie im Ofen verfeuern oder schlichte Tische daraus herstellen. Sie kosten maximal 50 Dollar pro Tonne. Mit anderen Worten: Sie können Dinge mit atomarer Präzision zum Kilopreis von fünf Cent herstellen.

SPIEGEL: Verstehen wir Sie richtig: Sie wollen alle Arten von Maschinen, egal ob Computer oder Kaffeemaschine, künftig aus DNA herstellen?

Church: Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass das möglich ist. Und es kommt noch etwas hinzu: Computer auf DNA-Basis werden vermutlich sogar besser sein als unsere heutigen Computer, weil sie noch energieeffizienter und mit noch kleineren Prozessoren arbeiten werden.

SPIEGEL: Lassen Sie uns über näherliegende Anwendungen künstlichen Lebens sprechen. Wie lange wird es dauern, bis wir Sprit tanken können, der von künstlichen Mikroben hergestellt wurde?

Church: Tatsache ist, dass wir ja bereits Organismen haben, die das tun. Sie nutzen die Photosynthese, um Kohlendioxid in Treibstoff zu verwandeln.

SPIEGEL: Und das machen sie auf wirtschaftliche Weise?

Church: Ja. Das ist heute schon möglich. Und der Preis wird weiter sinken. Die meisten Techniken sind mindestens um den Faktor 5, wenn nicht sogar 10 vom theoretisch Möglichen entfernt.

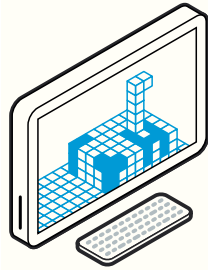
SPIEGEL: Höchste Zeit also, Treibstoff aus künstlichen Lebensformen bei der Energiewende in Deutschland einzuplanen?

Church: Langsamkeit ist nicht unbedingt ein Fehler. Bisher hat Deutschland ja noch keinen Rückstand auf andere Nationen. Aber einplanen würde ich die synthetische Biologie schon.

SPIEGEL: Die deutsche Öffentlichkeit fürchtet jedoch den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen.

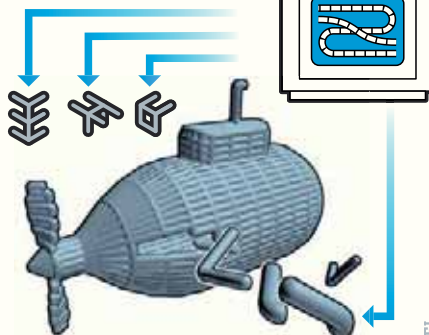
Church: Vergessen Sie nicht: Wir reden hier nicht von Organismen auf dem Acker. Die benzinproduzierenden Mikroben sind in Containern sicher eingeschlos-

DNA-Maschinen



1 Am Computer wird die räumliche Struktur eines Bauteils entworfen. Die Gestalt dieses Objekts lässt sich mit DNA-Stückchen nachbilden, deren Struktur im Rechner modelliert werden kann.

2 Diese DNA-Stückchen werden im nächsten Schritt synthetisiert.



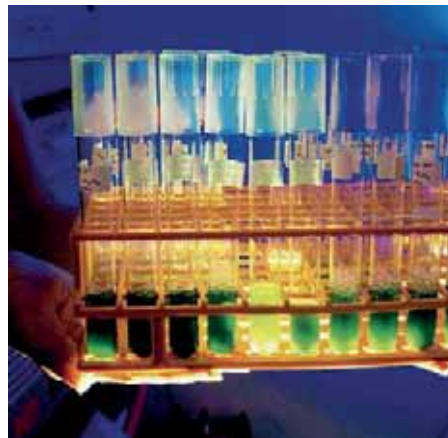
3 Die DNA-Bauteile setzen sich selbstständig zu der gewünschten Maschine – etwa einem Mikrofahrzeug – zusammen.

DER SPIEGEL

sen. Genügend Vorsicht vorausgesetzt, kann ich den Deutschen den Einsatz solcher Techniken nur empfehlen.

SPIEGEL: Wie erleben Sie denn den oftmals massiven Widerstand gegen die Gentechnik? Empfinden Sie ihn nur als lästig?

Church: Im Gegenteil, dieser Widerstand ist durchaus fruchtbar. Im Übrigen glaube ich auch nicht, dass er den Fortschritt maßgeblich verzögert. Ich bin ein Freund jeder Art von Vorsicht – wenngleich ich nicht viel von Moratorien halte. Wir müssen testen, genehmigen, überwachen, und wir müssen den Menschen erklären, was wir machen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Politiker technisch so kundig wären, wie der Durchschnittsbürger politisch kundig ist.



RICK FREDMAN

Dieselproduzierende Blaualgen*

„Ich halte nicht viel von Moratorien“

SPIEGEL: Öffentliche Akzeptanz erreicht man, wenn man eine solche Technik zunächst im Medizinsektor einführt ...

Church: ... ja, und gerade in der Pharmazie sind die Einsatzmöglichkeiten der synthetischen Biologie besonders groß. Die Tage der klassischen, kleinen Moleküle als Arzneimittel sind gezählt. Eigentlich ist es ein Wunder, dass sie bisher so gut funktioniert haben. Denn sie verbreiten sich überall im Körper und wirken dort mit auf alle möglichen anderen Moleküle. Ganze Zellen, die man zur Heilung gezielt an ihren Bestimmungsort im Körper schickt, haben im Vergleich dazu ein ungleich größeres Potential. Und wir werden immer besser darin, Zellen zu programmieren. Deshalb gehe ich davon aus, dass Zelltherapien das nächste große Ding in der Medizin sein werden. Nehmen Sie zum Beispiel das Aidsvirus ...

SPIEGEL: ... dem Sie mit Zelltherapie beikommen wollen?

Church: Ja. Sie müssen nur Stammzellen Ihres Bluts nehmen, in diesen beide Kopien eines Gens namens CCR5 ausschalten und die Zellen wieder in Ihren Körper zurückinfundieren. Dann können Sie kein Aids mehr kriegen, weil das Virus nicht mehr an Ihre Zellen andocken kann.

SPIEGEL: Gehen wir richtig in der Annahme, dass Sie auch vor Keimbahntherapien nicht zurückschrecken würden, um den Menschen genetisch zu verbessern?

Church: Stammzelltherapien gibt es ja bereits, etwa mit Stammzellen aus dem Knochenmark oder aus der Haut. Wenn wir damit genug Erfahrung gesammelt haben, dann können wir anfangen, über das Klonen von Menschen zu sprechen. Auf diesem Weg ließen sich Zellen zum Beispiel so manipulieren, dass sie weniger krebsanfällig würden. Und dann könnte man ihre Fähigkeit, sich selbst zu erneuern, frisieren, so dass sie langsamer altern. Was wäre, wenn wir alle 120 würden? Es könnte sein, dass man das für erstrebenswert halten wird.

SPIEGEL: Aber Sie wissen doch gar nicht, welche Gene Sie dazu ändern müssten.

Church: Um das herauszufinden, sequenzieren wir das Genom von möglichst vielen Menschen, die mindestens 110 Jahre alt geworden sind. Derzeit kennen wir weltweit 60 solcher Superalten.

SPIEGEL: Und haben Sie schon etwas gefunden?

Church: Dafür ist es noch zu früh. Bisher haben wir erst bei 20 dieser Menschen DNA gewonnen. Und die Analyse hat gerade erst begonnen.

SPIEGEL: Rechnen Sie damit, dass die alle das gleiche Methusalem-Gen tragen?

Church: Das ist eine Möglichkeit. Es kann aber auch sein, dass jeder von ihnen seine eigene Besonderheit im Erbgut trägt, die

* Gentechnisch veränderte Organismen der US-Biotech-Firma Joule Unlimited.

ihn im Alter schützt. Dann können wir uns fragen: Was geschieht, wenn wir alle diese Gene ins Erbgut ein und derselben Person packen würden? Würden sich diese Gene wechselseitig stören, oder würde sich ihre Wirkung potenzieren?

SPIEGEL: Sie glauben also im Ernst, dass eine Ära bevorsteht, in der wir Gene als Anti-Aging-Therapie nutzen?

Church: Warum nicht? Eine Menge Dinge, die dem Zufall überlassen waren, werden dies mit Hilfe der synthetischen Biologie bald nicht mehr sein. Nehmen Sie das Beispiel der Virusresistenz ...

SPIEGEL: ... die wollen Sie auch erreichen?

Church: Ja, es stellt sich nämlich heraus, dass es Wege gibt, Organismen jeder Art resistent gegen alle Arten von Viren zu machen. Wenn man nämlich den genetischen Code ändert ...

SPIEGEL: ... Sie sprechen von dem Code, der allem Leben zugrunde liegt?

Church: Genau. Diesen Code kann man verändern. Wir testen das bereits bei Bakterien, und es kann gut sein, dass es uns demnächst gelingt, vollständig virusresistente E. coli-Bakterien herzustellen. Wir wissen nicht, ob es klappt. Wir versprechen nichts. Wir wollen nur Wege aufzeigen, wo die Zukunft möglicherweise liegt.

SPIEGEL: Und nach den Bakterien sind erst Pflanzen, dann Tiere und schließlich auch Menschen dran? Röteln, Tollwut, Grippe, Schnupfen – alles kein Problem mehr?

Church: Ja sicher. Das könnte übrigens ein maßgeblicher Grund sein, das Klonen voranzutreiben. Denn das Klonen ist höchstwahrscheinlich der beste Weg, um Menschen eine solche Virusresistenz einzubauen. Wenn es sicher ist und schrittweise getestet wird, dann könnte es akzeptiert werden. Ich fordere das nicht. Ich sage nur: In diese Richtung könnte es gehen.

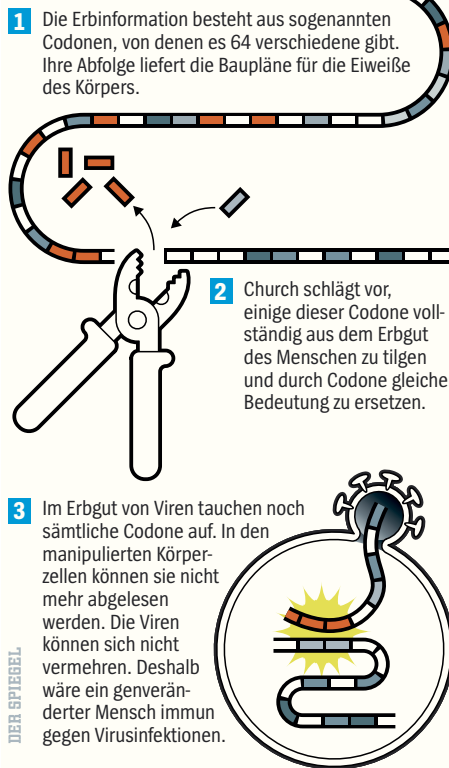
SPIEGEL: Sie sprechen von solchen Dingen, als wäre das Leben ein simpler Baukasten. In Wirklichkeit sind biologische Prozesse doch weit komplizierter.

Church: Gewiss, die Biologie ist kompliziert, aber letztlich ist sie einfacher als die meisten Technologien, mit denen wir es sonst zu tun haben. Biologie ist ein wundervolles Geschenk, das uns von der Natur gemacht wurde. Wir können einfach ein Stückchen DNA in eine menschliche Stammzelle schleusen, und der ganze Rest passiert von selbst. Es ist, als hätte irgendein genialer Ingenieur ein Raumschiff in unserem Hinterhof geparkt, zwar ohne Handbuch, dafür aber voller Überraschungen, die sich von selbst erklären.

SPIEGEL: Können Sie eigentlich nachvollziehen, dass manch einem mulmig wird, wenn Sie davon reden, wie Sie das Erbgut der menschlichen Art auffrischen wollen?

Church: Der Artbegriff ist doch ohnehin dabei, sich zu wandeln. Bisher konnten

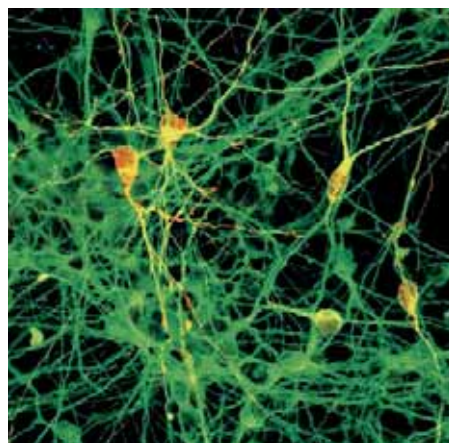
Immunität gegen Viren



zwei Arten keine DNA miteinander austauschen. Aber diese Barriere wird fallen. Menschen werden Gene mit allen möglichen Organismen austauschen.

SPIEGEL: Erst schlagen Sie vor, den mehr als drei Milliarden Jahre alten Gencode zu verändern, dann erklären Sie, wie Sie einen besseren Menschen erschaffen wollen. Wundert es Sie, wenn man Ihnen da vorwirft, Sie wollten Gott spielen?

Church: Ich respektiere gewisslich anderer Leute Glauben. Aber im Allgemeinen gilt doch in jeder Religion, dass man die Menschen nicht verhungern lassen will. Heute leben sieben Milliarden Menschen auf Erden. Und wenn virusresistentes Getreide hilft, sie alle zu ernähren, dann sollte man doch fragen dürfen: Gibt es irgendwo in



Aus Stammzellen erzeugte Nervenzellen
„Zelltherapie ist das nächste große Ding“

der Bibel eine Stelle, die uns verbietet, virusresistentes Getreide zu machen? Warum sollte das religiös problematischer sein, als Rinder oder Schweine zu unserem Nutzen zu züchten, so wie wir es seit 10 000 Jahren tun?

SPIEGEL: Virusresistentes Getreide ist das eine, ein virusresistenter Mensch etwas anderes.

Church: Warum eigentlich? In der Technik schreiten wir ja für gewöhnlich nicht in riesigen Sprüngen voran, sondern wir kriechen ganz langsam vorwärts. Wir werden gewiss keinen virusresistenten Menschen erzeugen, ehe wir Erfahrung damit haben, virusresistente Rinder zu machen. Ich verstehe nicht, warum viele Menschen so tief verletzt sein sollten durch diese Art der Technologie.

SPIEGEL: Gentechnik löst nicht nur religiöse Widerstände aus, sondern auch ganz reale Ängste. Können Sie ausschließen, dass bei all den Visionen, die Sie hier entwerfen, am Ende versehentlich irgendwelche Killermikroben entstehen, die uns alle bedrohen?

Church: Wir müssen sehr vorsichtig sein, keine Frage. Ich war nie gegen Vorsicht oder gegen strenge Regeln. Im Gegenteil: Ich habe sie immer gefordert. Ich sage: Ja, die Risiken sind erheblich. Allerdings ist, angesichts von sieben Milliarden Menschen, nichts zu tun vielleicht noch riskanter.

SPIEGEL: Herr Church, glauben Sie an einen Gott?

Church: Ich wäre blind, würde ich nicht sehen, dass der Glaube an einen göttlichen Plan, der uns dahin geführt hat, wo wir heute sind, eine gewaltige Triebkraft in der Geschichte der Menschheit ist. Deshalb respektiere ich die unterschiedlichsten Formen von Glauben. So wie ich überzeugt davon bin, dass Vielfalt genetisch eine gute Sache ist, so ist sie es auch gesellschaftlich betrachtet.

SPIEGEL: Sie reden vom Glauben der anderen. Aber wie sieht es aus mit Ihrem eigenen Glauben?

Church: Nun, ich glaube, dass die Wissenschaft eine tolle Sache ist. Aber im Ernst: Ich würde von mir behaupten, dass ich tiefe Ehrfurcht vor der Natur empfinde. Der Begriff „Ehrfurcht“ scheint mir geradezu für Wissenschaftler erfunden worden zu sein. Denn wer, wenn nicht ein Wissenschaftler, wäre fähig, die überwältigende Komplexität der Natur auf allen Ebenen zu erfassen? Ein Dichter sieht eine Blume und lässt sich darüber aus, wie schön ihre Farbe ist. Was der Dichter aber nicht sieht, sind das Xylem und das Phloem und die Pollen und all die Tausenden von Generationen und die Jahrtausende der Evolution, aus denen diese Blume hervorgegangen ist. All das ist nur einem Wissenschaftler zugänglich.

SPIEGEL: Herr Church, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

MEDIZINGESCHICHTE

Tod durch Anmaßung

Von William Shakespeare bis James Joyce – viele große Schriftsteller neigten dazu, ihre Gesundheit zu ruinieren.

Gegen Ende seines Lebens veränderte sich der gesellige William Shakespeare in einen mürrischen Sozialphobiker, der nicht mehr unter Leuten ging. Schreiben konnte der Poet kaum noch, weil seine Hände so stark zitterten. Beinahe über Nacht fiel dem knapp über 50-Jährigen das Haupthaar aus – das war allerdings seine geringste Sorge.

Obsessiv arbeitete sich der englische Nationaldichter (1564 bis 1616) in seinem Spätwerk an jener Krankheit ab, die damals wie ein Fluch über viele außerehelich sexuell aktive Männer wie ihn hereinbrach. „Liebe wärmt die Flut“, dichtete der notorische Fremdgänger, eine Zeile, die für nichteingeweihte Literaturfreunde romantisch klingen mag. Der auf Infektionskrankheiten spezialisierte US-Mediziner John Ross enthüllt nun jedoch, dass diese Worte nicht von der Wirkung heißer Gefühle kündeten; vielmehr beschreiben sie jenes unangenehme Brennen, das manche an Syphilis Erkrankte während des Harnlassens verspüren.

Am Beispiel Shakespeares belegt Ross, der an der Harvard Medical School unterrichtet: Das Leben und Leiden etlicher großer Literaten gestaltete sich mitunter ähnlich spannend und unterhaltsam wie deren eigentliches Werk. Eine Auswahl schauriger Fälle gesundheitlichen Niedergangs hat der Mediziner in einem Buch zusammengestellt*.

Das Ableben Shakespeares, der zeit lebens fürchtete, sein Penis könne ihm abfallen, gilt als Herausforderung, die Umstände seines Exitus sind bis heute ungeklärt. Der einzige Hinweis: Angeblich befahl den Dramatiker nach einem Gelage ein Fieber, in dessen Folge er verstarb. Ross kombinierte nun die vage Indizienlage mit bekannten biografischen Fakten.

Ross' Theorie geht so: Shakespeare hatte sich mit Syphilis angesteckt, sich in einem frühen Stadium aber mit heißen Bädern von der Pein kuriert. Aus beständiger Sorge, die Geschlechtskrankheit könne ihn doch noch dahinraffen, be-

handelte sich der begabte Hypochonder nun mit vermeintlich hilfreichen Quecksilberdämpfen. Die Kur zeitigte unerwünschte Nebenwirkungen: Sein Haupthaar schwand, seine Glieder begannen zu zittern, und eine schwere Persönlichkeitsstörung infolge der Quecksilbervergiftung setzte ein; das reichte, um den zermürbten Dichter ins Grab zu bringen.

Mit dieser Form der Selbstzerstörung hatte Shakespeare Maßstäbe gesetzt. Die Neigung, sich selbst therapieren zu wollen, ist ein wiederkehrendes Motiv unter den Schöpfern der Wortkunst. Der Schriftsteller Jack London etwa galt bis zu sei-

nem 30. Lebensjahr noch als veritabler Kraftprotz. Bis heute rätseln Biografen, warum der Verfasser von Abenteuerromanen („Wolfsblut“) dennoch schon im Alter von 40 Jahren verstarb. „Tod durch Anmaßung“, diagnostiziert nun Doktor Ross.

London hatte sich 1907 auf einer Bootstour in der Südsee eine Infektionskrankheit eingefangen, die seine Gliedmaßen stark anschwellen ließ. Noch an Bord begann er eine Eigenbehandlung mit Arsen, Kupfersulfat, Borsäure und vor allem Quecksilberchlorid. Der Autor wähnte sich geheilt; doch die Spätfolgen dieses Giftcocktails waren fatal.

London litt fortan unter chronischem Nierenversagen und Gelenkschmerzen. Auf einer Mexiko-Reise erkrankte er zudem an Ruhr. Auch der Genuss von reichlich Alkohol, Opium und 60 filterlosen russischen Zigaretten täglich war seinem Wohlbefinden auf Dauer nicht zuträglich.

Der Eigenwillige begegnete dem zunehmenden Unwohlsein mit selbstverordneten Injektionen verfügbarer Pflanzengifte wie Strychnin und Belladonna, die ihm ein williger Arzt überließ; zudem linderte London seine Symptome mit Heroin. Ross: „Das musste ihn töten.“

Die größte Überraschung gelang dem US-Mediziner allerdings mit der Entschlüsselung des gesundheitlichen Zerfalls von James Joyce. Dem breiten Publikum gilt der Verfasser schwer zugänglicher Werke wie „Ulysses“ und „Finnegans Wake“ als feingliedriger Typ mit Nickelbrille, der seine Phantasien ausschließlich am Schreibtisch auslebte.

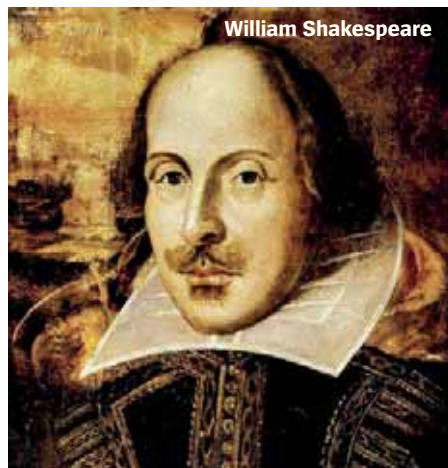
Wie Ross nun beschreibt, war der Literat sexuell überaus aktiv, ihn trieb dabei eine ausgeprägte Analfixierung um. Den Bericht über einen afrikanischen Stammeshäuptling, der seine Frauen nach der Größe ihres Gesäßes auswählte, kommentierte Joyce begeistert: „Wenn der Bolschewismus eines Tages die Weltherrschaft übernimmt, so hoffe ich inständig, dass er diesen erleuchteten Potentaten verschont.“

Einer seiner Streifzüge durch Dubliner Bordelle verschaffte dem Schriftsteller eine Gonorrhö. Die Geschlechtskrankheit wurde offenbar nur unzureichend behandelt. Mediziner Ross attestiert dem irischen Patienten postum eine reaktive Arthritis, die sein Bindegewebe stark in Mitleidenschaft zog.

Immer wieder musste der Schmerzphobiker sich peinigenden Augenoperationen unterziehen, teils Wochen in abgedunkelten Räumen zubringen und eine Augenklappe tragen.

Erst dadurch mutierte der allmählich Erblindende zu jener Gestalt, die der Nachwelt im Gedächtnis geblieben ist: Augengläser von der Dicke eines Flaschenbodens tragend und nach eigener Einschätzung „hübsch und bebrillt“.

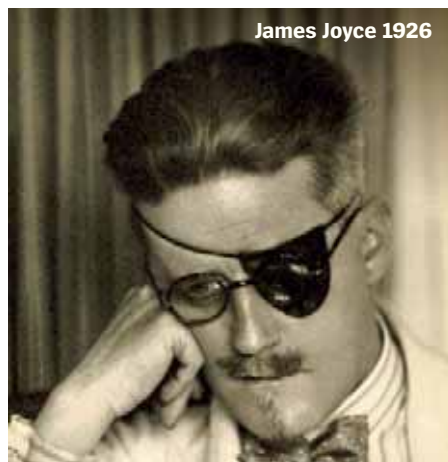
FRANK THADEUSZ



William Shakespeare



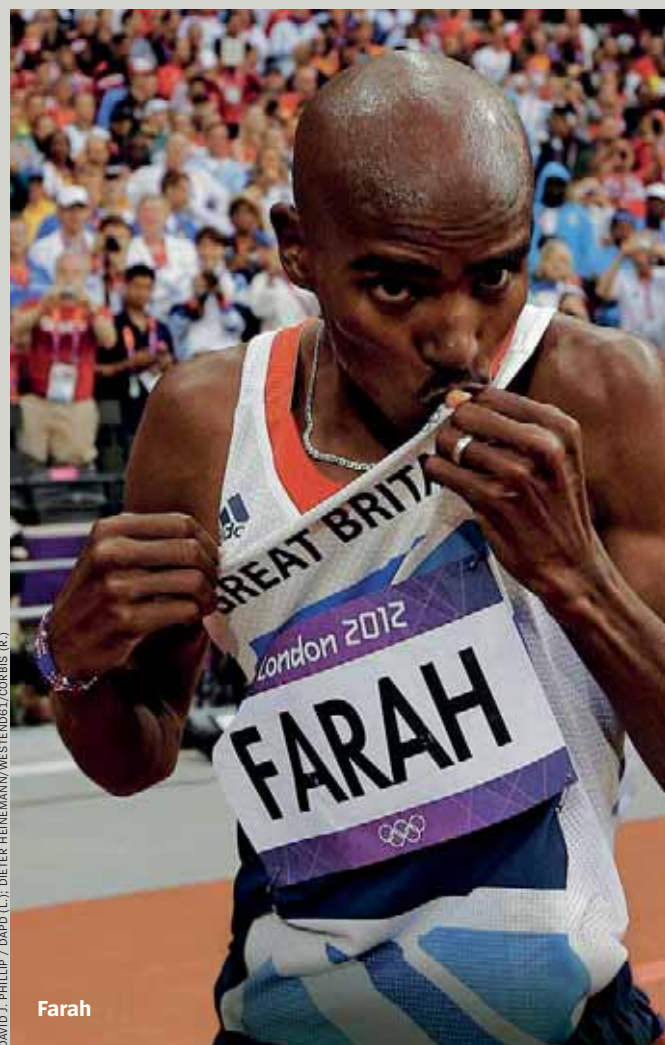
Jack London 1916



James Joyce 1926

Berühmte Literaten
Leben und leiden

* John Ross: „Shakespeare's Tremor and Orwell's Cough. The Medical Life of Famous Writers“. St. Martin's Press, New York; 304 Seiten; 24,99 Dollar.



Farah

DAVID J. PHILLIP / DAPD (L.); DIETER HEINEMANN/WESTENDIG/ORBIS (R.)

TRAINING

Kraft aus der Knolle

Ausdauersportler haben Rote Bete als neues Wundermittel entdeckt. Viele Athleten essen das Gemüse direkt vor Wettkämpfen oder trinken es als Saft, weil sie sich davon eine Leistungssteigerung versprechen; so auch der britische Läufer Mo Farah, Olympiasieger über 5000 und 10 000 Meter. Im Dopingkontrolllabor in Köln stoßen die Mitarbeiter seit 2011 immer wieder auf rotgefärbte Urinproben, die hauptsächlich von Triathleten und Radfahrern stammen. Ausgelöst hat den Hype um die Knolle eine Studie, die im Jahr 2009 an der Universität Exeter in England durchgeführt wurde. Acht Sportler tranken täglich einen halben Liter Rote-Bete-Saft und benötigten bei einem anschließenden Leistungstest auf dem Rad fünf Prozent weniger Sauerstoff. Die Forscher erklärten sich dies durch den hohen Nitratanteil in Roter Bete. Durch das Mineral könne der Körper das Gas Stickstoffmonoxid bilden, welches den Wirkungsgrad der Muskulatur verbessere. Der Sauerstoffbedarf bei Belastung werde verringert, Energie gespart und damit die Ausdauer verbessert. Der Sportmediziner Dieter Böning von der Charité in Berlin hält diese Theorie allerdings für „Spekulation“. Es gebe keine Beweise, dass Stickstoffmonoxid den Energieverbrauch senke und damit die mechanische Arbeit der Muskulatur fördere. Rote Bete, sagt Böning, werde „überschätzt“ und wirke „eher als Placebo“.



SPORTREISEN

Idol inklusive

Der frühere Radrennfahrer Jan Ullrich geht neue Wege bei der Eigenvermarktung – und arbeitet jetzt auch als Reisebegleiter. Freizeitradler können den ehemaligen Tour-de-France-Gewinner für organisierte Mountainbike-Touren durch den Westen der Vereinigten Staaten buchen. „Mountain to Desert“, vom Berg in die Wüste, nennt sich das Pauschalangebot, inklusive Ballonflug und River-Rafting. Insgesamt 12 990 Euro müssen Interessenten für die neuntägige Reise hinblättern, ohne Flug. Dafür haben die maximal acht Teilnehmer Ullrich bei ihren Ausfahrten stets an ihrer Seite. Das einstige Sportidol wohnt in denselben Unterkünften und isst mit den Gästen zu Abend. Ausgedacht hat sich das Angebot der

fränkische Geschäftsmann Tilman Held, Inhaber einer Agentur für Erlebnisreisen. Nach einem Treffen mit dem ehemaligen Radprofi sei er von dessen „menschlichen Qualitäten“ überzeugt gewesen. „Jan kann mit Leuten umgehen und sie unterhalten. Deshalb ist er genau der Richtige für unsere Touren“, sagt Held. Dass die Teilnehmer Jan Ullrich zu seiner Dopingvergangenheit befragen könnten, findet Reiseveranstalter Held unbedenklich. Ullrich sei „erfahren genug“, um mit diesen Fragen „professionell umzugehen“. Wem die Amerika-Reise zu teuer ist, der kann auch eine Woche Radtraining mit Ullrich in Österreich buchen – für rund 2500 Euro.



Ullrich

BERNHARD KUEHMSTEDT / ROBA PRESS



Volkswagen. Partner de

Spieler des VfL Wolfsburg

FUSSBALL

Wüstenzuschlag

Der VW-Konzern leistet sich mit dem VfL Wolfsburg eine der teuersten Mannschaften der Bundesliga, doch das Team stagniert seit Jahren. Bislang regt sich in der Autostadt kein Widerstand gegen die Millionengehälter der Profis. Wie lange noch?

Francisco Javier García Sanz arbeitet im zwölften Stockwerk des VW-Hochhauses. Die Namensschilder neben den Bürotüren sind mit goldenen Buchstaben beschriftet.

Es ist die Vorstandsetage. Von den Büros aus blickt man auf eine schier endlose Reihe von Fabrikhallen, in denen auch der Golf gebaut wird. García Sanz ist im VW-Vorstand für den Einkauf zuständig. Sein Gehalt ist bekannt. Es wird in der Konzernbilanz ausgewiesen. García Sanz erhielt 2011 exakt 7 703 154 Euro.

Das Salär seines teuersten Angestellten dagegen ist ein Firmengeheimnis. García Sanz mag darüber nicht sprechen. Der Automanager ist im Nebenberuf Aufsichtsratschef des Fußball-Erstligisten VfL Wolfsburg, einer Tochtergesellschaft der Volkswagen AG. Das Stadion liegt gleich hinter den Fabrikhallen, Star der Mannschaft ist der brasilianische Mittelfeldspieler Diego. Er kassiert in Wolfsburg ein jährliches Grundgehalt, das höher ist als García Sanz' Gesamteinkommen. Es sind 8,2 Millionen Euro.

„Dazu werde ich mich nicht äußern“, sagt García Sanz. Sein Gemütszustand: bemüht beherrscht. Der Bundesligist ist für den VW-Manager derzeit ein eher unangenehmes Thema. Gemessen an seinen Gehaltskosten müsste der VfL Wolfsburg ein Spitzenclub sein und um die Champions-League-Plätze spielen. Aber die Wolfsburgern stehen in der Winterpause auf Platz 15. Darunter liegt die Abstiegszone.

„Erfolg kann man offenbar doch nicht kaufen“, sagt García Sanz. Es soll selbstironisch klingen. Eine Bundesligasaison

lasse sich nicht planen wie die Entwicklung eines Autos. Deshalb hat er vor wenigen Wochen Felix Magath entlassen und dafür Klaus Allofs als Manager sowie Dieter Hecking als Trainer verpflichtet. Es ist das Eingeständnis, dass Europas größter Autokonzern, der in seinem Stammgeschäft von Erfolg zu Erfolg eilt, auf dem Fußballplatz mit dem VfL Wolfsburg vorerst gescheitert ist.

Für García Sanz, der in der Jugend einst bei Eintracht Rüsselsheim Fußball spielte, und für VW-Boss Martin Winterkorn, der im Tor des TSV München stand, ist dies ärgerlich. Sie sind die treibenden Kräfte hinter dem Engagement des Autoherstellers im Fußball.

Die Konzernmarke Audi ist an der Bayern München AG beteiligt. Volkswagen ist Sponsor bei den Bundesligisten Werder Bremen, Schalke 04, Hannover 96 und Greuther Fürth. Und wenn Mercedes-Benz nicht 2011 vorzeitig den Sponsoringvertrag mit der deutschen Nationalmannschaft verlängert hätte, würde auch sie wohl mit einem VW-Emblem auf den Trikots auflaufen.

Das wichtigste Fußballprodukt für VW ist jedoch der VfL Wolfsburg. Es geht bei seiner Förderung nicht nur um einen erhofften Imagegewinn für die Automarke. Es ist ein Stück Standortpolitik.

Volkswagen fällt es oft schwer, Manager zu verpflichten, weil kaum einer privat in der ehemaligen Zonenrandstadt leben möchte. „München, Hamburg und Berlin glänzen“, sagt ein VW-Manager, „aber Wolfsburg?“

Dank VW gibt es dort immerhin die Autostadt, das Fünfsternehaus Ritz-Carl-

ton, das Museum für moderne Kunst – und den Fußball-Erstligisten.

Die VW-Loge, ein offener, großräumiger VIP-Bereich im Bauch der Haupttribüne, ist an Spieltagen Treffpunkt für Firmenfreunde und Führungskräfte. Welcher Mitarbeiter kostenlosen Zugang hat und wer nicht, wird aufmerksam registriert im Konzern. Die Besetzungsliste der noblen Stadionplätze ist ein Abbild der Unternehmenshierarchie. Manche Karriere wurde hier befördert oder beendet, manche Investition mal eben zwischen zwei Torraumszenen genehmigt.

Am Tisch, an den es alle drängt, sitzt Winterkorn. Der Vorstandsvorsitzende, ein kerniger Schwabe, lädt an Spieltagen gern die wichtigsten VW-Händler aus der Region des Wolfsburger Gegners ein. Vor dem Spiel wird Tacheles geredet. Winterkorn will von seinen Leuten wissen, wo es läuft und wo es klemmt.

Danach dürfen seine Gäste im Stadion Bundesliga gucken, in Sichtweite zum Boss. Manche sprechen Winterkorn in der Loge mit „Herr Professor“ an. Wenn sie über den Konzernchef reden, nennen sie ihn „Wiko“. Als wäre Winterkorn nicht einer der wichtigsten Industriekapitäne der Welt, sondern einer von ihnen.

Als früherer Audi-Chef ist Winterkorn als Sponsor bei Bayern München eingestiegen, noch immer sitzt er im Aufsichtsrat der FC Bayern AG. Dort hat der promovierte Physiker erlebt, dass es kaum eine bessere Bühne als die glitzernde Fußballbranche gibt, auf der sich Mensch und Auto so innig verbinden lassen.

Solange Winterkorns Vorgänger Ferdinand Piëch und Bernd Pischetsrieder den



JOACHIM SIELSKI / IMAGO

Volkswagen-Konzern leiteten, mussten die Verantwortlichen des VfL Wolfsburg günstige Momente abpassen, um in der Vorstandsetage Geld für ihr Bundesligatteam loszueisen. „Wir waren verpflichtet, die alten VW-Richtlinien einzuhalten“, sagt ein Club-Insider, „mehr als fünf Millionen Euro pro Jahr waren nicht drin.“

Mit der Beförderung Winterkorns hat sich das geändert. „Wir machen es ganz oder gar nicht“, sagte der neue VW-Boss an einem Samstag im Mai 2007 zu seinem Vorstandskollegen García Sanz. Beide saßen damals im Stadion von Alemannia Aachen und mussten mitansehen, wie der

VfL Wolfsburg erst durch zwei Tore kurz vor Spielende den Klassenerhalt sicherte. „So ein Drama“, sagte Winterkorn, „will ich nicht noch einmal erleben.“

Seither pumpt der Konzern Jahr für Jahr immer gewaltigere Summen in seine Mannschaft. Bisher gab es nur kolportierte Summen. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb von 67,5 Millionen Euro, die die Volkswagen AG im Jahr nach der Meisterschaft 2009 in den Club gesteckt habe. García Sanz dementiert diese Summe, korrigiert sie aber auch nicht. „Uns ist der Club wert, was er uns wert ist“, sagt er nur.

Der Anspruch der Konzernbosse: Der VfL soll dauerhaft zu den sechs besten Teams des Landes gehören. Doch Geld allein schießt keine Tore. Man muss es schon mit Verstand ausgeben.

Der VfL Wolfsburg leistet sich mittlerweile eine der teuersten Mannschaften der Fußball-Bundesliga. Nach Bayern München zahlt der Club die höchsten Gehälter, auf Augenhöhe mit dem FC Schalke 04. Die Gelsenkirchener haben sich in den vergangenen Jahren immerhin mehrmals für die lukrative Champions League qualifiziert. Wolfsburg allerdings dümpelte – mit Ausnahme der



VW-Boss Winterkorn: „Wir machen es ganz oder gar nicht, so ein Drama will ich nicht noch einmal erleben“

A. WEYCHARDT / WIRTSCHAFTSWOCH

Meistersaison vor vier Jahren – stets nur im Mittelmaß.

Nun aber lässt sich belegen, wie viel Geld der Club auf die Konten seiner Spieler spült. Die Zahlen basieren auf einer Zusammenstellung der Personalkosten der Saison 2011/2012. Aufgeführt ist das jährliche Grundgehalt, in der Auflistung „P-kosten (fix)“ genannt.

Handgeldzahlungen für einen ablösefreien Wechsel zum VfL Wolfsburg oder für eine Vertragsverlängerung, Boni für das Erreichen bestimmter Saisonziele oder „Punkteinsatzprämien“ sind nicht aufgeführt auf dieser Liste. Für die Großverdiener des VW-Clubs summieren sich diese Posten zu weiteren Millionenbeträgen. Demnach ist der bestbezahlte Spieler beim VfL Wolfsburg der Brasilianer Diego. Sein Grundgehalt: 8,2 Millionen Euro. Der Mittelfeldspieler Thomas Hitzlsperger, der in der vorigen Saison zweimal von Beginn an spielte und viermal eingewechselt wurde, kassierte ein Grundgehalt von 2,9 Millionen.

Der Mittelfeldspieler Christian Träsch verdient ein festes Salär von 2,8 Millionen, der Stürmer Srdjan Lakić 2,6 Millionen. Der griechische Abwehr-Haudegen Sotirios Kyrgiakos erhielt 2 Millionen, der dänische Verteidiger Simon Kjær, in der vorigen Saison an den AS Rom ausgeliehen und in Wolfsburg noch bis Juni 2014 unter Vertrag, bekommt ein Festgehalt von 2,4 Millionen Euro.

Und so weiter, und so weiter.

Selbst dem nur Experten bekannten Profi Mateusz Klich, der in die zweite Mannschaft abgeschoben wurde und der in der Regionalliga Nord ganze achtmal von Beginn an spielte, garantierte der VfL Wolfsburg 600 000 Euro.

Es geht auch anders. Der Sport-Club Freiburg, nach der Hinrunde Tabellenfünfter der Bundesliga, hat in der vorigen Saison insgesamt 18,6 Millionen Euro an Gehältern gezahlt: für Mannschaft, Trainer und Betreuer. Kein Spieler in Freiburg hat ein jährliches Grundgehalt von mehr als 400 000 Euro. Es gibt dort Jungprofis, die mit monatlich 12 000 Euro zufrieden sind.

„Solange die Wolfsburg ihre Konzernmillionen nicht intelligenter einsetzen, kann es den Konkurrenten egal sein, dass sie als Werksclub einen gravierenden Wettbewerbsvorteil haben“, sagt der Sportdirektor eines westdeutschen Erstligisten.

Seit der VW-Club im Sommer 1997 in die erste Liga aufgestiegen ist, mussten

die Vereinsbosse meist ein paar Euro mehr als die Konkurrenz bieten, um gute Spieler nach Wolfsburg zu locken. „Wir haben das Wüstenzuschlag genannt“, sagt ein früherer Verantwortlicher des Clubs.

Diese Zulage hielt sich bis 2007 in Grenzen. Stammspieler verdienten damals zwischen 600 000 und 800 000 Euro jährlich, nur namhafte Profis wie Stefan Effenberg oder der Brasilianer Marcelinho kamen auf Gagen von mehr als einer Million Euro pro Jahr.

Verrutscht sind die finanziellen Maßstäbe in Wolfsburg spätestens seit dem Ge-

bern. Ein Sportdirektor achtet eher auf die Kosten und bremst ihn. Magath fehlte dieses Korrektiv. Geschäftsführung und Aufsichtsrat des VfL stellte er bei Personalentscheidungen ein ums andere Mal vor vollendete Tatsachen. Magath gab das Geld aus, als würde VW keine Autos herstellen, sondern Banknoten.

Für die Fans des VfL Wolfsburg, die ihr Geld fast alle bei Volkswagen verdienen, sind Top-Gehälter grundsätzlich nichts Anstößiges. So gab es in der Belegschaft auch keine Proteste gegen die 18,3 Millionen Euro, die VW-Boss Winterkorn im Jahr 2011 einstrich. Das Ergebnis stimmte, es war ein Rekordjahr für den Konzern.

Bei den Fußballern des VfL Wolfsburg läuft es spätestens seit drei Jahren andersherum. Die Gehälter steigen, während die Leistungen sinken. „Der Club ist mit seinem Gehaltsniveau an einem extrem kritischen Punkt angelangt“, sagt ein früherer Vereinsfunktionär, „die Stimmung im Stadion kann bei anhaltend schlechten Ergebnissen ganz schnell in Ablehnung umschlagen.“

Der einstige Hobbykicker García Sanz hat diese Gefahr erkannt und das System Magath beendet. „Wir haben den Schalter umgelegt“, sagt er. Der neue Trainer Hecking wie der neue Sportdirektor Allofs haben bewiesen, dass sie langfristig denken und solide wirtschaften können. Für beide ist Wolfsburg eine Karrierechance. Nun müssen sie liefern.

Am Samstagnachmittag vorgangener Woche saß Allofs gut gelaunt in der Lobby des Luxushotels Calista im türkischen Badeort Belek. Er schwärmte von den Möglichkeiten, die sich ihm in Wolfsburg böten.

Dann setzte Allofs sich in einen gelben VW-Beetle und fuhr zu einer Sportanlage, auf der die Mannschaft trainierte. Auf dem Rasen standen 35 Spieler, ein Resultat der zweiten Ära Magath – kein anderer Erstligist hat einen derart aufgeblähten Kader.

Die Aufgabe für den Manager besteht nun auch darin, Spieler loszuwerden, die Trainer Dieter Hecking in der Rückrunde nicht mehr braucht. Ein harter Job. Freiwillig wird kaum einer der Profis die Oase Wolfsburg verlassen. Denn wer beim VfL aussortiert wird, verdient dort auf der Tribüne immer noch mehr als bei den meisten Erstligisten als Stammkraft auf dem Platz.

DIETMAR HAWRANEK, MICHAEL WULZINGER



RONNY HARTMANN / DAPD

Diego

8,2

Millionen Euro
Grundgehalt jährlich, Vertrag bis
Ende Juni 2014.



PETER SCHATZ

Träsch

2,8

Millionen Euro
Grundgehalt jährlich, Vertrag bis
Ende Juni 2015.



NPH / KURTH / NORDPHOTO

Lakić

2,6

Millionen Euro
Grundgehalt jährlich, Vertrag bis
Ende Juni 2015.

winn der Meisterschaft im Mai 2009. Anstatt danach Prämien für die Verteidigung des Titels auszuloben und den Spielern so einen finanziellen Anreiz für die kommende Saison zu bieten, hob der Werksclub die Grundgehälter seiner Meisterspieler aus eigenen Stücken an. Der brasilianische Stürmer Grafite, der den VfL im Sommer 2011 verließ, steigerte sein garantiertes Einkommen so auf 5,4 Millionen Euro im Jahr.

Der zweite Managementfehler bestand darin, Felix Magath nach seiner Rückkehr im Frühjahr 2011 erneut zum Trainer und Sportdirektor zu machen. Diese Posten sind bei anderen Vereinen aus gutem Grund getrennt. Ein Trainer ist schnell dabei, mehr und teurere Spieler zu for-

Putins Glamourboy

Der russische Superstar Jewgenij Pljuschtschenko startet ein Comeback. Trotz vieler Verletzungen will er bei den Winterspielen in Sotschi antreten.

Am Vortag des russischen Weihnachtsfests wurde Jewgenij Pljuschtschenko ein Sohn geboren, und das war der wichtigsten Nachrichtensendung des Landes eine ausführliche Meldung wert. Pljuschtschenko, von seinen Landsleuten gerade zum Sportler des Jahres gewählt, war kurz ins Krankenhaus zu seiner Frau geeilt, einer bekannten Musikproduzentin. Dann stand der Mann, der den Eiskunstlauf seit der Jahrtausendwende dominiert, wieder auf den Kufen. Im Petersburger Jubileiny-Sportkomplex gab er nach einer kurzen Übungseinheit zu Protokoll, was die Nation sogleich mit Sorge erfüllte. „Ich kann nur noch an meinen Neugeborenen denken. Das Training leidet.“

Da waren es nur noch 15 Tage bis zur Europameisterschaft, die am Montag kommender Woche in Zagreb beginnt. Sie soll der Auftakt für ein spektakuläres Comeback werden. Seit einem Jahr hat Pljuschtschenko an keinem großen internationalen Wettkampf mehr teilgenommen. Verletzungen und Verschleiß aus mehr als zwei Jahrzehnten Training und Wettkampf plagten den 30-jährigen Superstar so sehr, dass jeder Vierfachsprung weh tut, „als würde mir jemand ins Bein schießen“. Erst im vergangenen Februar musste er sich in München einer Operation am Meniskus unterziehen.

Auf das avisierte EM-Gold in Zagreb soll in einem Jahr der Triumph in der russischen Heimat folgen: bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi am Schwarzen Meer. So will es Pljuschtschenko, so will es seine ehrgeizige Frau Jana Rudkowskaja. „Du bist erst dann ein echter Held, wenn du zum zweiten Mal bei Olympia gewinnst“, hat sie ihm einmal gesagt.

Auch Russlands Präsident Wladimir Putin wünscht sich einen weiteren Sieg Pljuschtschenkos. In einer großangelegten internationalen Kampagne warb der Kreml-Herr mit dem Sportler für Sotschi als Olympiaort. Der Eisstar revanchierte sich und machte eifrig Wahlkampf für Russlands starken Mann. Putin tue so viel für den Sport, erklärte Pljuschtschenko. „Er ist mein Abgott.“



Idol Pljuschtschenko: So emotional, so exzentrisch

Pljuschtschenko ist enorm beliebt in seiner Heimat. Er trifft den Nerv einer Nation, die mehr als 20 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion noch immer auf der Suche nach Identität ist. Kein anderer Spitzenathlet ist so herrlich russisch wie Pljuschtschenko: so emotional, so verschwenderisch, so exzentrisch.

Nachdem er 2001 zum ersten Mal Weltmeister geworden war, legte Pljuschtschenko bei der Abschlussgala einen Striptease hin, untermalt von Tom Jones' Hit „Sex Bomb“. Am Ende seines Auftritts trug er einen Slip, natürlich einen goldfarbenen.

Nach seinem Olympiasieg 2006 in Turin trat der Glamourboy bei Eisshows auf und verdiente Millionen. Bei seiner Hochzeit im September 2009 kosteten allein die Trauringe 150 000 Euro.

Wie kaum ein zweiter Eiskunstläufer verbindet Pljuschtschenko in seinen Kürren Athletik mit Ausdruck, schon deswegen hält er sich schlicht für den besten. Als er bei den Winterspielen 2010 in Vancouver knapp Evan Lysacek unterlag, obwohl der Amerikaner keinen einzigen Vierfachsprung gezeigt hatte, lästerte Pljuschtschenko, dass sein Sport nun endgültig zum Eistanzen verkomme.

Bei der Siegerehrung setzte er zunächst einen Fuß auf die höchste Stufe des Podests. Demonstrativ. Pljuschtschenko fühlte sich um seinen Sieg betrogen – und mit ihm ganz Russland. Überall im Land sammelten seine Fans Gold und Geld, um ihrem Idol eine Ersatz-Goldmedaille zu schenken. Eine Juwelierfirma überreichte sie ihm. „Dem Sieger vom russischen Volk“ stand darauf.

Pljuschtschenko wurde als Sohn eines Zimmermanns in Sibirien geboren. Er war ein schmaler Junge, der häufig Nasenbluten hatte. Mit elf zog er nach Sankt Petersburg, um beim Startrainer Alexej Mischin unterzukommen. Die erste Zeit wohnte Pljuschtschenko in einer engen Wohnung mit fünf Familien, mit denen er Klo und Küche teilte. Er

fürchtete sich vor den Streitigkeiten der ewig trinkenden Männer.

Mit einer Goldmedaille bei Olympia in Sotschi will er seinen Aufstieg vom Aschenputtel zum größten Eiskunstläufer aller Zeiten verwirklichen. Die Frage allerdings ist, ob sein geschundener Körper mitmacht. Trainer Mischin sagt: „Pljuschtschenkos Hauptkonkurrent ist er selbst. Seine Gesundheit könnte ihm einen Strich durch die Rechnung machen. Leider bestimmen die Ärzte, wie viel er trainieren kann.“

Vor knapp drei Wochen trat Pljuschtschenko in Sotschi bei den russischen Meisterschaften an. Sie wurden in jener Halle ausgetragen, in der auch bei den Winterspielen 2014 die Entscheidung fallen wird. Er gewann überlegen.

MATTHIAS SCHEPP

STARS

„Psychopath und Narziss“



Der Dokumentarfilmer Christoph Rüter, 55, der im Jahr 2000 den Porträtfilm „Klaus Kinski – Ich bin kein Schauspieler“ drehte, über die Vorwürfe von Kinskis Tochter Pola, ihr Vater habe sie im Kindesalter missbraucht

SPIEGEL: Herr Rüter, Ende der neunziger Jahre haben Sie für Ihren Film viele Interviews mit Familienmitgliedern und Mitarbeitern von Klaus Kinski geführt. Gab es Hinweise, dass er seine Tochter missbraucht haben könnte?

Rüter: Ich traf einige Gesprächspartner, die Andeutungen machten, aber keiner wurde direkt. Als ich mit Pola Kinski mehrere Gespräche am Telefon führte, war es, als öffnete sich plötzlich ein Ventil. Stundenlang redete sie über die Schwierigkeiten mit ihrem Vater. Es war zu spüren, dass da etwas nicht stimmte, aber sie war noch nicht bereit, sich ganz zu öffnen, die Zeit war wohl noch nicht reif. Einmal erzählte sie mir, dass ihr Vater manchmal unter ihrem Bett gelegen habe, als sie Teenager war.

SPIEGEL: Sind Sie dem nicht nachgegangen?

Rüter: Natürlich, aber zum einen musste ich respektieren, dass Pola Kinski nicht genauer werden und nicht vor die Kamera treten wollte. Zum anderen war die Zusammenarbeit mit der Familie, vor allem mit Kinskis Brüdern, schwierig. Irgendwann bekam ich Hausverbot. Das Familienleben war vermintes Gelände, da sollte kein Fremder drauf.

SPIEGEL: In seiner Autobiografie „Ich bin so wild nach deinem Erdbeermund“ behauptet Kinski 1975, er habe mit seiner Schwester und Mutter geschlafen und Sex mit Minderjährigen gehabt. Hat ihm damals niemand geglaubt?

Rüter: Die meisten hielten das wohl für reine Phantasterei – ich auch. Kinski war in der deutschen Öffentlichkeit damals der Irre vom Dienst, ein Provokateur, der prahlte und protzte.

SPIEGEL: Kinski gebärdete sich als anti-bürgerlicher Rebell. Gehörte der sexuelle Tabubruch zu seinem Programm?

Rüter: Ja, offenbar, er war ein Psychopath und Narziss. Aber es schockiert mich zutiefst, dass ein Mensch wie er, der in der Kriegsgefangenschaft vergewaltigt wurde, so grausam gegenüber anderen sein konnte. Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich den Film über ihn nicht gedreht.

POP

Wo sind wir?

Eigentlich schien die Karriere von David Bowie vorbei zu sein. Zehn Jahre lang hat er keine Musik mehr veröffentlicht, zum Glück, sagten viele, seine letzten Platten waren wenig bemerkenswert. Er lebte das Leben des Superstar-Rentners in New York, sammelte Kunst, manchmal gab es Gerüchte, er sei krank. Und nun ist Bowie, 66, auf einmal wieder da: mit „Where Are We Now“, einem melancholischen Song über seine Jahre in Berlin und die Erinnerung daran. Es ist sein schönstes Stück Musik seit langer, langer Zeit. Dabei wussten nur wenige Eingeweihte, dass da etwas kommen werde, sogar bei der Plattenfirma war man überrascht. Passend



Bowie 1978

geheimnisvoll der Videoclip des amerikanischen Künstlers Tony Oursler: körnige Berlin-Bilder, die in einem vollgestellten Zimmer auf eine Leinwand projiziert werden, dazu zwei Gesichter, das von Bowie und das einer unbekannten Frau. Bowies zwei beste Alben, „Low“ und „Heroes“, entstanden in Berlin, von 1976 bis 1978 lebte er in einer

Zweizimmerwohnung im Bezirk Schöneberg. „Where Are We Now“ lässt sich nur als Teil der Vorbestellung von „The Next Day“ kaufen, Bowies 30. Album. Abgesehen vom Erscheinungstermin ist so gut wie nichts über die Platte bekannt: Sie erscheint am 11. März, kurz vor der Eröffnung einer großen Ausstellung zu Bowies Leben und Werk im Londoner Victoria and Albert Museum.

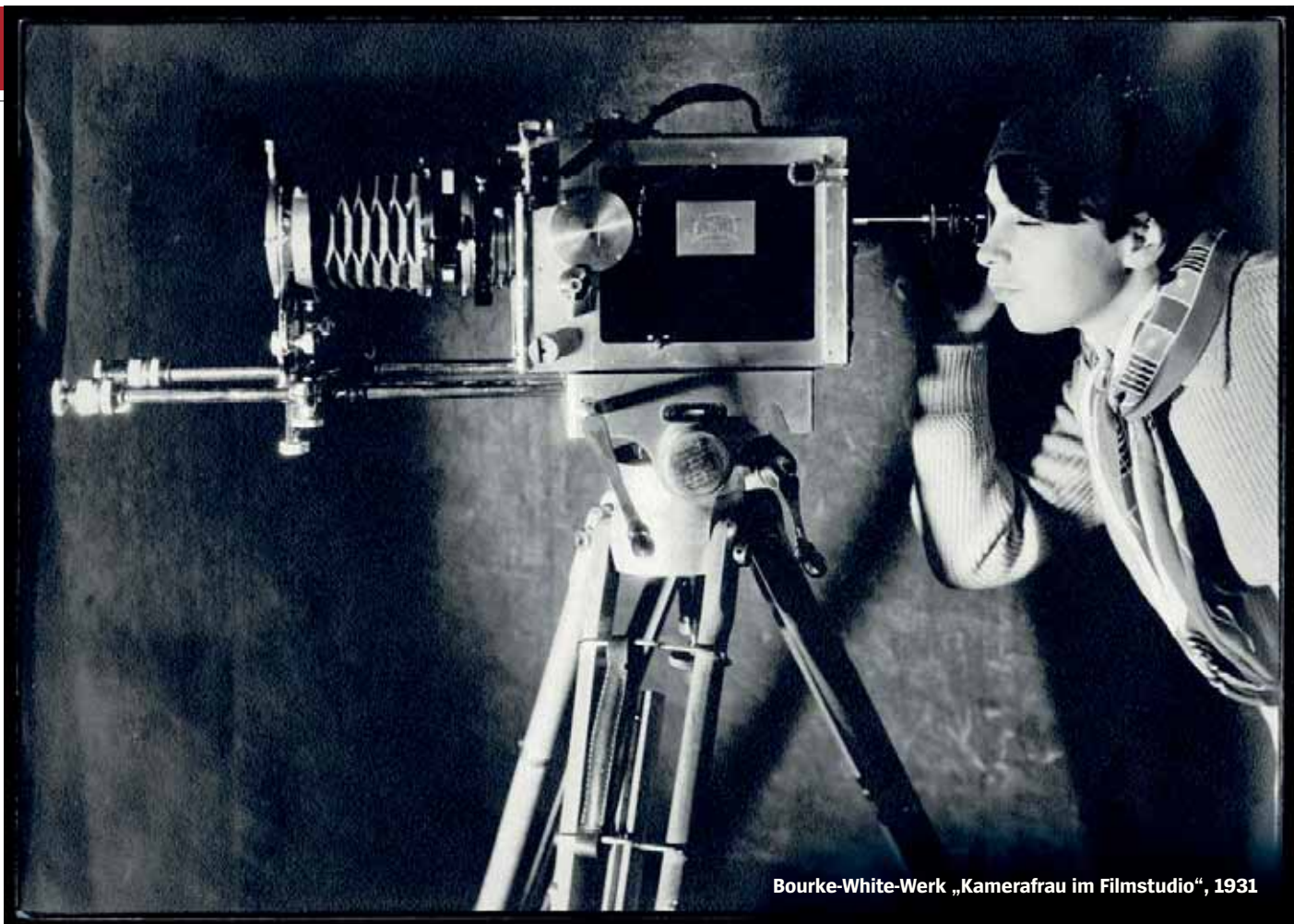
KINO IN KÜRZE

„Valley of Saints – Ein Tal in Kaschmir“ ist einer der ersten Spielfilme, die westlichen Zuschauern einen Einblick in das Leben in der indischen Provinz Kaschmir am Rande des Himalaja geben. Der Regisseur Musa Syeed, in den USA aufgewachsen, kehrte dafür in die Heimat seiner Eltern zurück, in die Stadt Srinagar am Ufer des Dal-Sees. Auf den ersten Blick eine Idylle, zugleich der Arbeitsplatz von Bootsmann Gulzar, der Touristen über den See schippert. An Bord träumt er von einem besseren Leben im fernen Delhi, doch politische Unruhen und die Liebe zu einer Umweltschützerin halten ihn zurück. Regisseur Syeed inszeniert seinen Film ohne jeden Bollywood-Kitsch, fast wie eine Dokumentation. Besonderen Respekt verdient der sympathische Hauptdarsteller, ein Laie: Gulzar Ahmad Bhat ist auch im wahren Leben von Beruf Bootsmann.



Szene aus „Valley of Saints“

KAIROS FILMVERLEIH



Bourke-White-Werk „Kamerafrau im Filmstudio“, 1931

ESTATE OF MARGARET BOURKE-WHITE / LICENSED BY VAGA, NEW YORK

FOTOGRAFIE

Auge ihrer Zeit

Der unstillbare Wunsch, dabei zu sein, wenn Geschichte geschrieben wird“, so beschrieb Margaret Bourke-White (1904 bis 1971) die Kraft, die sie antrieb und ihr half, Männer wie Winston Churchill und Joseph Stalin vor die Kamera zu bekommen. Im Berliner Martin-Gropius-Bau ist von Freitag an (bis 14. April) eine Ausstellung mit über 150 Werken der Amerikanerin zu sehen: „Margaret Bourke-

White. Fotografien 1930 – 1945“. Nachdem sie ihr Handwerk als Industriefotografin in Cleveland gelernt hatte, entwickelte sie sich zu einer Pionierin der Fotografie: Als erste ausländische Bildreporterin des Westens konnte die Fotografin 1930 die Sowjetunion bereisen, als die stilbildende Illustrierte „Life“ 1936 erstmals erschien, kam ein Staudammfoto von Bourke-White auf die Titelseite. Im Zweiten Weltkrieg war sie die erste Frau, die für die US-Streitkräfte an der Front fotografieren durfte. Weltberühmt wurde ihre unmittelbar nach der Befreiung des KZ Buchenwald entstandene Fotoserie von Lagerhäftlingen, bekannt unter dem Titel „Die lebenden Toten von Buchenwald“.

VERLAGE

Stellungskrieg

Im Kampf um die Vorherrschaft in der Berliner Verlagsguppe Suhrkamp gehen die Kontrahenten kurz vor der entscheidenden Verhandlung in die Offensive. Am 13. Februar wird ein Gericht in Frankfurt am Main über die Auflösung von Suhrkamp entscheiden. Es wäre das Ende von Deutschlands bedeutendstem literarischem Verlag. Die beiden Gesellschafter, die Siegfried und Ulla Unseld Familienstiftung mit 61 Prozent der Anteile auf der einen Seite und Hans Barlach mit 39 Prozent

auf der anderen, machen einander im Vorfeld Übernahmeangebote, um so den Preis für das Unternehmen festzulegen. Suhrkamp, so eine Sprecherin auf Anfrage, habe Barlach mehrfach acht Millionen Euro offeriert. Das bedeutet, dass der Verlag den Wert von Suhrkamp auf rund 20 Millionen Euro veranschlagt. Ein solches Angebot dürfte Barlach kaum annehmen wol-



MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

len, schließlich soll er dieselbe Summe für seine Anteile investiert haben. Man sei jedoch bereit, so die Suhrkamp-Sprecherin, den Verkehrswert des Verlags von unabhängiger Seite schätzen zu lassen. Barlach hat allerdings seinerseits Suhrkamp eine Offerte gemacht: großzügige 50 Millionen für die Anteile der Familienstiftung. Der Hamburger Unternehmer setzt den Gesamtwert des Verlags mit 75 Millionen Euro an. Doch die Anteile der Familienstiftung „stehen nicht zum Verkauf“, so die Suhrkamp-Sprecherin. Hans Barlach zeigt sich über Äußerungen des Verlags überrascht: „Ich habe nie ein Angebot erhalten. Auch meine Anwälte wissen von nichts.“

„Ihre Kolumnen sind abscheulich.“

Dieter Graumann



SPIEGEL-STREITGESPRÄCH

Was ist Antisemitismus?

Wie scharf dürfen Deutsche Israel kritisieren? Gibt es neben offenem Ressentiment auch unbewussten Antisemitismus? Es streiten: Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden, und Jakob Augstein, in Verdacht geratener Publizist.

Seitdem das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles den Berliner Publizisten Jakob Augstein, 45, auf seine Liste der zehn weltweit schlimmsten Antisemiten gesetzt hat, ist ein Streit über dessen Kolumnen auf SPIEGEL ONLINE entbrannt. Augstein, Herausgeber der Zeitung „Der Freitag“ in Berlin und Gesellschafter des SPIEGEL-Verlags, hatte mehrmals die Politik Israels attackiert. Dieter Graumann, 62, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, kritisiert Augsteins Texte und diskutiert mit ihm seine Positionen.

SPIEGEL: Herr Augstein, sind Sie ein Antisemit?

Augstein: Nein.

SPIEGEL: Herr Graumann, halten Sie Jakob Augstein für einen Antisemiten?

Graumann: Nein. Um es gleich zu sagen: Auf eine Liste der zehn schlimmsten Antisemiten, wie sie das Simon Wiesenthal Center jetzt aufgestellt hat, gehört er nicht. Aber ich finde seine Kolumnen abscheulich und abstoßend. Er schürt fahrlässig antijüdische Ressentiments.

Augstein: Das ist ein harter Vorwurf. Wie kommen Sie denn darauf?

SPIEGEL: Gibt es einen Lackmустest für Antisemitismus? Der Publizist Henryk Broder, der lange Zeit für den SPIEGEL schrieb und heute oft für Springer-Zeitungen arbeitet, hat es so auf den Punkt gebracht: Ab jetzt bestimme ich, was ein Antisemit ist. Broder, dessen Expertise für die Beurteilung des Wiesenthal Center mitentscheidend war ...

Graumann: ... ist ein begnadeter Polemiker. Er hat mich auch schon scharf kritisiert. Ich habe es überlebt. Und ich schätze ihn dennoch.

Augstein: Ganz so locker kann ich es nicht nehmen. Broder schrieb, ich hätte auch bei der Gestapo Karriere machen können und an der Rampe meinen Dienst versehen. Meinen Sie das, wenn Sie sagen, dass er ein begnadeter Polemiker sei?

SPIEGEL: Bitte zurück zur Antisemitismus-Definition.

Graumann: Wer überall eine jüdische Weltverschwörung wittert oder „die Juden“ für alle Übel im Zusammenleben der Völker verantwortlich macht. Wer Israel das Existenzrecht abspricht, es verteuflert oder seine Vernichtung in Kauf nimmt. Wer grobschlächtige Nazi-Vergleiche anbringt, um israelische Politik zu verdammern.

Augstein: Ich teile die Definition. Nur sagen Sie damit ja auch, wer kein Antisemit ist: nämlich derjenige, der Israel wie jeden anderen Staat betrachtet und ihn kritisiert, wenn die Regierung das Völkerrecht bricht; derjenige, der an dieses Is-

Das Gespräch moderierten die Redakteure Susanne Beyer und Erich Follath.

„Was Sie da sagen, finde ich anmaßend.“

Jakob Augstein



FOTOS: BERND HARTUNG / DER SPIEGEL

rael eben keinen Doppelstandard anlegt. Und das nehme ich für mich in Anspruch. **SPIEGEL:** Herr Graumann, ist diese Form der Normalität wünschenswert?

Graumann: Wenn es denn so wäre, wie Herr Augstein es darstellt – es stimmt nur leider nicht. Er behandelt Israel überhaupt nicht wie jeden anderen Staat. Er vermittelt ein Israel-Bild, das undifferenziert und verfälscht ist. Er transportiert, und das finde ich besonders schlimm, faktisch antijüdische Klischees. Die kalte Verachtung, mit der er Israel abhandelt, würde ich auf einer Skala von 1 bis 10 mit einer dicken 13 bewerten.

SPIEGEL: Das klingt so, als würden Sie vielleicht das Ranking des Wiesenthal Center nicht mögen, aber dessen Einschätzung Augsteins weitgehend teilen. Gehört er doch auf die Liste – vielleicht nur hinter den amerikanischen Judenhasser Louis Farrakhan, auf Rang 11 oder 40?

Graumann: Ach, hören Sie doch mit dieser Hitparade auf! Zwischen den Menschen auf dieser Liste, zwischen Figuren wie dem Holocaust-Leugner Mahmud Ahmadinedschad etwa oder den Muslimbrüdern und ihm bestehen himmelweite Unterschiede. Es geht auch nicht darum, ob man in Deutschland israelische Politik kritisieren darf. Natürlich darf man das, es geschieht in der Presse doch andauernd. Von mir aus darf es auch scharf sein. Die Frage ist, wo diese Kritik obsessiv und

feindselig wird, wo sie von sachlichen Argumenten abweicht, wo sie verantwortungslos wird. Da überschreitet Herr Augstein laufend Grenzen.

Augstein: Was Sie da sagen, finde ich anmaßend, und ich weiß auch nicht genau, was Sie mit Obsession meinen.

Graumann: Sie konzentrieren sich in Ihren außenpolitischen Kolumnen ganz auf Israel und das, was Sie dort an Fehlern zu erkennen glauben. Wo haben Sie aber auch nur einmal das syrische Regime angegriffen, das 60 000 Menschen abgeschlachtet hat, wo die iranischen Brutalitäten gegen die eigene Bevölkerung? Sie

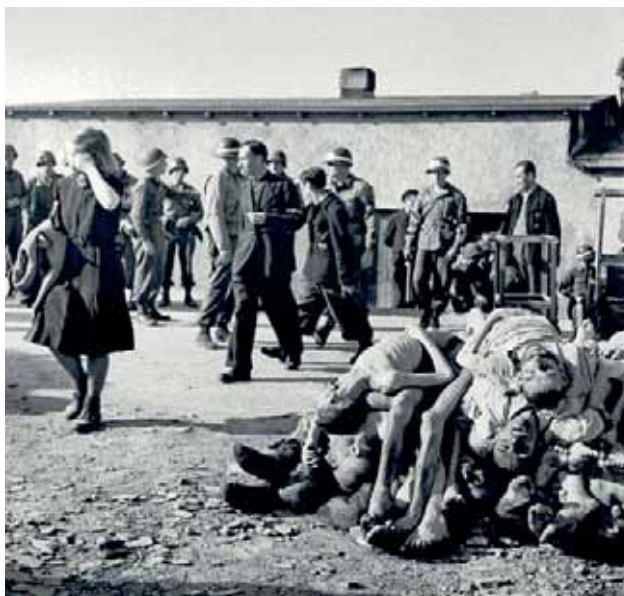
erzeugen durch Ihre Konzentration auf Israel eine moralische Asymmetrie.

Augstein: Wirklich? Wenn ich über etwas nicht schreibe, heißt das doch keineswegs im Umkehrschluss, dort ginge es weniger schlimm zu. Und was meine angebliche Konzentration auf das Thema Israel angeht: Ich habe für SPIEGEL ONLINE etwas über 100 Kolumnen geschrieben, davon beschäftigen sich 5 mit Israel und eine mit Antisemitismus. Wenn ich von Israel besessen wäre, sähe das anders aus. Ich begleite mit meinen Kolumnen die politische Agenda, ich setze sie doch nicht. Ich reagiere auf Anlässe, auf Nachrichten.

Als die deutschen U-Boot-Lieferungen bekannt wurden, beispielsweise, oder als ein israelisch-iranischer Krieg unmittelbar bevorzustehen schien. Mir kommt der Vorwurf, dass ich mich weniger den Problemen Tibets oder Südsudans widme, weit hergeholt vor. Israel ist ein Schlüssel-land, liegt in einer Schlüsselregion, an einer Bruchstelle der Weltreligionen.

Graumann: Und deshalb muss es von Ihnen besonders einseitig und feindselig behandelt werden? Sie schreiben hier mit dem Fingerspitzengefühl eines Bulldozers.

SPIEGEL: Herr Augstein, gibt es da nichts, was Sie im Nachhinein bedauern? Rabbi Abraham Cooper vom Wiesenthal Center, den wir ja zu einer Diskussion mit Ihnen eingeladen haben, sagte, Sie müssten sich erst einmal entschuldigen.



Befreites KZ Buchenwald 1945: „Diese Lehre brennt in uns“

LIFE / TIME PIX / INTERTOPICS

Augstein: Es handelt sich um journalistische Texte, nicht um Literatur oder Wissenschaft. Natürlich ist nicht jedes Wort vorbildlich. Es war nicht glücklich, Gaza ein „Lager“ zu nennen, weil das an Konzentrationslager erinnert. Der Begriff „Gefängnis“ war schon ausreichend. Aber die Idee der Entschuldigung ist kurios. Bei wem denn?

Graumann: Ich bin jedenfalls nicht die Kranzabwurfstelle.

Augstein: Na, dann wäre das schon mal geklärt. Ich habe meine Beiträge noch einmal sorgsam gelesen und finde abgesehen von diesem Beispiel nichts Anstößiges.

Graumann: Das ist schade. Ich dafür umso mehr. Das mit dem „Lager“ ist fast schon geschenkt, das ist längst nicht die schlimmste Entgleisung. Jakob Augstein schreibt in einem seiner Beiträge, wenn Israel etwas wolle, „beugt sich Berlin dessen Willen“. Dass sich Deutschland in der Knechtschaft vor den Juden beugen muss – was für eine Vorlage für antijüdische Ressentiments. Wir kennen doch die Bilder aus der Vergangenheit, die da heraufbeschworen werden. Nächstes Beispiel, Originaltext Augstein: Die Regierung von Benjamin Netanjahu führe angetrieben von der jüdischen Lobby die Welt „am Gängelband eines anschwellenden Kriegsgesangs“. Eine schreckliche Formulierung, die unterstellt, jüdische Strippenzieher führten die ganze Menschheit ins Verderben. Das muss ich doch so übersetzen: Israel ist unser aller Unglück. Drittes Beispiel ...

Augstein: ... darauf muss ich antworten.

Graumann: Lassen Sie mich ausreden, sonst vergesse ich noch etwas. So gut ist mein Gedächtnis nun auch wieder nicht.

SPIEGEL: Bitte, meine Herren. Sie müssen uns schon die Gesprächsführung anvertrauen und auf unsere Fairness setzen. Herr Graumann, noch ein Beispiel, bevor Herr Augstein das Wort hat.

Graumann: Das dämliche Mohammed-Video. Laut Augstein ist auffallend, dass Israel davon profitiert, er schreibt, die Brandstifter säßen „anderswo“. Klingt für mich sehr nach jüdischer Weltverschwörung. Und dann hat er islamistische Fundamentalisten mit jüdisch-ultraorthodoxen Fundamentalisten, die es gibt und die ich bestimmt nicht verteidige, gleichgesetzt – als ob die ultrareligiösen Juden sich auch als Selbstmordattentäter in die Luft sprengen und Zivilisten töten würden. Wieder eine pauschale Verurteilung.

Augstein: Es gibt offensichtlich Begriffe, die umstritten, vielleicht kontaminiert sind und die Sie jetzt einfach in Ihrem Sinn zur Deutung heranziehen. Dabei reden Sie um die politischen Fakten herum. Zum U-Boot-Deal: Deutschland liefert da gegen seine außenpolitischen Richtlinien in eine hochexplosive Region Schiffe, die

zudem atomar aufgerüstet werden können, was dem Bundestag lange verheimlicht wurde.

Graumann: Ich nenne die deutsche Unterstützung eine verantwortungsvolle Politik, die zur Existenzsicherung des jüdischen Staats beiträgt. Übrigens haben auch sozialdemokratische Kanzler solchen Lieferungen zugestimmt.



BERND HARTUNG / DER SPIEGEL

„Sie stürmen bei diesem Thema ungebremst voran.“

Dieter Graumann

Augstein: Ich halte das für hochgefährlich. Dazu kommt, dass diese U-Boote teilweise geschenkt, teilweise unter Wert verkauft wurden. Das soll ohne politischen Druck aus Israel geschehen sein? Für Netanjahus fordernde Anrufe bei Frau Merkel gibt es Zeugen im Kanzleramt. Und was den Begriff „jüdische Lobby“ angeht, den ich nur in Bezug auf die USA benutze – was soll daran falsch sein?

SPIEGEL: Die Formulierung ist umstritten, aber nicht ungewöhnlich. Der designierte neue amerikanische Verteidigungsminister Chuck Hagel hat einmal gesagt: „Die jüdische Lobby schüchtert viele Menschen hier ein.“ Er hat es bereut.

Augstein: Ich möchte dann noch auf das „Gängelband der Weltgeschichte“ eingehen, an dem Netanjahu meiner Meinung nach die Welt zumindest vor der Wahl in

Amerika geführt hat. Es lässt sich doch nicht bestreiten, dass der Ministerpräsident mit der Androhung, ein israelischer Militärschlag stünde unmittelbar bevor, Politik gemacht hat.

SPIEGEL: Bei Ihnen klingt es aber so, als sei Israel eine mindestens ebenso große Gefahr für den Weltfrieden wie die Möchtegern-Atommacht Iran. Wer ist die größere Gefahr?

Augstein: Wir sind doch hier nicht bei „Deutschland sucht den Super-Gefährder des Weltfriedens“. Lassen Sie uns bei der Sache bleiben: Wir wissen gar nicht, was Iran tut. Sie können in der „New York Times“ lesen, dass die CIA glaubt, Iran baue nicht an der Bombe. Vergessen Sie nicht: Der Krieg gegen den Irak wurde mit der Lüge begründet, Saddam Hussein lagere Massenvernichtungswaffen. Es gab keine.

Graumann: Wie blind kann man sein, das demokratische Israel gleichzusetzen mit dem repressiven islamistischen Gottesstaat und seinen Holocaust-Leugnern? Oder Teheran gar für weniger „gefährlich“ zu halten? Augstein verteidigt Günter Grass, der das ja auch findet. Das macht mich fassungslos – ein Regime, das Andersdenkende foltert, Frauen steinigt, Hass und Terror in die Welt exportiert, wird verarmt, Israel dagegen dämonisiert.

SPIEGEL: Herr Augstein, es fällt schwer, in diesem Punkt Ihrer Argumentation zu folgen.

Augstein: Wie käme ich dazu, Iran zu verteidigen? Eine islamistische Diktatur! Ich sage, das demokratische Israel ist eine Besatzungsmacht und unterdrückt die Palästinenser. Netanjahus Siedlungspolitik ist von der Uno als völkerrechtswidrig verurteilt worden. Sie, Herr Graumann, versuchen davon abzulenken, und auch die deutsche Politik geht da nur mit Samthandschuhen ran. Wir sollten Unrecht auch Unrecht nennen.



WASSER ISHTAYEN / AP

Israelischer Steinewerfer: „Das demokratische Israel ist eine Besatzungsmacht“

Graumann: Unrecht haben doch Sie: Sie zeichnen ein grotesk verfälschtes Bild von Israel.

Augstein: Ich kann nicht sehen, dass radikaler religiöser Fundamentalismus auf der jüdischen Seite positiver sein soll als auf der islamischen. Das ist genau wieder das zweierlei Maß, das in dieser Welt- gegend so häufig angewandt wird.

SPIEGEL: Herr Graumann, der israelische Terrorist Baruch Goldstein beispielsweise hat in Hebron mehr als zwei Dutzend palästinensische Gläubige niedergemetzelt. Ist das nicht vergleichbar mit dem Massenmord an Jugendlichen in einer Tel Aviver Disco durch einen palästinensischen Selbstmordattentäter?

Graumann: Dass das ein absoluter Einzelfall war, sehen Sie schon allein daran, dass Sie diesen Namen kennen. Dagegen werden Sie die Namen der unzähligen islamistischen Attentäter aber gerade nicht parat haben. Weil sie so viele sind und man sich offenbar schon an sie gewöhnt hat. Schon gar nicht gibt es auf israelischer Seite Aufrufe, ganze Volksgruppen zu vernichten.

SPIEGEL: Ihnen kann aber nicht alles gefallen, was die Regierung Netanjahu anstellt. Netanjahu zieht doch selbst Nazi-Vergleiche, setzt Ahmadinedschad mit Hitler gleich, sagt: Jetzt ist 1938, und Iran ist Deutschland. Und warum hört man von Ihnen kein kritisches Wort zur Besatzungspolitik, die in der Tat eine Zweistaatenregelung untergräbt?

Graumann: Ich habe nicht den Eindruck, dass es an Kritikern der Siedlungspolitik mangelt.

SPIEGEL: So drückt man sich elegant vor einer klaren Aussage. Die Stimme des Zentralrats-Präsidenten hat ein erhebliches, zumindest moralisches Gewicht.

Graumann: Sie überschätzen meinen Einfluss. Ich habe, wenn Sie das beruhigt, in der Tat Vorbehalte gegen die heutige



BERND HARTUNG / DER SPIEGEL

„Ich schreibe böswilliger über die SPD als über Israel.“

Jakob Augstein

Siedlungspolitik. Aber gar nicht gewürdigt wird, dass uns mit Israel eine richtige Wertegemeinschaft verbindet. Was ich Herrn Augstein vorwerfe, ist, dass er monothematisch Israel auf die Siedlungspolitik reduziert. Dass er nie die Existenzängste Israels in seine Überlegungen miteinbezieht. Dieses Land wird mehr als jedes andere durch seine Nachbarn gefährdet.

Augstein: Das habe ich ganz genau so geschrieben.

Graumann: Vielleicht in einem Nebensatz. Aber Sie begreifen die emotionale Komponente überhaupt nicht – was es bedeutet, ständig dem Raketenbeschuss durch die Hamas oder den Auslöschungsplänen der Iraner ausgesetzt zu sein. Sie schreiben mit einer Herzenskälte über dieses Land, mit einer Empathie aus dem Eis-schrank, die mich frösteln lässt.

Augstein: Verzeihung, ich empfinde das nicht so. Ich schreibe über Israel, wie ich über die SPD schreibe, nein, das ist nicht ganz richtig, ich schreibe über die SPD bestimmt schärfer, böswilliger.

Graumann: Ich wollte noch einen Satz von Ihnen erwähnen, den Sie im Fernsehen bei Günther Jauch gesagt haben. Herr Augstein, Sie haben da gesagt, die Verbrechen der Deutschen würden doch

nicht dadurch besser, wenn die Israelis jetzt ihrerseits Verbrechen begehen. Indem Sie das in Relation setzen, bedienen Sie eben doch antijüdische Ressentiments. Sie spielen auf dieser Klaviatur, vielleicht unbewusst, aber Sie klimpern. Sie machen das lässig, nachlässig, fahrlässig, und, wie ich meine, unzulässig.

Augstein: Hübsch formuliert.

Graumann: Danke. Jetzt sagen Sie nur noch, dass es stimmt, und wir sind uns einig.

Augstein: Es stimmt natürlich nicht. Ich argumentiere rational, und Sie versuchen das auf die Psycho-Ebene zu ziehen.

Graumann: Im Zusammenhang mit Ihren Formulierungen drängen sich in der Tat Fragen auf: Warum ist das so? Gibt es da noch etwas, das in Ihrem Innern verborgen ist?

SPIEGEL: Sie meinen, Jakob Augstein muss auf die Couch?

Graumann: Ich werde einen Teufel tun, irgendwelche diagnostischen Ratschläge zu geben. Das steht mir nicht zu.

Augstein: Da bin ich froh. Wahrscheinlich gehören alle Deutschen auf die Couch, so wie wahrscheinlich alle Juden.

Graumann: Die hierzulande übrigens auch Deutsche sind. Ja, wir Juden sind traumatisiert, und ich wünschte, alle wären dafür sensibilisiert.

Augstein: Ja, wir müssen alle auf die Couch. Nebeneinander. Aber lassen Sie mich ganz unemotional feststellen: Alles, was ich an Israel kritisiere, ist in schärferer Form von israelischen Journalisten geschrieben worden. Niemand regt sich darüber auf, jeder in Israel begreift das als Zeichen der freien Meinungsäußerung. Nur bei uns wird man schnell zum Antisemiten abgestempelt.

SPIEGEL: Herr Graumann, gibt es eine Antisemitismus-Keule, die hierzulande schnell geschwungen wird? Steht jeder unter diesem Verdacht, der nicht Frau Merkels Diktum folgt, die Verteidigung Israels sei unter allen Umständen deutsche Staatsräson?

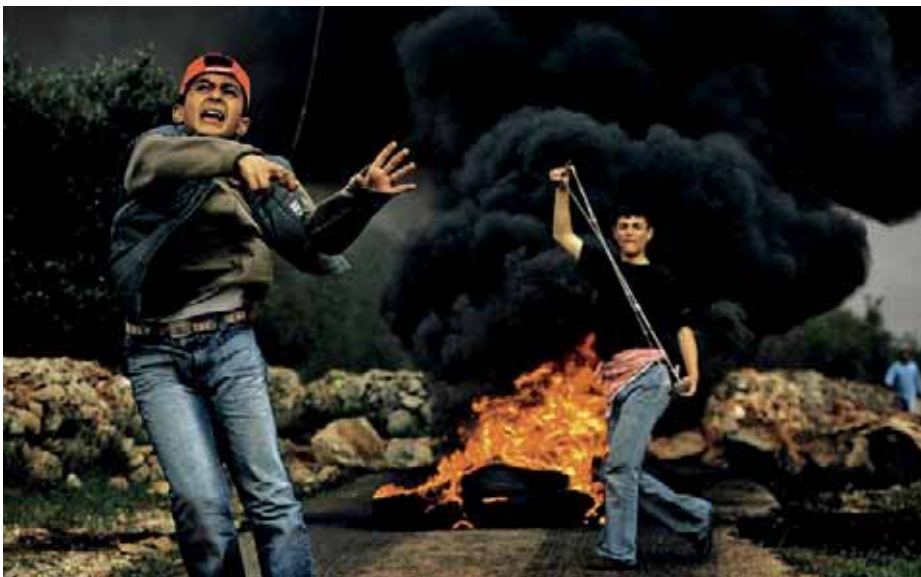
Graumann: Nicht Israel-Kritik ist heute ein Tabu, sondern die Kritik der Israel-Kritik. Tun Sie nicht so, als wäre Herr Augstein allein. Er hat doch nach dieser Platzierung die geballte Unterstützung der deutschen Presse erfahren.

Augstein: So ist das nicht. Ich werde scharf angegriffen, gelegentlich unter der Gürtellinie, oft sehr sachlich. Glauben Sie mir, unbeeindruckt lässt mich das nicht. Ein viel schlimmeres Stigma gibt es in Deutschland kaum. Aber ich versuche, die Diskussion auf die Sache zu lenken, auf die unzumutbare Netanjahu-Politik.

Graumann: Eigentlich müssten Sie dem Wiesenthal Center täglich Blumen schicken, weil es Sie so populär gemacht hat.

Augstein: Das ist zynisch.

Graumann: Unsere Diskussion läuft in die falsche Richtung. Herr Augstein will nur



EMILIO MORENATTI / AP

Palästinensische Steinwerfer: „Vor Ort geht es um Leben und Tod“

über die israelische Gegenwarts politik reden, seinen Gebrauch bedenklicher Sprachbilder schiebt er zur Seite.

SPIEGEL: Beides gehört zum Thema.

Graumann: Dann will ich noch einmal sagen, was Herrn Augstein offensichtlich so schwerfällt: Er begreift das jüdische Trauma nicht, das alle Juden weltweit haben. Wir werden uns nie wieder der Gefahr der Vernichtung aussetzen, diese Lehre brennt in uns allen. Das ist unsere Erfahrung, unsere Geschichte. In der Tat erwarte ich von einem deutschen Journalisten ein Mindestmaß an Gefühl dafür.

Augstein: Da geraten mehrere Themen durcheinander. Das eine ist: Kann ein deutscher Journalist über die Besatzungspolitik Netanjahus so schreiben wie ein Schweizer oder ein Spanier? Das andere ist das deutsch-jüdische Thema, etwas, das nicht heilbar ist, nie sein wird. Ich glaube, dass die meisten Deutschen dafür sehr sensibilisiert sind.

Graumann: Das merke ich bei Ihnen nicht.

Augstein: Es gibt da einen Rollenkonflikt. Als Deutscher möchte ich behutsam mit Israel sein. Als Journalist will ich aber ehrlich sein. Wie löse ich das auf? Das ist eine Double-Bind-Situation. Soll ich bei jeder Kritik an Israel eine salvatorische Klausel anfügen: „Ich habe nichts gegen Juden“? Das ist neurotischer Journalismus. Sollen wir verschweigen, dass Israels Regierung Recht bricht und es auch Alternativen gibt?

Graumann: Auf Ihre Ratschläge haben die Israelis gerade noch gewartet. Von Berlin aus ist es leicht, über Israels Politik zu urteilen. Vor Ort sieht es ganz anders aus, da geht es um Existentielles, um Leben und Tod. Dem muss man auch emotional Rechnung tragen, wenn man ein Herz hat. Sofern man eins hat.

Augstein: Oha, jetzt machen Sie doch den Broder.

Graumann: Ich denke an einen Satz von Elie Wiesel, dem Friedensnobelpreisträger, der sagt, wir Juden haben keine Antennen für Antisemitismus – wir *sind* die Antennen. Wenn ich sage, dass aus Ihren Kolumnen ein antijüdisches Ressentiment begünstigt wird, dann sollten Sie das ernst nehmen. Das ist keine Hysterie.

Augstein: Mir kommt es vor wie die Instrumentalisierung eines schweren Vorwurfs. Es geht nicht um mich, es geht darum, Debattenverläufen den Riegel vorzuschieben.

SPIEGEL: Das Simon Wiesenthal Center hat sich jetzt noch einmal korrigiert und gesagt, nicht Sie als Person seien antisemitisch, aber einige Ihrer Äußerungen seien es, und es könne sein, dass Ihnen das gar nicht bewusst sei. Haben Sie sich selbst überprüft?

Augstein: Das ist doch das Hermetische an diesem Vorwurf: Wenn ich jetzt sage, ich hab da nichts Antisemitisches in mir gefunden, dann sagt der polemische Herr



BERND HARTUNG / DER SPIEGEL

„Ich bin jedenfalls nicht die Kranzabwurfstelle.“

Dieter Graumann

Broder: Aha, der merkt es nicht mal. Alle sagen, man dürfe Israel kritisieren – aber wenn man es tut, dann kriegt man eins auf die Mütze.

Graumann: Ich will Ihnen was sagen. Letztes Jahr war Sigmar Gabriel im Westjordanland und hat gesagt, Israel betreibe Apartheidspolitik. Ich habe ihn dafür kritisiert, aber nie im Leben wäre mir eingefallen, ihn als Antisemiten zu bezeichnen. Vor kurzem hat Andrea Nahles sich mit der Fatah getroffen und gesagt, es gebe gemeinsame Werte zwischen der SPD und der Fatah. Ich finde das schrecklich, ich schätze die SPD, sie ist die älteste deutsche Partei – das merkt man manchmal auch –, aber sie verkauft sich unter Wert, wenn sie eine Wertegemeinschaft mit der Fatah konstruiert. Aber mir würde nie einfallen zu sagen, Frau Nahles sei eine Antisemitin. Ich würde auch nie sagen, Gabriel und Nahles transportierten antijüdische Ressentiments, wie ich es zu Ihnen sage. Und zu Ihnen sage ich auch nur: Wenn Sie innehielten, bevor Sie loslegen gegen Israel, wäre viel gewonnen.

SPIEGEL: Herr Graumann, Sie haben vor kurzem ein Buch geschrieben und sagen darin, wir müssten alle mal wegkommen vom Antisemitismus als Dauerthema.

Und nun stecken wir so tief in diesem Thema wie seit Jahren nicht mehr – denken Sie nur an die Beschneidungsdebatte.

Graumann: Natürlich habe ich mir, als ich vor fast einem Jahr das Buch schrieb, nicht vorstellen können, dass diese grässliche Beschneidungsdebatte über uns kommt. Und wir haben noch das Grass-Gedicht gehabt, dann den Überfall auf Rabbiner Alter in Berlin. Trotzdem möchte ich zeigen: Judentum thematisiert nicht nur Katastrophe und Kritik, sondern transportiert vor allem große Werte, ist mit Begeisterung dem Leben zugewandt. Unbeirrbar wollen wir unsere neue, positive und blühende jüdische Zukunft aufbauen. Diese Debatten, auch die, die wir jetzt führen, wird es immer geben, das wirft uns nicht zurück. Die Beschneidungsdebatte ging tiefer. Da haben wir vermeintliche Belehrungen bekommen, vieles hat uns da verwundet und verwundet.

Augstein: Zur Beschneidung habe ich nichts geschrieben!

Graumann: Das haben Sie tatsächlich nicht. Gut geschwiegen.

Augstein: Und ich bin bei diesem Thema völlig Ihrer Meinung.

SPIEGEL: Geht doch.

Augstein: In der Beschneidungsdebatte sind Sachen aufgebrochen, die erschreckend waren. Aber eben deswegen finde ich, dass Sie mit dieser Debatte, die wir beide jetzt führen, den Antisemiten in die Hände spielen. Mir geht der Vorwurf der Herzenskälte sehr nahe, und ich glaube nicht, dass Kälte meinem Wesen entspricht. Meine Artikel haben nichts mit den Juden zu tun.

Graumann: Warum verwenden Sie dann antijüdische Klischees? Übrigens: Die israelische Regierung ist nicht durch Putsch an die Macht gekommen, sondern demokratisch.



Geschändeter jüdischer Friedhof in Schwäbisch Hall: „Nie wieder Vernichtung“

DPA

Augstein: Dann verstehe ich die Israelis nicht: Einerseits wollen sie eine Zweistaatenlösung, andererseits wählen sie eine Regierung, die die zwei Staaten unmöglich macht. Für mich ist die Auseinandersetzung mit dem Holocaust die prägende, politisierende Kindheitserfahrung. Aber da findet kein Transfer statt, wenn ich mich mit der israelischen Siedlungspolitik beschäftige.

SPIEGEL: Dieses Gefühl, dass in deutschem Namen dieses wahnsinnige Unrecht stattgefunden hat, das überträgt sich für Sie nicht in eine Sympathie für Menschen, die in Israel leben?

Augstein: Das überträgt sich nicht in eine Sympathie für die israelische Regierungspolitik.



BERND HARTUNG / DER SPIEGEL

„Sie reden um die politischen Fakten herum.“

Jakob Augstein

SPIEGEL: Aber der Staat Israel ist nicht zu denken ohne das, was in Deutschland passiert ist.

Augstein: Trotzdem sollten wir keine Atom-U-Boote dorthin liefern. Das ist meine politische Haltung. Vielleicht habe ich mehr Normalität im Umgang mit Israel, als Ihnen bewusst ist. Ich will diesen neurotischen Journalismus nicht. Ich schreibe über Angela Merkel oder über Amerika oder über die Linken oder die SPD nicht anders.

Graumann: Merken Sie denn gar nicht, dass das etwas anderes ist?

Augstein: Ich verstehe, dass Sie das sagen. Aber während ich schreibe, spüre ich das tatsächlich nicht.

Graumann: Dann lesen Sie es noch mal, bevor Sie es abschicken, mit Empathie.

Augstein: Das will ich gar nicht. Ich möchte als Journalist über israelische Sicherheits- und Siedlungspolitik keine verdrucksten Texte schreiben. Ich habe auch nicht das Gefühl, dass ich mich bei dem, was ich schreibe, bremsen müsste. Bei dem Wort „Lager“ hat die Bremse sicher versagt.

Graumann: Generell stürmen Sie bei diesem Thema ungebremst voran. Streicht man in Ihrer Argumentation ein einziges Wort – nämlich Siedlungspolitik –, bleibt gar nichts mehr übrig.

Augstein: Herr Graumann, wenn man die Siedlungspolitik streichen würde, würde ich Israel nicht kritisieren.

SPIEGEL: Herr Graumann, Sie wurden als Kind von Ihren Eltern umbenannt:

Für immer David

Warum manche Juden überall Antisemitismus sehen

Von Ronen Bergman

Eigentlich hießen Sie David, sollten sich aber in der Schule als Dieter ausgeben, damit Sie nicht sofort als Jude erkannt werden. Wäre so etwas heute noch möglich?

Graumann: Biblische Namen sind en vogue. Jakob, Herr Augstein, ist auch biblisch. Als ich jung war, gab es kaum einen nicht-jüdischen Jungen in Deutschland, der David hieß, umgekehrt bin ich wohl heute der einzige jüdische Dieter in Deutschland.

SPIEGEL: Herr Augstein, sind Sie gelegentlich in Israel?

Augstein: Beruflich hat es sich nie ergeben, und privat möchte ich nicht.

Graumann: Warum?

Augstein: Ich wäre in den Zeiten der Apartheid auch nicht nach Südafrika gefahren.

Graumann: Was für ein Vergleich! Sie waren noch nie in Israel?

Augstein: Nein. Wenn ich das Gefühl hätte, dass Israel diesen Konflikt mit den Palästinensern lösen will, wäre das eine andere Situation. Das finden Sie vielleicht sonderbar: Aber ich möchte nicht in Tel Aviv am Strand liegen, wenn ein paar Kilometer weiter südlich die Lage ist, wie sie ist.

SPIEGEL: Wir sprachen über Herrn Graumanns Sozialisation. Wie würden Sie Ihre kennzeichnen, Herr Augstein? Die Sozialisation durch Ihren leiblichen Vater Martin Walser, die durch Rudolf Augstein, mit dem Sie aufgewachsen sind?

Augstein: Der Krieg hat im Leben meiner beiden Väter eine große Rolle gespielt, das prägt mich sehr. Rudolf Augstein hatte auf der einen Seite des Unterarms einen Eintritt von einem Granatsplitter und auf der anderen Seite einen Austritt. Dieser versehrte Arm ist für mich eine Kindheitserinnerung. Von Martin Walser wissen wir alle, dass der Bruch in der deutschen Identität ein beherrschendes Thema ist.

SPIEGEL: Nach der Debatte um die Paulskirchen-Rede von Walser und die Reaktionen darauf wird er von vielen für immer als Antisemit eingeschätzt werden. Warum sind Sie nicht vorsichtiger? Was ist da Ihr Antrieb?

Augstein: Walser ist kein Antisemit. Darum fällt genetisch bedingter Antisemitismus aus.

SPIEGEL: Es ist nur die Frage, warum Sie aus der Beobachtung nicht den Schluss gezogen haben, jüdischen Fragen mit mehr Fingerspitzengefühl zu begegnen.

Augstein: Ich habe eine andere Auffassung vom Journalismus. Ich mache diese Arbeit seit 20 Jahren. Und ich habe bis vor zwei Jahren über Israel nicht einen Artikel geschrieben.

Graumann: Wären Sie doch dabei geblieben! Sie eignen sich einfach nicht dafür.

SPIEGEL: Herr Augstein, Herr Graumann, wie danken Ihnen für dieses Gespräch.

Du bist selbst Teil der antisemitischen Propagandamaschine, und du weißt das noch nicht einmal. Du sprichst kein Deutsch, du verstehst die Nuancen dieses Textes nicht, aber dein Name steht darunter als der eines Autors.“

Diese Anschuldigung warf mir Ende November Melody Sucharewicz an den Kopf, Kommunikationsberaterin in Israel und Deutschland. Ich bin der Sohn von zwei Holocaust-Überlebenden, die ihre ganzen Familien verloren haben. Und ich versuchte, mich gegen den Vorwurf zu verteidigen, den ich für falsch hielt. Aber ich habe es nicht geschafft.

Sucharewicz bezog sich auf eine Titelgeschichte im SPIEGEL, erschienen im Juni (23/2012), es ging um eine deutsch-israelische Kooperation beim Bau von U-Booten für die israelische Marine. Der Artikel war über Monate von einem Journalistenteam zusammengetragen worden, zu dem auch ich gehörte. Der Report enthüllte, dass diese U-Boote Atomraketen tragen können, und löste in Deutschland eine heftige Kontroverse aus. In Israel wurde ich angegriffen: Die Enthüllung diene der antiisraelischen Propaganda. Melody Sucharewicz artikuliert die Vorwürfe besonders hart und eloquent.

Sie wurde in München geboren und ging nach Israel, als sie 19 Jahre alt war. Sie wurde eine Berühmtheit im Fernsehen, weil sie präzise auf den Punkt bringen kann, was viele Israelis glauben. Ich habe sie gebeten, noch mal aufzuschreiben, was sie meint:

„In Deutschland wird der Antisemitismus, werden antiisraelische Vorurteile immer stärker. Es gibt da eine neue Qualität, einen neuen Ton. Sogar der Schriftsteller Günter Grass mag aufrichtig daran glauben, dass er die Bedrohung des Weltfriedens durch Israel bekannt machen muss – aus Freundschaft zu dem jüdischen Volk und seinem Staat. Der Effekt auf Leser und Zuschauer aber ist wichtiger als sein Motiv.“

Die SPIEGEL-Titelgeschichte über die U-Boote ist ein Paradebeispiel dafür. Darin heißt es: „Darf Deutschland,

das Land der Täter, Israel, dem Land der Opfer, beim Aufbau einer Atomwaffenstreitmacht helfen, die geeignet ist, Hunderttausende Menschenleben auszulöschen?“ Und weiter: „Muss Deutschland vielleicht sogar, als historische Verpflichtung aus den Verbrechen der Nationalsozialisten, eine Verantwortung übernehmen, die ‚Teil der Staatsraison‘ geworden ist?“

Der Subtext ist klar:

1. Israel plant, das iranische Volk auszuradiieren, und agiert damit wie das Dritte Reich. 2. Der Holocaust zwingt Deutschland, dabei zu helfen.

Solche subtilen, aber systematischen Manipulationen in Artikeln über Israel erklären weitgehend das Problem: Nach einer Studie im Auftrag des Bundestages glauben 40 Prozent der Deutschen, dass Juden versuchen, Vorteile aus der Geschichte des Dritten Reiches herauszuschlagen. Und 38 Prozent sagen, man verstehe, dass manche Leute die Juden wegen Israels Politik nicht leiden können.“

Sucharewicz argumentiert hart. Und ich glaube, dass das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles den Journalisten Jakob Augstein aus sehr ähnlichen Gründen auf Platz 9 seiner Liste der schlimmsten Antisemiten und Israelfeinde gesetzt hat.

„Man darf Augstein nicht auf Platz eins der Liste setzen“, sagt Efraim Zuroff, Chef der Wiesenthal-Filiale in Jerusalem. „Aber den neunten Platz verdient er wegen diverser Aussagen definitiv. Manche

könnten direkt aus der Hetzschrift ‚Die Protokolle der Weisen von Zion‘ stammen. In Westeuropa kommt der Antisemitismus aus drei Quellen: aus den islamischen Gemeinden, von den Rechtsextremen und von den Linksextremen. Die deutschen Behörden gehen hart gegen die ersten beiden vor. Nicht aber gegen die dritte Gruppe. Und zu der gehört Jakob Augstein.“

Mehrere historische Prozesse haben so weit geführt, dass Autoren wie Augstein und Zeitschriften wie der SPIEGEL „antisemitisch“ genannt werden: Seit seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der



DER SPIEGEL

RONEN BERGMAN, 40, ist ein israelischer Journalist und Experte für Sicherheitspolitik. Er gilt als einer der besten Kenner des Geheimdienstes Mossad und des iranischen Raketenprogramms.



Proteste gegen den Schriftsteller Günter Grass in Tel Aviv 2012: Zu Recht sehr sensibel

Staat Israel mit den Nöten der Juden in der Diaspora identifiziert. Juden vor Verfolgung zu schützen ist Teil der Bestimmung des jüdischen Staates, Israelis und Diaspora-Juden werden damit quasi unter ein „Gesetz“ gestellt. Für den Fall, dass Pogrome das Wohlergehen jüdischer Gemeinden gefährden, hat der israelische Geheimdienst Mossad sogar vorsorglich im Geheimen Waffen verteilt und Juden trainiert. Da jeder Jude israelischer Staatsbürger werden kann, verteidigt Israel damit auch immer seine potentiellen Bürger.

Als sich in den siebziger Jahren die deutschen Linksextremisten der RAF mit palästinensischen Terroristen zusammaten, sah man das in Israel als direktes Erbe von Holocaust und Antisemitismus.

Die israelisch-jüdische „Belagerungsmentalität“ ist das Resultat von Jahrhunderten des Antisemitismus, die im Holocaust gipfelten. Das hat uns Israelis zu Recht sehr sensibel gegenüber allem werden lassen, was nach Antisemitismus klingt. Trotzdem, dieser Antisemitismus wurde nie als ernsthafte Bedrohung Israels gesehen.

Die vergangenen zehn Jahre haben das verändert, viele Israelis und Juden

verwechseln seither Antisemitismus und antiisraelische Politik. Im israelisch-palästinensischen Konflikt hat Israel die Oberhand gewonnen, auch mit Hilfe seiner modernen Militärtechnik. Parallel dazu haben das internationale Recht und die Medien sich weiterentwickelt. Angriffe auf dichtbevölkerte Gebiete werden inzwischen weitgehend kritisch gesehen. Israel, im Herzen für immer der David, hat sich nie daran gewöhnt, Goliath zu sein.

Doch die Welt bringt immer weniger Geduld auf hinsichtlich der israelischen Besetzung des Westjordanlands, und es gibt immer mehr Aufrufe, israelische Wissenschaftler, Künstler und Produkte zu boykottieren. Die Regierung hat diesen Prozess als zentrale Bedrohung der nationalen Sicherheit ausgemacht. Israel fürchtet, ähnlich isoliert dazustehen wie Südafrika während der Apartheid. Das Land betreibt enorme diplomatische und geheimdienstliche Anstrengungen, um das zu verhindern und Schaden von Israels Wirtschaft und seinem internationalen Ansehen abzuwenden.

Je mehr Vorwürfe man uns macht, desto mehr Vorwürfe werfen wir zurück. Und es gibt keinen schlimmeren Vorwurf

im jüdischen Lexikon als den des Antisemitismus. Diejenigen, die diesen Vorwurf erheben, haben keine Mühe darzulegen, dass Israel unfair behandelt wird. Wie kommt es, fragen sie, dass der Uno-Menschenrechtsrat sich so oft mit Israel beschäftigt? Wie kann es sein, dass Tausende Menschen in Syrien umgebracht werden, aber die ganze Welt auf uns einschlägt? Die Hamas ist eine Terrororganisation, die mit Selbstmordanschlägen Hunderte israelische Zivilisten getötet hat, Frauen und Kinder, und die zur Auslöschung Israels aufruft.

Aber Augstein vergleicht die Hamas mit einem Teil der orthodoxen Juden und behauptet, beide Gruppen seien sich gleich in ihrer Rachsucht. Die meisten Israelis können sich solche Äußerungen nur mit simplem Antisemitismus erklären, sie sehen darin den Versuch, die Legitimität des jüdischen Staates anzugreifen.

Die Angst vor dieser Delegitimierung drückt sich auch in einer Reihe von antidemokratischen Maßnahmen aus, die unsere rechten Politiker initiiert haben. Was in der Vergangenheit noch legitime Kritik linker Organisationen war, die sich gegen die Unterdrückung der Palästinenser einsetzten, wird heute in Israel zunehmend als Kollaboration mit dem Feind gesehen.

Der Antrieb von Leuten wie Sucharewicz und dem Simon Wiesenthal Center, Israel zu verteidigen, führt dazu, dass sie Kritik, wie heftig sie auch sein mag, fälschlicherweise mit Antisemitismus gleichsetzen. So wie das Simon Wiesenthal Center ist auch Jakob Augstein ein Experte der Provokation. Wenn ich als Israeli lese, was er schreibt, fühle ich mich oft falsch verstanden. Er übertreibt manchmal und ist tendenziös, aber trotz allem gibt es keinen Grund, ihn als Antisemiten zu bezeichnen.

Oft wird der Vorwurf des Antisemitismus auch deshalb erhoben, um es der israelischen Führung und ihren Unterstützern zu ersparen, sich mit den Problemen zu beschäftigen, die kritisiert werden. Nach dem Motto: Wenn alle Ungläubigen uns Juden ohnehin hassen, warum sollten wir sie dann überhaupt ernst nehmen?

Deswegen möchte ich unserer recht nationalen Führung folgenden Test vorschlagen: Bringt den Friedensprozess wieder in Gang und lasst die Palästinenser einen Staat ausrufen, der neben unserem existiert. Dann wird es möglich sein zu unterscheiden zwischen denen, die uns für die Besatzung kritisieren, und den echten Judenhassern.

Auf Letztere können wir dann das Wiesenthal Center loslassen.

Video: Journalist Ronen Bergman über die Anfeindungen in Israel



spiegel.de/app32013israel
oder in der App DER SPIEGEL

KINO

Vom Dynamit verweht

In „Django Unchained“ schickt Regisseur Quentin Tarantino einen schwarzen Pistolero auf einen Rachefeldzug gegen weiße Sklavenhalter – und gegen Hollywood.

Es ist eine seltsame Welt, 1858, in den Südstaaten Amerikas. Wenn ein junges Sklavenmädchen ein Ei zerbricht, wird es an einen Baum gebunden und ausgepeitscht. Wenn ein Sklave wegläuft, wird er eingefangen, verspottet und den Hunden zum Fraß vorgeworfen. Und auf den Feldern blüht die Baumwolle in unschuldigem Weiß.

So ist der Alltag im Süden, den sie, auch heute noch, den „guten alten Süden“ nennen. Aber wenn es eines dieser schwarzen Wesen wagt, ein Pferd zu besteigen, dann starren die Leute unglaublich von den Terrassen ihrer Häuser und rufen: „Unglaublich, ein Nigger auf einem Pferd.“ Fassungslosigkeit überall, und, natürlich, der feste Wille, sofort Schluss zu machen mit dieser Anmaßung: Runter soll der Schwarze vom Pferd, in den Dreck.

Der Filmemacher Quentin Tarantino hat wenig Sympathie für die Sitten des guten alten Südens. Sein Film „Django Unchained“, gerade für fünf Oscars nominiert, ist ein Rachefeldzug, eine 165-minütige Abrechnung mit den Peinigern, die weiße Baumwolle ernten, in weißen Herrenhäusern wohnen und weiße Haut haben.

Django (Jamie Foxx) ist ein Sklave, der mit einem schmutzigen Sack und Narben auf dem Rücken zusammengekettet mit vier anderen durch den texanischen Winter humpelt. Dr. King Schultz, gespielt von Christoph Waltz, ein Zahnarzt aus Düsseldorf, spricht ihn an und fragt, ob er die Brittle Brothers kenne. Schultz verdient inzwischen sein Geld als Kopfgeldjäger. Die Brittle Brothers, Plantagenaufseher im Süden, werden per Steckbrief gesucht. Django wird erst der Scout des Deutschen und schließlich sein Gefährte.

Es ist ein Plot wie aus einem Italo-Western, aber wie Tarantino den Charakter des sich feinsinnig ausdrückenden Gentleman-Killers King Schultz formt, wie er die Dialoge des ungleichen Paares wirbeln lässt, verrät schnell, warum der Autor und Regisseur als einer der virtuosesten und pointensichersten Drehbuchschreiber seiner Generation gilt.

Erst später stellt sich heraus, dass Django verheiratet ist, aber nach einer ge-

scheiterten Flucht von seiner Frau getrennt wurde. Sie hat den Namen Broomhilda und spricht Deutsch, sie war Sklavin bei deutschen Farmern. Django will Broomhilda wiederfinden – auch wenn er dafür in den Süden zurückkehren muss. Ein Plantagenbesitzer (Leonardo DiCaprio) hat sie gekauft.

Die Befreiungsaktion gerät zu einem Feldzug gegen die Sklaverei. Mit Patronen und Dynamit wird auf alles gezielt, was Filme wie „Vom Winde verweht“ romantisierten: die mit Säulen gesäumten

Herrenhäuser, die mit rotem Samt bezogenen Kutschen, die rauchenden Schornsteine der einfachen Hütten, die Magnolienbäume, die Baumwollblüte und das warme, verlogene Gefühl, dass es im Süden früher gerechter und besser zugegangen sei, bevor der Norden mit seiner Rationalität, seinen Zahlen und Paragrafen in die Idylle einfiel.

Erwartungsgemäß gibt es in den USA eine Menge Menschen, die Tarantinos Film für ungerecht und empörend halten. Merkwürdig ist nur die Koalition der Kri-

Filmemacher
Tarantino



CARLO ALLEGRI / REUTERS



SONY PICTURES

Darsteller Waltz, Foxx, DiCaprio: Eine 165-minütige Abrechnung

tiker. Das republikanische Lager findet es unerhört, dass da jemand die Zustände in der Plantagenzeit anprangert, einige werfen Tarantino vor, das Thema Sklaverei nur zu benutzen, um blutige Show-down-Szenen hintereinanderzuschneiden. Es sei, so die Kritik, als heuchle jemand Interesse an einem Konvent von Krankenschwestern, um einen Porno zu drehen.

Auch der schwarze Filmregisseur Spike Lee meldete sich zu Wort. Lee, ein langjähriger Tarantino-Hasser, wollte sich den Film zwar nicht ansehen, ist aber überzeugt, dass „Django Unchained“ respektlos mit seinen Vorfahren umgehe.

Tatsächlich hat Hollywood lange das Thema Sklaverei eher gemieden. Anders als der Vietnam-Krieg war die Sklaverei nie etwas, wofür sich Regisseure erwärmen konnten. Auch nicht der Mann mit der selbstverliehenen Lufthoheit über die Belange des schwarzen Amerikas: Spike Lee drehte lieber eine Telefonsex-Komödie mit dem Titel „Girl 6“.

Möglicherweise hat diese Ignoranz mit dem Erfolg der Fernsehserie „Roots“

Ende der siebziger Jahre in den USA zu tun, einem Epos über eine Sklavenfamilie, das damit endet, dass ein weißer Farmer an einen Baum gebunden wird und der ehemalige Sklave Tom die Peitsche in der Hand hält. Tom zögert, dann lässt er das Folterwerkzeug sinken. Er möchte nicht so ein mieser Mensch sein wie der weiße Herrscher. Amerika, sagt Tarantino, habe damals acht Folgen lang auf diesen Augenblick hingefiebert, und als Tom seinen Peiniger dann doch verschonte, habe man ein mächtiges Nein förmlich durch das ganze Land hallen hören: „Nein, verprügle ihn, und zwar richtig!“ Das wäre das Ende gewesen, das ich immer sehen wollte.“

Mit „Django Unchained“ ist Tarantino angetreten, diese offene Rechnung zu begleichen. „Django Unchained“ ist Gesellschaftskritik, noch mehr aber ist es eine Abrechnung mit der Ikonografie Hollywoods, die so gern den Reichtum der Weißen feierte, aber das Blut der Sklaven nicht zeigte, die diesen Reichtum erst möglich machten. Django wird zu einem einsamen Rächer, wie ihn das Kinopubli-

kum so noch nicht gesehen hat. Dabei gehört die Figur des am Ende auf sich allein gestellten Gerechtigkeitsuchers zum Kernrepertoire Hollywoods. Er ist ein Held, der jenseits aller gesellschaftlichen Regeln einsam in einen aussichtslosen Kampf zieht, niederschießt, was sich ihm in den Weg stellt, und der fast immer von Männern weißer Hautfarbe dargestellt wird. Man kann „Django Unchained“ auch als modernisierte Version des berühmten Cowboy-Dramas „The Searchers“ von John Ford sehen – ein Italo-Western im HipHop-Remix.

In Tarantinos vorhergehendem Film „Inglourious Basterds“ mussten die Nazis als Prügelknaben herhalten, hier sind es die Sklavenhalter. Tarantino wurde oft vorgeworfen, wie unrealistisch und kindlich seine Vorstellung war, Hitler samt seiner Mörderbande in die Luft zu jagen. Aber natürlich muss das Kino auch der Ort sein, der die Geschichte umschreibt und gescheiterte Attentate glücken lässt.

Tarantino hat mit „Django Unchained“ der afroamerikanischen Kultur einen Superhelden mit comichaften Zügen gegeben, den sie sich nicht bestellt, aber möglicherweise gewünscht hat. Generationen von schwarzen Kids, schreibt der Historiker Jelani Cobb im „New Yorker“, hätten sich nicht für die Geschichte der Sklaverei interessiert, weil die Schmach der Wehrlosigkeit abschreckend gewirkt habe.

Tarantino hatte in der Schule fast nur schwarze Klassenkameraden, seine alleinerziehende Mutter war mit schwarzen Männern befreundet. Er hat später als Regisseur von „Pulp Fiction“ den Schauspieler Samuel L. Jackson zu einem Star gemacht und die schon vergessene Schauspielerin Pam Grier mit seinem Film „Jackie Brown“ zurück auf die Leinwand geholt. Tarantino, der wie ein Afroamerikaner lacht und redet, war der Kultur des schwarzen Amerikas immer sehr nahe. Schon deshalb reagiert er an diesem Nachmittag vergangener Woche in Berlin gereizt auf die Frage, ob ein Film wie „Django Unchained“ nicht eher einem schwarzen Regisseur angestanden hätte.

„Überhaupt nicht“, sagt er. „Ich habe auf ein weißes Blatt Papier geschaut und es vollgeschrieben. Es ist meine Geschichte.“

Bei einem Kurzauftritt als Schauspieler in seinem eigenen Film ergeht es ihm wie fast allen anderen Männern mit weißer Hautfarbe. Ein paar Stangen Dynamit, und nichts bleibt mehr von ihm außer einem tiefen Loch.

THOMAS HÜETLIN



Video: Ausschnitte aus „Django Unchained“

spiegel.de/app32013tarantino
oder in der App DER SPIEGEL



AUTOREN

Der schwarze Kern

Die englische Schriftstellerin Hilary Mantel schreibt historische Romane, ein Genre, das eher als Unterhaltungsliteratur gilt. Doch ihre Bücher über Thomas Cromwell und Henry VIII. sind Meisterwerke des Erzählens.

Preisträgerin Mantel

P. HANSEN/CONTOUR BY GETTY IMAGES

Mit Vergänglichkeit kennt Hilary Mantel sich aus. Als sie vor vier Jahren zum ersten Mal den angesehenen Booker-Preis für ihren Roman „Wölfe“ erhielt, einen historischen Roman über das Leben Thomas Cromwells, sagte sie in ihrer Dankesrede: „Das Preisgeld wird draufgehen für Sex and Drugs and Rock’n’Roll.“

Da schwang die Lebenserfahrung einer Frau mit, die über die Renaissance und die Französische Revolution geschrieben hatte, die genau weiß, wie flüchtig der glückliche Moment sein kann. Sie war damals Mitte

fünfzig und seit 30 Jahren Schriftstellerin. „Wölfe“ war ihr zwölfter Roman, aber ihr erster großer Erfolg. Mantel kannte die Stille, die nach dem Erscheinen eines Buchs eintreten kann, wenige Rezensionen, vereinzelte Lesungen, geringe Verkäufe, sie kannte diese Stille zu gut; den Trubel um den Gewinn des angesehenen britischen Booker-Preises hat sie aus vollem Herzen genossen. Das war im Herbst 2009.

Im Frühjahr 2010 wurde sie sehr krank. Hilary Mantel leidet an Endometriose, einer chronischen gynäkologischen Erkrankung; sie sei, sagt sie, ohnehin ein

Mensch mit einer schlechten Gesundheit. Es folgten eine Operation, eine Phase der Rekonvaleszenz, eine erneute Operation, und als sie sich erholt hatte, war über ein Jahr vergangen. Das Leben hatte einen Umweg genommen, wieder einmal.

Sie sichtete ihre Materialsammlung für den zweiten Band der Cromwell-Trilogie, doch alles schien ihr nur noch ein großes Durcheinander zu sein. „Ich wusste, darin ist ein Buch verborgen, aber ich konnte es nicht mehr erkennen“, sagt Mantel. Ihre Ratlosigkeit dauerte zum Glück nicht zu lang.

Thomas Cromwell (1485 bis 1540), dieser große Strategie und Staatsmann, der unter Henry VIII. zum wichtigen Berater aufstieg, der 1534 die Ablösung Englands von der katholischen Kirche betrieb, ein Reformator, der dazu verdammt war, sein politisches Genie zu verschleiern, damit dessen Überlegenheit dem König verborgen blieb, der darüber kälter und härter wurde und seinen klugen Kopf am Ende doch nicht retten konnte. Die Geschichte dieses Lebens hat in Hilary Mantel ihre Autorin gefunden.

In den Räumen ihres Verlagshauses in London gibt die Schriftstellerin eine Reihe von Interviews, sie sitzt auf einem zierlichen Stuhl, der unter ihrer Leibesfülle fast verschwindet. Auch ihr Körperumfang ist eine Last, die ihre Krankheit ihr auferlegt hat, denn eigentlich ist Mantel eine fast koboldhafte Frau, mit runden Augen, spitzer Nase und kleinem Kinn, einem Gesicht wie von einem Renaissancegemälde. Wenn sie spricht, fliegen ihre Hände umher und zeichnen wilde Linien in die Luft. Sie ist mittlerweile 60 Jahre alt. „Ich musste so alt werden, wie ich bin“, sagt Mantel, „um zu begreifen, wie die Vergangenheit sich verändert, je länger sie zurückliegt.“

Bis Hilary Mantels Roman „Wölfe“ erschien, wurden historische Romane in der Regel dem Unterhaltungsgenre zugeordnet, doch Mantel nahm sich die Freiheit, große Literatur zu schreiben. Der Auftakt zur Trilogie über Cromwells Leben erzählt von den frühen Jahren der Regentschaft Henrys VIII. wie von einem fremden Planeten. Dessen Bewohner erleben ähnliche Gefühle wie wir heute, den Schmerz, den die Fußtritte des eigenen Vaters verursachen, die Trauer nach dem Tod eines Kindes, Liebe und Begehren von umstürzlerischer Macht, doch sie bleiben dabei Gestalten aus dem späten Mittelalter an der Schwelle zur Renaissance, fest überzeugt davon, einmal vor Gott verantworten zu müssen, was sie getan haben.

Bei Mantel ist die Vergangenheit keine in Kostüme verkleidete Gegenwart, hübsch frisiert, um dem Leser zu gefallen, in ihren Romanen ist die Vergangenheit ein ferner, düsterer Teil unserer Geschichte. Wir kennen vielleicht die Namen, die korrekten Jahreszahlen, die historischen Fakten, doch der Pulsschlag dieser Zeit ist uns unbekannt. Den vermitteln die Romane von Hilary Mantel.

Auch sie wird nichts daran ändern können, dass Thomas Cromwell am Ende im Tower von London geköpft wird; der dritte Teil ihrer Trilogie (an dem sie gerade schreibt) muss mit seinem Tod enden, so wie „Wölfe“ mit seiner Jugend beginnt, mit einer Prügelzene, Cromwell liegt zusammengeschnitten im Hof seines Vaters, sein Kopf ist ein einziger Schmerz. Und vielleicht hat Mantel, als sie den ersten

Teil begann, schon daran gedacht, dass alles darauf hinauslaufen wird, auf Cromwells Kopf.

Eine historische Schriftstellerin ist keine Herrscherin über die Handlung. Aus Henry VIII. und seiner ersten Frau Katharina von Aragonien kann Mantel kein glückliches Paar machen, weil jeder Leser weiß, dass fünf weitere Ehen folgen werden. Doch sie kann den historischen Ereignissen ihre Lebendigkeit zurückgeben, sie kann die Ungewissheit des Augenblicks wecken, die Ambivalenz von Gefühlen und Situationen, die in der historischen Deutung stets so kausal erscheinen; sie kann aufzeigen, in welchen Momenten die Geschichte auch einen anderen Lauf hätte nehmen können.

Die Meisterschaft von Hilary Mantel liegt darin, dass sie niemals über ihre Figuren triumphiert, obwohl sie 500 Jahre klüger ist als diese, sie schenkt ihnen aber die ganze Erfahrung ihres 60-jährigen Lebens. Und es hilft wohl, dass Mantel weiß, was Schmerzen sind.

Der zweite Teil, „Bring up the Bodies“, der im Februar mit dem Titel „Falken“ auf Deutsch erscheint, erzählt von der Verzweiflung und der Kälte, die sich zwischen Henry VIII. und seiner zweiten Frau Anne Boleyn ausbreitet, weil auch diese Ehe ohne männlichen Thronfolger bleibt*. In einer grandiosen Episode schildert Mantel, wie Henrys erste Frau Katharina von Aragonien im Exil stirbt und beerdigt wird, während Anne Boleyn ein totes Baby gebärt.



Cromwell-Porträt, 1825
Im Tower geköpft

Es ist historisch verbrieft, dass diese Ereignisse zeitlich zusammenfielen. Und Mantel nutzt diese Fügung, um die widerstrebenden Interessen ihrer Protagonisten zu entfalten. „Um mich klar auszudrücken, sagt Henry kalt, als er am Fuße des Bettes der Lady steht. Um mich in diesem Punkt klar auszudrücken, Madam: Wenn irgendeiner Frau die Schuld zu geben ist, dann der, die ich gerade ansehe.“

Er will die Königin nun endgültig loswerden, nicht nur, weil Jane Seymour, die seine dritte Frau werden wird, schon seine ganze Aufmerksamkeit gewonnen hat, sondern auch aus realpolitischen Gründen. Missernten haben England an den Rand einer Hungersnot gebracht, Henry ist aus vielerlei Gründen auf das Wohlwollen von Karl V. angewiesen, der aber ein Neffe seiner ersten Ehefrau Katharina von Aragonien ist.

Trotz seiner einfachen Herkunft ist Thomas Cromwell inzwischen am Hofe zum engen Berater des Königs aufgestiegen; Misstrauen und Hass umgeben ihn. Er muss die Intrigen schmieden, die Anne den Tod bringen, obwohl er deren Mut und Kühnheit bewundert, aber nur ihr Sturz kann seine Karriere retten.

In der Schilderung der letzten drei Wochen im Leben der Anne Boleyn, während derer Cromwell immer mehr Männer aufbietet, die Annes Liebhaber gewesen sein sollen, gräbt sich Hilary Mantel tief in den schwarzen Kern der Geschichte und trägt ihre Leser mitten hinein in einen Strudel aus Macht, Leid und Selbstsucht. Man kann das Buch nicht mehr aus der Hand legen, bis zu den letzten Sätzen nicht: „Es gibt keine Enden. Wenn du es denkst, täuschst du dich. Es sind alles Anfänge. Hier ist einer.“

Hilary Mantel hat den in der deutschen Ausgabe fast 500 Seiten dicken Roman innerhalb eines halben Jahres geschrieben. Nachdem sie genesen war und sich wieder und wieder durch das Material gelesen hatte, geriet sie in einen Schreibrausch. Mit dem ersten Kapitel war der richtige Ton da, und dieser Ton sei es, sagt sie, der sie durch den Wust an passenden und unpassenden Fakten durch die Geschichte trägt.

Es ist ein sog- und sprunghaftes Erzählen, das sich nicht darum schert, ob der Leser auch alles versteht; Sätze, die beinahe zu platzen scheinen, so sehr sind sie mit Bildern und Gefühlen aufgeladen, unvermittelt abgelöst von nüchternen, reportierenden Passagen; die ganze Handlung wird im Präsens geschildert, aber aus einer seltsam schrägen Perspektive, denn obwohl sie Cromwells Blick auf das Geschehen folgt, erzählt Mantel in der dritten Person. Die Schrift-

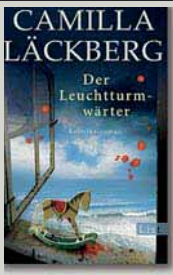
* Hilary Mantel: „Falken“. Aus dem Englischen von Werner Löcher-Lawrence. DuMont Buchverlag, Köln; 480 Seiten; 22,99 Euro. Erscheint am 25. Februar.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

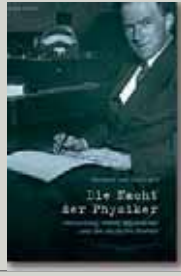
Belletristik

- 1 (1) **Timur Vermes**
Er ist wieder da
Eichborn; 19,33 Euro
 - 2 (3) **Nele Neuhaus**
Böser Wolf
Ullstein; 19,99 Euro
 - 3 (9) **Anne Gesthuysen**
Wir sind doch Schwestern
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
 - 4 (8) **John R. R. Tolkien**
Der Hobbit
Klett-Cotta; 14,95 Euro
 - 5 (2) **Ken Follett**
Winter der Welt
Bastei Lübbe; 29,99 Euro
 - 6 (4) **Charlotte Link**
Im Tal des Fuchses
Blanvalet; 22,99 Euro
 - 7 (10) **John Green**
Das Schicksal ist ein mieser Verräter
Hanser; 16,90 Euro
 - 8 (5) **Tommy Jaud**
Überman
Scherz; 16,99 Euro
 - 9 (7) **Carlos Ruiz Zafón**
Der Gefangene des Himmels
S. Fischer; 22,99 Euro
 - 10 (16) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem –
Gefährliche Liebe Oetinger; 17,95 Euro
 - 11 (12) **Jussi Adler-Olsen**
Verachtung
dtv; 19,90 Euro
 - 12 (6) **David Safier**
Muh!
Kindler; 16,95 Euro
 - 13 (19) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem –
Flammender Zorn Oetinger; 18,95 Euro
 - 14 (11) **Joanne K. Rowling**
Ein plötzlicher Todesfall
Carlsen; 24,90 Euro
 - 15 (–) **Camilla Läckberg**
Der Leuchtturm-
warter
List; 19,99 Euro
- Schwedens Erfolgs-
autorin erzählt von
einem brutalen Mord
auf einer von Legen-
den umrankten Insel**


- 16 (13) **P. C. Cast / Kristin Cast**
Verloren – House of Night 10
FJB; 16,99 Euro
 - 17 (14) **Sebastian Fitzek / Michael Tsokos**
Abgeschnitten
Droemer; 19,99 Euro
 - 18 (15) **Cecelia Ahern**
Hundert Namen
Krüger; 16,99 Euro
 - 19 (18) **Rachel Joyce**
Die unwahrscheinliche Pilgerreise
des Harold Fry Krüger; 18,99 Euro
 - 20 (–) **Jilliane Hoffman**
Argus
Wunderlich; 19,95 Euro

Sachbücher

- 1 (1) **Florian Illies**
1913 – Der Sommer des
Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro
 - 2 (2) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro
 - 3 (3) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klugen Handelns
Hanser; 14,90 Euro
 - 4 (4) **Manfred Lütz**
Bluff! – Die Fälschung der Welt
Droemer; 16,99 Euro
 - 5 (8) **Claus Kleber / Cleo Paskal**
Spielball Erde C. Bertelsmann; 19,99 Euro
 - 6 (5) **Jost Kaiser**
Als Helmut Schmidt einmal ...
Heyne; 10 Euro
 - 7 (7) **Philippe Pozzo di Borgo**
Ziemlich beste Freunde
Hanser Berlin; 14,90 Euro
 - 8 (6) **Peter Scholl-Latour**
Die Welt aus den Fugen
Propyläen; 24,99 Euro
 - 9 (10) **Benedikt XVI.**
Jesus von Nazareth – Prolog –
Die Kindheitsgeschichten
Herder; 20 Euro
 - 10 (12) **Manfred Spitzer**
Digitale Demenz Droemer; 19,99 Euro
 - 11 (9) **Helmut Schmidt /
Giovanni di Lorenzo**
Verstehen Sie das, Herr Schmidt?
Kiepenheuer & Witsch; 16,99 Euro
 - 12 (11) **Heinz Buschkowsky**
Neukölln ist überall Ullstein; 19,99 Euro
 - 13 (13) **Daniel Kahneman**
Schnelles Denken, langsames
Denken Siedler; 26,99 Euro
 - 14 (14) **Michael J. Sandel**
Was man für Geld nicht kaufen kann
Ullstein; 19,99 Euro
 - 15 (–) **Unheilig**
Als Musik meine Sprache wurde
Riva; 19,99 Euro
 - 16 (20) **Ulrich Wickert**
Neugier und Übermut
Hoffmann und Campe; 22,99 Euro
 - 17 (17) **Tyler Hamilton / Daniel Coyle**
Die Radsport-Mafia und ihre
schmutzigen Geschäfte
Malik; 19,99 Euro
 - 18 (–) **Rhonda Byrne**
The Secret – Das Geheimnis
Arkana; 16,95 Euro
 - 19 (–) **Richard von Schirach**
Die Nacht
der Physiker
Berenberg; 25 Euro
- Wie deutsche Wissen-
schaftler 1945 in einem
badischen Bierkeller
fast noch die Atombom-
be entwickelt hätten**


- 20 (–) **Adam Zamoyski**
1812 – Napoleons Feldzug in
Russland C. H. Beck; 29,95 Euro

stellerin berichtet, dass sie nach dem Schreiben einzelner Kapitel vor allem zum Ende des Romans hin völlig erschöpft war, wie eine Schauspielerin, die nach einem großen Monolog von der Bühne geht.

Dreißig Jahre liegt es zurück, dass ihr erstmals der Gedanke in den Kopf kam, Cromwell zum Mittelpunkt eines Romans zu machen. „Historisches Erzählen ist ein langwieriges Spiel“, sagt sie, „man braucht Geduld dafür.“ Cromwell schien ihr immer ein idealer Protagonist zu sein. Er war ein Modernisierer, seiner Zeit weit voraus, und „er stand im Zentrum der Ereignisse, ein perfekter Ort, um die ganze Geschichte im Blick zu haben“, sagt Mantel. Doch bevor sie sich endgültig für ihn entschied, hat sie sich, wie bei der Wahl eines Partners, die Frage gestellt: Wird er mich ausreichend interessieren?

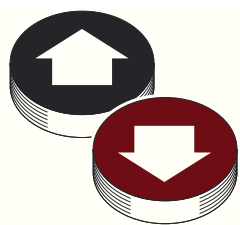
Seit 30 Jahren also trug sie sich mit seiner Geschichte, die wiederum 500 Jahre zurückliegt; die Arbeit an den Büchern wird am Ende 10 Jahre betragen haben. Sich so viel Zeit zu lassen, nimmt sich heute fast schon trotzig aus. „Es befreit mich davon, zu allem, was geschieht, eine rasche Meinung haben zu müssen“, sagt Mantel. Und es klingt durch, dass sie von raschen Meinungen wenig hält.

Im vergangenen Herbst hat sie für „Falken“ ihren zweiten Booker-Preis erhalten. Damit ist sie im Reich der Superlative angekommen, die erste Frau mit zwei Booker-Preisen, neben ihr wurde diese Ehre nur den Männern J. M. Coetzee und J. G. Farrell zuteil. Ein dritter Booker-Preis scheint durchaus möglich, auch wegen solcher Erwartungen ist sie vor dem Literaturbetrieb mit ihrem Mann an die Küste Südenglands geflohen.

Sie kann nun vom Schreiben leben, das sei das Beste, sagt sie. In früheren Jahren hat sie Geld als Verkäuferin und Altenpflegerin verdient, dann lebte sie einige Zeit als Sozialarbeiterin in Afrika, später begleitete sie ihren Mann für vier Jahre nach Saudi-Arabien. Sie hat keine Kinder, obwohl sie sich welche gewünscht hat, auch das ist eine Folge ihrer Krankheit. Äußerlich wirkt sie ein wenig wie eine Märchentante, mit einem roten Schal über einem wallenden Kleid. Doch alle schnellen Urteile prallen an ihr ab, eine Begegnung mit Hilary Mantel, ob als Person oder als Schriftstellerin, ist eine Absage an alle einfachen Muster.

So enthalten ihre Romane auch keine konstruierten Parallelen zum Heute. Es sind Romane über die Vergangenheit, „aus diesem anderen Land“, wie Mantel sagt. Es liegt Jahrhunderte weit entfernt, doch es ist auch unsere Welt. In Hilary Mantels Büchern kann man etwas darüber erfahren, wie wir wurden, was wir sind.

CLAUDIA VOIGT



Das Feuer alter Flammen

FILMKRITIK: Der Schauspieler Dustin Hoffman singt in seinem Regiedebüt „Quartett“ ein Loblied auf den Herbst des Lebens.

Vorsichtig berühren sich ihre Hände, zaghaft und schüchtern, wie bei Teenagern. Doch Jean und Reginald sind weit über siebzig, vor vielen Jahren waren sie sogar schon einmal fast verheiratet. Sie haben sich geliebt und gehasst. Aber wenn sie miteinander singen, dann wissen sie, dass sie füreinander bestimmt sind.

Jean (Maggie Smith) und Reginald (Tom Courtenay) sind die Hälfte des Quartetts, von dem der Schauspieler Dustin Hoffman, 75, in seinem Regiedebüt erzählt. Zusammen mit Cissy (Pauline Collins) und Wilf (Billy Connolly) sangen die zwei früher an den bedeutendsten Opernhäusern der Welt Arien von Verdi und rissen das Publikum hin. Doch das ist lange her.

Jetzt wohnen sie alle in Beecham House, einer Seniorenresidenz für alternde Sänger, Musiker und Dirigenten in der englischen Provinz. Die großen Bühnen sind weit weg. Doch das macht den Menschen in Beecham House nichts. Für sie bedeutet jedes Brett, auf dem sie stehen, die Welt, und jedes Zimmer, das sie betreten, ist für sie ein Resonanzraum der eigenen Stimme.

Der Film beruht auf einem Theaterstück des südafrikanisch-britischen Dramatikers und Drehbuchautors Ronald Harwood. Es hat den Hollywood-Star Hoffman dazu verführt, erstmals auf die andere Seite der Kamera zu wechseln. Schon einmal hatte er den Versuch unternommen, einen Film zu inszenieren, 1978, er hieß „Stunde der Bewährung“. Nach wenigen Drehtagen überließ Hoffman die Regie einem Freund.

Zum Star wurde Hoffman Mitte der sechziger Jahre, als er einen der ältesten Jugendlichen Hollywoods spielte. In „Die Reifeprüfung“ schaffte er 1967 den Durchbruch, da war er schon 30. Er verkörperte einen jungen Mann, der sich aus dem Klammergriff seiner Eltern befreien musste. Nun erzählt er in „Quartett“ von den Frühlingsgefühlen älterer Herrschaften.

Vermutlich ist das kein Zufall. Denn „Quartett“ ist von der Weisheit geprägt, dass die stete Ausübung seiner Profession einem Künstler das Gefühl geben kann, ewig jung zu bleiben. Bis ihm dann eines Tages schlagartig bewusst wird, dass das Haar grau, die Haut runzlig und die Stimme brüchig geworden ist. „Quartett“ ist ein Film voller unglaublicher, verzweifelter und defätistischer Blicke in den Spiegel.

Heimlich hört sich Jean ihre früheren Aufnahmen an, auf einem uralten Plattenspieler. Es rührt und deprimiert sie, sich singen zu hören. Sie ist verzaubert

Bei Hoffman leuchtet der Herbst des Lebens in den hellsten Farben. Selten hat man in einem Film, der in England spielt, so wenig Regen gesehen. Ständig fallen Sonnenstrahlen durch die weit geöffneten Fenster. Die Figuren wandeln im Garten der Residenz über einen dicken Teppich aus gefallen Blättern, gleichzeitig stehen die Blumen in voller Blüte.

Hoffman hat ein Gespür für die Momente, in denen ältere Menschen sich wieder wie Teenager verhalten, manchmal gezwungenermaßen. Wilf, der von seiner Prostata im Stich gelassen wird, muss sich an den adrett gepflegten Büschen des Gartens von Beecham House erleichtern. Und der Zuschauer fragt sich: Was ist hier Natur?

Regiedebütant Hoffman verzichtet auf viel von dem, was in Filmen über ältere Menschen gemeinhin Trost spenden soll, die Besuche der Kinder und Enkel etwa. Viele Künstler in Beecham House haben keine Kinder, weil sie ihr Leben in den Dienst der Kunst gestellt haben.

Gerade in der unerfüllten Liebe sieht Hoffman aber eine Chance: Sie hält die Leidenschaft wach bis zum letzten Atemzug. „Quartett“ erzählt von alten Flammen,

die von einem auf den anderen Augenblick eine ungeheure Hitze entfachen können. Auch mit Mitte siebzig, sagt dieser Film, ist es nicht zu spät für die ganz große Liebesheirat.

Hoffman, der als Schauspieler bisweilen zur Übertreibung neigt, hält sich als Regisseur sehr zurück. Er hat einen genauen Blick für großartige Gesichter, er hat die Geduld, sie wortlos Lebensgeschichten erzählen zu lassen. Und er ist bescheiden genug, diesmal den anderen, seinen brillanten Schauspielern, die Bühne zu überlassen.

LARS-OLAV BEIER



Darstellerin Smith: Erinnerungen an bessere Zeiten

von der Stimme, die sie einst hatte, und sie ist erschüttert, weil diese Stimme nur noch als ferner Nachhall existiert. Jean weigert sich, noch einmal aufzutreten.

Doch Beecham House ist fast pleite und will durch ein Benefizkonzert Sponsoren und Mäzene zu neuen Spenden bewegen. Wie andere Bewohner ist Jean inzwischen fast mittellos, ein bisschen Kleidung, ein bisschen Schmuck und eine Hüfte, die sehr schmerzt, das sei alles, was ihr geblieben sei, sagt sie.

Wie bricht man aus einem Leben aus, das nur noch aus Erinnerungen an bessere Zeiten besteht? Davon erzählt Hoffman in seinem Film. Er verweilt lange auf den Gesichtern seiner Darsteller und zeigt, wie Menschen nach innen blicken, wie sie ihr Leben in Sekunden Revue passieren lassen.



Video: Video: Ausschnitte aus „Quartett“

spiegel.de/app32013filmkritik
oder in der App DER SPIEGEL

Filmstart: 24. Januar.

WERBUNG



THEMA DER WOCHE

Alles oder nichts

Die Liberalen in Niedersachsen kämpfen um den Wiedereinzug ins Parlament. Fliegt die FDP raus, könnte CDU-Ministerpräsident David McAllister sein Amt verlieren. SPIEGEL ONLINE berichtet am Wahlabend mit Liveticker, Kommentaren, Interviews und Analysen.

WIRTSCHAFT | Gefährlicher Boom

Wer sein Geld in klassische Anlageformen steckt, bekommt derzeit nur Minizinsen. Darum suchen viele Kleinanleger ihr Glück wieder in Aktien. Doch es gibt Anzeichen, dass es für einen Einstieg schon zu spät sein könnte.

WISSENSCHAFT | Armut macht krank

Obdachlose werden im Durchschnitt nur 46 Jahre alt. Ihre Vorsorge ist schlecht, oft fehlt das Geld für Medikamente und Therapien. SPIEGEL ONLINE hat Ärzte beim schwierigen Job in Straßenambulanzen begleitet.

SPORT | Mächtige Münchner

Der Vorsprung ist riesig: Der FC Bayern eilt in der Bundesliga der nächsten Meisterschaft entgegen. Wer kann das starke Team von Jupp Heynckes noch schlagen? Antworten gibt es ab Freitag in der Rückrunde.

einstages.de | Schnee von gestern



Kleine Flocken, ganz groß: Am 15. Januar 1885 gelang Wilson Bentley die erste Aufnahme eines Schneekristalls. Sein gesamtes Leben widmete der Farmersohn aus Vermont der Flockenfotografie und erlangte bahnbrechende meteorologische Erkenntnisse. einstages.de erinnert an den Mann, den Verwandte und Wissenschaftler lange für einen Spinner hielten.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

SPIEGEL TV

MONTAG, 14. 1., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Europa am Abgrund (2)

Italien in der Krise: Ciao bella ciao

Die viertgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union, Italien, hat zwei Billionen Euro Schulden angehäuft. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem höchsten Stand seit acht Jahren. Jeder vierte Italiener lebt an der Grenze zur Armut. Etta Scollo, Sängerin mit italienischen Wurzeln und Wohnsitz Berlin, ist in ihr Heimatland gereist, auf der Suche nach Symptomen und Ursachen der italienischen Krankheit. SPIEGEL-TV-Autorin Beate Schwarz hat sie begleitet.

SONNTAG, 20. 1., 23.25 – 0.05 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Bei ARD und ZDF sitzen Sie in der **Gebührenfalle** – Die Raubritter vom Beitragsservice; **High Noon in Hannover** – Die Niedersachsen-Wahl entscheidet über Peer Steinbrücks Zukunft; **Arm, alt und vereinsamt** – Senioren allein zu Haus.

MONTAG, 14. 1., 22.00 – 22.45 UHR | WDR

DIE STORY

Der Schweinebaron

Er gilt als der größte Schweinebaron in Europa, in Ostdeutschland baut die Firma des Niederländers Adriaan Straathof gerade ein neues Schweine-Imperium auf. Die Vorwürfe von Tier-schützern gegen den Züchter: Seine Ställe seien ohne Baugenehmigung gebaut worden, und es sollen angeblich viel mehr Schweine gezüchtet werden, als behördlich zugelassen worden seien. Die Bewohner um die Mastanlagen in Ostdeutschland protestieren gegen den Fleischproduzenten aus Holland. SPIEGEL TV hat sich für die WDR-Reihe „Die Story“ auf die Spur der Schweine gemacht und zeichnet den neuen Weg des Schweinebarons in den neuen Bundesländern nach.



Straathof

GESTORBEN

Peter Fitz, 81. Er spielte den Mephisto in der bis heute berühmten und berüchtigten „Faust“-Inszenierung des rätselverliebten Regisseurs Klaus Michael Grüber im Jahr 1982 in Berlin: einen verschmitzten, leicht gebeugten, schrecklich klugen Mann, der dem Doktor Faust – gespielt vom greisen, flüsternden Bernhard Minetti – an Kraft und Verstand klar überlegen war. Ähnlich blitzgescheit und elegant-diskret geisterte Peter Fitz durch viele seiner Rollen. Nach einer Ausbildung am Hamburger Schauspielhaus wurde der in Kaiserslautern geborene Fitz früh als feinnerviger Königs- und Schurkendarsteller verehrt, in Frankfurt am Main war er ein Liebling der Kritiker und des Publikums, bevor er 1970 mit dem Regisseur Peter Stein zu arbeiten begann, in dessen besten Jahren an der Berliner Schaubühne. Er war einer der Helden in der Uraufführung von Botho Strauß' wohl bestem Theaterstück „Trilogie des Wiedersehens“ und spielte den Aigisthos in Steins „Orestie“, er ließ sich ans Wiener Burgtheater verpflichten und für zahlreiche Fernsehauftritte, etwa im „Tatort“ oder als Pharmakonzernchef in der Verfilmung des „Contergan“-Skandals 2007. Ein paarmal führte er selbst Theaterregie, vor allem aber inszenierte er sich jahrzehntelang, oft an der Seite des Kollegenfreundes Otto Sander, als Großfürst des (West-)Berliner Nacht- und Kulturlebens. Am Tresen der Paris Bar machte er stets eine lässige und listige Figur. Peter Fitz starb am 9. Januar in Berlin.



M&K / IMAGO

James Buchanan, 93. Sein hohes Alter erklärte der Ökonom mit guten Genen und der ausgeprägten Neigung zum Nachdenken. Letzteres hatte ihm 1986 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften beschert. Buchanan, der zuerst Lehrer werden wollte, war in den sechziger Jahren einer der Begründer der sogenannten Public-Choice-Theorie. Die Idee dahinter: Weil auch Politiker ihren Nutzen maximieren wollten, seien sie weniger am Gemeinwohl interessiert als an ihrer Wiederwahl oder einem möglichst hohen Steueraufkommen. Deshalb wollte der Professor den Handlungsspielraum der



AP

Regierenden beschränken, unter anderem durch ein Verbot der Staatsverschuldung. Die Praxis folgte der Theorie allerdings erst in den vergangenen Jahren – unter anderem durch die im deutschen Grundgesetz und in den Länderverfassungen der Bundesrepublik verankerte Schuldenbremse. James Buchanan starb am 9. Januar in Blacksburg, Virginia.

Claude Nobs, 76. Nur von ihm ließ sich der Trompeter Miles Davis überreden, Auszüge des Meisterwerks „Sketches of Spain“ von 1960 noch einmal aufzuführen. Davis, der es hasste, Reminiszenzen an sich selbst zu spielen, wählte dafür Nobs' Montreux Jazz Festival. Dass dem Schweizer dies gelang, liegt an seiner Nähe, seiner Liebe zur Musik und ihren Künstlern. „Claude ist eine Legende“, urteilte der Jazzmusiker und Produzent Quincy Jones. „Er hat eine Vision, und er ist einzigartig.“ Der Pianist Joe Sample sagte, Nobs sei „wahrscheinlich der größte Musikliebhaber der ganzen Welt“. 1967 gründete der gelernte Koch am Genfer See ein kleines Festival für Jazz, das seine Pforten aber schnell allen möglichen Genres öffnete. Wenn die Musiker nach Montreux kamen, reisten viele eher an, um in Nobs' noblem Chalet über dem See einige Tage Sommerfrische zu genießen. Zu Beginn hatte



GAETAN BALLY / DPA

Nobs ein Budget von umgerechnet 27 000 Euro, dafür bekam er Keith Jarrett und Charles Lloyd aus den USA, und sonst keine Stars. 1200 Karten verkaufte er damals. Heute hat das Festival, das jedes Jahr im Juli stattfindet, 1200 Helfer und 100 000 zahlende Besucher. Claude Nobs starb am 10. Januar in Lausanne.

Ada Louise Huxtable, 91. „Wir sind, was wir bauen“, befand sie einmal, „Steine und Stahl lügen nicht.“ Huxtable verbrämte nie ihre Urteile, etwa wenn sie in der „New York Times“ elegant die US-Bausünden der sechziger, siebziger und achtziger Jahre verriss. Das Kennedy Center for the Performing Arts in Washington bezeichnete sie als „nationale Tragödie“, es sehe aus wie „eine Mischung aus einer Pralinschachtel und einem Marmorsarkophag, in dem die Architektur begraben liegt“. 1963 heuerte Huxtable als erste Architekturkritikerin der USA bei der „New York Times“ an, 1997 ging sie zum „Wall Street Journal“. Sie etablierte die Architekturkritik in der US-Zeitungslandschaft und erhielt den ersten Pulitzer-Preis für Kritik. Ada Louise Huxtable starb am 7. Januar in New York.

WERBUNG

Liebchen in Latex

Was ist los mit Frankreichs Filmstars? Gérard Depardieu fällt erst betrunken vom Roller, outet sich dann als Steuerflüchtling und nimmt schließlich die russische Staatsbürgerschaft an. Brigitte Bardot droht, es ihm gleichzutun: Falls ihr Präsident François Hollande nicht persönlich dafür Sorge, dass zwei tuberkulosekranke Elefanten vor dem Gnadentod gerettet werden, verkündete die Tier-schützerin, wolle auch sie einen Pass aus der Hand Wladimir Putins annehmen. Da können die Franzosen froh sein, dass **Laetitia Casta**, 34, Top-Model und gelegentlich als liebeliche Schönheit im Film tätig („Asterix und Obelix gegen Caesar“), lediglich einen Imagewechsel plant. In dem Film „Une histoire d'amour“ („Eine Liebesgeschichte“), der auf einem echten Fall beruht, spielt sie jetzt eine Mörderin. Der Bankier Edouard Stern wurde 2005 gefesselt und mit einem Latexanzug bekleidet tot in seiner Genfer Wohnung aufgefunden. Seine Geliebte gestand, ihn erschossen zu haben. Casta sieht in der Rolle als Sado-Maso-Gespielin und Killerin erst den Anfang: Sie würde gern mit dem dänischen Regisseur Lars von Trier („Nymphomaniac“) spielen: „Wie Charlotte Gainsbourg dürfte ich danach, weiter aus mir heraus-zugehen. Mich richtig gehenzulassen.“

Barack Obama, 51, Präsident der Vereinigten Staaten, muss sich für seine feierliche Amtseinführung am 21. Januar einen neuen Geistlichen suchen. Das amerikanische Staatsoberhaupt schwört den Eid traditionellerweise auf die Bibel, ein Pastor begleitet die Zeremonie und spricht Gottes Segen. Vergangenen Donnerstag erklärte der bislang vorgesehene Louie Giglio, er stehe für die Aufgabe doch nicht bereit. Giglio machte seinen Rückzieher, nachdem eine schwulenfeindliche Predigt von ihm aus den neunziger Jahren, die im Internet aufgetaucht war, für hitzige Diskussionen gesorgt hatte. Der Reverend hatte damals „die heilende Kraft Jesu“ als „einzigen Weg aus einem homosexuellen Leben heraus“ beschworen.

Lars Løkke Rasmussen, 48, ehemaliger dänischer Ministerpräsident und seit Oktober 2011 Oppositionsführer, hat im vergangenen Jahr keine einzige Rede im Kopenhagener Parlament gehalten. Das meldete die Tageszeitung „Ekstra-Bladet“, die den rechtsliberalen Politiker nun „Faulpelz Lars“ nennt, nach dem Titel eines beliebten Kinderbuchs. Løkke Rasmussen zeige keinerlei politische Aktivität, geschweige denn Ehrgeiz – er sei auch nur in einem einzigen Parlamentsausschuss einfaches Mitglied. Løkke Rasmussen ließ durch einen Parteisprecher ausrichten, sein „gelassenes Auftreten“ als Elder Statesman sei reines politisches Kalkül. Er wolle sich nicht im Tagesgeschäft verschleißen lassen, sei aber jederzeit bereit, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen, sofern eine Mehrheit im Parlament dies wünsche.



Mann und Frau

Das Männermagazin „FHM“ zählte ihn 2011 zu den „100 Sexiest Women in the World“ – und nun ist er der erste Mann in Damengarderobe, der es auf das Cover der serbischen „Elle“ geschafft hat. **Andrej Pejić**, 21, im heutigen Bosnien-Herzegowina geborener Sohn einer serbischen Mutter und eines kroatischen Vaters, irritiert und faszi-



niert die Modebranche mit seiner androgynen Ausstrahlung. Bei den Schauen in Paris oder New York ist Pejić – mal in Männer-, mal in Frauenkleidung – bereits für Jean Paul Gaultier und Marc Jacobs gelaufen. Sein Urteil: „Damenmode ist viel anspruchsvoller. Es kommt darauf an, wie man schreitet, wie man sich bewegt. Bei Männer-Shows muss man einfach nur loslaufen.“

Scientologe im Weißen Haus

Das vergangene Jahr war nicht gut für **Tom Cruise**, 50: Katie Holmes ließ sich von ihm scheiden, begleitet von vielen unschmeichelhaften Berichten über die Scientology-Sekte, deren berühmtestes Mitglied Cruise ist. Jetzt enthüllt ein Buch, dass der Schauspieler sogar im Weißen Haus für Scientology warb. In „Going Clear: Scientology, Hollywood, & the Prison of Belief“, das am 17. Januar in den USA erscheint, schreibt der Autor Lawrence Wright, dass sich Cruise im Jahr 2003 bei der Regierung von George W. Bush über die Behandlung von Scientology in Deutschland beklagt habe (die Organisation wird in einigen



WIREIMAGE

Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet). Cruise traf sich demnach in dieser Sache mit dem damaligen stellvertretenden US-Außenminister Richard Armitage sowie mit „Scooter“ Libby, dem engsten Mitarbeiter von Vizepräsident Dick Cheney. Auch mit Bill Clinton habe Cruise gesprochen, berichtet Wright: Clinton sollte sich bei Tony Blair dafür einsetzen, dass die Sekte in Großbritannien als Wohlfahrtsorganisation anerkannt werde. „Cruise hatte Zugang zu praktisch jedem“, schreibt der Autor, einer der besten Kenner der Sekte. Vor zwei Jahren hatte bereits sein Artikel im Wochenmagazin „The New Yorker“ viele Scientologen in eine Krise gestürzt. Auch heute noch ist das Thema brisant: Der Verlag, der „Going Clear“ in Großbritannien herausbringen wollte, wird das Buch nun doch nicht veröffentlichen.

Starschnitt-Minister

Der einst von seinen Politikerkolleginnen als „Mister Bundestag“ nominierte heutige Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung **Peter Ramsauer**, 58, setzt sich gern in Szene. Seine Eitelkeit trägt dem CSU-Politiker nicht nur vom bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer regelmäßig beißenden Spott ein („Zar Peter“). Ramsauer, der nach eigener Einschätzung nichts dafür kann, dass der „Herrgott mich so geschaffen hat“, liefert neue Läster-Nahrung. Erstmals hat seine Behörde einen Bildkalender herausgegeben – von geradezu erschlagenden Ausmaßen (knapp 1 Meter hoch, rund 55 Zentimeter breit). Der Kalender soll „die Bauten des Bundes in ihrer Bandbreite erlebbar machen“, schreibt Ramsauer im Vorwort. Doch gleich auf der ersten Seite prunkt nicht etwa ein Bundesgebäude, sondern der Minister selbst: vom Oberschenkel aufwärts, fast in Lebensgröße.



CHRISTIAN THIEL

Fit wie Frankenstein

Eine Frau könne gar nicht „reich und dünn genug sein“, sagte einst die hager Herzogin von Windsor. Kaum jemand verkörpert diese Maxime so perfekt wie die amerikanische Fitnesstrainerin **Tracy Anderson**, 37. Anderson, einst nach eigener Aussage „dick



ERIN BAIANO / NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

und unglücklich“, ist heute sehr schlank, sehr geschäftstüchtig und fast ebenso berühmt wie ihre Kundinnen Madonna, Gwyneth Paltrow oder Christy Turlington. Ihre neue Zielgruppe sind Mütter. Für „Projekt Schwangerschaft“, eine neue DVD-Serie, filmte Anderson sich selbst und führte eindrucksvoll vor, wie sie die paar lästigen, aber unvermeidbaren Kilos nach der Geburt von Tochter Penelope im Mai vergangenen Jahres im Schnellverfahren wieder loswurde. Doch nun regt sich Widerstand gegen den rigiden Körperkult: Die dreifache Mutter und Journalistin Janice Min polemisierte in der „New York Times“ gegen weiblichen Selbsthass und unerreichbare Vorbilder wie Anderson, die alle anderen Frauen unter Druck setzen würden: „Manchmal, in Nächten voller Schlafmangel, grübele ich über unser Ideal der ausgemergelten, sexy Frankenstein-Mutti, die wir geschaffen haben, und frage mich, wie wir sie zerstören können.“ Min gibt aber zu, nicht ganz unschuldig zu sein: Bis 2009 war sie Chefredakteurin der Illustrierten „Us Weekly“ und ließ viele Fotos von perfekten, dünnen Promi-Mamas mit Nachwuchs drucken.



Aus einer „Obi“-Werbung

Aus der „Heidenheimer Neuen Presse“:
„Zum städtischen Bürgerempfang ist auch die Bevölkerung eingeladen.“

**Ein Hund riecht eine Million Mal
besser als ein Mensch**

Aus dem Ahrensburger „Markt“

Aus der „Marburger Bund Zeitung“: „Die tägliche Höchstarbeitszeit darf dabei allerhöchstens 24 Stunden betragen.“

Aus „Reclams Literaturkalender 2013“:
„Plinius, der Autor der zehn Bücher Epistulae (Briefe), war im Vergleich zu seinem Onkel, dem älteren Plinius, zwar der jüngere von beiden, aber offenbar ungehindert dadurch ein studienbeflissener Stubenhocker.“

**Dringend solvente
Haushälterin für Arzt in Bad
Bentheim ab Januar gesucht.**

Aus den „Grafschafter Nachrichten“

Bildunterschrift aus der „Thüringischen Landeszeitung“: „Kloster Chiu Gompa am heiligen Manasarovar ist auf 4590 Metern einer der höchstgelegenen Süßwasserseen der Welt.“

Aus „Samstag Aktuell Lübeck“: „Eine neue Studie hat es mal wieder belegt: Die meisten Deutschen sind Pessimisten! Nur 68 Prozent der deutschen Bevölkerung blicken positiv ins Jahr 2013.“

**Tierliebe geht
durch den
Magen**

Aus der „Lippischen Landes-Zeitung“

Zitate

Die „tageszeitung“ zum SPIEGEL-Bericht „Ruhet in Frieden“ über fünf tote Straßenkinder in der chinesischen Provinz Guizhou und behördliche Schikanen gegen recherchierende Journalisten (Nr. 2/2013):

Dabei hatte sich der neue Parteichef Xi nur wenige Tage nach Amtsübernahme für mehr Pressefreiheit ausgesprochen. Dass das Plädoyer des künftigen Staatsoberhauptes bei den Provinzregierungen offensichtlich nicht angekommen ist, bekam auch schon ein deutscher Journalist zu spüren. Bernhard Zand, China-Korrespondent des SPIEGEL, war in der letzten Dezemberwoche auf Recherche in der Provinz Guizhou. Unbekannte brachen in sein Hotelzimmer ein, löschten Fotos auf seiner Kamera und beschädigten seinen Computer. Zand hatte über die Geschichte von fünf Straßenjungen berichten wollen, die tot in einer Mülltonne aufgefunden wurden. Die Behörden hatten seinen Informanten – einen chinesischen Journalisten – schon vorher eingeschüchtert.

Die „New York Times“ zur SPIEGEL-Auslands-Panorama-Meldung „Assads Ende rückt näher“ über einen möglichen Einsatz von Chemiewaffen gegen Aufständische durch das syrische Regime (Nr. 51/2012):

Der Chef des deutschen Auslandsnachrichtendienstes BND warnte vergangenen Monat in einer streng vertraulichen Lageeinschätzung, dass die Waffen jetzt innerhalb von vier bis sechs Stunden einsatzbereit seien. Das berichtete das deutsche Nachrichten-Magazin der SPIEGEL. Einige amerikanische und andere alliierte Offizielle sagten allerdings, dass die Chemiebomben sogar in weniger als zwei Stunden auf Flugzeuge geladen und in der Luft sein könnten.

Das „Konradtsblatt“, die Wochenzeitung für das Erzbistum Freiburg, interviewte den katholischen Senderbeauftragten beim Südwestrundfunk, Uwe Beck:

Ein Leser formulierte 1962: „Ein Christenmensch kann neben der Heiligen Schrift nur noch den SPIEGEL lesen.“ Sollte man sich als Katholik heute noch ein SPIEGEL-Abo leisten?

Antwort Beck: Man sollte ihn nicht als Katholik abonnieren, sondern als politischer Zeitgenosse. Der SPIEGEL ist in den vergangenen 60 Jahren durch einige Irrungen und Wirrungen gegangen. Im Augenblick ist mein Eindruck, dass er wieder redaktionell Fuß gefasst hat. Es gibt wieder Geschichten im SPIEGEL, die es wert sind, ihn zu lesen.

WERBUNG

WERBUNG